



**ISRAEL GEGEN DIE HAMAS
Krieg als Strafe**

Obamas besten Mann



**Machtwechsel in Amerika: Ein Präsidentenpaar
und seine Vision von einer besseren Welt**

PRINTED
IN GERMANY

Spanien / Katar € 5,-
Thailand Bait 4,30,-
Türkei YTL 12,-
Ungarn Ft. 1,420,-

Portugal (cont.) € 4,80
Schweden skr 57,-
Slowenien € 5,-
Spanien € 4,80

Japan (inkl. Tax) Yen 1.575,-
Malta € 5,30
Norwegen NOK 49,-
Polen (ISSN 00387452) Zl. 22,-

Griechenland € 5,40
Großbritannien € 4,20
Hongkong HK\$ 70,-
Italien € 4,80

Belgien € 4,20
Dänemark skr 40,-
Finnland € 6,30
Frankreich € 4,80

Österreich € 4,00
Schweiz sfr 6,90

Hausmitteilung

5. Januar 2009

Betr.: Obama, Israel, Krise

Um den künftigen US-Präsidenten zu porträtieren, musste SPIEGEL-Reporter Klaus Brinkbäumer, 41, einige Rhetorik über sich ergehen lassen: 25 Reden von Barack und Michelle Obama, Pressekonferenzen, Bücher. Als vergleichsweise



Brinkbäumer



Zariff

erholsam erwies sich Brinkbäumers Recherche beim Chicagoer Friseur „Zariff“. Jener Zariff, der Obama seit 14 Jahren das inzwischen weltbekannte Styling verpasst, übrigens überwiegend mit dem Rasierapparat, betreibt seinen Salon in einer Nebenstraße in Hyde Park. Jenem Stadtteil Chicagos, wo sich Uni, Kneipen und Arme-Leute-Shops mischen und wo die Obamas jetzt noch leben. Beim Haarschnitt für 21 Dollar erfuhr Brinkbäumer, wie Obama stets noch eine halbe oder

ganze Stunde sitzen blieb, um zu plaudern, zu politisieren. „Dies zeigt“, so Brinkbäumer, „wie er schon früh sein Charisma ausprobierte“ (Seite 76).

Vor wenigen Monaten besuchte SPIEGEL-Redakteurin Juliane von Mittelstaedt, 29, die Schmuggler von Rafah, im Gaza-Streifen, an der Grenze zu Ägypten. Durch ihre Tunnel gelangten Zigaretten, Automotoren, sogar lebende Ziegen auf die palästinensische Seite, jetzt sind die Anlagen wahrscheinlich eingestürzt. Das erfuhr Mittelstaedt am Telefon: Bis Ende vergangener Woche bekamen Journalisten keinen Zugang, die israelische Armee behindert die Berichterstattung. Auch die anderen SPIEGEL-Leute, die die brisante Lage im Nahen Osten recherchierten, mussten Widerstände überwinden: Bernhard Zand, 41, der die heikle Rolle Teherans beschreibt; Daniel Steinvorth, 34, der in Beirut Hisbollah-Aktivisten traf; Jerusalem-Korrespondent Christoph Schult, 37, der Israels Außenministerin Zippi Livni ins Grenzgebiet begleitete. Schult und Mittelstaedt interviewten in Ramallah Mohammed Dahlan, den ehemaligen Sicherheitschef in Gaza, den die Hamas vertrieben hat. Israels Angriff, so Dahlan, sei fatal für die Zivilbevölkerung, aber nicht für die Hamas (Seite 92).



Schult, Mittelstaedt, Dahlan

General Motors, Ford und Chrysler, alle aus Detroit, droht die Pleite; nur noch ein Wunder, so scheint es, kann die amerikanische Autostadt retten. Folglich stellte Bischof Charles Ellis III im Greater Grace Temple drei amerikanische Hybridautos neben seinen Altar und betete für sie – SPIEGEL-Redakteur Marc Hujer, 40, interviewte den Kirchenmann und erlebte, wie die Menschen in der Stadt sich an jeden Hoffnungsrest klammern. „Zwar hat Detroit viele Krisen überstanden, doch diese ist anders“, sagt Wirtschaftsredakteur Alexander Jung, 42, der die Reportagen in diesem Heft durch analytische Passagen ergänzte: „Die Weltwirtschaft erweist sich als Schicksalsgemeinschaft.“ Diese Verflechtung beschreiben SPIEGEL-Redakteure an vier Beispielen: Wieland Wagner, 49, begleitete eine chinesische Wanderarbeiterin; Alexander Neubacher, 40, beobachtete, wie der Weltkonzern BASF erschüttert wird; Matthias Schepp, 44, traf russische Oligarchen, deren Reichtum zerbröckelt. Der Bischof übrigens, der Gottes Segen fürs Hybridauto einholte, fährt privat noch immer ein herkömmliches amerikanisches Monster, einen Cadillac Escalade, schwarz wie die Krise (Seite 48).

Titel

Ein Power-Paar fürs Weiße Haus 76
 SPIEGEL-Gespräch mit dem Geschäftsmann
 und Mäzen James Wolfensohn über die weltweite
 Krise und seine Hoffnung auf Barack Obama ... 89

Deutschland

Panorama: Ermittlungen gegen NPD
 weiten sich aus / Mitgliederschwund bei der
 hessischen Linkspartei / GSG 9 zieht aus
 Bagdad und Kabul ab 11
Parteien: Die Strategen planen für
 das Superwahljahr 2009 16
Union: Die ungewisse Zukunft des CSU-
 Landesgruppenchefs Peter Ramsauer 20
Finanzkrise: Interview mit dem nordrhein-
 westfälischen Ministerpräsidenten
 Jürgen Rüttgers über seinen Vorschlag
 eines 100-Milliarden-Euro-Stützungsfonds 22
Linke: DDR-Nostalgiker wehren sich gegen
 Oskar Lafontaines Geschichtsoffensive 24
Gesetze: Wie Menschen mit Behinderungen
 in Deutschland ausgegrenzt werden 26
Unfälle: Der verhängnisvolle Skiunfall
 des thüringischen Ministerpräsidenten
 Dieter Althaus 30
Gleichstellung: Kaum eine Frau klagt gegen
 geschlechtsbedingte Benachteiligung im Job 32
Kriminalität: Die Liaison von Rockern und
 Rechtsextremen 34
Zeitgeschichte: Die miserablen Spione
 des Diktators Josef Stalin 36

Gesellschaft

Szene: Bildband des Starfotografen
 Andreas Gursky / Zunahme
 von Ladendiebstählen in den USA 38
 Eine Meldung und ihre Geschichte –
 Moralapostel empören sich über die rechte
 Brust von Janet Jackson 39
Erziehung: In Hessen soll ein Ehepaar
 ins Gefängnis, weil es seine Kinder zu Hause
 unterrichtet 40
Ortstermin: Im Bonner Haus der Geschichte
 zeigt ein Roboter, was gutes Deutsch ist 45

Wirtschaft

Trends: Schlappe für Commerzbank-Chef /
 Daimler verschmäht Volvo / Siemens will
 Anti-Korruptions-Regeln lockern 46
Weltkonjunktur: Die nationalen
 Volkswirtschaften ziehen sich gegenseitig
 in die Tiefe 48
 Detroit und seine Autoindustrie kämpfen
 ums Überleben 52
 Beispiel BASF – die Krise erreicht den Kern
 der deutschen Wirtschaft 56
 Macht und Reichtum der russischen
 Oligarchen schwinden 59
 Quan Xiaoju – eine chinesische Wanderarbeiterin
 kehrt zurück in die Provinz 62

Medien

Trends: Der neue ARD-Vorsitzende
 Peter Boudgoust über seine Ziele /
 Heidenreich online im Abseits 66
Fernsehen: Vorschau / Rückblick 67
Privatfernsehen: 25 denkwürdige Jahre –
 im Guten wie im Schlechten 68



Steinmeier, Merkel

Zeit des Werbens

Seite 16

2009 wird der Wahlkampf zum Dauerzustand: Auf vier Landtagswahlen, beginnend mit Hessen Mitte Januar, folgt im Herbst der Wettstreit zwischen Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und ihrem Herausforderer Frank-Walter Steinmeier (SPD) um das Kanzleramt. Nach der Bundestagswahl könnte erstmals ein Drei-Parteien-Bündnis regieren – oder weiterhin eine Große Koalition. Aber wie verträgt es die deutsche Demokratie, wenn das Land zweimal hintereinander von einem so breiten Bündnis regiert wird? Und wenn die Opposition so leise bleibt?

Die Rezession trifft alle

Seiten 48 bis 62

Noch nie hat ein Konjunkturerbruch die Volkswirtschaften der Welt so synchron in die Tiefe gezogen. Die aktuelle Krise trifft die Wanderarbeiter in China und die Automobilarbeiter in Detroit, die russischen Oligarchen und die deutsche BASF.



Armenspeisung in Detroit



Die Hausschule

Seite 40

In Hessen soll ein Elternpaar ins Gefängnis, weil es seine Kinder nicht zur Schule schickt und daheim selbst unterrichtet. In den USA wird die Hausschule gefördert, in Kanada vom Staat belohnt – kaum ein Land verteidigt die Schulpflicht so verbissen wie Deutschland.

Hausunterricht in Hessen

Privat-TV: Nicht alles war schrecklich

Seite 68

Um 9.58 Uhr am Neujahrsmorgen 1984 ging das deutsche Privatfernsehen an den Start. Die Zuschauer verdanken der TV-Revolution bahnbrechende Formate wie „Tutti Frutti“ und „Big Brother“. Doch nicht alles war schrecklich im vergangenen Vierteljahrhundert, vieles auch unterhaltsam oder Stoff für den Stammtisch.

„Deutschland sucht den Superstar“





Zivilisten im Gaza-Streifen

Vergeltung für den Terror

Seite 92

Israel führt Krieg gegen die Hamas, hat aber dabei auch Iran im Blick, den Mullahstaat, der Atomwaffen anstrebt und Terrorgruppen wie Hamas und Hisbollah fördert. Bei den Angriffen in Gaza sterben viele Frauen und Kinder – wie blutig darf Vergeltung sein?

Gefährliche Infarkt-Therapie

Seite 110



Herzoperation

Im Kampf gegen den Herzinfarkt erfreuen sie sich wachsender Beliebtheit – winzige Metallröhren werden in verstopfte Gefäße eingesetzt, um diese von innen heraus offen zu halten. Doch nun zeigen medizinische Studien: Diese sogenannten Stents können gravierende Nebenwirkungen haben. Länger leben zumeist jene Herzkranken, die sich einen klassischen Bypass legen lassen.

Apokalyptische Reiter

Seite 126

In Zeiten der Wirtschaftskatastrophe blühen Weltuntergangspropheten auf. Das Geschäft mit der Angst sei „das älteste Gewerbe der Welt“, polemisiert die Berliner Autorin Thea Dorn. Sie beobachtet eine verbreitete „Lust an der Apokalypse“.

Ende des Höhenrausches

Seite 120

In boomenden Metropolen wie Moskau, Dubai oder Shanghai ging es beim Hochhausbau um immer neue Superlative. Nun stoppt die Finanzkrise ein Prestigeprojekt nach dem anderen – wie etwa die Kristallinsel von Sir Norman Foster in Moskau. Eine neue Chance für ökologisches Bauen?



Foster-Projekt in Moskau (Modell)

Ausland

- Panorama:** Somalia auf dem Weg in die Anarchie / Prozess um das Attentat von Djerba / Russland entlässt Hunderttausende Gastarbeiter 73
- Nahost:** Der Krieg gegen die Hamas 92
- Interview mit Fatah-Führer Mohammed Dahlan über Gewalt und Terror im Gaza-Streifen 96
- Pakistan:** Eine Begegnung mit dem Chef des Geheimdienstes ISI 98
- Global Village:** Der Modellsout von Saigon 100

Sport

- Szene:** Attacke auf die Augen – das wohl übelste Foul beim Rugby / Fußballer Christoph Dabrowski über gewerkschaftlich organisierte Profis 103
- Radrennen:** Das Comeback des siebenfachen Tour-de-France-Siegers Lance Armstrong 104
- Ethik:** Der Sportberater des Papstes, Norbert Müller, über die Haltung des Vatikans zu Doping und Manipulation 107

Wissenschaft · Technik

- Prisma:** Liebesfilme gefährden Beziehungsglück / Weltklimaratschef fordert von den Deutschen Fleischverzicht 108
- Medizin:** Warum in Deutschland Tausende Herzranke falsch behandelt werden 110
- Luftfahrt:** Leiser, schneller, sparsamer – das Flugzeug der Zukunft 113
- Seuchen:** Forscher fahnden im afrikanischen Regenwald nach Killerviren 114
- Tiere:** Wie gefährlich sind schwarze Schwäne? 116

Kultur

- Szene:** Eine Ausstellung in Los Angeles zeigt Nachkriegskunst aus den beiden deutschen Kulturen des Kalten Krieges / Die französische Autorin Anna Sam erzählt von ihren Erlebnissen als Supermarktkassiererin 118
- Städtebau:** Beendet die globale Finanzkrise den Boom spektakulärer Protzbauten? 120
- Literatur:** In seinem neuen Roman „Ruhm“ spielt Bestsellerautor Daniel Kehlmann mit Illusion und Wirklichkeit 124
- Essay:** Die Autorin Thea Dorn über die Lust am Untergang in der gegenwärtigen Katastrophenrhetorik 126
- Autoren:** Der amerikanische Schriftsteller Dave Eggers über die Dokumentation eines afrikanischen Flüchtlingsschicksals in seinem Buch „Weit Gegangen“ 128
- Bestseller** 130
- Nahaufnahme:** In Argentinien, Heimat des Tangos, werden die legendären Bandoneon-Instrumente knapp 131

- Briefe** 6
- Impressum, Leserservice** 132
- Register** 134
- Personalien** 136
- Hohlspiegel/Rückspiegel** 138

Titelbild: Foto Douliery Olivier/Abaca



SPiegel-Titel 1/2009

„Der SPIEGEL-Prognose ist gelungen, was unseren Wirtschaftspropheten nicht gelungen ist, nämlich realistische Zuversicht zu propagieren. Dem Dezennium des Euro flechten Sie zugleich einen Kranz. Aus dem Teuro ist ein Steuro – ein Stabilitätsanker – geworden.“

Dr. Ralph Theile aus Aachen zum Titel
„Eine Prognose – Was läuft 2009 ... und was nicht“

Optimisten braucht das Land

Nr. 1/2009, Titel: Eine Prognose – Was läuft 2009 ... und was nicht

Käfer, die auf dem Rücken liegen, haben eine unnatürliche Haltung und ein Problem. Für gesunde und kräftige Käfer ist es ein Kraftakt, wieder auf die Beine zu kommen. Für kranke und schwache Tiere ist es ein Totenkampf. Ich denke, Deutschland ist stark und kräftig genug, um sich – im wahrsten Sinne des Wortes – wieder zu bekrabbeln.

KONSTANZ CLAUS E. DÜRKE

Für Prophezeiungen kann ich auch ein Jahreshoroskop lesen.

SCHLANDERS (ITALIEN) MARTIN TRAFIOIER

Auf orakelnde Vorahnungen von „Zukunftswesen“ kann man getrost verzichten. Sie stimmen fast nie. Ein Tipp für 2009: Wenn dir eine Laus über die Leber läuft, lade Marienkäfer ein – dann geht es dir wieder besser!

KIEL JAN-PHILIPP KÜPPERS

Es wird ähnlich kommen wie 1993/94. Viele Firmen werden um Entlassungen nicht herumkommen, die Gewerkschaften gehen auf die Straße, und die Arbeitslosenzahlen steigen. Die Kostensenker bekommen wieder Oberwasser, die jungen Leute bekommen keine Jobs, also werden die Älteren wieder zum Teil auf Staatskosten in eine Art Ruhestand versetzt werden. Der deutsche Staat macht noch mehr Schulden. In der Zwischenzeit wird das Obama-Team in den USA aufräumen und die Weichen stellen, die Leute schöpfen wieder Hoffnung und treiben dort die Binnenwirtschaft an. Merkel wacht wieder auf, bastelt ein wenig an wirtschaftlichen Rahmenbedingungen herum und schwimmt im Kielwasser von Obama mit, hinter ihr die Exportwirtschaft.

LAUTERSTEIN (BAD.-WÜRTT.) RALF SAFFERT
SPIEGEL ONLINE FORUM

Da gibt es nach 60 Jahren Völlerei endlich einmal wieder eine Rezession, diesmal weltweit und mit unbestimmten Konse-

quenzen. Ist das nicht eine gute Zeit, um mal die Luft anzuhalten und in Ruhe zu diskutieren, wie wir weitermachen wollen? Ohne dass gleich die Revolution ausgerufen wird.

HAMBURG REINER BÜCHTMANN
SPIEGEL ONLINE FORUM

Der auf dem Rücken liegende Sieben-Punkt-Marienkäfer ist nicht nur Sinnbild für die



Werftarbeiter (in Rostock-Warnemünde)
Die Ursache des Desasters liegt viel tiefer

Wirtschaftsprognose 2009, sondern auch für den Asiatischen Marienkäfer. Denn seit er sich epidemieartig ausbreitet, muss man sich um sein Überleben sorgen. Vielleicht brauchen wir bald einen neuen Glückskäfer!

KIRCHANSCHÖRING (BAYERN) MAX STEINMASSL

Dass Sie glauben, mit einem Sammelsurium von globalen und nationalen Einzelaspekten der letzten 100 Jahre einen erhellenden Beitrag zur Entwicklung im Jahr 2009 leisten zu können, ist wohl nur dem Drang zur Selbstdarstellung geschuldet. Ein

alternativer Forschungsansatz wäre die empirische Befragung von Marktteilnehmern, die auf eigenes Risiko Arbeit und Einkommen für andere schaffen und eben nicht mehr das Einsammeln von Eindrücken derer, die das Geld anderer Leute ausgeben.

KÖLN DR. JOSEF BÜNGER

Da bleibt noch die letzte Hoffnung, dass die Weisen, die Alleswischen, die Alleswisser und die Besserwisser eine ähnliche Treffgenauigkeit zeigen wie bei der Beurteilung unserer Finanzsituation im Herbst 2008.

WALDBÖCKELHEIM (RHL.-PF.) WERNER LUTZ

Für 2009 wünsche ich mir, dass die Ausbreitung des Apokalypsenjournalismus gebremst wird. Der einzige Mist, auf dem nichts wächst, ist der Pessimist (Theodor Heuss). Optimisten braucht das Land.

FRANKFURT AM MAIN GÜNTER EPPLE

Hoffentlich hat nach diesem Titel auch der Letzte begriffen, dass es ganz ohne Staat eben doch nicht geht.

HAUSACH (BAD.-WÜRTT.) MATTHIAS KAISER

Der Kapitalismus ist durch Maßlosigkeit in die Krise gestürzt, heißt es bekennend bei Ihnen, um dann zum x-ten Mal die sprichwörtliche Gier von Investmentbankern und Co. ins Feld zu führen. Das ist irreführend. Die Ursache des Desasters liegt viel tiefer, nämlich im Kapitalismus selbst, eine Erkenntnis, zu der offenbar weder die etablierte Wirtschaftswissenschaft samt deren publizistischem Wurmfortsatz noch die Karrieremakroökonom in der Lage sind.

BERLIN PETER F. SCHMITT

Konsequent und kenntnisreich

Nr. 52/2008, Extremisten: Jahrelang bekämpfte die NPD den Passauer Polizeichef, der bei einem Messerangriff schwer verletzt wurde

Überall ist dieser Tage zu lesen und zu hören, die Messerattacke auf den Passauer Polizeichef Alois Mannichl zeige eine neue Qualität – nun, so neu ist die nicht: Diese neue Qualität hat bereits über hundert Menschen auf den Friedhof gebracht und einige mehr als Pflegefall oder lebenslange Rollstuhlfahrer hinterlassen.

KAUFBEUREN (BAYERN) R. WALTER

Diskutieren Sie auf SPIEGEL ONLINE

- **Titel** Ein Vorzeige-Paar fürs Weiße Haus – wie verändert die Weltpolitik die Obamas? www.spiegel.de/forum/Obamas
- **Israel** Krieg gegen die Hamas – lässt sich der Konflikt militärisch lösen? www.spiegel.de/forum/Israel
- **Radsport** Rückkehrer Lance Armstrong – kann man ihm glauben, dass er niemals gedopt hat? www.spiegel.de/forum/Radsport





Neonazi-Trauerfeier
Den Wind aus den Segeln nehmen

Die Politiker wären glaubwürdiger, wenn sie bei ähnlichen Vorfällen, mit Nichtbeamten, auch ähnlich reagiert hätten.

NÜRNBERG

WOLFGANG WALPER

Der Schutzmann Mannichl unterscheidet sich von den heute überwiegend vorhandenen Vollzugsbeamten der Schutzpolizei, weil er Gesetze nicht nur kennt, sondern auch sinngemäß richtig anwendet und seine Anordnungen dann auch konsequent und kenntnisreich vor Gericht vertritt. Ein Vorbild für die Schutzpolizei nicht nur bei der Bekämpfung der Nazis, sondern für schutzpolizeiliche Tätigkeit schlechthin, die weitgehend vermisst wird und deshalb den Respekt vor der Polizei sinken lässt.

BERLIN

HELMUT HILDEBRANDT
POLIZEIHAUPTKOMMISSAR A.D.

So neu ist das massive Auftreten der Rechten in Passau ja leider nicht – „Das schreckliche Mädchen“ (so nannte Michael Verhoeven seinen Film über sie) Anna Elisabeth Rosmus musste wegen ihrer Forschungen über die Nazi-Zeit in und um Passau schon vor 25 Jahren um ihr Leben und das ihrer Eltern und Töchter fürchten. Und das ist noch heute so, sobald bekannt wird, dass Frau Rosmus aus Amerika, wo sie seit 1994 lebt, zu Besuch nach Passau kommt.

MÜNCHEN

ANGELIKA BOESE

Mannichls Maßnahmen sind korrekt, die Gesetze ausreichend. Was es braucht, sind strategisch wirksame Maßnahmen der politischen Führung in Berlin, die aus der geistig-sozialen und wirtschaftlichen Stagnation herausführend Systemgleichgewicht schaffen. Nur so wird Extremisten aller Couleur der Wind aus den Segeln genommen. Solange dies nicht geschieht, stehen all die noch aufrechten Männer zunehmend auf der Verliererseite – und mit ihnen wir alle.

ESTORIL (PORTUGAL)

ROLF DAHMER

Unerträgliche Heuchelei

Nr. 51/2008, Geheimdienste: Die Berichte zweier BND-Agenten aus Bagdad waren für die US-Kriegführung wichtiger als bislang bekannt; Nr. 52/2008, Geheimdienste: Interview mit dem ehemaligen Pentagon-Mann Marc Gaslasco über den Wert der BND-Informationen aus Bagdad

Wer glaubt eigentlich diese Geschichte? Zwei deutsche Spione wurden kurz vor

Kriegsbeginn im Irak eingesetzt und konnten im ganzen Land unbeaufsichtigt Verteidigungssysteme bei Flugplätzen, Ölfeldern und in der Hauptstadt fotografieren. Der für die Aufklärung zuständige amerikanische General verzichtete deshalb weitgehend auf die Meldungen der eigenen Geheimdienste und verlässt sich bei seinen Planungen auf Meldungen dieser beiden ausländischen Spione, die zeitverzögert und gefiltert – über Deutschland – an sein Kommando geliefert wurden. Und diese Meldungen waren dann entscheidend für die Strategie der US-Truppen. Was dieser Bericht wirklich ist: ein später Rachefeldzug gegen die Mitglieder der deutschen Regierung, die von Anfang an die vorgelegten Kriegsgründe der USA nicht geglaubt hatten.

DORNHAN (BAD.-WÜRTT.)

KARL ROHRER

Die Aufregung um ein paar hilfsbereite BND-Agenten ist eine unerträgliche Heuchelei. Dass die Bundesregierung den Irak-Krieg massiv unterstützt hat, war ohnehin offensichtlich: Ohne die US-Infrastruktur in Deutschland wäre der Nachschub für den Krieg wesentlich schwerer zu organisieren gewesen. Weil dieser Krieg eindeutig völkerrechtswidrig war, hätte die Bundesregierung den USA die Nutzung der Militäranlagen auf deutschem Territorium verbieten müssen. Das zu unterlassen war das eigentliche Vergehen der rot-grünen Regierung, für das sie wohl wenigstens von der Nachwelt verurteilt werden wird.

LEIPZIG

PROF. DR. MARTIN HASPELMATH

Es ist ja wohl unter der Rubrik „Dienstgeheimnis“ einzuordnen, was General a. D. James Marks da blauäugig ausgeplaudert hat. Bei allem Verständnis für investigativen Journalismus sollte der SPIEGEL nicht bei dem Bemühen, Frank-Walter Steinmeier ans Bein zu pinkeln, die Loyalität zu unseren staatlichen Organen leichtfertig aufs Spiel setzen. Nachrichtenleute sind keine Übermenschen, auch können sie sich nicht bedarfsweise in Luft auflösen.

KRONSHAGEN (SCHL.-HOLST.) DR. HERBERT PORT
OBERSTABSARZT A. D.

Wo ist der Aufschrei unseres Innenministers Schäuble für die Sicherheit des Militärs und der Bevölkerung, wenn eine geheime Aktion des BND im Irak-Krieg 2003 an den Pranger gestellt wird? Diese Nachricht könnte von Extremisten leicht zum Anlass genommen werden, Anschläge gegen deutsche Einrichtungen zu planen.

GRASSAU (BAYERN)

ALOIS BLÜML

Dass Deutschland am Feldzug der Amerikaner gegen den Irak teilgenommen hat, war eine richtige Entscheidung der Regierung Schröder. Ohne die logistische Unterstützung in den deutschen Häfen und Flughäfen, ohne den Einsatz von Bundeswehrsoldaten zum Entsatz von amerikani-

schen Kampftruppen, ohne die erteilten Überflugrechte für Kampfflugzeuge und letztendlich ohne den Einsatz der BND-Mitarbeiter wäre der Krieg im Irak noch problematischer für die USA verlaufen als jetzt bekannt. Aus Gründen der Bündnisverpflichtung war diese Unterstützung notwendig und hat Deutschland eine weitere Isolierung erspart.

ADLISWIL (SCHWEIZ)

WOLFGANG PÖSCHL

Das schöne Märchen, Deutschland habe sich weder direkt noch indirekt am Irak-Krieg beteiligt, wird der deutschen Bevölkerung von den Ministern der SPD und den Grünen wieder und wieder aufgetischt. Dass Deutschland für das US-Militär zum Drehkreuz dieses Krieges wurde, im Flughafen Frankfurt die Militärmaschinen stündlich einfliegen und nach dem Nahen Osten abhoben, die Bundesregierung hat davon offenbar nichts wahrgenommen, ebenso von den Aktivitäten in den US-Hauptquartieren in Deutschland oder auf dem Truppenübungsplatz Grafenwöhr. Zu lange ist die Bevölkerung über die deutsche Beteiligung an diesem Krieg von Politikern und Medien belogen worden. Jetzt steht die Wahrheit wie der steinerne Gast vor der Tür.

HEIDELBERG

PETER R. FRANK



US-Bombenangriff auf Bagdad (2003)
Immer wieder aufgetischtes Märchen

Ein gewaltiges Missverständnis?

Nr. 52/2008, Hollywood: Das Attentatsdrama „Operation Walküre“ und andere neue US-Filme nutzen die NS-Zeit als Unterhaltungskulisse

Tatsache ist wohl, dass die angelsächsische Medienindustrie schon seit Charlie Chaplins „The Great Dictator“ die Nazi-Zeit eigentlich noch nie so richtig ernst genommen hat, egal ob es sich um die komische „Stalag“-Serie oder die ebenso amüsante Serie „Allo Allo“ handelt. Das Testpublikum in Hollywood soll angeblich bei der Erstauflührung der „Operation Walküre“ laut gelacht haben. Man sollte also kein historisch-akkurates Drama erwarten.

TORONTO (KANADA) PROF. GERHARD DÜNNHAUPT

Ihre ernsthafte Besorgnis über eine Banalisierung des Dritten Reichs wäre glaubhaft, wenn nicht wieder der alte Neid auf die Amerikaner durchscheinen würde. Diese Amis, die so ungebildet sind, dass sie unsere deutsche Geschichte nicht so gut

kennen wie wir, die aber einfach besser Geschichten erzählen können, selbst dann, wenn es über diese unsere Geschichte geht.

KÖLN

SVEMIR ARAMBASIC



LUCAS JACKSON / REUTERS

„Operation Walküre“-Star Tom Cruise
Bessere Geschichten über unsere Geschichte

Wie schrecklich: Da nehmen die bösen Amis neuerdings unsere Geschichte, über die wir so Tiefsinnsmonster wie „Der Untergang“ zu drehen verstehen, und machen Unterhaltungskino draus. Aber schon das „neuerdings“ ist falsch, Nazis dienen seit Jahrzehnten als Folie für Unterhaltungsfilm. Als Pars pro Toto sei hier nur „Indiana Jones 3“ genannt, in dem Harrison Ford allerlei SS-Schergen aus einem Zeppelin wirft – gedreht hat das Steven Spielberg, der bald darauf „Schindlers Liste“ machte.

GÖTTINGEN

JAN LANGEHEIN

Anscheinend sind Sie einem gewaltigen Missverständnis aufgesessen. Es ist doch

gut, dass es sich bei dem Film „Valkyrie“ nicht um ein „Stück filmischer Zeitschichte“ handelt, sondern um einen bloßen Thriller. Andernfalls würden sich Millionen Menschen überhaupt nicht mit der Sache auseinandersetzen. Nach der Uraufführung des Films in New York kam eine Frau aus dem Kino und sagte: „Ich wusste überhaupt nicht, dass es in Deutschland einen Widerstand gegen Hitler gab.“ Diese Aussage dürfte doch wohl wichtiger sein als alles andere.

RECKLINGHAUSEN

KLAUS-PETER KUBIAK

Kunstvoll gewoben

Nr. 52/2008, Psychiatrie: Ein Münchner Millionär versucht seit 14 Jahren zu beweisen, dass er nicht verrückt ist

Ein renommierter Psychiatrieprofessor ermittelt mit den Schnüfflermethoden eines drittclassigen Privatdetektivs auf Betreiben einer rachsüchtigen Ehefrau inkognito wie in einer lächerlichen Schmierenkomödie. Ein glamouröser und exzentrischer Kunsthändler wird mit der Diagnose Hypomanie gebrandmarkt, einem Begriff, mit dem das halbe Showbusiness in psychiatrischen Gewahrsam genommen werden kann. Wenn dann noch ein so gravierender Verstoß gegen die ärztliche Schweigepflicht hinzukommt, gibt es nur eine Konsequenz: Hans-Jürgen Möller gehört aus seinem Amt entfernt

und diese Form der menschenverachtenden Psychiatrie auf den Prüfstand gestellt.

ERDING (BAYERN)

FRANZ EISENRIED

Ein großartiger Artikel, der mindestens so kunstvoll gewoben ist wie die antiken Teppiche und alle Seiten fair beleuchtet.

KÖLN

KERSTEN MÜNGERSDORF

Wer in das Visier der Psychiater gerät, ist schnell verloren – ganz besonders die Masse derjenigen, die sich solche Mammutprozesse nicht leisten können!

BAD SODEN (HESSEN)

AXEL BISSERT



ROBERT HUBER

Teppichhändler Eberhart Herrmann (in Luzern)
Glamourös und exzentrisch

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe – bitte mit Anschrift und Telefonnummer – gekürzt und auch elektronisch zu veröffentlichen. Die E-Mail-Anschrift lautet: leserbriefe@spiegel.de

In einer Teilaufgabe dieser SPIEGEL-Ausgabe befindet sich eine Beilage des SPIEGEL-Verlags/Studiosus Leserreisen, Hamburg.



Großveranstaltung der NPD in Hamburg

MIKE SCHROEDER / ARGUS

RECHTSEXTREMISMUS

Ermittlungen gegen NPD weiten sich aus

Die Finanzaffäre der rechtsextremistischen NPD, die die Partei in eine tiefe Krise gestürzt hat, weitet sich aus. Die Staatsanwaltschaft in Münster ermittelt nach Angaben von Oberstaatsanwalt Wolfgang Schweer nicht nur gegen den inzwischen abgelösten NPD-Schatzmeister Erwin Kemna, sondern auch gegen zwei Wirtschaftsprüfer wegen des Verdachts auf Verstoß gegen das Parteiengesetz. Die Steuerexperten Eberhard Müller und Werner Linn hatten jahrelang Kemnas – offenbar manipulierte – Rechenschaftsberichte an die Bundestagsverwaltung testiert. Die Ermittler prüfen nun, ob auch die NPD-Spitze Kenntnis von den Machenschaften hatte. Laut Staatsanwaltschaft wurden bereits Ende November mehrere Wirtschaftsprüfungskanzleien in Süddeutschland durchsucht sowie die Zentrale der NPD-nahen Deutsche Stimme Verlags GmbH im sächsischen Riesa. Die Staatsanwälte haben nach ei-

genen Angaben Indizien dafür, dass die NPD jahrelang über Treuhandkonstruktionen Parteigelder in den Verlag geschleust und ihre Beteiligung an dem rechtsextremen Druckhaus gegenüber der Bundestagsverwaltung verschleiert hat. Unternehmensbeteiligungen von Parteien müssen nach dem Gesetz offengelegt werden, andernfalls drohen Sanktionen. „Deutsche Stimme“-Verlagsleiter Jens Pühse räumt ein, dass ein Teil der Gesellschaftsanteile des Verlags durch den Wirtschaftsprüfer Müller „treuhänderisch für dritte Personen“ gehalten würden. Um wen es sich handle, sei „lediglich Herrn Müller bekannt“. Die Ermittler gehen dem Verdacht nach, dass diese Konstruktion im Auftrag oder mit Wissen der Partei gewählt wurde. Der Wirtschaftsprüfer selbst mochte sich – wie sein Kollege Linn, der bereits inhaftierte Ex-Schatzmeister Kemna und NPD-Sprecher Klaus Beier – nicht zu den Vorwürfen äußern.

PRÄSIDENT

Köhlers Heiliger Abend

Bundespräsident Horst Köhler hat es bei der Prüfung des Gesetzes über die Erbschaftsteuer offenbar überaus eilig – und hat das Gesetz früher unterzeichnet, als aus den offiziellen Verlautbarungen hervorgeht. Laut Verfassung hat der Präsident den Auftrag, Gesetze darauf zu prüfen, ob sie verfassungskonform sind. Zweimal hatte Köhler, der ein „unbequemer Präsident“ sein will, die Unterschrift nach ausführlicher Prüfung verweigert, er hatte sogar externen Rat von Rechtsexperten eingeholt. Im Fall der strittigen Neuregelung der Erbschaftsteuer verzichtete Köhler auf externe Expertisen und berücksich-

tigte auch nicht die Warnungen von Experten, etwa von Staatsrechtler Ulrich Battis und dem ehemaligen Verfassungsrichter Paul Kirchhof. Sie halten die Neuregelung für verfassungswidrig. Zudem prüfte Köhler kürzer als bislang bekannt. Präsidialamtssprecher Martin Kothé erklärte am Montag voriger Woche, der Präsident habe das Gesetz über die Weihnachtsfeiertage unterschrieben. Tatsächlich unterzeichnete Köhler das Gesetz, das ihm von der Bundesregierung erst am 16. Dezember zugeleitet worden war, bereits am 24. Dezember, vor seinem Urlaub in Österreich. In der Spitze des Präsidialamts wurde noch früher, bereits nach einem Treffen Köhlers mit Kanzlerin Angela Merkel Mitte Dezember, davon ausgegangen, dass er das Gesetz unterzeichnet. Wenig

später wurde das Szenario – Unterschrift Köhlers, aber spätere Bekanntmachung seiner Zustimmung – verabredet, um den Eindruck einer gründlicheren Prüfung zu erwecken.



Köhler

HENNING KAISER / DDP

HESSEN

Austritte bei der Linkspartei

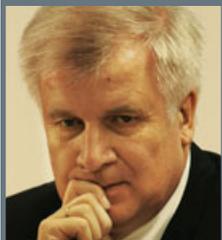
Zwei Wochen vor der Landtagswahl in Hessen hat die Partei Die Linke mit zahlreichen Austritten enttäuschter Mitglieder zu kämpfen. Der Linken-Ortsverband im nordhessischen Baunatal hat sich zum Jahreswechsel praktisch aufgelöst. Der Ortsvereinsvorsitzende Bernd Heinicke und sein Stellvertreter beklagen fehlende Basisdemokratie, Mobbing von Mitgliedern sowie „elitäre Kaderbildung“ in ihrer Partei. Neben ihnen haben noch 29 weitere nordhessische Genossen zum 31. Dezember 2008 aus ähnlichen Gründen ihren Parteiaustritt erklärt. Weitere Mitglieder, darunter ein Landesvorstandsmitglied, planen diesen Schritt nach Informationen aus Parteikreisen für Mitte Januar. Bei den hessischen Linken schwelt seit Monaten ein Konflikt zwischen basisdemokratisch orientierten Mitgliedern und großen Teilen der Parteiführung sowie der Landtagsfraktion. Der Parteispitze wird vorgeworfen, politische Inhalte zugunsten von Eigeninteressen und Machtpolitik aufzugeben. Die Linken-Landesvorsitzende Ulrike Eifler, die im Gegensatz zur Mehrheit im Landesvorstand auf Seiten der Reformen steht, warnte kürzlich, die Erfolgsgeschichte der Linken werde „kurz“ sein, wenn es nicht gelinge, die „organisationspolitischen Probleme“ der Partei in den Griff zu bekommen.



SASCHA BREKER / ATTENZIONE (O.); CHRISTOF STACHE / AP. (L. U.)

Eifler beim Parteitag in Lollar bei Gießen (im August 2008)

DER MÜNCHHAUSEN-TEST



„Monika Hohlmeier war lange Jahre eine tüchtige Staatsministerin. Dann gab es sicherlich Querelen.“

Der CSU-Vorsitzende und bayerische Ministerpräsident **Horst Seehofer** am 28. Dezember 2008 in der „Welt am Sonntag“ über den Abschied der Strauß-Tochter aus der Politik

DIE FAKTEN

Im Juli 2004 trat Monika Hohlmeier zunächst vom Vorsitz der Münchner CSU und neun Monate später auch von ihrem Amt als Kultusministerin zurück. Sie zog damit die Konsequenzen aus ihrer Verstrickung in die sogenannte Wahlfälscher-Affäre. Eine Gruppe ehrgeiziger CSU-Nachwuchspolitiker hatte versucht, die Mehrheiten bei den Münchner Christsozialen zu manipulieren, Stimmen gekauft, Mitgliedsanträge gefälscht und Urkunden versteckt, um so Hohlmeiers ärgsten Widersacher, den Münchner CSU-Fraktionschef Hans Podiuk, zu schwächen. Ein früherer Funktionär der Jungen Union bezeichnete Hohlmeier bei einer Vernehmung als „Drahtzieherin“ und „Dirigentin der gesamten Operation“. Von einem „Abgrund aus Lüge und Täuschung“ sprach Podiuk. Hohlmeier selbst bestritt die Vorwürfe.



DER TEST

Das Wort Querelen stammt aus dem Lateinischen und bedeutet so viel wie „Klage“ und „Streit“, wobei es sich laut Brockhaus um eine eher „kleinere“ Auseinandersetzung handelt. Die Münchner Wahlfälscher-Affäre hingegen hatte eine erkennbar größere Bedeutung als ein kleinerer Streit: Zu ihrer Klärung wurde im Landtag eigens ein Untersuchungsausschuss einberufen, und sie führte immerhin zum Rücktritt der Staatsministerin und Strauß-Tochter Hohlmeier. Es ist möglich, dass der CSU-Chef Seehofer die Formulierung vor allem aus strategischen Gründen wählte, weil er unbedingt Hohlmeier als Spitzenkandidatin der Christsozialen für die Europawahl durchsetzen wollte. Nach deutlichem Protest aus seiner Partei muss Seehofer nun aber doch mit dem Europagruppenchef Markus Ferber als Spitzenmann in den Wahlkampf ziehen.

DAS FAZIT

Horst Seehofers Formulierung ist Schönfärberei.

RÜSTUNGSEXPORTE

Merkels Mahnungen

Als säumiger Schuldner präsentiert sich die griechische Regierung gegenüber deutschen Rüstungsfirmen. Seit Jahren warten der Werftenkonzern ThyssenKrupp Marine Systems und die Panzerschmiede Krauss-Maffei Wegmann (KMW) darauf, dass Athen Schulden in dreistelliger Millionenhöhe begleicht. Mehrere Ermahnungen, die Kanzlerin Angela Merkel (CDU) in den vergangenen zwei Jahren dem griechischen Kollegen Kostas Karamanlis zu kommen ließ, zeigten keine Wirkung. Zwar überwies Athen beiden Firmen

gelegentlich kleinere Summen. Insgesamt steht die notorisch klamme griechische Regierung aber noch mit 570 Millionen Euro in der Kreide. Dabei geht es um ein U-Boot, das seit zwei Jahren fertiggestellt ist, aber nicht abgenommen wird, drei weitere U-Boote, die noch im Bau sind, sowie die Modernisierung älterer Modelle und Überwasserschiffe. Bei Krauss-Maffei Wegmann hat das griechische Heer 170 Kampfpanzer vom Typ „Leopard 2“ im Wert von 1,7 Milliarden Euro bestellt. Seit 2006 hat die Firma 126 Exemplare ausgeliefert, sitzt aber derzeit auf Außenständen von etwa 260 Millionen Euro. Dennoch will KMW einstweilen planmäßig weiterliefern.

ZEITGESCHICHTE

Politische Justiz

Während des Kalten Kriegs hat die bundesdeutsche Justiz Kommunisten ungleich härter verfolgt als ehemalige Nationalsozialisten. Das geht aus einer Studie des Historikers Josef Foscipoth in der „Zeitschrift für Geschichtswissenschaft“ hervor. Die Zahl der zwi-

schen 1951 und 1968 gefällten Urteile gegen Kommunisten lag fast siebenmal so hoch wie die gegen NS-Täter – obwohl die Nazis Millionen Menschen ermordet hatten, während man westdeutschen Kommunisten politische Straftaten wie Landesverrat vorwarf. Nach Kriegsende war die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) zunächst in fast allen Landesregierungen vertreten, verlor jedoch bis 1951 zwei Drittel ihrer 300 000 Mitglieder. Kanzler Konrad Adenauer sah dennoch in ihr eine Gefahr und führte 1951 zahlreiche politische Straftatbestände ein; zudem verbot das Bundesverfassungsgericht die KPD 1956. Foscipoth zufolge ermittelten Staatsanwälte bis 1968 gegen 125 000 Personen wegen politischer Delikte: „Das Ziel war weniger der Kampf gegen eine politisch bedeutungslose Partei als gegen kommunistische Gesinnungen.“ Zum Vergleich: NS-Ermittlungsverfahren richteten sich bis heute gegen rund 106 000 Verdächtige. Erst 1968 reformierte der Bundestag das Strafrecht und beschloss eine Generalamnestie, unter die die Kommunisten fielen.



BOTSCHAFTEN

GSG 9 zieht ab

Das Personal an den deutschen Botschaften in Kabul und Bagdad muss künftig auf den Schutz der Spezialeinheit GSG 9 verzichten. Die Experten werden abgezogen und durch andere Beamte der Bundespolizei ersetzt, die zuvor in einem zehnwöchigen Lehrgang vorbereitet werden. 15 Bundespolizisten haben diese Fortbildung bereits durchlaufen, ein erster Trupp wird für zunächst drei Monate nach Kabul ent-

sandt. In der Zwischenzeit wird der Aufbau einer Einheit unter dem Arbeitsnamen „Personenschutz in Krisengebieten“ bei der Bundespolizei vorangetrieben. Die Maßnahme wurde notwendig, weil die GSG 9 immer mehr Aufgaben übernimmt, was sie stark belastet. Neu ist, dass die Bundespolizisten den Personenschutz in eigener Zuständigkeit übernehmen. Bislang ist das Aufgabe des Bundeskriminalamts. Insider werten dies als Beleg für Bestrebungen im Bundesinnenministerium, den Schutz von Politikern und Diplomaten künftig ganz der Bundespolizei zu übertragen.

NATIONALSOZIALISMUS

„Abgetan als unweibliche Bestien“



SCHNEIDER/PRESS

Kathrin Kompisch, 35, ist Historikerin und hat mehrere Bücher zur Kriminalitätsgeschichte veröffentlicht. In „Furchtbar feminin. Berühmte Mörderinnen des 20. Jahrhunderts“ beschreibt sie Mordmethoden von Frauen.

SPIEGEL: Ihre jüngste Arbeit beschäftigt sich mit Täterinnen, die während der NS-Zeit im staatlichen Auftrag handelten*. In welchen Funktionen?

Kompisch: Es waren KZ-Aufseherinnen, auch Ärztinnen und Schwestern übten bei der sogenannten Euthanasie mörderische Gewalt aus. SS-Helferinnen kümmerten sich um die bürokratische Abwicklung des Völkermords, etwa bei den Einsatzgruppen im Osten. Beamtinnen der Kripo stellten Kinderkarteien zusammen – und diese wurden zur Basis von Deportationslisten.

SPIEGEL: Meldeten sich Frauen freiwillig zum Dienst in den Konzentrationslagern?

Kompisch: Zwischen 1933 und 1945 arbeiteten bis zu 4000 Aufseherinnen in den Frauen-KZ, etwa zehn Prozent des gesamten KZ-Personals – gezwungen wurde dazu niemand. Die Frauen entschieden sich oft aus pragmatischen Gründen für diese Arbeit: Es war ein gutbezahlter Job im Öffentlichen Dienst mit Aufstiegschancen, der kaum Vorkenntnisse verlangte. Sogar für Kinderbetreuung in den Lagern war gesorgt.

SPIEGEL: Männer haben ihren Familien gegenüber meist ihre verbrecherische NS-Vergangenheit verschwiegen. Gilt dies auch für Täterinnen?

Kompisch: Ja, das war der gleiche Reflex. Freilich wurden sie auch kaum gefragt, weil erstaunlicherweise fast jedermann davon ausging, dass Frauen unschuldig, friedfertig und passiv gewesen seien. Zudem verbot der Mythos der zupackenden Trümmerfrau jedwede Rückschau auf weibliche Verstrickungen in Nazi-Verbrechen.

SPIEGEL: Weil die restaurative junge Bundesrepublik dringend positive Identifikationsfiguren brauchte?

Kompisch: So war es, die ganz wenigen verurteilten Täterinnen konnten als „unweibliche“ Bestien und quasi widernatürliche Einzelfälle abgetan werden. Seit den 68ern fragte man dann zwar nach der Schuld der Väter und Großväter – nicht aber nach Muttis und Omas Verantwortung für das NS-Regime.

* Kathrin Kompisch: „Täterinnen. Frauen im Nationalsozialismus“. Böhlau Verlag, Köln; 277 Seiten; 22,90 Euro.



SORGE / CARO

Kinder in den Ferien (in Mecklenburg-Vorpommern)

CSU

Keine Klagen gegen Kinderlärm

Die CSU will künftig ausschließen, dass Geschrei von Kindern zum Gegenstand von Gerichtsprozessen wird. „Wir wollen gesetzlich klarstellen: ‚Kinderlärm‘ darf kein Grund für Nachbarschaftsklagen gegen Kindergärten, Spielplätze und ähnliche Einrichtungen sein“, heißt es in dem Entwurf für die Abschlusserklärung der CSU-Klausurtagung in Wildbad Kreuth, die am Mittwoch dieser Woche beginnt. Darüber hinaus ver-

spricht die Partei, ab 2013 ein Betreuungsgeld einzuführen, mit dem Eltern unterstützt werden sollen, die Kleinkinder zu Hause hüten und nicht in die Kita bringen. Eine Änderung des Ehegattensplittings lehnt die CSU – im Gegensatz zur CDU – strikt ab. „Für uns ist der Vertrauensschutz für alle die selbstverständlich, die sich in ihrer Lebensplanung auf diese grundsätzliche Wertentscheidung des Steuerrechts verlassen haben.“

SPD

Fragwürdiger Pate

Seine Genossen bringt der Hamburger Jusos-Chef Danial Ilkhanipour auch im neuen Jahr in Wallung. Nachdem das Parteischiedsgericht im Dezember seinen umstrittenen Sieg gegen das SPD-Bundesvorstandsmitglied Niels Annen im Kampf um die Bundestagskandidatur im Wahlkreis Eimsbüttel für rechtens erklärt hat, sorgen nun private Kontakte zum Umfeld des Sterbehelfers und Ex-Politikers Roger Kusch, gegen den die Hamburger Staatsanwaltschaft ermittelt, für Unruhe. Unter hanseatischen Genossen kursieren Kopien aus der Mitgliederzeitschrift des noblen Norddeutschen Regatta Vereins (NRV), für den schon Alfred Krupp



JÜRGEN JOOST

Ilkhanipour

von Bohlen und Halbach segelte. Das Blatt, es ist von 2002, listet unter der Überschrift „Herzlich Willkommen im NRV zum 1. Oktober“ auch Danial Ilkhanipour auf. Als einer von zwei „Paten“, die damals für den Neuling bürgten, firmiert Guy Seidel. Der war Mitarbeiter der CDU-Bürgerschaftsfraktion und diente später dem wegen diverser Skandale geschassten ehemal-

igen Justizsenator Roger Kusch als Sprecher. Ilkhanipour sieht die Angelegenheit gelassen: „Es geht ums Segeln, auch wenn hier scheinbar von einigen versucht wird, Stimmung gegen mich zu machen.“ Seidel sei „eine lockere Segel-Bekanntschaft“, die für ihn „beim Eintritt in den NRV gebürt“ habe, als der CDU-Mann noch nicht für Kusch arbeitete. In den vergangenen Jahren habe er zu Seidel „keinerlei Kontakt mehr gehabt“.

PARTEIEN

Politik im Zirkus

In Hessen hat der Wahlkampf begonnen, Auftakt zum Superwahljahr 2009. Welche Bündnisse werden sich in den Ländern formieren? Wem vertrauen die Wähler die Bundesregierung an? Viel hängt davon ab, ob es der SPD künftig gelingt, souveräner mit der Linkspartei umzugehen.

Thorsten Schäfer-Gümbel läuft los, in dünnen Lederschuh bei minus vier Grad. Er habe sich extra die warmen Schuhe rausgestellt, sagt er, aber dann sei ihm beim Anziehen der Schnürsenkel gerissen. Zu feste gezogen. Er will viel, er will zeigen, dass er Roland Koch als Ministerpräsident von Hessen ablösen kann.

Jetzt läuft er durch die Fußgängerzone in Frankfurt am Main, und seine Nase passt sich langsam der Farbe seines roten Schals an. Er stellt sich vor ein Schaufenster mit dem Aufkleber „bis zu 50 Prozent reduziert“. Er positioniert sich so, dass er das Wort „reduziert“ verdeckt, und reckt den Daumen neben den „50 Prozent“. Die jüngste Umfrage sagt seiner SPD 25 Prozent voraus.

Das muss jetzt sein, Optimismus zeigen, Witzchen machen. Es ist Wahlkampf, kurz vor Silvester hat er in Hessen begonnen und gibt die Grundmelodie des Jahres vor. 2009 wird ein Superwahljahr, ein Jahr der Politik im Zirkus des Dauerwahlkampfes.

Nachdem Weihnachtszeit und Jahreswechsel im Land halbwegs ruhig verlaufen sind, meldet sich nun die Politik zurück, gleich in den ersten Tagen des neuen Jahres. Am Montag trifft sich der Koalitionsausschuss, um weitere Maßnahmen gegen



Regierungschefin Merkel

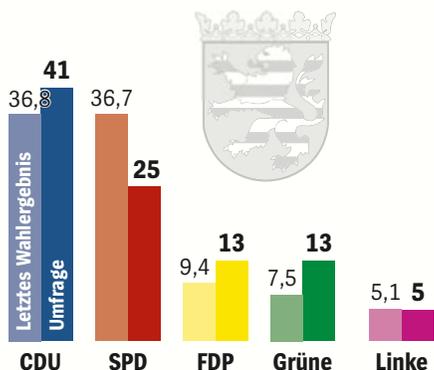
MATTHIAS SCHRÄDER / AP

Wahlen im Jahr 2009 Termine und Umfragen

+++ 18. Januar Landtagswahl Hessen +++ 23. Mai Wahl des Bundespräsidenten +++ 7. Juni Europawahl +++ 30. August

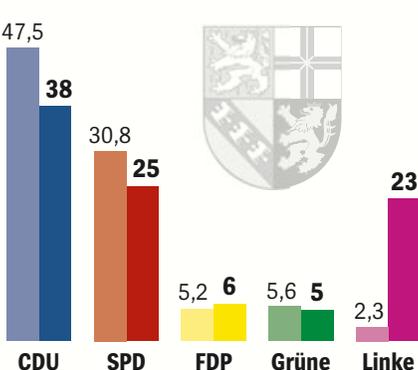
Sonntagsfrage „Welche Partei würden Sie wählen, wenn am nächsten Sonntag ...wahl wäre?“ Angaben in Prozent; an 100 fehlende Prozent: Sonstige

LANDTAGSWAHL HESSEN



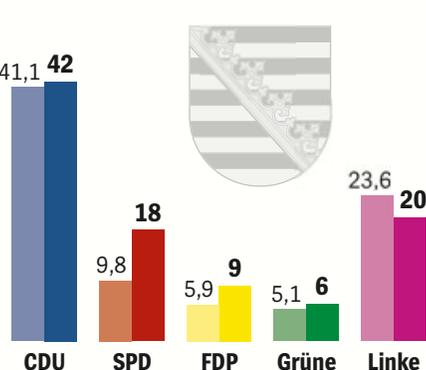
GMS-Umfrage; rund 1000 Befragte vom 15. bis 17. Dezember 2008

LANDTAGSWAHL SAARLAND



Infratest-dimap-Umfrage; 1000 Befragte vom 23. bis 26. Oktober 2008

LANDTAGSWAHL SACHSEN



dimap-Umfrage; 2000 Befragte vom 31. Oktober bis 10. November 2008

die Wirtschaftskrise zu beraten. Am Dienstag will sich die FDP bei ihrem Dreikönigstreffen als Regierungspartei empfehlen. Und am Mittwoch beginnt die Klausurtagung der CSU-Landesgruppe im Bundestag im bayerischen Wildbad Kreuth. Dazu läuft der hessische Wahlkampf auf Hochtouren.

Es werden Tage sein, die einen Vorgesmack geben auf das Jahr 2009, mit Wahlen im Bund, in fünf Bundesländern, in der EU und in vielen Kommunen. Es werden Tage sein, in denen die großen

Themen des Jahres anklingen: Wie kann die deutsche Politik die Krise bewältigen? Und welchem Bündnis vertrauen die Wähler für die nächsten vier Jahre die Bundesregierung an?

Die Frage, die sich diesmal stellt, ist ein bisschen größer als sonst. Es geht nicht nur um Angela Merkel oder Frank-Walter Steinmeier, um Union oder SPD, es geht um Parteiensystem und Demokratie insgesamt. Weil etwas passieren könnte, was es noch nie gegeben hat in der Bundesrepublik: dass eine Große Koalition zum

zweiten Mal hintereinander regiert – oder dass ein Bündnis von drei Parteien an die Macht kommt. Beide Konstellationen sind schwierig, beide könnten der deutschen Demokratie etwas von ihrer Stabilität nehmen. Und es wird um ein Phantom gehen, um ein Bündnis, das es im Bund nicht geben soll: Rot-Rot.

So wirken die Wahlen vor der Bundestagswahl im September wie Etappen auf dem Weg zu einem unbekanntem, etwas unheimlichen Ziel. Alles wird mit Blick auf das Ende gesehen und gedeutet werden. Und alles findet unter den Bedingungen der Krise statt, wird begleitet von Meldungen über Entlassungen und Firmenpleiten, über Defizite in Staatshaushalten und Sozialkassen. Es wird ein aufregendes, ein brisantes, ein spannendes Jahr der Politik.

Aber erst einmal geht es um Thorsten Schäfer-Gümbel, den die Genossen gern TSG nennen und der sich selbst mit der TSG Hoffenheim vergleicht, dem Überraschungsteam der Bundesliga. Zwar ist Schäfer-Gümbel Fan des FC Bayern München, des größten Konkurrenten von Hoffenheim, aber egal, er hat rote Postkarten drucken lassen mit der Aufschrift: „TSG – nicht nur ein Sportverein“.

Er hat sich bislang besser geschlagen als erwartet, aber er schleppt das ganze Ypsilanti-Gepäck mit sich herum, die Wahlkampfpläne, die gescheiterten Anläufe, ein rot-grünes Bündnis von der Linken tolerieren zu lassen, den mitunter unappetitlichen Kampf gegen die vier Sozialdemokraten, die das nicht mitmachen wollten.

Deshalb führt in den Umfragen Roland Koch, der Verlierer der ersten Wahl, und deshalb ist ein schwarz-gelbes Bündnis nach dem 18. Januar in Hessen das Wahrscheinlichste. Dies würde Hoffnungen oder Sorgen beflügeln, je nachdem, ob es nicht doch ein Zurück zur alten Bundesrepublik geben kann, dem vertrauten Zweierbünd-

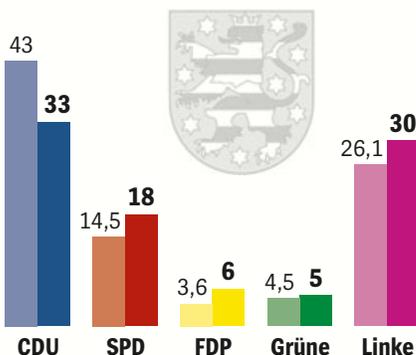


Kanzlerkandidat Steinmeier

NICOLE MASKUS

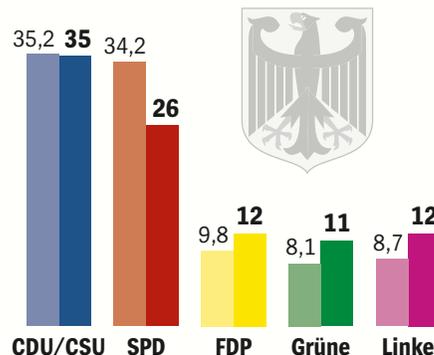
Landtagswahlen Saarland, Sachsen und Thüringen +++ 27. September Bundestagswahl, Landtagswahl Brandenburg +++

LANDTAGSWAHL THÜRINGEN



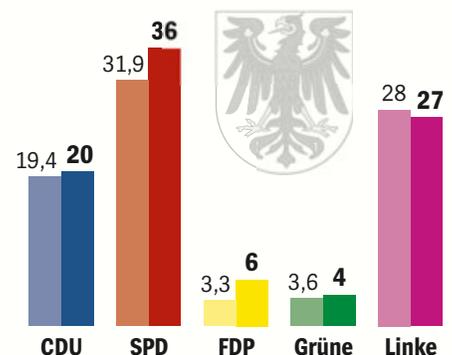
IfM-Leipzig-Umfrage; rund 800 Befragte vom 21. bis 23. Oktober 2008

BUNDESTAGSWAHL



Emnid-Umfrage; rund 3700 Befragte vom 15. bis 22. Dezember 2008

LANDTAGSWAHL BRANDENBURG



Infratest-dimap-Umfrage; 1000 Befragte vom 11. bis 14. September 2008



Amtsbewerber Schäfer-Gümbel, Köhler, Müller*: So wirken die Wahlen vor der Bundestagswahl im September wie Etappen auf dem Weg zu

nis aus großer und kleiner Partei auf Bundesebene.

Das könnte der 23. Mai bestätigen. Dann tritt im Berliner Reichstag die Bundesversammlung zusammen, um den Bundespräsidenten zu wählen. Union und FDP wollen Horst Köhler zu einer zweiten Amtszeit verhelfen, die SPD hat wie schon 2004 die Professorin Gesine Schwan als Gegenkandidatin nominiert. Für die Linkspartei tritt der Schauspieler Peter Sodann an, den aber selbst Oskar Lafontaine und Gregor Gysi inzwischen für einen Fehlgriff halten.

Wenn es für Union und FDP gut läuft, kann Köhler bereits im ersten Wahlgang die absolute Mehrheit der Stimmen in der Bundesversammlung erreichen. Nach vorläufigen Berechnungen verfügt das bürgerliche Lager derzeit über eine hauchdünne Mehrheit von 613 oder 614 Sitzen. 613 sind notwendig.

Kommt es so, könnten Union und FDP mit reichlich Rückenwind in den Bundestagswahlkampf starten, die Gegner wären geschwächt.

Falls jedoch keiner der Kandidaten in den ersten beiden Durchgängen die absolute Mehrheit der Stimmen erreicht, genügt die einfache Mehrheit, um ins Schloss Bellevue einzuziehen zu können. Viel würde dann vom Verhalten der Linkspartei abhängen. Lässt Lafontaine seine Truppe für Schwan stimmen? Er hielt sich bislang bedeckt. Dies werde kurzfristig entschieden, heißt es.

Die Frage ist nur, ob es der SPD nützt, wenn Gesine Schwan von der Linken zur Bundespräsidentin gewählt würde. Die Union könnte das als Hinweis ausschlagen, dass es nach der Bundestagswahl doch zu einem rot-roten Bündnis kommt, gegen alle Beteuerungen der SPD-Spitze.

Dieser verdruckste Umgang der roten mit den tiefroten Genossen könnte am 30. August endgültig zur Farce werden. Dann wählen das Saarland, Thüringen und Sachsen neue Landtage, und im Saarland ist die erste rot-rote Koalition im Westen gut möglich. Die dortige SPD liegt in der

letzten Umfrage bei 25 Prozent und damit knapp vor Lafontaines Linker, die auf 23 Prozent kommt (siehe Grafik Seite 16). Gemeinsam könnte es reichen.

Das rote Kopf-an-Kopf-Rennen an der Saar wird einer der Höhepunkte des Wahljahrs 2009 werden. Lafontaine will zurück auf den Thron in der Staatskanzlei, den derzeit noch CDU-Mann Peter Müller besetzt. Als der Linken-Chef sich bereits im August 2008 zwischen roten Gladiolen und Gerbera zum Spitzenkandidaten küren ließ, klatschte im Bürgerhaus Neunkirchen auch so mancher SPD-Genosse Beifall. „Ich trete hier nicht aus Show an“, sagt er, „das Hauptziel ist, den Müller in die Wüste zu schicken.“

Heiko Maas, einstiger Polit-Schüler von Lafontaine und Spitzenkandidat der Sozialdemokraten, hat bereits angekündigt, mit der Linken zusammenzugehen, wenn sie

In einer zweiten Großen Koalition würde der Zank wohl noch schlimmer werden.

ihn denn zum Ministerpräsidenten mache. Kurz vor der Bundestagswahl könnte Maas dann im September das rot-rote Bündnis schmieden, während Kanzlerkandidat Frank-Walter Steinmeier kein solches Signal sehen will, weil es die eigenen Wahlchancen gefährden könnte. Es wäre ein weiteres Beispiel für den krampfigen Umgang der SPD mit der Linken.

Und dann sind die Vorspiele vorbei, und endlich kommt die Bundestagswahl, und es stellt sich vor allem die Frage, ob dieses Land noch einmal von einer Großen Koalition regiert werden will.

Als die Finanzkrise ausbrach, ließ sie sich zunächst positiv nutzen im Sinne der großen Parteien: Mit der Mehrheit im Parlament konnte die Bundesregierung sehr schnell ein Rettungspaket schnüren. Doch

Bundeskanzlerin Angela Merkel und Finanzminister Peer Steinbrück zeigten sich unsicher in ihrem Krisenmanagement, mussten sich laufend korrigieren und zögerten lange mit Entscheidungen über Konjunkturpakete.

Da kam bald die Sehnsucht nach einer starken Opposition auf, nach einer parlamentarischen Kraft, die der Bundesregierung Feuer machen kann, die sie antreibt, unter Druck hält.

So hat die Große Koalition kurz hintereinander ihre Vor- und Nachteile präsentiert. Aber schwerer wiegt eine andere Frage: Verträgt es die deutsche Demokratie, wenn sie zweimal hintereinander von einem so breiten Bündnis regiert wird, wenn es praktisch nur eine Regierung gibt und keine Opposition? Wobei die SPD verlässlich als Opposition in der Regierung wirkt, doch solch interner Streit lässt die Politik immer besonders hässlich aussehen.

In einer zweiten Großen Koalition würde dieser Zank wohl noch schlimmer. Angela Merkel, die in geduckter Haltung durch ihre erste Regierungszeit lief, könnte mutiger auftreten, weil sie wiedergewählt wurde, weil sie nicht mehr befürchten muss, zu den gescheiterten Kanzlern Ludwig Erhard und Kurt Georg Kiesinger gezählt zu werden. Sie würde mehr Profil zeigen und die SPD noch stärker gegen sich aufbringen.

Aber was ist die Alternative? Wahrscheinlich ist eine Dreierkoalition, entweder eine Ampel aus SPD, FDP und Grünen oder das, was „Jamaika“ heißt: Union, FDP und Grüne schmieden ein Bündnis. Beides wäre neu für die Bundesrepublik und würde die Zahl der möglichen Bruchstellen in der Regierung mindestens verdoppeln. Dass sich FDP und Grüne zusammenraufen müssen oder Union und Grüne, ist auch in normalen Zeiten ein schwieriges Experiment, in Zeiten einer schweren Wirtschaftskrise ein gewagtes.

Zudem ist die Krise eine Zeit, in der die Regierung das gemeinsame Interesse der

* Links: im Straßenwahlkampf in Frankfurt am Main im Dezember; Mitte: mit Schülern der Wartburg-Grundschule Münster im Dezember in Berlin; rechts: bei der Weinlese in Perl (Mosel) im Oktober.



MICHELE TANTUSSI / DAVIDS (M.), BECKER & BREDEL / ULSTEIN BILD (R.)



einem unbekanntem, etwas unheimlichen Ziel

Bevölkerung ganz besonders im Blick haben muss. Ein Dreierbündnis mit den Klientelparteien FDP und Grüne wird eine Tendenz haben, Gruppeninteressen zu befriedigen. Das wiederum spricht für eine Große Koalition.

Der Wähler hat es also ziemlich schwer. Wenn er die Große Koalition nicht will, muss er eine der beiden Parteien der Großen Koalition stark machen, Union oder SPD, damit die ein anderes Bündnis zustande bringen kann. Also müsste er aus Unzufriedenheit mit Union und SPD im September Union oder SPD wählen.

Einen Zweierbund könnten aus heutiger Sicht am ehesten Union und FDP schließen. Aber da gibt es schon Streit über die Frage, wie eng sich die Union im Wahlkampf an die Seite der Liberalen stellt. Vor allem die CSU drängt darauf, sich diesmal einer formellen Koalitionsaussage zugunsten der FDP zu enthalten. Natürlich möchte auch CSU-Chef Horst Seehofer nach der Bundestagswahl im Herbst mit Westerwelle koalieren – aber in München glaubt man, dass ein zu inniges Kuscheln nur den Liberalen Wähler zutreibt.

Auch Merkel zögert noch, der FDP eine Koalitionsaussage zu gewähren. Zwar wird sie in den kommenden Monaten allerorten erklären, dass die Liberalen ihre Wunschpartner seien. Aber sie möchte sich nicht die Möglichkeit verbauen, am Ende ein Bündnis mit den Grünen einzugehen. Außerdem sagen ihre Berater, dass die Union keinen gemeinsamen Wahlkampf mit der FDP führen könne, solange Merkel noch mit der SPD regiert.

In der CDU gibt es allerdings starke Kräfte, die von Merkel eine klare Koalitionsaussage zugunsten der FDP verlangen. Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident Jürgen Rüttgers gehört dazu, aber auch Unions-Fraktionschef Volker Kauder. Wenn sich die Union nicht offen und eindeutig zur FDP bekenne, erhärte sich gerade im konservativen Stammespublikum der CDU der Verdacht, die Partei wolle insgeheim mit den Grünen regieren. Diese

Gruppe werde so ins Lager der Nichtwähler getrieben, so die Befürchtung.

All das sind Spielchen fürs Wahljahr. Auch Guido Westerwelle wird zwischen durch Signale senden, dass er ebenfalls mit der SPD könne, und dann wieder Signale für die Union. Am Ende wird er sich für die Konservativen entscheiden, wenn die Zahlen reichen. Es würde aber wohl eher zu einer Ampel kommen als zu „Jamaika“, wenn nur Dreierbündnisse möglich sind, weil den Grünen die SPD näher ist als die Union.

Die Linke wird das Jahr 2009 im Bund als entzauberte Partei bestreiten. Sie schien unaufhaltsam zu sein, diese Zwittergruppe aus früheren DDR-Getreuen und einstigen Sozialdemokraten. Noch 2007 hat Oskar Lafontaine die politische Agenda des Landes bestimmt. In der ersten Hälfte von 2008 war er der wahre

Die Finanzkrise brach aus, und es ist auf eine seltsame Weise ruhig geworden um Lafontaine.

Machthaber über die SPD, die sich über die Frage zerraupte, wo man mit der Linken gemeinsame Sache machen dürfe.

Und dann Stille. Die Finanzkrise brach aus, und es ist auf eine seltsame und etwas paradoxe Weise ruhig geworden um Lafontaine. Die Krise hat ausgerechnet jener politischen Kraft nicht genutzt, die den Raubtierkapitalismus am heftigsten kritisiert hatte. Sie verlor in den Umfragen einige Prozentpunkte; die Streitereien und Parteiaustritte in Hessen machen sie auch nicht glaubwürdiger.

In der Analyse dieses Formtiefs sind sich die beiden Spitzen-Linken Lafontaine und Gregor Gysi weitgehend einig. In der Krise steige die Sehnsucht nach Sicherheit, und die biete nun mal die Regierung und nicht die Opposition. Zudem sinke die Lust auf riskante politische Experimente. Rot-Rot, Rot-Rot-Grün oder gar eine Minderheitsregierung, danach sei den Leuten derzeit nicht.

Dennoch gehen Gysi und Co. nicht pessimistisch ins Superwahljahr. Ihre derzeitige Zurückhaltung werden sie aufgeben. Unverhohlen setzen sie auf die Krise der Realwirtschaft, die der Krise der Finanzwirtschaft folgen werde. Wenn die Arbeitslosenzahlen steigen, dann werden Gysi und Lafontaine über die Marktplätze ziehen. Hemmungslos genug sind beide, um haltlose Versprechungen zu machen.

Sie werden wohl keine Gelegenheit bekommen, diese Versprechen als Regierungspartei brechen zu können. SPD-Kanzlerkandidat Steinmeier und Parteichef Müntefering wollen nach der Bundestagswahl keine Koalition mit der Linken eingehen. Beide zeigen sich von ihrem Ex-Genossen Lafontaine und seiner Truppe angewidert. Sie zögen eine zweite Große Koalition vor – die sei für sie das kleinere Übel, sagen sie. Wahrscheinlich stimmt das auch.

Dennoch könnte 2009 das Jahr werden, in dem sich das Verhältnis zwischen SPD und Linkspartei auch auf Bundesebene weiter entkrampft. Von Parteichef Müntefering werden rot-rote Koalitionen in den Ländern ausdrücklich gebilligt, sofern die SPD die Führung übernimmt. Wenn es gelänge, mehr sozialdemokratische Ministerpräsidenten zu stellen, „würde uns das helfen, mehr, als es schadet“, sagt er.

Längst ist man sich in der SPD einig, dass ein rot-rotes Bündnis auf Bundesebene nur noch eine Frage der Zeit ist. Wenn es 2009 nicht klappt, dann vielleicht 2013. Mit neuen Leuten an der Spitze der beiden Parteien, mit einer anderen Generation von Politikern.

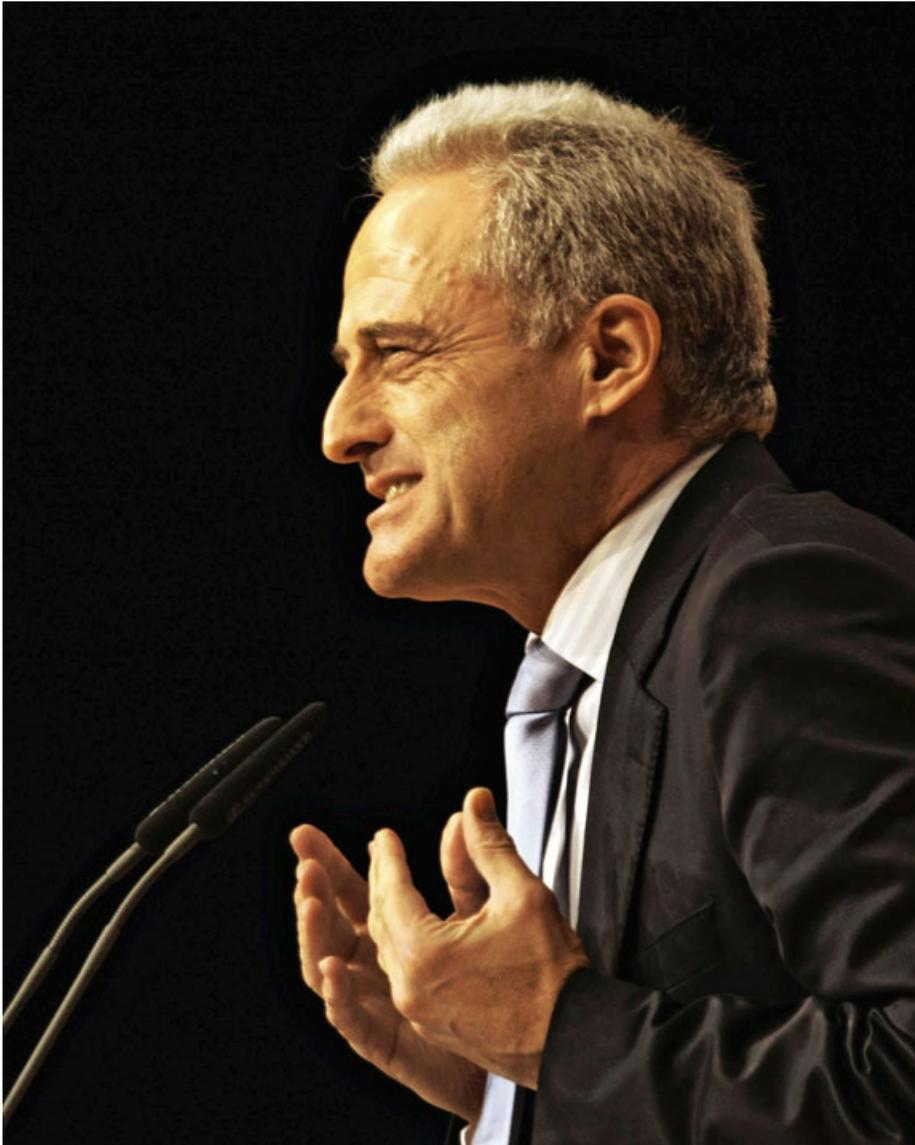
Insofern hat das Superwahljahr 2009 auch etwas von einem Abschied. Es bringt die letzte Bundestagswahl, in der sich die SPD nach links sperrt, die letzte Zuckung eines großen Krampfes. Danach wird die Bundesrepublik parteipolitisch ein ganz normales europäisches Land sein.

STEFAN BERG, SIMONE KAISER, DIRK KURBUJWEIT, ROLAND NELLES, RENÉ PFISTER

UNION

Von Löwen und Lämmern

Peter Ramsauer ist oft laut, aber selten haben die Worte des CSU-Landesgruppenchefs Einfluss auf die Politik. Jetzt muss er um seine Zukunft in der Partei kämpfen.



LANGBEHN / ACTION PRESS

Politiker Ramsauer: „Das ist bodenlos, was da läuft“

Am Ende einer Woche voller Widrigkeiten sitzt Peter Ramsauer in seinem Büro und trinkt Tee in kleinen Schlucken. Er hat sich eingerichtet in einem Museum der CSU-Geschichte, hinter ihm steht der wuchtige Schreibtisch, der einst Franz Josef Strauß gehörte. Der CSU-Landesgruppenchef sieht sich gern in einer Linie mit den Großen der Partei, aber im Moment passen die Devotionalien so gar nicht zur grauen Gegenwart. „Das ist bodenlos, was da läuft“, seufzt er.

Ramsauers Welt löst sich gerade auf. In seiner Pressemappe stapeln sich Berichte, in denen es heißt, CSU-Chef Horst Seehofer wolle ihn demontieren. Es geht um die Frage, wer bei der Bundestagswahl im September Spitzenkandidat der CSU wird. Eigentlich wäre es das Selbstverständlichste der Welt, wenn Ramsauer die Aufgabe bekäme. Aber immer, wenn die Personalie zur Sprache kommt, hüllt sich der Parteichef in ein schreckliches Schweigen.

Ramsauer wird gerade von der Welle erfasst, die seit der Bayernwahl durch die

CSU rollt. Das hat etwas damit zu tun, dass Seehofer seinen Mann in Berlin kritisch äußert, aber auch mit der speziellen Art, wie Ramsauer sein Geschäft versieht. Er verbindet auf kuriose Weise verbale Kraftmeierei mit politischer Wirkungslosigkeit.

Zurückhaltung war noch nie ein Wesenselement christsozialer Politik, aber es gibt wohl kaum einen CSU-Politiker, bei dem Worte und Taten derart weit auseinanderliegen wie bei Raumsauer. Jeden Dienstag lädt er Berliner Journalisten zum weiß-blauen Stammtisch, die Runde gehört inzwischen zur christsozialen Polit-Folklore wie der politische Aschermittwoch in Passau oder die Kreuther CSU-Klausur, die am kommenden Mittwoch beginnt.

Es sind Veranstaltungen, auf denen vor allem Wind gemacht wird. Ramsauer eröffnet seinen Stammtisch mit einem schneidigen „Grüß Gott“, Damen in gestärkten Schürzen tragen Weißwürste auf, dann erklärt der Chef der 46 CSU-Abgeordneten, was alles nicht geht. Die Erbschaftsteuerreform geht nicht. Der Gesundheitsfonds geht nicht. Die Journalisten schreiben eifrig mit, aber im Grunde kann man den Stift steckenlassen. Denn in Wahrheit hat Ramsauer noch nie etwas von Belang aufhalten können. Die Erbschaftsteuerreform trat am vergangenen Donnerstag in Kraft, genauso der Fonds.

Eigentlich ist von Ramsauers Wirken nur ein Wort hängengeblieben, das „Wickelvolontariat“. Mit dem wollte er Ursula von der Leyens Plan verulken, Vätermomente bei der Elternzeit einzuführen. Am Ende setzte sich die Familienministerin durch, und inzwischen sind es ausgerechnet die bayerischen Männer, die mit am eifrigsten das Elterngeld in Anspruch nehmen.

Ramsauer gehört zu jener Spezies Politiker, die vor allem der Glanz des Amtes lockt. Niemand legt so viel Wert auf protokollarische Korrektheit wie der „Erste stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU Bundestagsfraktion“, wie sein offizieller Titel heißt. Wenn er bei seinem Stammtisch das Wort an den parlamentarischen Geschäftsführer Hartmut Koschyk übergibt, donnert der ein „Danke, Herr Vorsitzender“ hervor, in dem die ganze Ergebenheit des Adjutanten steckt. In solchen Momenten glüht Ramsauer vor Stolz.

Politik ist für Ramsauer vor allem Bühne. Wenn er mit Journalisten seinen oberbayerischen Wahlkreis bereist und mit dem Schiff über den Chiemsee tuckert, trägt er ein weißes Leinenhemd und eine dunkelbraune Lederhose, das edel ergraute Haar passt perfekt zu seinem leichtgebräunten Teint. Man könnte ihn vom Fleck weg für eine ZDF-Vorabendserie engagieren.

Natürlich treibt jeden Politiker Eitelkeit, aber bei Ramsauer geht es immer um den Respekt, den man ihm schuldet. Nie vergisst er zu erwähnen, dass er neben einem Meisterbrief im Müllerhandwerk auch „Diplomkaufmann“ ist, auch seinen Aufent-

halt auf dem englischen Elite-College Eton lässt er nicht in Vergessenheit geraten, obwohl er nur Austauschschüler war.

Nichts macht den Politiker Ramsauer kenntlicher als sein Lavieren in der Erbschaftsteuerreform. Erst machte er dagegen Stimmung, was einige CSU-Abgeordnete ermutigte, dem Kompromiss in der Koalition die Stimme zu verweigern. Als Ramsauer davon erfuhr, bebte er vor Zorn, weil er plötzlich merkte, dass das Nein seine Durchsetzungsfähigkeit in der Fraktion öffentlich in Frage stellte.

Eine Weile konnten die Wichtigen in der Union mit Ramsauer gut leben; die Kanzlerin ignorierte sein Gebrüll, sie wusste, dass er ein Lamm ist, kein Löwe. Und die CSU in München wärmte sich mit dem Gefühl, dass ihre Position wenn nicht wirksam, so doch lautstark vertreten wird.

In gewisser Weise passte Ramsauer perfekt zur CSU der vergangenen Jahre; er diente erst unter Parteichef Edmund Stoiber, der sich mit seiner Flucht aus Berlin als Maulheld erwiesen hatte; dann kam Erwin Huber an die Macht, der eigentlich schon immer der Meinung war, dass es nicht Aufgabe der CSU ist, sich ernsthaft mit der Kanzlerin anzulegen.

Die Dinge gerieten erst mit der Landtagswahl in Bayern ins Rutschen, als die

mut in Worten erschöpft. Das ist ein bisschen ungerecht, weil Seehofer sich selbst brav und leise verhielt, als er noch an Merkels Kabinetttisch saß. Außerdem ist es objektiv schwer, die Interessen der Koalition und der Münchner CSU unter einen Hut zu bringen. Aber Seehofer ist Machtpolitiker, da geraten solche Details schnell in Vergessenheit.

Zumal er ein Mann ist, der gern persönliche Rechnungen begleicht, wenn sich die Gelegenheit bietet. Seehofer kann sich noch genau daran erinnern, wie halbherzig ihn Ramsauer unterstützte, als er sich nach dem Putsch gegen Stoiber in Wildbad Kreuth vor zwei Jahren zum ersten Mal um den CSU-Vorsitz bewarb. Damals schickte Seehofer dem Landesgruppenchef eine SMS, die vor Ironie nur so triefte: „Danke. Hoffentlich gibt es noch ein Gewissen. MfG, Horst“.

Natürlich sagen Seehofers Leute, dass es nicht darum gehe, Ramsauer zu stürzen, als Landesgruppenchef sei er nach wie vor unangefochten. Der Parteichef möchte nur, dass sich alle mehr anstrengen und sich nicht vor der Zeit auf bequemen Listenplätzen ausruhen.

Doch Seehofer ist lange genug im Geschäft, um zu wissen, dass Ramsauers Autorität mit jedem Tag schwindet, an dem die Frage der Spitzenkandidatur nicht geklärt wird. Es könnte sein, dass die Personalie erst Mitte März entschieden wird, und selbst wenn Seehofer Ramsauer in Kürze ausrufen sollte, würde es wie ein Gnadenakt des Parteichefs wirken.

Die Frage der Spitzenkandidatur ist ja keine unwichtige Personalie, von ihr hängt ab, wie sich die CSU in Berlin nach der Bundestagswahl aufstellt. Sollte es im Herbst zu einem schwarz-gelben Bündnis kommen, hätte der Kandidat Zugriff auf das wichtigste Ministeramt, das den Christsozialen zusteht.

Ramsauer kann nun hoffen, dass Seehofer die Kraft ausgeht, die Spitzenkandidatur einem anderen zu übertragen, etwa CSU-Generalsekretär Karl-Theodor zu Guttenberg. Am vergangenen Freitag musste der CSU-Chef lernen, wie schwer es ist, altgediente Parteifunktionäre beiseitezuschieben. Da war er ge-

zwungen, Markus Ferber als Spitzenkandidaten der CSU für die Europawahl vorzustellen, obwohl er eigentlich die Strauß-Tochter Monika Hohlmeier wollte.

Im Unterschied zu Ramsauer allerdings hatte Ferber offen um seinen Posten gekämpft. Ramsauer dagegen schüttelt verständnislos den Kopf, wenn er nach dem Machtkampf um die Spitzenkandidatur gefragt wird. „Das ist doch alles aus der Luft gegriffen“, sagt er. Es ist ein Satz, den wahrscheinlich nicht mal er selbst glaubt.



Parteichef Seehofer*: Schreckliches Schweigen

CSU auf 43,4 Prozent absackte – unter anderem, weil die Wähler fanden, dass die CSU sich in Berlin nicht mehr durchsetzen kann. Natürlich traf zuerst Parteichef Erwin Huber und Ministerpräsident Günther Beckstein die Schuld, aber als die gefallen waren, wurde der Blick auf Ramsauer frei.

Sein Problem ist nun, dass der neue Parteichef nichts dafür tut, dass sich die Blicke wieder von ihm abwenden. Seehofer findet schon lange, dass sich Ramsauers Helden-

* Am 30. Dezember 2008 mit Sternsängern in München.

RENÉ PFISTER

FINANZKRISE

„Marshall-Plan für Unternehmen“

Der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Jürgen Rüttgers, 57, über seinen Vorschlag, mit einem 100-Milliarden-Euro-Fonds gefährdete Betriebe zu unterstützen



RALPH SONDERMANN

SPIEGEL: Sie sind in NRW mit dem Versprechen angetreten, der privaten Wirtschaft den Vorrang vor dem Staat zu geben. Und jetzt soll ausgerechnet der Staat mit dem Geld seiner Bürger alles richten?

Rüttgers: Natürlich ist es nicht Aufgabe des Staates, Marktberichtigungen und Kapazitätsanpassungen zu verhindern, aber jetzt sind auch Unternehmen betroffen, die über ein gesundes Geschäftsmodell verfügen und international wettbewerbsfähig sind. In anderen Ländern wie in Frankreich werden solche Firmen gestützt, bei uns fehlen diese Hilfen noch. Wenn wir nichts unternehmen, wird es eine spürbare De-Industrialisierung unseres Landes geben.

SPIEGEL: Rezessionen sorgen dafür, dass Überkapazitäten abgebaut werden. Warum wollen Sie sich diesem notwendigen Prozess entgegenstemmen?

Rüttgers: Weil es zwei Arten von Krisen gibt: Bei der normalen muss sich der Staat auf die Selbstheilungskräfte der Wirtschaft verlassen und darf nicht eingreifen, weil er sonst Verwerfungen in der Konkurrenz und in den Spielregeln auslöst, die dann nachher kaum zu korrigieren sind.

SPIEGEL: Und was soll jetzt staatliche Hilfen rechtfertigen?

Rüttgers: Dieses Mal haben wir es nicht mit einer normalen Rezession zu tun, sondern mit einer systemrelevanten Krise, die so groß ist und eine derart strukturverändernde Zerstörungskraft entwickelt, dass man sie nicht einfach laufen lassen kann. Wir wollen Industrieland bleiben, und wir merken jetzt, dass die ganzen Theorien der letzten Jahre ins Elend führen. Geld wird eben nicht nur mit Geld verdient, sondern vor allem mit realer Produktion, die wir nicht Asien überlassen dürfen. Wir müssen jetzt darum kämpfen, dass Deutschland als Industrieland gestärkt aus dieser Krise hervorgeht.

SPIEGEL: Wie soll Ihr „Deutschlandfonds“ aussehen?

Rüttgers: Es geht darum, Unternehmen mit tragfähigen Geschäftsmodellen für eine bestimmte Zeit zu schützen, indem Kreditklemmen durch Liquiditätshilfen überbrückt werden. Denkbar ist auch, dass der Fonds vorübergehend Beteiligungen an gefährdeten Unternehmen erwirbt. 100 Milliarden Euro würden ausreichen, das derzeitige Kreditvolumen aus dem KfW-Mittelstandsprogramm zu versechsfachen. Damit könnte etwa 200 mittelständischen Unternehmen geholfen oder zehn Prozent der Bankkredite an Unternehmen ersetzt werden. Theoretisch wäre es sogar möglich, sich bei dem aktuellen Börsenwert an fünf bis zehn Dax-Unternehmen mit diesem Geld zu beteiligen.

SPIEGEL: Sie schlagen ernsthaft vor, dass der Staat Großunternehmen kaufen soll?

Rüttgers: Nein, darum geht es nicht. Die Zahlen sollen die Größenordnungen verdeutlichen. Ich will, dass der Fonds Unternehmen mit Schlüsselfunktionen für Volks-

CDU-Politiker Rüttgers: „Die ganzen Theorien der letzten Jahre führen ins Elend“

SPIEGEL: Herr Ministerpräsident, sind Sie mit dem bisherigen Krisenmanagement der Bundesregierung zufrieden?

Rüttgers: Bislang haben alle Beteiligten schnell reagiert, die Bundesregierung, der Bundestag und die Bundesländer. Uns droht immerhin die größte Wirtschaftskrise seit dem Zweiten Weltkrieg. Deshalb war es richtig, den Kollaps des Finanz- und Bankensystems zu verhindern und mit dem ersten Konjunkturprogramm die Nachfrage zu stabilisieren. Wenn jetzt das zweite Paket geschnürt wird, mit Investitionen in Infrastruktur, Bildung und Innovationen, ist das auch richtig, aber ...

SPIEGEL: ... es reicht nicht?

Rüttgers: Nein, es reicht leider nicht. Wir müssen ein Gesamtkonzept im Kampf gegen die Krise haben, das je nach Lage umgesetzt wird. Dann erübrigen sich die täglichen Einzelvorschläge. Wenn in den nächsten Monaten die vorhandenen Instrumente – etwa das Kurzarbeitergeld oder die flexiblen Arbeitszeitkonten – ausgeschöpft sind, wird es einen dramatischen Anstieg der Arbeitslosigkeit geben, und bislang gesunde Unternehmen werden In-

solvenz anmelden müssen. Wenn der Staat nicht handelt, besteht die große Gefahr, dass die industrielle Struktur Deutschlands auf lange Zeit und wahrscheinlich uniederbringlich beschädigt wird.

SPIEGEL: Was ist zu tun?

Rüttgers: Wir brauchen eine Art Marshall-Plan für die Unternehmen. Ich schlage vor, einen Deutschlandfonds einzurichten, der mit etwa 100 Milliarden Euro ausgestattet wird. Auf die Finanzmarktkrise hat die Bundesregierung schnell reagiert. Jetzt erreicht die Krise die Realwirtschaft, und wir müssen dringend ein vergleichbares Rettungspaket für große und mittelständische Betriebe auflegen. Ein solcher Plan könnte auch auf Europa ausgedehnt werden.

SPIEGEL: Weil der erste Rettungsfonds nicht funktioniert und die Banken immer noch restriktiv Kredite vergeben, soll es jetzt also ein zweites richten. Warum reparieren Sie nicht stattdessen die Mängel des ersten?

Rüttgers: Der Finanzmarkt hat sich schon etwas beruhigt. Es gibt mehr Bewegung auf dem Kapitalmarkt, wenn wir den Abschwung in der Realwirtschaft bremsen. Genau dafür brauchen wir den Fonds.

wirtschaft und Arbeitsmarkt hilft, Kreditklemmen und Krisen zu überleben. Sonst brächen ganze volkswirtschaftliche Produktionsketten zusammen. Voraussetzung für jede Hilfe ist aber, dass die Unternehmen über ein robustes Geschäftsmodell verfügen, über ein starkes Management, und dass sie beschäftigungsrelevant sind.

SPIEGEL: Wer soll das überprüfen?

Rüttgers: Dazu wird es einer Organisation bedürfen, mit Aufsichtsrat, einem Vorstand

Ausfällen haushaltswirksam, was wichtig ist, um die Maastricht-Kriterien beim Euro einzuhalten. Für Kapitalbeteiligungen des Fonds müssten dagegen wie beim Bankenrettungsschirm sofort Vorkehrungen im Haushalt getroffen werden. Welche Beträge tatsächlich fällig werden, hängt aber von der Entwicklung ab. Entweder arbeiten Sie mit einer Bürgschaft oder mit stillen Einlagen. Oder Sie übernehmen Aktien. Diese werden nicht auf Dauer gehalten, son-

Das bedeutet einen dramatischen Anstieg der Arbeitslosigkeit. Wir haben gerade tapfer die Senkung der Lohnnebenkosten beschlossen, die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung gesenkt. Das alles wäre dann Makulatur. Da reicht es nicht, nach Kevelaer zu pilgern und ein paar Kerzen aufzustellen.

SPIEGEL: Auch ein Deutschlandfonds könnte Entlassungen und Firmenpleiten nicht verhindern.

Rüttgers: Natürlich nicht, aber es geht darum, die industriellen Kerne zu erhalten. Es wird weniger Entlassungen geben als ohne ein Gesamtkonzept. Das Wichtigste aber ist: Wir erhalten Unternehmen, die am Ende der Krise sofort wieder hochfahren können, weil sie über Know-how und gute Produkte verfügen. Keiner kann versprechen, die Krise politisch wegzuoorganisieren. Es wird massive Veränderungen geben, aber wir dürfen nicht zulassen, dass diese Veränderungen die Strukturen zerstören.

SPIEGEL: Ist Ihr Deutschlandfonds auch dafür da, ausländische Staatsfonds davon abzuhalten, hier auf Schnäppchenjagd zu gehen?

Rüttgers: Ich sehe durchaus die Gefahr, dass solche Fonds deutsche Unternehmen ausschachten könnten, um an das Know-how, die Markenrechte und das geistige Eigentum zu kommen. Um anschließend die Unternehmen dichtzumachen.

SPIEGEL: Viele Ihrer Parteifreunde, vor allem in Bayern, halten Steuersenkungen für das beste Medikament gegen die Krise.

Rüttgers: Sie können jetzt alle Vorschläge durchdeklinieren. Ob Sie den Vorschlag von Gesundheitsministerin Ulla Schmidt, die Krankenkassen zu entlasten – es führt immer dazu, dass die Handlungsmöglichkeiten des Staates in dieser Situation massiv eingeschränkt werden. Und dass die Maastricht-Kriterien nicht eingehalten werden können. Aber die Bundeskanzlerin hat recht, wenn sie sagt, dass wir versuchen müssen, die Maastricht-Kriterien einzuhalten.

SPIEGEL: Steuersenkungen würden die Nachfrage verbessern, was Ihr Fonds nicht schafft.

Rüttgers: Eine große Einkommensteuerreform geht wegen der Gegenfinanzierungsfrage nicht vor der nächsten Legislaturperiode. Aber mit einer Kompensation bei der kalten Progression könnten wir jetzt schon Leistungsträgern, etwa Facharbeitern, Anreize geben. Das sind gleichzeitig Impulse für den Konsum. Der Fonds sichert Unternehmen und damit auch die Nachfrage nach Investitionsgütern.

INTERVIEW: KONSTANTIN VON HAMMERSTEIN,
BARBARA SCHMID



THOMAS JOEHLER / PHOTOTHEK

Industrieller Kernbereich Stahlproduktion: „Geld wird eben nicht nur mit Geld verdient“

und Bewerbungszyklen. Der Fonds wird notleidende Firmen analysieren müssen und letztlich auch entscheiden, wem man hilft und wem nicht. Bei zehn Prozent der Unternehmen wird man sagen müssen: geht nicht. Die sind einfach zu schwach. Die hätten auch in einer normalen Wettbewerbssituation nicht überlebt. 50 Prozent der Hilfen werden dann wahrscheinlich an den Mittelstand gehen, 30 Prozent an Kleinunternehmen und 20 an Konzerne.

SPIEGEL: Wo sollen die 100 Milliarden herkommen, die Ihr Fonds benötigt?

Rüttgers: Der Fonds könnte bei der KfW eingerichtet werden, die zu 80 Prozent dem Bund und zu 20 Prozent den Ländern gehört. Nach dem Vorbild des Schutzschirms für die Banken würden wir jetzt einen vergleichbaren Fonds für die Unternehmen schaffen. Staatliche Bürgschaften würden dafür sorgen, dass die Banken den Unternehmen die erforderliche Liquidität zur Verfügung stellen.

SPIEGEL: Aber irgendwann werden Sie frisches Geld brauchen.

Rüttgers: Was die Garantien angeht, zunächst nicht. Sie würden nur im Falle von

dem verkauft, wenn sich der Fonds in drei bis fünf Jahren wieder auflöst. Im besten Fall kauft der Fonds Anteile an einem notleidenden Unternehmen, das nach ein paar Jahren wieder gut dasteht, und verkauft die Anteile dann sogar mit Gewinn.

SPIEGEL: Sie vergleichen Ihren Deutschlandfonds mit dem Bankenrettungsschirm. Doch Banken sind im Gegensatz zu einem Mittelständler systemrelevant.

Rüttgers: Vorsicht! Bestimmte Autozulieferbetriebe haben bis zu 80 Prozent Weltmarktanteil, weil sie so hoch spezialisiert sind. Wenn die wegfallen, hat das natürlich massive Auswirkungen auf den Automobilstandort Deutschland. Im Maschinenbau, in der Chemie oder in anderen Branchen ist die Situation ähnlich. Wir denken jetzt über Dinge nach, die vor einem Jahr noch undenkbar gewesen wären, aber das Entscheidende ist, dass wir Wege aus der Krise finden und nicht erst anfangen, wenn es zu spät ist.

SPIEGEL: Was passiert, wenn nichts passiert?

Rüttgers: Dann kommt es zu einem Minuswachstum – ein schrecklicher Begriff. Fachleute rechnen mit bis zu vier Prozent.

LINKE

Misthaufen der Geschichte

Oskar Lafontaine will seine Partei mit einer Geschichtsoffensive von der SED-Vergangenheit befreien. Die DDR-Nostalgiker wehren sich.

Wenn Oskar Lafontaine über die deutsch-deutsche Vergangenheit der CDU spricht, dann triefen seine Sätze vor Häme. „Wer sich neben einen Misthaufen stellt, fängt selbst an zu stinken“, lästert der Vorsitzende der Linken gern in Anlehnung an ein Bonmot des einstigen CDU-Generalsekretärs Volker Rühe über die Vereinigung der West-CDU mit der einstigen Blockpartei aus dem Osten. Lafontaine genießt die seltenen Momente, in denen sich andere für ihre Historie rechtfertigen müssen. Ausnahmsweise steht er selbst nicht am Pranger.

Der einstige Sozialdemokrat weiß, dass die Vergangenheit bis heute die Achillesferse der Linken ist, die als Nachfolgerin der SED gilt. Für dieses Jahr rechnet er mit besonders heftigen Attacken – schließlich wird im Superwahljahr 2009 auch an die friedliche Revolution in der DDR vor 20 Jahren erinnert. Positionspapiere der Partei zeugen von der Sorge, die anderen Parteien könnten versuchen, „die verschiedenen Jahrestage gegen Die Linke geschichtspolitisch zu instrumentalisieren“.

Öffentlich kontert der Saarländer solche Argumente gern als Versuch, „uns die alten Geschichten an die Backe zu kleben“. Intern zeigt sich Lafontaine allerdings genervt, „in jeder Talkshow auf diesen Mist angesprochen zu werden“. Und deshalb setzt die Partei nun auf Gegenmaßnahmen.

So will Lafontaine die SED kurzerhand für tot erklären. Die alte SED-PDS, wiederholt er gebetsmühlenartig, gebe es nicht mehr, die Linke sei eine völlig neue Organisation. Außerdem soll sich die Partei mit einer historischen Konferenz gegen Angriffe wappnen: Eine Tagung mit dem staatstragenden Titel „60 Jahre Grundgesetz – offen für eine neue soziale Idee“ soll Anfang März „unseren Mitgliedern Selbstbewusstsein vermitteln“, wie es in einem Parteidokument heißt.

Die Sozialisten wollen sich getreu Lafontaines Vorgaben als „die jüngste Partei Deutschlands“ präsentieren, die geläutert und gereinigt „aus der Geschichte, den Erfolgen und Fehlern“ gelernt habe.



Linke Wagenknecht
Historische Solisten

Tatsächlich ist Die Linke eine der wenigen Parteien, deren Mitgliederzahlen derzeit wachsen – von 71700 Ende 2007 auf inzwischen mehr als 76000. Grund ist die Fusion von Linkspartei und WASG; vor allem in Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und dem Saarland melden die Genossen den Beitritt enttäuschter Sozialdemokraten. Zwar liegt das Durchschnittsalter in den Ostlandesverbänden noch immer bei knapp 70 Jahren, aber durch die Verjüngung im Westen mit einem Altersschnitt von unter 50 Jahren konnte die Partei den gerontologischen Verfallsprozess bremsen.



Gedenkveranstaltung für Luxemburg und Liebknecht*
Sorge vor Querschüssen aus den eigenen Reihen

Bei ihrer Geschichtsoffensive setzen die Strategen nun bewusst auf junge Vorstandsmitglieder ohne SED-Herkunft. Der aus dem Westen stammende Bundestagsabgeordnete Jan Korte, 31, und die ostdeutsche Parteivizin Halina Wawzyniak, 35, bereiten die Konferenz maßgeblich vor – als „Wegweiser für die ganze Partei“, sagt Wawzyniak. Die Nachwuchspolitiker sollen die Aufmerksamkeit auf sich ziehen und den Blick auf die gefürchteten „historischen Solisten aus den eigenen Reihen“ verstellen, spottet Halina Wawzyniak.

* Mit Gregor Gysi, Oskar Lafontaine, Hans Modrow und Lothar Bisky im Januar 2006 in Berlin.

Denn noch größer als die Furcht vor dem politischen Gegner ist die Sorge vor Querschüssen aus den eigenen Reihen. Geschichtsklitterung droht etwa vom Vorsitzenden des Ältestenrats der Partei und letzten SED-Ministerpräsidenten: Hans Modrow, 80, arbeitet am „gerechten Bild der DDR“, die man nicht verklären, „aber doch mal verklären“ solle. Ihm zur Seite stehen diverse Altkader. „Solange die DDR als ‚Unrechtsstaat‘ diskreditiert wird, melden wir uns weiterhin als Zeitzeugen offensiv zu Wort“, heißt es in einer Erklärung der Gesellschaft zur Rechtlichen

und Humanitären Unterstützung, eines Sammelbeckens von Ex-Funktionären.

Diese Sicht auf die DDR redet Bundesgeschäftsführer Dietmar Bartsch zwar gern als „Einzelmeinungen“ klein. Doch fast wortgleich argumentiert ein Vorstandsmitglied der Partei, die Europaabgeordnete Sahra Wagenknecht. Den Bruch mit der SED hat die Lafontaine-Vertraute nie ganz vollzogen. „Die PDS hat sich vom Stalinismus der SED unwiderruflich befreit“, hieß es 2001 in einer Erklärung des Parteivorstands zum 40. Jahrestag des Mauerbaus. Es gebe „keine Rechtfertigung für die Toten an der Mauer“. Alle stimmten zu, nur Wagenknecht nicht.

Ihre Begründung bis heute: Die Partei dürfe sich nicht vorschreiben lassen, wie sie mit ihrer Geschichte umzugehen habe. Man könne die DDR „nicht mit der mörderischen Nazi-Diktatur in einen Topf werfen“. Deshalb halte sie „den Begriff Diktatur für die DDR nicht für angemessen“.

Zum nächsten Geschichtstest dürfte es schon bald kommen.

Anlässlich des 90. Jahrestags der Ermordung ihrer Ikonen Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht versammelt sich die Partei am 11. Januar in Berlin zum Gedenken. Dass die Parteiführung auch am Mahnmal für die Opfer des Stalinismus innehalten will, stört die Kommunistische Plattform (KPF). „Ein Stein, der pauschal an alle erinnert, die unter Stalin zu Tode kamen oder Haftstrafen verbüßten, ist für uns inakzeptabel. Denn dazu zählen nicht zuletzt und nicht zu knapp Faschisten“, heißt es in einem Text der KPF. Es sei nicht akzeptabel, dass jede „reale oder vermeintliche Ungerechtigkeit zu einem stalinistischen Verbrechen hochstilisiert wird“.

Solche Sätze könnten in Berlin bald öfter zu hören sein: Die rote Wortführerin Wagenknecht will im September in den Bundestag.

MARKUS DEGGERICH



MONIKA ZUCHT

Schwestern Carolin und Sarah Kirst

GESETZE

„Die unverdünnte Hölle“

Menschen mit Behinderungen werden in Deutschland ausgegrenzt und in Sonderschulen, Werkstätten und Heime abgeschoben. Nun tritt eine Uno-Konvention in Kraft, der ein radikales Umdenken folgen müsste. Doch die Bundesregierung signalisiert: Alles soll so bleiben, wie es ist.

Als Carolin aussortiert wird, ist sie drei Jahre alt. Ein Amtsarzt stellt bei ihr „sonderpädagogischen Förderbedarf“ fest, weil das Mädchen noch immer nicht laufen kann. Die Eltern freuen sich. Die Krankengymnastik, die der Mediziner verschreibt, tut ihrer Tochter gut.

Sie können nicht wissen, dass sie an diesem Tag das Schicksal ihres Kindes aus der Hand geben. Das Gutachten ist von nun an untrennbar mit dem Leben der Tochter verbunden. Carolin ist gekennzeichnet, die zweite Wahl, wie fehlerhaftes Porzellan.

„An diesem Tag ist die Aussonderungsmaschinerie angelaufen, wir haben das damals nur noch nicht begriffen“, sagt Inge Kirst, Carolins Mutter. Wie hätte sie auch ahnen sollen, dass ein Mensch mit „sonderpädagogischem Förderbedarf“ sein Recht auf Teilhabe an der Gesellschaft, sein Recht auf Bildung, sein Recht auf ein selbstbestimmtes Leben verloren hat?

Carolin ist heute 15 Jahre alt. Sie bewegt sich schwerfällig und unsicher wie eine alte Frau. Das Mädchen leidet unter einem seltenen Gendefekt, der die Muskeln schwächt und die Motorik behindert. Carolin kann nur mit einem Rollator laufen, bei längeren Strecken ist sie auf den Roll-

stuhl angewiesen. Und sie spricht langsamer als andere Kinder, weil auch das Sprechen motorisch gesteuert wird. Schnelles Denken verhindert die Motorik aber nicht.

Carolin hat alle Harry-Potter-Bücher gelesen, sie schwärmt für den Hauptdarsteller im „High School Musical 3“, und seit sie im Fernsehen „Die Frau vom Checkpoint Charlie“ gesehen hat, interessiert sie sich für die Geschichte der DDR. Ihr Privatvergnügen. In der Schule, die sie besucht, steht so etwas Anspruchsvolles wie die jüngere deutsche Geschichte nicht auf dem Stundenplan.

In Carolins Ordner mit dem Lehrstoff der Klasse acht sind zwischen ein paar simplen Rechenaufgaben des kleinen Einmaleins viele Rezepte abgeheftet: Lasagne, Muffins und Nudelsalat mit Thunfisch. „Wir haben dauernd gekocht und Tischmanieren geübt“, sagt sie genervt. Einen Aufsatz zu verfassen oder ein Diktat zu schreiben, hat nie einer von ihr verlangt.

Seit acht Jahren besucht Carolin eine Sonderschule für Körperbehinderte. Das Schulamt hat das „nach Aktenlage“ bestimmt. Kinder mit „sonderpädagogischem Förderbedarf“ werden diesen Schulen auch

gegen den Willen der Eltern zugewiesen, „zu ihrem Besten, für eine optimale Förderung“, wie das Schulamt betont. „Wir fördern jedes Kind nach seinen Möglichkeiten“, haben auch die Lehrer versichert. Inge Kirst weiß inzwischen, dass das nicht stimmt.

Wer in Deutschland die Sonderschule besucht, hat seine Chancen auf einen akademischen Abschluss praktisch verloren. In dieser Schulform, die sich heute Förderschule nennt, erreichen 0,2 Prozent aller Schüler das Abitur. 77 Prozent von ihnen schaffen nicht einmal den Hauptschulabschluss. Ein Grund: Der Wechsel von der Förder- in die Regelschule findet so gut wie nie statt. Wer die Sonderschule absolviert, darf sich auf ein Berufsleben in der Behindertenwerkstatt freuen.

Carolin teilt ihr Schicksal mit 84 Prozent aller Kinder mit „sonderpädagogischem Förderbedarf“ – ob taub, blind, lern-, geistig- oder körperbehindert, sie alle landen auf der Sonderschule. Im internationalen Vergleich ist Deutschland damit Europameister im Aussortieren. Im EU-Durchschnitt lernen rund 80 Prozent der Kinder mit Behinderung an Regelschulen. Italien hat die Sonderschulen abgeschafft.

Die Folgen dieser Ausgrenzung sind bei Carolin nicht zu übersehen. „Sie wird von Jahr zu Jahr trauriger und unsicherer“, sagt ihre Mutter. Das Mädchen fühlt sich unterfordert und allein. Jeden Tag karret ein Taxi es quer durch Ostwestfalen. Die Sonderschule liegt 40 Kilometer entfernt, die meisten Mitschüler wohnen noch weiter weg. Verabredungen nachmittags zum Spielen sind da nicht drin.

Immer wieder fragt Carolin ihre Mutter: „Mama, wieso kann ich nicht auf eine normale Schule gehen?“ Inge Kirst versucht dann so diplomatisch wie möglich zu antworten, erklärt, dass die anderen Schulen nicht integrativ arbeiten, dass dort Aufzüge und Sonderpädagogen fehlen. Wenn Carolin nicht dabei ist, wird die Mutter deutlicher: „Carolin wird vom Staat gemobbt.“

Auf dem Papier scheint Deutschland ein sehr behindertenfreundliches Land. In den vergangenen Jahren sind eine ganze Reihe wohlklingender Gesetze verabschiedet worden. Es gibt ein Behindertengleichstellungsgesetz, das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz und das Sozialgesetzbuch mit der Nummer IX, ein Regelwerk, das Selbstbestimmung und Teilhabe verspricht. Auch im Grundgesetz sind die Rechte Behinderter inzwischen verankert: „Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden“, steht seit 1994 in Artikel 3, Absatz 3.

Jedes einzelne dieser Gesetze hätte einen Paradigmenwechsel bedeuten können. Doch die Vorschriften blieben ein Lippenbekenntnis. Wer gegen diese Gesetze verstößt, hat kaum Sanktionen zu fürchten. Wer sich auf sie berufen will, kann seine Interessen nur selten durchsetzen.

Wer sich mit dem Behindertsein und Behindertwerden auseinandersetzt, kommt nicht umhin, sich mit dem Begriff der Normalität zu beschäftigen. Aber was ist normal? Das statistische Mittel? Das Übliche? Ist es unnormal, verschieden zu sein?

Die Venus von Milo, eine schlanke, fast nackte Frau, leicht zur Seite geneigt, bewundern wir. Obwohl der Statue etwas Wesentliches fehlt: die Arme. Wer vor ihr steht, der ergänzt im Kopf die fehlenden Gliedmaßen. In der U-Bahn dagegen würde man Mitleid mit ihr empfinden. Krüppel werden in Deutschland angestarrt, höflich übersehen oder verstohlen beäugt. Der Anblick von Menschen mit Behinderung berührt ein Tabu.

Es gibt einen wachsenden Druck zur Optimierung der menschlichen Natur, zur Steigerung körperlicher und geistiger Fähigkeiten. Die Bilder menschlicher Perfektion, die in den Medien transportiert werden, entfalten eine normative Kraft. In einer Zeit geprägt von Perfektionssucht, Doping und Schönheitschirurgie, haben Menschen mit Behinderungen keinen Platz. Seit der Radikaleugenik der NS-Zeit spricht in Deutschland zwar so gut wie nie-

mand mehr von „lebensunwertem Leben“. Aber die Ansicht, dass Menschen mit Behinderung die Gesellschaft belasten, ist weit verbreitet.

Mit „der Art der Geräusche“ begründete ein Richter sein Urteil, das einer Wohngruppe von sieben geistig behinderten Menschen vorschrieb, sich nur noch zu festgelegten Zeiten im Garten aufzuhalten. Ein Flensburger Gericht sprach Hotelgästen eine finanzielle Entschädigung zu, weil sie im Urlaub gemeinsam mit behinderten Menschen hatten speisen müssen. Und im Stuttgarter Stadtteil Muckensturm klagten Anlieger gegen ein Heim, weil sie Lärmbelästigung, tätliche Übergriffe und den Wertverlust ihrer Häuser fürchteten.

Ursachen für die Ablehnung sind häufig Unsicherheit und die Angst vor dem Fremden. Nur wenige haben Kontakt zu Menschen mit Behinderung, sei es im Sandkasten, am Tresen oder am Arbeitsplatz. Dabei leben in Deutschland 6,9 Millionen Menschen mit einem Behinderungsgrad von 50 Prozent und mehr. Jeder Zwölfte ist im Sinne der Sozialgesetzgebung „schwer be-

schren mit Behinderung. Das Gesetz werde eine Welle lostreten. „Erstmalig wird es einen internationalen Rechtsausschuss mit zwölf unabhängigen Experten geben, ein Überwachungsgremium, das jeder, der sich diskriminiert fühlt, anrufen kann.“ Das Gremium könne zwar kein Urteil sprechen, räumt die Juristin ein. Degener baut aber auf die Außenwirkung des Gesetzes, denn die Experten werden öffentlichkeitswirksam mit dem Finger auf die verantwortliche Regierung zeigen. „Mobilisation of Shame“ nennt die Menschenrechtsexpertin das. Die Vereinten Nationen hätten international schon gute Erfahrungen mit dieser Form der Sanktionierung gemacht. Die Bundesregierung wird sich wohl beschämt in die Ecke stellen müssen.

Wer die Beauftragte der Bundesregierung für die Belange behinderter Menschen besucht, muss keine Stufen steigen, die Türen öffnen sich auf Knopfdruck, und im Aufzug klärt eine freundliche Stimme aus dem Lautsprecher über das erreichte Stockwerk auf. Der Weg zu Karin Evers-Meyer ist barrierefrei. Barrierefrei ist alles,



Menschrechtlerin Degener, Bundespräsident Horst Köhler: „Mobilisation of Shame“

hindert“. Und doch sind sie fast unsichtbar. Menschen mit Behinderung werden in Heimen gesammelt und in Werkstätten abgeschoben.

Betroffene, Behindertenverbände und Fachpolitiker hoffen nun auf eine Wende. Denn Anfang dieses Jahres tritt ein Gesetz in Kraft, das auf 40 Seiten eine Revolution formuliert: das Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen.

Theresia Degener, Juraprofessorin, Expertin für Behindertenrecht und selbst Contergan-geschädigt, betrachtet die Konvention als einen „Meilenstein“ für Men-

was Menschen mit Behinderung grundsätzlich und ohne fremde Hilfe zugänglich ist – Gebäude, Internet-Seiten, Verkehrsmittel. Wer der Regierungsbeauftragten länger zuhört, ahnt, dass es davon nicht allzu viel in Deutschland gibt.

Sie sei „geschockt“ gewesen, als sie ihr Amt vor drei Jahren antrat. Die SPD-Abgeordnete spricht das Ungeheuerliche offen aus. „In allen Lebensbereichen werden Menschen mit Handicap behindert und ignoriert“, urteilt Karin Evers-Meyer.

In der Gastronomie etwa könne von Barrierefreiheit keine Rede sein. Kneipen mit Rampe und Behindertentoilette sind

Menschen mit Behinderung

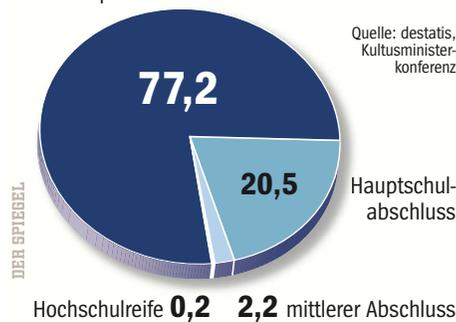
in Deutschland

Schwerbehinderte Ende 2007: **6,9 Millionen**

84%

der Schüler und Schülerinnen mit sonderpädagogischem Förderbedarf besuchten 2006 eine Förderschule

Abschlussqualifikationen von Förderschulabgängern 2006, in Prozent ohne Hauptschulabschluss



eine Seltenheit, Speisekarten in Blindenschrift gar eine Rarität. Wer als Rollstuhlfahrer ICE fahren möchte, der wird in einer peinlichen Prozedur mittels einer Hebebühne auf das Niveau des Schnellzugs gepumpt. Nur ein Bruchteil aller Fernsehsendungen wird für Gehörlose Untertitelt oder in Gebärdensprache übersetzt.

Im Ausland ist man da schon sehr viel weiter. In den USA ist die Gebärdensprache heute eine der beliebtesten Fremdsprachen, die in Behörden oder Schulen ganz selbstverständlich beherrscht wird. Die BBC Untertitelt inzwischen ihr gesamtes Programm. Wer in London mit dem Rollstuhl vor einem Bahnhof ohne Aufzug steht, der kann sich auf Kosten der Zuggesellschaft mit dem Taxi zur nächsten barrierefreien Station chauffieren lassen. Und während es in den Niederlanden rund 160 Fachärzte für geistig Behinderte gibt, können sich in Deutschland Menschen mit Handicap bis heute nicht sicher sein, dass sie ordentlich medizinisch behandelt werden. „Wer nicht lesen kann, der braucht auch keine Lesebrille.“ Mit diesem Argument verweigerten Ärzte bereits bei banalen Sehproblemen den gehandicapten Patienten die Hilfe, schilderten Experten auf einer Tagung der Bundesärztekammer im Dezember die Situation.

„Behindert ist man nicht, behindert wird man“, lautet deshalb der Slogan der „Aktion Mensch“. Doch selbst die Behindertenhilfe hat eine Weile für diese Erkenntnis gebraucht. 1964 zeigte die Organisation, damals noch unter dem Namen „Aktion Sorgenkind“, in einem Fernsehspot Bilder behinderter Kinder untermalt mit sentimentaler Jazzmusik: „Das sind Sorgenkinder. Sie werden nie einen Platz an der Sonne finden. Ein Leben lang werden sie auf der Schattenseite des Lebens bleiben“, sagte der Sprecher im Off. Der Spot ist aus dem Programm verschwunden, das Mitleid auf der Straße nicht.

„Es ist die unverdünnte Hölle, entwürdigend, da kriege ich jedes Mal die Hasskappe“, sagt Kirsten Bruhn. Dann erzählt die mehrfache Paralympics-Gewinnerin im Schwimmen, was passiert, wenn sie im Rollstuhl durch einen Supermarkt fährt. „Es gibt Leute, die nehmen ungefragt meinen Karton vom Schoß, sagen ‚Ich mach das mal für Sie‘ und suchen Äpfel an der Obsttheke für mich aus. Die behandeln mich, als wäre ich drei.“

Kürzlich führte die Versicherungskauffrau in ihrem Büro ein Beratungsgespräch. Der Kunde hegte keine Zweifel an ihrer Kompetenz, bis er Bruhns Rollstuhl hinter dem Schreibtisch entdeckte. „Ja, können Sie das denn?“, fragte der Mann schockiert. Als Bruhn ihn darauf hinwies, dass sie gehbehindert sei, nicht blöd, eilte der Mann unter einem Vorwand beschämt aus dem Raum.

„Es ist das Unbekannte, das den Leuten Angst macht“, sagt Bruhn, „Behinderte und Nichtbehinderte werden einfach zu oft voneinander getrennt.“

Im Bielefelder Stadtteil Gadderbaum gibt es vor jedem größeren Gebäude zwei oder drei Behindertenparkplätze. Vor rund 140 Jahren wurden hier die Bodelschwingschen Anstalten Bethel gegründet. Rund 12 000 Menschen werden hier heute betreut. Es gibt keine Mauer, keinen Schlagbaum, der die Anlage abgrenzt vom Rest der Stadt. Trotzdem sprechen die Men-

großen Unterschied machen, den Unterschied, sich als Mensch respektiert zu fühlen.

Artikel 19 der Uno-Menschenrechtskonvention legt für Menschen wie Gnass nun das Recht auf unabhängige und selbstbestimmte Lebensführung verbindlich fest. Der Staat soll mit Hilfe gemeindenaher Unterstützungsdienste und persönlicher Assistenz allen Menschen mit Behinderung ein Leben in der Wohnung ihrer Wahl und an einem Ort ihrer Wahl ermöglichen.



Paralympics-Gewinnerin Bruhn (in Peking 2008): „Die behandeln mich, als wäre ich drei“

schen, die hier wohnen und arbeiten, von „draußen“, wenn sie das Leben jenseits der Werkstätten und Heime beschreiben.

Das Leben in Bethel hat zwar heute nichts mehr mit Zwang und Massenabfertigung wie zu Beginn des vorigen Jahrhunderts zu tun. Der Schlafsaal ist dem Einzelzimmer gewichen, die alten Villen sind renoviert, die Räume in hellem Blau, Gelb oder Orange gestrichen. Doch wer hier lebt, zahlt noch immer einen hohen Preis: den Verzicht auf Intimität.

„Privatsphäre gibt es in diesem Leben kaum“, sagt Hartmut G., 53. Der schmale, dunkelhaarige Mann mit Oberlippenbart steht an einer Maschine, die Kabel automatisch bündelt. Er überwacht, ob die Maschine das auch richtig macht. Als Zwölfjähriger wurde er wegen seiner epileptischen Anfälle in die Bodelschwingschen Anstalten eingewiesen.

Jahrzehntlang bestimmten fremde Menschen, was und wann er aß, wann er ins Bett zu gehen hatte, wann er Besuch empfangen und welches Fernsehprogramm er schauen durfte. Kleinigkeiten, die einen

58 Prozent der Sozialhilfe – 10,5 Milliarden Euro – gab der Staat 2006 für behinderte Menschen aus. Derzeit fließt die Eingliederungshilfe, wie das Geld irreführend heißt, nicht an die Behinderten selbst, sondern wird zu 89 Prozent unmittelbar an Heime und Werkstätten gezahlt. Experten behaupten, mit diesem Geld sei auch die persönliche Assistenz problemlos zu finanzieren.

Hartmut G. konnte schon vor zehn Jahren eine eigene Wohnung in der Stadt beziehen. Möglich wurde das allerdings nur, weil er dank besserer Medikamente keine Anfälle mehr bekam und sein Betreuungsbedarf unter neun Stunden in der Woche sank. Doch beruflich bleibt die Behindertenwerkstatt in Bethel für ihn die einzige Chance. Auch weil er als ehemaliger Sonderschüler weder einen Schulabschluss noch eine richtige Ausbildung hat.

Behindertenvertreter plädieren deshalb für eine Abschaffung des Sonder-Förderschulsystems. Von „segregierender Beschulung“ spricht der Sozialverband VdK. Für Eva-Maria Thoms, Gründerin der Initiative „Mittendrin“, sind diese Schulen „nicht mehr als ein Abfalleimer“. Mit den

Wer in Bethel lebt, zahlt einen hohen Preis: Verzicht auf Intimität.

Vorgaben der Uno-Konvention sei dieses Schulsystem nicht zu vereinbaren, pflichtet die Menschenrechtsexpertin Theresia Degener bei.

Hans Wocken, Professor für Pädagogik in Hamburg, belegt in einer Studie sogar, dass die Förderschule Kinder dümmer macht, als sie sind. Der Wissenschaftler hat empirisch nachgewiesen, dass die Leistungen der Schüler umso schlechter sind, je früher sie auf eine Förderschule gehen und je länger sie dort verweilen. „Schüler wachsen mit den Ansprüchen, die man an sie

fangener mit ihrer Behinderung umgeht, sich zum Beispiel problemlos im Rollstuhl fotografieren lässt, während Carolin auf keinen Fall mit dem Gefährt abgelichtet werden will.

Wie positiv sich gemeinsamer Unterricht auf die Entwicklung nichtbehinderter Kinder auswirken kann, zeigt das Beispiel der Schulfreunde Philipp, 14, und Damian, 12. Über fünf Schuljahre haben sich der hochbegabte Damian und das Down-Kind Philipp gegenseitig unterstützt. Ermöglicht hat das eine integrative Grundschule in

den in der Woche einen Sonderpädagogen, der Paula unterstützt, indem er ihre Lehrer über die Wesenszüge einer Autistin aufklärt. Paula versteht zum Beispiel keine Ironie, vermeidet jeden Blick- und Körperkontakt und kann über ihre Gefühle nur schwer schreiben, weil sie kaum Zugang dazu hat.

Doch die Sonderpädagogen wechselten alle paar Wochen und tauchten dann nur sporadisch auf; so nahmen die Missverständnisse irgendwann überhand. Zwar blieben Paulas schulische Leistungen stabil, doch sie begann in die Hose zu machen, wollte nicht mehr essen. Nach vier Monate haben die Eltern Paula nun von der Schule genommen – nachdem sie morgens auf dem Küchentisch eine Nachricht fanden: „Hi Sandra, hi Andy! Ich gehe morgen nicht in die Schule! Ich würde es da keinen Moment aushalten! Ich würde lieber tot sein, als zur Schule zu gehen!“

Selbst wenn Paula gegen alle Widerstände das Abitur schaffen sollte, wird es nicht leicht für sie sein, einen Job zu finden. „Manche Unternehmen versuchen behinderte Mitarbeiter gezielt loszuwerden“, sagt Dorothee Czennia, sozialpolitische Referentin beim Sozialverband VdK.

Fünf Prozent ihrer Arbeitsplätze müssten Firmen, die 20 Mitarbeiter und mehr beschäftigen, an Menschen mit Behinderung vergeben. Mehr als drei Viertel aller privaten Betriebe in Deutschland kommen dieser Pflicht schon jetzt nicht in vollem Umfang nach. Bei gut 30000 beschäftigungspflichtigen Unternehmen arbeitet kein einziger Schwerbehinderter.

Die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände ist es auch, die vor einer „übereilten Ratifizierung“ der Uno-Konvention ausdrücklich warnt. In einer Stellungnahme im Parlament gab der Verband zu Protokoll, es sei zu prüfen, „ob mit dem Übereinkommen die in Deutschland bereits bestehende Überregulierung im Bereich des Behindertenrechts weiter verschärft würde. Wäre dies der Fall, müsste dieser Gefahr wirksam –

durch die Anbringung entsprechender Vorbehalte – begegnet werden“.

Die Arbeit der Lobbyisten ist nicht ohne Folgen geblieben. Bundesarbeitsminister Olaf Scholz (SPD), der noch Ende September auf einer Festveranstaltung zu Ehren der Konvention

das Gesetz als „großen Fortschritt in der Menschenrechtspolitik“ pries, legte wenige Tage später schriftlich eine Kehrtwendung hin. Auf die Anfrage des behindertenpolitischen Sprechers der Grünen, Markus Kurth, antwortete das Scholz-Ministerium, „dass die derzeitige deutsche Rechtslage ... den Anforderungen des Übereinkommens entspricht“.

Mit anderen Worten: Alles soll so bleiben, wie es ist.

ULRIKE DEMMER



MONIKA ZUCHT

Down-Kind Philipp, Hochbegabter Damian: Fünf Schuljahre sich gegenseitig unterstützt

stellt“, sagt Wocken, „doch in Sonderschulen herrscht eine regelrechte Friedhofsruhe.“ Wenn die Pädagogen ständig schützend ihre Hand über die Kinder hielten, „dann entsteht keine Atmosphäre, in der sich ein Kind gut entwickeln kann“. Der Professor plädiert dafür, alle Kinder auf dieselbe Schule zu schicken: „Die lernen doch am besten voneinander.“ Das Leistungsgefälle sporne alle in der Klasse an.

Carolins Mutter Inge Kirst hat von dieser Studie nichts gewusst, doch der beste Beleg für die Richtigkeit der These sitzt neben ihr am Küchentisch. Carolins fünf Jahre jüngere Schwester Sarah hat den gleichen Gendefekt, doch sie hatte das Glück, einen Platz an der integrativen Grundschule gleich um die Ecke zu bekommen. Die Mutter hatte inzwischen herausgefunden, wie man mit Finesse das Schulamt umgeht.

Sarah hat in der vierten Klasse der Regelschule schon mehr gelernt als ihre große Schwester nach acht Jahren an der Förderschule. Wichtiger noch erscheint Inge Kirst aber, dass Sarah im Gegensatz zu Carolin Freunde in der Umgebung hat. Und dass sie wohl auch deshalb viel unbe-

Gießen, in der jahrgangsübergreifend unterrichtet wird.

So konnte Damian ein Schuljahr überspringen und trotzdem bei seinem Freund Philipp in der Klasse bleiben. Damian hat Philipp beim Rechnen und Schreiben geholfen und ihm gezeigt, wie man lässig Tischfußball kickt. Umgekehrt war Philipp der zuverlässige Freund, der auch zu Damian hielt, wenn die großen Jungs den schwächlichen Hochbegabten hänselten.

Mit seiner Grundschulzeit endete für Philipp im vergangenen Sommer allerdings auch die Integration. Das Schulamt hat ihn jetzt auf die Sonderschule geschickt, wo sie neulich im Unterricht Topf schlagen gespielt haben. Philipps Mundwinkel sind seit Wochen wund, wie immer, wenn ihm sein Leben nicht gefällt.

Dass man ein Kind wie Paula nicht mit Topf schlagen abspesen kann, hat auch dem Schulamt eingeuchtet. Die Zwölfjährige ist Autistin und Einser-Schülerin, sie sollte auf ein Gymnasium gehen. Wie in einem solchen Fall üblich, finanzierte und organisierte das Schulamt für vier Stun-

„In Sonderschulen herrscht eine regelrechte Friedhofsruhe.“

UNFÄLLE

Verhängnisvolle Abfahrt

Die Kollision des thüringischen Ministerpräsidenten Dieter Althaus mit einer Skifahrerin gibt den Ermittlern Rätsel auf. Das Unglück könnte auch politische Folgen haben.

Silvester war es zünftig wie immer im „Sonnenhof“. Opa Max, inzwischen 90 und nicht mehr ganz griffsicher, holte seine Gitarre hervor. Und dann sang die Wirtsfamilie Seebacher aus Aigen in der Steiermark zusammen mit ihren Gästen aus Ostdeutschland.

Seit 16 Jahren kommt Dieter Althaus, der Ministerpräsident von Thüringen, mit seiner Familie und Freunden aus dem heil-

fahrerin aus der Slowakei. Die vierfache Mutter, die in den USA lebt, starb noch auf dem Weg ins Krankenhaus. Althaus verlor auf dem Rettungsweg das Bewusstsein und kam mit einem schweren Schädel-Hirn-Trauma und Kompressionsblutungen ins Hospital.

Auch wenn die Ärzte schon am Freitag begannen, ihn wieder aus dem künstlichen Koma zu wecken, wird Althaus erst einmal für mehrere Wochen ausfallen – als thüringischer Ministerpräsident, aber auch als Vertrauter von Bundeskanzlerin Angela Merkel.

Althaus gilt in der Union als echter Verbündeter der Regierungschefin. Wann immer Merkel in die Defensive gerät, steht ihr der strenge Katholik bei.

Entgegen den beiden anderen CDU-Ministerpräsidenten des Ostens – den wegen seiner politischen Vergangenheit umstrittenen Sachsen Stanislaw Tillich und den knorrigen Wolfgang Böhmer aus Sachsen-Anhalt – hat Althaus' Stimme in der Union Gewicht. Ausgestattet mit

Womöglich ist dieser Bewegungsdrang Althaus nun zum Verhängnis geworden. Skiunfälle resultieren in der Regel aus einem Fahrfehler oder einer Unachtsamkeit. Bis Ende vergangener Woche konnten sich die Ermittler der Bezirkshauptmannschaft noch nicht festlegen, wer Schuld an der Kollision auf der Piste hatte. Dass die Slowakin den Unfall verursacht hat, scheint aber eher unwahrscheinlich.

Darauf weist zumindest der genaue Ort des tragischen Geschehens hin. Der Crash ereignete sich an einer großen und gut einsehbaren Zusammenführung zweier Pisten, einer blauen, relativ leichten, und einer roten, also mittelschweren. Gelbe Warnschilder weisen auf die Gefahr hin. Zusätzlich ist der Kreuzungspunkt der Pisten durch ein Fanggitter gesichert.

Dass das Unglück oberhalb dieser Absperrung passierte, eindeutig auf der blauen Piste, ist eines der Rätsel, mit denen sich die Staatsanwaltschaft beschäftigen muss. Hatte Althaus bei seiner Abfahrt die Orientierung verloren, war er ein Stück durch



FRANK OSSENBRINK (L.), POLIZEI/ODP (R.)



Ehepaar Althaus (2006), Ermittlungsfoto der Alpinpolizei Liezen vom Unfallort*: „Eine Stelle, wo man eigentlich gar nicht hinkommt“

mischen Eichsfeld in das österreichische Idyll. Es ist ein Biobauernhof, „fern vom großen Lärm“, wie es in der Eigenwerbung heißt. Das Gastgeberland hat sich auch schon mächtig stolz gezeigt über die Treue seines prominenten Urlaubers – und ihm das Große Silberne Ehrenzeichen am Bande für Verdienste um die Republik Österreich verliehen.

Um Mitternacht stieß die deutsche Gruppe mit Sekt an. Wenig später zogen sich Dieter Althaus, 50, und seine Ehefrau Katharina auf die Stube zurück. Die Feriengäste wollten fit sein für die Skipiste am Neujahrsmorgen.

Doch dieser Tag sollte für den Christdemokraten zu einem der bedrückendsten und womöglich folgenschwersten seines Lebens werden. Denn gegen Viertel vor drei beendete ein rätselhafter Unfall das Urlaubsglück jäh. Althaus kollidierte auf der Riesneralm mit einer 41-jährigen Ski-

einem westlich anmutenden Selbstbewusstsein und einer absoluten Mehrheit im Erfurter Landtag, vermochte er im vergangenen Jahr Gerüchte über ein außer-eheliches Liebesleben zu kontern. Via „Bild“-Zeitung ging Althaus sofort in die Offensive: Er habe seine Sekretärin nicht geschwängert.

Der Sport prägte wesentlich das Bild vom jugendlich und smart wirkenden Althaus. Ob er den Halbmarathon in passablen knappen zwei Stunden lief oder im „Team Dieter Althaus“ Fußball spielte: Stets kam er rüber als dynamischer Macher. Ob als alpiner Wanderer, Skifahrer, Taucher oder Motorradfahrer – ein Fotograf war oft dabei und lichtete den schnittigen Landesvater ab.

* Der rote Pfeil markiert die Falllinie der Piste von Althaus, blau ist die Fahrtrichtung der Slowakin. Der grüne Kreis zeigt den Unfallort.

das angrenzende Unterholz gekurvt? Oder ist er bewusst in den blauen Hang hineingesteuert, wie eine Art Geisterfahrer?

Der Unfall habe sich an einer Stelle ereignet, „wo man eigentlich gar nicht hinkommt“, wunderte sich Erwin Petz, Geschäftsführer der Riesneralm Bergbahnen, vorigen Freitag.

Zeugen gibt es nicht. Althaus' Töchter waren nach der Silvesterfeier im „Sonnenhof“ wieder abgereist, Althaus ging mit seiner Frau und Sicherheitsbeamten auf die Piste. Doch gesehen haben die LKA-Leute offenbar nichts. Angeblich sei Althaus über einen Hügel gefahren, während der ihm folgende Bodyguard diesen umfuhr. Als der Personenschützer die Strecke wieder einsehen konnte, hätten die beiden Skifahrer bereits im Schnee gelegen.

Äußere Umstände taugen als Erklärung kaum. Die Sicht war gut, der Schnee griffig, und überhaupt gilt die Riesneralm als

eines der sichersten Skigebiete der Alpen. Im vergangenen Jahr gab es bei einer Million Personenbeförderungen eine einzige Kollision, und die ging eher glimpflich aus.

Allgemein ist die relative Häufigkeit von Zusammenstößen auf der Skipiste im Winter 2006/2007 auf einen historischen Tiefstand gesunken; die Zahl der Verletzungen von Skifahrern ging in den vergangenen 25 Jahren um die Hälfte zurück. Auch ist der anfangs befürchtete Anstieg an Unfällen durch die neuen, stark taillierten Carving-Ski, die es selbst Ungeübten erlauben, schnelle, weite Bögen zu fahren, ausgeblieben.

Vorbildlich trug Althaus einen Helm und lag damit im Trend der Kampagnen für mehr Sicherheit im Skisport. In den vergangenen Jahren verzeichneten die Hersteller von Skihelmen Wachstumsraten von über 30 Prozent pro Jahr. Der Branchenführer Uvex kam mit dem Nachschub bisweilen nicht mehr hinterher. In manchen Skigebieten fährt bereits die Hälfte aller erwachsenen Skifahrer nicht mehr oben ohne.

Noch in Österreich hatte Althaus mit Freunden über jenen schweren Unfall im Salzburgischen diskutiert, bei dem kurz nach Weihnachten ein 57-jähriger Thüringer mit einem Schüler aus München zusammengeprallt war. Der Mann erlitt einen offenen Schädelbruch und starb. Der junge Mann dagegen, der einen Helm getragen hatte, überlebte.

Nun ereilte Althaus dasselbe Unglück – auch mit politisch unabsehbaren Folgen. Im August ist in Thüringen Landtagswahl, und schon bisher galten die Aussichten als schlecht, die absolute Mehrheit verteidigen zu können. In Umfragen lag die Union zuletzt bei 33 Prozent, mithin 10 Prozent unter dem Ergebnis der Wahl 2004. Der Ministerpräsident hatte in den vergangenen Monaten an Strahlkraft verloren und musste sich für eine umstrittene Kabinetts-umbildung rechtfertigen.

Vorigen Freitag, Althaus war aus dem Koma noch nicht erwacht, wurde sein Bauminister Gerold Wucherpfennig schon gefragt, inwiefern das Drama am Berg eine Belastung für den Wahlkampf, für die politische Karriere gar, darstellen könnte. Wucherpfennig, ein enger Sportfreund des Ministerpräsidenten, wich aus.

Aber was auf die Erfurter Staatskanzlei zukommen kann, weiß man dort sehr wohl: Bilder der verstorbenen Slowakin, Bilder ihrer vier Kinder, womöglich öffentlichkeitswirksame Schadensersatzklagen der Angehörigen. Für den politischen Gegner bietet das genug Stoff, um das Image von Althaus zu ramponieren.

Und selbst wenn der Premier in einigen Wochen vollkommen entlastet sein sollte: Der gläubige Politiker muss seelisch erst einmal verarbeiten, dass durch seinen Unfall vier Kinder Halbwaisen geworden sind.

UDO LUDWIG, ANDREAS ULRICH,
STEFFEN WINTER



Klägerin Kühne

CHRISTIAN THIEL

GLEICHSTELLUNG

Geschlossene Gesellschaft

Das Gleichbehandlungsgesetz soll es Frauen erleichtern, sich gegen Benachteiligung im Job zu wehren. Lohnt es sich, gegen den Chef vor Gericht zu ziehen?

Silke Kühne ist nicht Chefin geworden. Aber sie wird jetzt bezahlt wie eine Chefin. Ihr Arbeitgeber, der Musikrechteverwerter Gema, muss ihr künftig die Differenz zu einem entsprechenden Gehalt bezahlen, 1400 Euro monatlich, dazu eine Entschädigung von 20 000 Euro wegen Mobbing. Denn Silke Kühne hätte wohl Chefin werden müssen, wenn alles mit rechten Dingen zugegangen wäre. Aber, sagt sie, „die Herren haben mich fein über den Tisch gezogen“.

Ein Gericht hat ihr das jetzt bestätigt, in einem Urteil, das neu ist für Deutschland. Grundlage ist das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG), das im August 2006 verabschiedet wurde. Es erfüllt die Richtlinien der Europäischen Union und verspricht unter anderem, gegen Diskriminierung von Frauen am Arbeitsplatz wirksamer vorgehen zu können.

Die EU fordert das seit Jahren von Deutschland. Hier verdienen Frauen im Schnitt 23 Prozent weniger als Männer und liegen damit im unteren Drittel wie etwa in Estland, der Slowakei und Großbritannien. Im Topmanagement deutscher Großunter-

nehmen beträgt der Anteil der Frauen 5,5 Prozent – auch das ist im europäischen Vergleich jämmerlich. Liegt es an den Chefs, den Männern, den Frauen?

Wenn sich die Menschen nicht ändern, ändert man die Gesetze. Mit dem AGG, so sagten Experten voraus, würde die „soziale Verkehrsordnung“ im Land neu geregelt. Viele sahen eine Masse unzufriedener Frauen vor deutsche Gerichte ziehen.

Was hat das AGG ihnen gebracht? Wehren sie sich nun zuhauf gegen Unrecht am Arbeitsplatz? Lohnt es sich, den eigenen Boss zu verklagen? Oder kann, wer vor Gericht geht, gleich seinen Job an den Nagel hängen?

Silke Kühne ist 47 Jahre alt, groß, blond, mit Hemdkragen über dem Pullover. Sie ist seit 15 Jahren bei der Gema in Berlin, seit 2002 verantwortlich für die Leitung der Personalabteilung. Über ihr stehen 27 Direktoren und 3 Vorstandsmitglieder, darunter keine Frau.

Im Frühjahr 2006 erzählte ihr damaliger Chef beim gemeinsamen Abendessen, dass er befördert und sein Direktorenposten frei würde. Von da an spitzte Kühne die Ohren, sie wollte die Nachfolgerin werden, wartete auf eine Ausschreibung. Dann erfuhr sie, dass ein Kollege den Job bekommen hatte, ohne Ausschreibung. Sie klagte.

„Hätte Frau Kühne verloren, könnte man das AGG in die Tonne treten“, sagt ihr Anwalt Hans-Georg Kluge. „Dann würde nie eine Frau gewinnen.“ Silke Kühne hat als Personalleiterin Informationen, die anderen Angestellten verwehrt bleiben. Sie kennt Daten, Gehälter. Vor Gericht konnte sie auf dieses Wissen zurückgreifen.

Ihr Anwalt ließ einen Mathematiker berechnen, wie hoch die Wahrscheinlichkeit ist, dass sich unter den 27 Direktoren über

Frau Kühne nur zufällig keine einzige Frau befindet, während in der Ebene darunter fast die Hälfte der Angestellten dem weiblichen Geschlecht angehört. Der Mathematiker führte sogenannte Monte-Carlo-Simulationen durch und jagte die Zahlen durch statistische Tests. Er kam zu dem Ergebnis: Zu 99 Prozent ist es kein Zufall, dass da nur Männer sind.

Silke Kühne hat ihren Fall gewonnen, weil die Voraussetzungen für sie besonders günstig sind. Sie wird sich im nächsten Jahr noch gegen eine Revision der Gema vor dem Bundesarbeitsgericht wehren müssen. Doch auch hier stehen ihre Chancen sehr gut. Andere Frauen versuchen es erst gar nicht. Das ist die überraschendste Erkenntnis nach gut zwei Jahren AGG.

Gerhard Binkert ist Richter am Landesarbeitsgericht Berlin. Er rechnet vor, dass am Arbeitsgericht etwa 25 000 Fälle im Jahr verhandelt würden, Kündigungen, Abmahnungen. Aber in zweieinhalb Jahren beriefen sich gerade mal 36 Kläger auf das AGG. Es habe sich nicht einmal gelohnt, darüber eine Statistik anzulegen, sagt Binkert. Und unter den Klägern sind kaum Frauen. Warum nicht? Binkert zögert. „Sagen wir es so: Man braucht Stehvermögen. Es ist nicht leicht. Man kann verlieren.“

In Deutschland ist es schwieriger als in anderen Ländern, gegen den eigenen Chef zu klagen, weil es hier zunächst den Frauen überlassen bleibt, zu beweisen, dass sie schlechter behandelt werden. Wer sich von seinem Vorgesetzten benachteiligt fühlt, muss nicht selten zwischenmenschliches Kuddelmuddel ans Tageslicht zerren. Wie geht man da vor? Welcher Arbeitgeber schreibt seiner Angestellten per Mail, dass er sie nicht befördert, weil sie schwanger ist?

Mit dem statistischen Beweis muss der Kläger nicht mehr versuchen, die üble

Nachrede am Mittagstisch oder die Beleidigung auf dem Flur zu belegen. Er kann die Zahlen für sich sprechen lassen.

Ingrid Weber war früher Richterin am Landesarbeitsgericht in Berlin und sitzt heute für den Deutschen Juristinnenbund in einer Kommission, die sich mit dem AGG befasst. Sie sagt, dass es Deutschland bei der Einführung des Gesetzes verpasst habe, die Position der Frauen durch Beweislastumkehr zu erleichtern. „Hier müssen jede Menge hieb- und stichfester Indizien für Diskriminierung vorgetragen werden, erst dann ist das Unternehmen dran, zu belegen, dass es alles richtig gemacht hat“, sagt Weber. In anderen Ländern genüge es, den Verdacht einer Ungleichbehandlung glaubhaft zu machen, und der Arbeitgeber müsse beweisen, dass er nicht unfair gehandelt hat.

In Österreich unterstützt die Regierung ihre Bürger aktiv, wenn die sich gegen Diskriminierung wehren möchten. Wer dort meint, weniger zu verdienen als ein Kollege mit gleicher Qualifikation, geht zur Gleichbehandlungsanwaltschaft. Die Kommission fragt im Unternehmen nach, verlangt, Gehälter offenzulegen, erstellt ein Gutachten und gibt das dem Betroffenen für das Gericht in die Hand. Kostenlos. „In Deutschland muss man seine Klage erst einmal selbst finanzieren“, sagt Ingrid Weber.

Man glaube ja gern, meint die Richterin, dass das AGG „vor allem für Frauen gemacht“ wäre. „Tatsächlich ziehen Männer viel schneller vor Gericht.“ Weshalb die

Männer? „Sie klagen gegen eine Frauenquote oder eine übergangene Beförderung. Sie sind vielleicht auch ein bisschen wagemutiger. Eine Frau überlegt realistischer, wie ihre Chancen sind.“

Sie sieht bislang nicht gut aus, die Bilanz für das Gleichbehandlungsgesetz; die Geschlechterverhältnisse in den Führungsetagen hat es jedenfalls wenig beeinflusst, wenn überhaupt. Aber Richter, Anwälte und ihre Mandanten hoffen, dass die raren Fälle eine breite Wirkung zeigen – so erwarten sie am Donnerstag kom-

mender Woche mit Spannung das Urteil im Fall Barbara Steinhagen. Die ehemalige Marketing-Direktorin bei Sony BMG klagte gegen ihren Arbeitgeber, als er ihr aus ihrer Sicht die Beförderung versagte, weil sie schwanger wurde; gleich nach dem Mutterschutz wurde ihr gekündigt.

Hartmut Braunschneider, ein weiterer Anwalt, der Silke Kühne unterstützt hat, geht davon aus, dass seine Mandantin einen Präzedenzfall geschaffen hat. Er spricht von Abschreckung, davon, dass Diskriminierung in Zukunft den Arbeitgeber teurer zu stehen kommen werde. Braunschneider erwähnt das psychologische Prinzip der Verankerung, das besage, wenn man einen Zusammenhang nur oft genug wiederhole, werde er irgendwann gesellschaftliche Realität.

Bis dahin werden wohl noch einige Frauen zurückfallen hinter die männliche Konkurrenz. Allein, weil sie Frauen sind.

KERSTIN KULLMANN

SPIEGEL-UMFRAGE Gleichheit vor Gericht

69%

aller Befragten halten es für richtig, wenn Frauen gegen eine geschlechtsspezifische Behinderung ihrer beruflichen Karriere mit einer Klage vorgehen.

Halten es für falsch: 28%

TNS Forschung; 1000 Befragte am 9. und 10. Dezember 2008; an 100 fehlende Prozent: „weiß nicht“/keine Angabe



Europatreffen der Hells Angels in Hannover (im Juni 2008): „Wie ein Wirtschaftsunternehmen aufgestellt“

KRIMINALITÄT

Rechte Engel

Bislang hielten Rockerbanden die Polizei mit Gewalt, Drogen und Waffen in Atem. Nun alarmiert die Fahnder eine neue Bedrohung: Bei deutschen Hells Angels machen militante Neonazis Karriere.

Der Mann, den alle nur Maxe nennen, wollte ein Musterknabe werden, wenigstens nach der Haftentlassung. Markus W. hatte vor gut zehn Jahren für Schlagzeilen gesorgt und für internationales Entsetzen: Damals gehörte er zu jenen deutschen Hooligans, die während der Fußball-Weltmeisterschaft in Frankreich den Polizisten Daniel Nivel zum Krüppel schlugen. Vier Jahre lang saß er für die „gemeinschaftliche schwere Körperverletzung“ in einem französischen Gefängnis. Nach seiner vorzeitigen Entlassung 2002 gelobte er einen Wandel vom rechten

Schläger zum Sozialarbeiter: Er wolle Sozialwissenschaften studieren, in Kontakt treten mit Menschen, „die Probleme mit der Gesellschaft haben“. Jugendliche sollten von seinen Erfahrungen profitieren: „Ich kann ihnen sagen: Jungs, Gewalt lohnt sich nicht.“

Doch Maxe war gerade zehn Wochen in Freiheit, da ermittelte die Polizei erneut gegen ihn wegen gefährlicher Körperverletzung – wenn auch ohne Ergebnis. Nach der Übertragung des Fußball-WM-Finales Deutschland gegen Brasilien im Sommer 2002 war er auf dem Schützenfest im he-

matlichen Hannover in eine Schlägerei verwickelt. Seitdem musste Maxe wiederholt vor Richtern erscheinen, mal wegen der Beleidigung eines Türken, mal wegen eines Angriffs auf einen Algerier.

Sozialarbeiter wird er nun nicht mehr werden, eine Art gesellschaftlicher Aufstieg ist ihm dennoch gelungen: In Hannover hat sich Maxe zu einem führenden Mitglied der Rockerbande Hells Angels hochgearbeitet.

Markus W. alias Maxe ist im Visier von Polizei und Verfassungsschutz, auch weil er für eine besorgniserregende Entwicklung steht. Denn bundesweit konstatieren die Fahnder Kontakte deutscher Rocker zu militanten Neonazis. Bei der „Beobachtung der rechtsextremistischen Szene fallen bei den Verfassungsschutzbehörden Erkenntnisse über Verbindungen zu Rockern an“, heißt es in einer Antwort der Bundesregierung auf eine kleine Anfrage. Man habe „gelegentlich“ Hinweise auf „gemeinsame Aktivitäten und Treffpunkte sowie einzel-fallbezogene Kooperationen von Rechtsextremisten (insbesondere Skinheads) und Rockern, vor allem auf lokaler Ebene“.

Solche „gemeinsamen Aktivitäten“ auf „lokaler Ebene“ gibt es in Berlin, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Baden-Württemberg. Am weitesten fortgeschritten ist nach Einschätzung von Ermittlern die Verflechtung zwischen Rockern und Rechtsextremen aber im Hannover-„Charter“, wie Hells Angels regionale Unterorganisationen nennen.

Beim Hannover-Boss der Angels, Frank H., ist Markus W. inzwischen „Secretary“. Als rechte Hand des Chefs gehört er damit neben dem „Treasurer“ (Schatzmeister) und dem „Sergeant at Arms“ (Sicherheitschef) zum inneren Zirkel des streng hier-



Hells Angel Markus W. (l., mit Clubkollegen), Hannover-Chef Frank H.: Fließende Übergänge

archischen Clubs. Für die Fahnder vom Landeskriminalamt (LKA) Niedersachsen eine beunruhigende Entwicklung. Denn das Charter Hannover ist nicht irgendeins: Es gilt als größtes und zählt zu den einflussreichsten weltweit im Bund der Hells Angels.

Der Club in Hannover wird vom niedersächsischen LKA dem Dunstkreis der Organisierten Kriminalität zugerechnet. Eine achtköpfige Ermittlungsgruppe „EG 1 Prozent“ kümmert sich um die Rocker. Der Name geht auf eine Selbsteinschätzung der Angels zurück, die gern darauf hinweisen, dass 99 Prozent ihrer Mitglieder gesetzestreu seien – es aber das eine Prozent der „Outlaws“ gebe, der selbsternannten „Gesetzlosen“.

Mögen die Hells Angels gern den Mythos eines friedlichen Clubs von Pfadfindern auf Motorrädern pflegen: Für die Ermittler der „EG 1 Prozent“ arbeiten viele „Engel“ wie eine kriminelle Bande, die „arbeitsteilig, gezielt und systematisch vorgeht“, wie Frank Federau vom LKA erklärt. Sie bediene sich der Hilfe von PR-Profis und hochkarätiger Rechtsbeistände. In Teilen seien sie „wie ein Wirtschaftsunternehmen aufgestellt“.

Die Ermittler sind auf ein unübersichtliches Geflecht mit rechten Querverbindungen gestoßen, von harmlos erscheinenden Tattoo-Studios bis hin zu paramilitärischen Sektionen. Und sie gehen davon aus, dass illegale Einnahmen durch legale Aktivitäten wie Sicherheitsdienste, Merchandising oder Events getarnt werden.

Zu solchen Events der Rocker gehörte im vergangenen Jahr die „Tattoo-Convention“ (Tätowiermesse) in Hannover – organisiert von Secretary Markus W. alias Maxe. Er sorgte dafür, dass rechte Szeneläden ihr Angebot freizügig präsentieren konnten, darunter auch ein Tattoo- und Piercingladen aus einem Ort im Kreis Soltau-Fallingb. Das Studio leiten Hannes F. und Marcel U., zwei Kampfsportler mit langjährigen Verbindungen in die militante Neonazi-Szene. Bei den Hells Angels des Charters Hannover haben sie es ebenfalls weit gebracht: von „Hangarounds“ (Anhängern) zu „Prospects“ (Anwärtern) – der letzten Stufe vor ihrer Aufnahme in die Bande als „Member“ (Mitglied).

In ihrem Geschäft berät Inhaber Hannes F. freundlich die Besucher, der „Piercer“ Marcel U. heißt besonders „experimentierfreudige Kunden“ willkommen. Zur Inspiration legen sie Muster vor, die bei Rechtsextremen sehr beliebt sind: Wehrmachtsoldaten und die Runenkunde einer Kameradschaft. In den Fotoalben zeigen sie stolz das Bild eines Tattoos, das deutlich an den einstigen Hitler-Stellvertreter Rudolf Heß erinnert.

Hannes F. soll nach den Recherchen der Fahnder sowohl in der rassistischen Sekte „Artgemeinschaft“ als auch in der „Kameradschaft Hildesheim“ mitgewirkt



Tattoo-Motiv Wehrmachtsoldat
Vollkommen unpolitisch?

haben. Im März vorigen Jahres musste er sich vor dem Landgericht in Halle (Sachsen-Anhalt) verantworten. Ihm wurde vorgeworfen, für die „Sektion Niedersachsen“ von „Blood and Honour“ (Blut und Ehre) gearbeitet zu haben. Das internationale Netzwerk, das rechtsextreme Bands vermarktet, ist in Deutschland seit dem Jahr 2000 verboten. Das Gericht sah es als erwiesen an, dass Hannes F. auch nach dem Verbot noch im Geiste von „Blood and Honour“ rechtsextreme Events organisierte – und verurteilte ihn zu einer Geldstrafe.

Neben Hannes F. saß in Halle Johannes K. auf der Anklagebank. Auch er hat Verbindungen zu den Hells Angels aufgebaut, die beiden kennen sich aus gemeinsamen Zeiten bei „Blood and Honour“. K. führt ein Tattoo-Studio in Hildesheim; in dem Laden wird für die Geschäfte der Rocker im Rotlichtmilieu geworben, zudem werden deren Merchandising-Artikel verhöbert.

Der Fall Johannes K. zeigt, dass die Übergänge zwischen Rockern und Rechten fließend sind. Denn neben dem Tattoo-Studio betreibt K. einen Army-Shop: einen Laden für spezielle Ausrüstung „von Soldaten, für Soldaten“. Als „Combat and Survival School“ (Kampf- und Überlebens-training) bietet der Militärfan unter anderem eine Ausbildung zum „Scharfschützen“ an.

An den paramilitärischen Übungen von Johannes K., so die Ermittler, soll auch ein Mitglied des „Selbstschutzes Sachsen-Anhalt“ teilgenommen haben. Die militante „Kameradschaft“, die mit ihrem Kürzel „SS-SA“ unverhohlen auf die NS-Zeit anspielt, arbeitet als „nationaler Sicherheits-

dienst“ und stellt bei rechtsextremen Veranstaltungen die Ordner.

Ordner brauchen die Angels viele, sie sollen vor fremden Blicken schützen. Auch ihr Clubheim „Angels Place“ wird von stämmigen Burschen bewacht. Es liegt gut geschützt am Ende einer Sackgasse in Hannover. Besucher ohne Einladung werden von muskulösen Wächtern aufgehalten. Hells-Angels-Chef Frank H. hält hier Hof, ein hühnerhafter, einschlägig bekannter Ex-Boxer. Erst Mitte Dezember wünschte er als Gastgeber einer Party den aus ganz Deutschland angereisten Engeln „viel Spaß“. Stripperinnen mühten sich um Stimmung, das Bier der hauseigenen Marke „81“ tat sein Übriges. „81“ steht für den achten und ersten Buchstaben des Alphabets: „HA“ wie Hells Angels.

Unter den Besuchern tummelten sich indes auch einige, die sich eher an der Ziffernfolge 18 berauschen: „AH“ wie Adolf Hitler. Das Logo „Max H8“ war gleich an der Kleidung von mehreren zu entdecken: „H8“ verschlüsselt die Zahl „88“, die in der rechtsextremen Szene für den verbotenen Gruß „Heil Hitler“ steht. Zugleich symbolisiert „Max H8“ auch „Maximum Hate“ (maximaler Hass).

Obwohl die Polizei die Szene ständig beobachtet, ist sie schwer zu fassen. Offiziell sagen die Rocker in Hannover, sie seien vollkommen unpolitisch. So erklärt es ihr Pressesprecher Django. Symbole mit Nazi-Bezug seien kein politisches Statement, sondern dienten bei einigen nur als Provokation. Dass mancher ein langes Vorstrafenregister hat, räumen die Rocker ein. Es sei aber kein Hinderungsgrund, Mitglied zu werden. Entscheidend sei allein, dass man die Regeln der Angels einhalte.

Zu diesen Regeln gehört auch das Gebot, keine Kooperation mit der Staatsgewalt einzugehen. Unter Rockern gilt, wie bei der Mafia, die Omertà – das Gesetz des Schweigens. So mussten die Fahnder in Niedersachsen erst vor wenigen Wochen zähneknirschend mit ansehen, wie die Bruderschaft wieder glimpflich davonging. 14 Hells Angels aus Bremen standen im Dezember in Hannover wegen eines brutalen Überfalls auf Mitglieder der konkurrierenden Gang Bandidos vor Gericht. Schon nach zwei Verhandlungstagen einigten sich Richter, Staatsanwaltschaft und Verteidigung auf einen Deal: auch weil der Kronzeuge, ein ehemaliger Angel, plötzlich nicht mehr aussagen mochte. Elf der Rocker kamen mit Bewährungsstrafen sofort frei.

„Meine Herren, bleiben Sie sauber“, rief Richter Jürgen Seifert unter dem Gejohle der Rocker. Ein frommer Wunsch. Demonstrativ klatschten die angereisten Bandenmitglieder. In der letzten Zuschauerreihe applaudierte ein lächelnder Angel im Sweatshirt der Marke Lonsdale, einem Erkennungszeichen der Rechtsextremen. ♦

ZEITGESCHICHTE

Nonsens für den Diktator

Der Sowjetherrscher Josef Stalin traute seinen Spionen nicht. Zu oft hatten sie Fehlinformationen übermittelt, wie bislang unbekannte Dokumente zeigen.

Zu den besonders bizarren Szenen in der Geschichte des 20. Jahrhunderts zählt der Auftritt des Diktators Josef Stalin am 22. Juni 1941 in seinem Arbeitszimmer im Kreml gegen 4.30 Uhr.

Seit über einer Stunde fliegen deutsche Sturzkampfbomber unter nervenzerfetzendem Geheul ihre Angriffe auf sowjetische Stellungen und Städte. Längst haben Panzer und Infanteristen der Wehrmacht die Grenze überschritten und drängen die Rote Armee zurück.

„Woschd“ (Russisch: Führer) Stalin tut sie als Fehlinformation ab.

Wissenschaftler haben die Realitätsverweigerung des Geheiers bislang gern damit erklärt, dass dieser seinem Gegenspieler und zeitweiligen Verbündeten Hitler einen Zweifrontenkrieg nicht zugetraut hatte. Schließlich lag das „Dritte Reich“ 1941 mit Großbritannien im Krieg und hielt Frankreich besetzt.

Nun hat Matthias Uhl vom Deutschen Historischen Institut in Moskau bislang unbekannte Dokumente im Archiv des russischen Auslandsgeheimdienstes SWR eingesehen. Den Papieren zufolge könnte es noch einen weiteren Grund gegeben haben, warum Stalin seinen Diensten nicht traute: Die hatten nämlich zuvor nicht nur Wahres, sondern oft hanebüchenen Unsinn beigebracht – und damit ihre Glaubwürdigkeit unterminiert.

Etwa mit dem „streng geheimen“ Dokument Nr. 4240 vom Februar 1936. Darin wurde berichtet, Hitler leide an Krebs, und die Krankheit sei so weit fortgeschritten, dass die Ärzte von einer Operation absähen. Dem Papier zufolge sollte eine

Vermutlich sollten solche Angaben eine jener blutigen Säuberungen vorbereiten, wie sie Stalins Sowjetunion kennzeichneten. Die umfassende „Aufrüstung des Vaterlands aller Werktätigen“ war nämlich ins Stocken geraten, und die sowjetische Geheimpolizei schob die Schuld auf eine Untergrundorganisation, an deren Spitze angeblich Nazis standen. Da kam eine Meldung über Parteigänger Hitlers in der Sowjetunion gerade recht.

Wie viele Diktatoren hatte auch der misstrauische Stalin ein Faible für Geheimdienste. Er ließ sich das Ausgangsmaterial und nur selten Auswertungen vorlegen, weil er sich selbst für den besten Analytiker hielt. Seine meist in Form von Marginalien überlieferten Bewertungen der Vorlagen sind drastisch. So notierte Stalin 1934 auf dem Kopf eines seitenlangen Berichts über verschiedene Entwicklungen in Nazi-Deutschland: „Viel Schwachsinn, aber trotzdem interessant“.

Die wenigen nachrichtendienstlichen Perlen im Info-Müll der Dienste änderten an Stalins grundsätzlicher Einschätzung



Diktatoren Stalin (1941), Hitler (r.): „Viel Schwachsinn, aber trotzdem interessant“

Doch Stalin mag nicht glauben, dass Adolf Hitler ihn angegriffen hat.

„Hitler weiß sicher nichts davon“, vermutet er vor den versammelten Spitzengegnossen, vielleicht sei alles eine Provokation von Wehrmachtsgenerälen, die den „Führer“ in den Krieg zwingen wollten. Erst nach Stunden begreift der Generalissimus den Ernst der Lage: Hitler will wirklich das Kreml-Imperium vernichten.

Dabei hat es an Warnungen vor einem Angriff der Deutschen nicht gemangelt, etwa durch den später weltberühmt gewordenen Meisterspion der Sowjets, Richard Sorge. Meist stammen sie aus sowjetischen Geheimdienstkreisen, aber

Kommission um Luftwaffenchef Hermann Göring gebildet werden, „um die Macht vom Kanzler zu übernehmen“. Hitler sei, so heißt es im Report, „in einer sehr gedrückten Stimmung. Die Ärzte glauben, dass er möglicherweise in weniger als einem Jahr sterben könnte“.

Nach Aktenlage hatten die Geheimen den Nonsens aus Papieren der US-Botschaft in Berlin – und gaben ihn ungefiltert nach Moskau weiter.

Absurd ist auch eine Meldung vom April 1933, also kurz nach Hitlers Einzug in die Reichskanzlei. Der zufolge strebte der NSDAP-Chef einen Putsch in der Sowjetunion an, um in Moskau ein „faschistisches Regime“ zu errichten. Um dieses Ziel zu erreichen, konspirierte angeblich ein deutscher Geheimdienst mit einer antisemitischen „Militärpartei in der Sowjetunion“.

nichts. Vergebens prognostizierten die Geheimdienstler 1936 auf der Basis „vollkommen zuverlässiger Quellen“ in Berlin, München und Wien, Hitler werde zwischen 1938 und 1940 einen Krieg in Europa beginnen. Auch erfuhren sie bereits vor Kriegsausbruch, dass die Divisionen der Wehrmacht sich auf blitzschnelle und weitreichende Angriffe vorbereiteten – wie sich nach dem deutschen Überfall auf Polen und dann auf Frankreich bestätigte.

Und so blieb auch folgenlos, was Anfang Juni 1941 ein deutscher Oberleutnant einem sowjetischen Verbindungsmann verriet: den bevorstehenden Angriff Hitlers, Beginn des „Unternehmens Barbarossa“. Stalin notierte auf dem entsprechenden Papier, man solle den Mann „zu seiner Hurenmutter zurückschicken“, er sei ein „Desinformator“.

KLAUS WIEGREFE

* Mit den Generälen Adolf Heusinger (2. v. l.), Friedrich Paulus (M.) und Georg von Sodenstern (2. v. r.) in der Ukraine 1942.

Was war da los, Herr Munshi?

Das indische Fotomodell Shayan Munshi, 30, über Modeterror

„Im Nachhinein habe ich mich geschämt. Als hirnloses Fotomodell wurde ich von manchen Leuten beschimpft, weil wir die Attentäter von Mumbai angeblich inspiriert hätten. Aber wie konnte ich ahnen, dass kurze Zeit nach der Modenschau des indischen Designers Narendra Kumar Terroristen die Stadt angreifen würden? Als ich für den Job zusagte, wusste ich, dass es keine gewöhnliche Show werden würde. Kumar ist bekannt für seine provokanten Ideen. Als sie mich dann in der Maske zu einem Schwerstverwundeten stylten, war ich trotzdem geschockt. Doch Kumar erklärte mir, dass er ein Zeichen setzen wolle, gegen die Gewalt und den Fanatismus. Auf dem Laufsteg hatte er drei Models als Leichen drapiert, über die ich während der Show hinübersteigen musste. In Zukunft werde ich nur noch für klassische Modenschauen laufen.“



Munshi in Mumbai

FOTOGRAFIE

Einer fürs Ganze

Andreas Gursky, Fotograf aus Düsseldorf, gehört zu den Stars der internationalen Kunstszene. Für seine großformatigen Aufnahmen zahlen Sammler und Museen sechs-, manchmal siebenstellige Summen. Werke von Gursky fanden sich im New Yorker Museum of Modern Art, im Pariser Centre Georges Pompidou oder in der Londoner Tate Modern. Wer den Weg auf sich nimmt, kann monumentale Bilder bestaunen, bestehend scharf und durchkomponiert bis ins Detail. Sie zeigen den Menschen in der Welt, die er geschaffen hat, und oft erscheint die Welt monströs und der Mensch darin als Marginalie. Wem der Weg zu weit ist, der kann nun durch einen Foto-band blättern, dessen Bilder Gursky selbst zusammengestellt hat. Das Buch bietet einen Querschnitt durch 28 Jahre, es beginnt in Gurskys Heimat, dem Ruhrgebiet, und es endet in der Ferne, vor der Küste Dubais. Aufgeschüttet von Baggern, liegt dort „The

World“, eine Ansammlung künstlicher Inseln, die sich formieren zu einem Abbild der Erde. Zwischen diesen beiden Motiven gibt es rund 150 Bilder, die viel aussagen über den Zustand der Welt. Das wahrscheinlich berühmteste Bild trägt den Titel „99 Cent“. Gursky fotografierte es in einem Discount-Laden: Wegwerfwaren, gestapelt in langen Regalen, zwischen ihnen, kaum auszumachen, stehen verloren ein paar Menschen. Das Bild brachte bei Sotheby's rund 1,7 Millionen Euro ein.

Andreas Gursky: „Werke 80–08“. Hatje Cantz Verlag, Ostfildern; 272 Seiten; 39,80 Euro.



Gursky-Foto „Ratingen, Schwimmbad“ (1987)

KRIMINALITÄT

Drei, zwei, eins – weg!

Die Finanzkrise professionalisiert ein Delikt, das bisher vor allem Kleingaukern vorbehalten schien: In den USA werden Ladendiebstähle immer häufiger von Profis verübt. Einzelhändler kritisieren, dass es Ladendieben durch Internet-Plattformen wie Ebay besonders leicht gemacht werde, die Beute anschließend wieder loszuwerden. Inzwischen werden ganze Banden als Ladendiebe auffällig: Sie fälschen Strichcodes am Heimcomputer, kleben diese dann im Laden auf die Ware und bezahlen so einen Bruchteil des tatsächlichen Preises – anschließend wird die Beute über das Internet verkauft. Der zunehmende wirtschaftliche Druck hat zudem dazu geführt, dass Ladendiebstähle in den USA auch unter Amateuren in den vergangenen Monaten zugenommen haben, um bis zu 20 Prozent, das bestätigen Polizeidienststellen quer durch die Bundesstaaten. Einzelhandelsverbände wie die National Association for Shoplifting Prevention beobachten, dass die Zahl der Ersttäter deutlich steigt. In den USA lassen Ladendiebe jeden Tag Waren im Wert von 35 Millionen Dollar mitgehen.

EINE MELDUNG UND IHRE GESCHICHTE

Das letzte Gefecht

Die rechte Brust von Janet Jackson wird zum Politikum.

Wenn George W. Bush das Weiße Haus verlässt, wenn Tausende Regierungsposten neu besetzt worden sind, wenn die Schlagzeilen und die Politik von der Demokratischen Partei und ihrem Präsidenten beherrscht werden, dann kommt es an auf Kevin Martin, auf seinen Erfolg, seinen Sieg.

Martin ist ein pausbäckiger Mann mit Nickelbrille, in Washington bekannt als Schnelldenker, Schnellsprecher, vor allem aber als Mitglied der jungen, konservativen Elite des Landes. Martin ist Mitglied der Republikaner, er gehört zu denen, die auch künftig für das Amerika von George W. Bush streiten werden, für traditionelle amerikanische Werte, den Schutz der Familie, für ein sauberes, anständiges Land. Martin ist der richtige Mann für das letzte Gefecht des konservativen Amerika.

Kevin Martins Büro befindet sich im achten Stock eines Betonbaus im Zentrum Washingtons. Hier, an der 12th Street, residiert die FCC, die Federal Communications Commission, eine Bundesbehörde, geschaffen, um die technischen und moralischen Grenzen des Rundfunks in den USA zu definieren und zu sichern. Die FCC ist Rundfunk-TÜV und Zensurbehörde in einem, und Martin ist ihr Chef.

Seinen Sitz an der Spitze hat er Bush persönlich zu verdanken. Bush hat Martin für diesen Posten ausgewählt, und nun ist es für Martin an der Zeit, sich zu revanchieren. Es geht um Schadensbegrenzung, es geht darum, nicht auch noch die Kontrolle über den Rundfunk an die Liberalen zu verlieren.

Martins wichtigstes Werkzeug ist ein Dokument, von den Juristen der FCC erstellt, 218 Seiten stark und gerichtet an den Obersten Gerichtshof der USA. In dem Schriftstück ersucht die FCC die Richter, sich mit den Ereignissen zu beschäftigen, die sich im Februar 2004 während der Halbzeitpause des Endspiels der nationalen Football-Meisterschaft zutragen. Im Kern soll die Entscheidung der Richter die Grenzlinie zwischen künstlerischer Freiheit und

Pornografie dauerhaft befestigen, im Sinne der Konservativen.

An jenem Februar 2004 trat in Houston, Texas, Janet Jackson auf, zusammen mit ihrem Kollegen Justin Timberlake. Jackson war kurz davor, ein neues Album auf den Markt zu bringen.

Das letzte Lied sangen Jackson und Timberlake gemeinsam. Die letzte Zeile lautet: „I'm gonna have you naked by the end of this song.“ Als Timberlake dies sang, riss er an Jacksons Bustier



Jackson, Timberlake 2004

Janet Jacksons „Nipplegate“ wieder vor Gericht

Die entblößte Brust von US-Popstar Janet Jackson soll vor den Obersten Gerichtshof der USA

Aus der „Berliner Morgenpost“

und legte ihre rechte Brust frei. In die Annalen der amerikanischen Fernsehgeschichte ging dieser Vorfall ein als Nipplegate. Dem Publikum zugänglich gemacht wurde er durch den Fernsehsender CBS, der das Endspiel übertrug.

In anderen, entspannteren Ländern wäre der Vorfall kühl verbucht worden als PR-Maßnahme, in den USA beschäftigte er die Medien wochenlang, die FCC wurde eingedeckt mit Beschwerdebriefen, in denen Amerikaner

forderten, den Fernsehsender zur Verantwortung zu ziehen.

Die Chefs von CBS blieben recht gelassen inmitten des Sturms. Sie kannten den puritanischen Reflex der FCC, sie wussten, gegen was er sich richtet und gegen was nicht. Er richtet sich verlässlich gegen Ausdrücke aus der Fäkalprache. Der Fernsehsender Fox musste dies erfahren, als die FCC folgende Aussage rügte, Fox hatte sie ungepiepelt gesendet: „Hast du jemals versucht, Kuhscheiße aus einer Prada-Handtasche herauszubekommen? Das ist verdammt schwierig.“ Im Original lautet der zweite Satz: „This is fucking difficult“, und er kam über die Lippen von Nicole Richie, einem US-Starlet und hauptberuflich Tochter des Sängers Lionel Richie.

Aber Janet Jackson hatte nicht gepöbelt, sie hatte nur ihre rechte Brust gezeigt, und wenn weibliche Brüste für Sekundenbruchteile im Bild zu sehen waren, hatte die FCC sich in der Vergangenheit nur selten gerührt. Darauf verließen sich die Chefs von CBS auch in ihrem Fall.

Doch sie lagen falsch. Die FCC sorgte dafür, dass CBS die Maximalstrafe auferlegt wurde, 550 000 Dollar. CBS klagte und gewann. Vor ein paar Monaten entschied ein Berufungsgericht, dass die Entscheidung der Behörde „willkürlich“ gewesen sei.

Kevin Martin mag das nicht akzeptieren. Er war schon 2004, noch als einfacher Kommissar der FCC, für ein entschiedeneres Vorgehen. Martin wäre es lieber gewesen, die FCC hätte damals nicht nur die Brust bestraft, sondern den kompletten Auftritt von Jackson, das laszive Beckenkreisen, das Aneinanderreiben von Körperteilen, diesen ganzen choreografierten Schmutz.

Heute ist Martin der Chef der Zensurbehörde, jetzt kann er den Streit um Janets Brust zum Politikum machen. Seine Streitschrift ist die letzte Etappe eines Kreuzzugs, der vor acht Jahren mit der Wahl eines neuen Präsidenten begann – und nun endet mit dem Streit um ein paar Quadratzentimeter nackter Haut. Kevin Martin streitet für die Anständigen unter den Amerikanern, und er hat nichts zu verlieren. Im nächsten Jahr läuft seine Amtszeit aus. Danach kann er nur Chef der FCC bleiben, wenn der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika ihn in seinem Amt bestätigt.

Davon ist nicht auszugehen. UWE BUSE



Hauslehrerin Dudek mit ihren Kindern in Archfeld: Zwei Lehrer, drei Schüler, und alle Schüler sprechen Deutsch

ERZIEHUNG

Schule oder Knast

Kaum ein Land verteidigt die Schulpflicht so verbissen wie Deutschland. In den USA wird der Hausunterricht gefördert, in Kanada vom Staat belohnt. In Hessen soll ein Ehepaar ins Gefängnis, weil es seine Kinder zu Hause unterrichtet. *Von Uwe Buse*

Abends, wenn die Kinder im Bett sind, wenn Ruhe einkehrt im Haus von Jürgen Dudek, dann zieht er sich oft ins Wohnzimmer zurück, aufs Sofa, zusammen mit Rosemarie, seiner Frau. Dort sitzen sie dann, im Ofen knackt das Feuer, und bis spät in die Nacht wälzen die Dudeks ihr Problem, betrachten es von allen Seiten, in der Hoffnung, doch noch eine Lösung zu finden, einen Ausweg, den sie in den Nächten zuvor übersehen haben. Doch bislang tat sich kein Ausweg auf, bislang bleibt am Ende des Tages immer nur das Gebet.

Jürgen Dudek und seine Frau beten oft, und sie beten ausgiebig. Sie beten morgens, mittags und abends. Dudek erhebt sich dann am Esstisch, schmal, hager, mit Vollbart, er breitet die Arme aus zur Segnung, im Gegenlicht gleicht er in diesem

Moment dem Kreuz, und dann hören seine Frau, seine sieben Kinder, wie er für das Essen dankt, die Gesundheit, den neuen Tag.

Jürgen Dudek und seine Frau Rosemarie sind bibeltreue Christen. Sie halten die Bibel nicht für ein historisches Dokument von zweifelhaftem Wert, sondern für das buchgewordene Wort Gottes. Sie halten ihre Religion nicht für kulturelle Folklore oder einen Lückenbüßer, an den man sich erinnert, wenn es am Heiligen Abend darum geht, die Zeit bis zur Bescherung zu überbrücken. Die Dudeks glauben, dass die Welt vor 6000 Jahren geschaffen wurde, sie halten die Sintflut für eine Realität und das Leben hier auf Erden für eine Durchgangsstation. Die Gesetze der Bibel formen den Rahmen ihres Handelns. Die weltlichen Gesetze des deutschen Staates

haben sich in diesen Rahmen zu fügen. Tun sie es nicht, werden sie nötigenfalls gebrochen.

Ein Gesetz brechen die Dudeks mit sehr großer Konsequenz. Es geschieht fünfmal die Woche, von montags bis freitags, pünktlich um halb acht am Morgen. Dann betreten die drei schulpflichtigen Söhne der Dudeks einen Raum im Erdgeschoss des elterlichen Hauses. In ihm stehen drei kindgerechte Schreibtische, drei Stühle und Regale voller Bücher. Es ist das Wohnzimmer der Familie. Hier werden Lukas, Daniel und Jeremiah von ihren Eltern unterrichtet – ausschließlich von ihren Eltern unterrichtet. Eine öffentliche Schule haben sie nie betreten.

In den USA, in Großbritannien, in Österreich und vielen anderen Ländern wäre das kein Problem. In Kanada bekäme



Schüler beim Unterricht: Ein Ort der Versuchung, ein Ort des Lasters

die Familie sogar einen Zuschuss vom Staat, weil sie der Öffentlichkeit Ausgaben erspart. Doch in Deutschland kann der Staat auf ein ganzes Arsenal von Sanktionen zurückgreifen. In der Mehrzahl der Bundesländer beginnt es mit dem simplen Bußgeld und endet mit der Erziehungshaft. Der Staat kann den Eltern auch das Sorgerecht entziehen und die Kinder ins Heim einweisen lassen. Und in einigen Ländern, etwa in Hessen, gilt der fortgesetzte Verstoß gegen die Schulpflicht nicht mehr nur als Ordnungswidrigkeit, sondern als Straftat.

Die Dudeks leben in Hessen und stehen auf der vorletzten Stufe der Eskalation. Ihnen droht Gefängnis. Drei Monate für den Vater, drei Monate für die Mutter, nicht zur Bewährung ausgesetzt. So forderte es die Staatsanwaltschaft. Es ist der vorläufige Höhepunkt eines Konflikts zwischen einer Familie und dem deutschen Staat, den beide Seiten mit verwirrender, schwer nachzuvollziehender Verbissenheit führen.

Er ließe sich vermeiden, wenn Jürgen und Rosemarie ihre Kinder in eine öffentliche Schule schicken würden, schließlich sind die deutschen Schulen nicht bekannt dafür, Kinder in asoziale Monster zu verwandeln. Aber Jürgen Dudek sagt, das könne er nicht. Er sitzt jetzt hinten im Lehrzimmer, einem niedrigen Raum mit Ofenheizung. Seine drei schulpflichtigen

Söhne arbeiten sich durch die Aufgaben, die er ihnen gegeben hat. Lukas, 14 Jahre alt, schreibt einen Aufsatz über den Staat und die Masse. Daniel, 12 Jahre alt, beugt mit seiner Mutter französische Verben, Jeremiah, 9 Jahre alt, übt das Einmaleins.

Seine Kinder seien ihm und seiner Frau von Gott anvertraut worden, versucht Dudek seine Entschuldigend zu erklären. „Wir können unsere Kinder nicht Menschen überlassen, die von Jesus Christus und der Bibel nichts halten.“ Staatliche Schulen seien Orte der Versuchung, des Lasters.

Diese Sätze klingen verdächtig nach Sektiererei, nach Eltern, die ihre Kinder von der Welt fernhalten und vollpumpen mit seltsamen Ideen, aber so einfach ist es nicht in diesem Fall. Die Dudeks sind religiös, und man könnte sie Fundamentalisten nennen. Aber im Gegensatz zu anderen strenggläubigen Christen gehören sie keiner Sekte, keiner religiösen Gruppe an, und sie sperren ihre Kinder auch nicht weg. Ihre Söhne sind bei den Pfadfindern, der freiwilligen Feuerwehr, im Schwimmverein. Die Trainerin sagt, die Jungs seien braver als die anderen, sonst aber ganz normal. Und Jürgen Dudek sagt, die Vereine würden seinen anderen Kindern ebenfalls offenstehen, auch den jüngsten, seinen beiden Töchtern.

Auch gehören die Dudeks nicht zum Prekariat, sie sind keine Bildungsflücht-

linge, deren Kinder die Schule schwänzen und ihr Wissen vor allem aus dem Fernsehen beziehen. Es gibt im Haus der Dudeks keinen Fernseher. Dafür aber ein Klavier.

Jürgen und Rosemarie Dudek haben die Entscheidung getroffen, schulfern zu leben, aber nicht bildungsfern. Beide sind Akademiker, sie hat Musik studiert, er einen Magister in Politik, Anglistik, Geschichte. Rosemarie Dudek spricht gut Französisch, ihr Mann fließend Englisch. Jürgen Dudek verbrachte seine Kindheit in Indien, einen Teil seiner Jugend in Südafrika. Sein Vater arbeitete für Siemens. In den Bücherregalen seines Hauses finden sich, neben christlicher Erbauungsliteratur, die Reisen des Marco Polo, Karl Mays Werke, Meyers Taschenlexikon, Band 1 bis 24. In einem Zimmer steht ein Computer, ohne Internet-Anschluss.

Der Rechner wurde gebraucht gekauft, die Bücher antiquarisch. Geld spielt im Alltag der Dudeks keine große Rolle. Sie haben wenig, Jürgen Dudek arbeitet nachmittags als Nachhilfelehrer, und sie leben innerhalb ihrer Möglichkeiten. Morgens gibt es Haferbrei mit Honig für alle, mittags viel Gemüse, Nudeln, wenig Fleisch. Der Urlaub findet hinter dem Haus auf einer Wiese statt.

Die Familie könnte deutlich komfortabler leben, sie hat Anspruch auf Hartz IV, doch Jürgen Dudek verzichtet auf

die 1000 Euro, die ihm zustehen würden, er mag die Unterstützung nicht beantragen. „An das Geld sind Ansprüche des Staates geknüpft, die wollen wir nicht erfüllen.“ Das Kindergeld dagegen nehmen sie, denn „das kriegt ja jeder, ohne Auflagen“.

Auch der Staat könnte den Konflikt zwischen den Dudeks und dem Schulamt beenden. Er müsste nur das möglich machen, was beispielsweise in Österreich möglich ist. Dort gibt es keine Schulpflicht, sondern eine Bildungspflicht. Eltern können ihre Kinder selbst unterrichten, und ob sie es erfolgreich tun oder nicht, prüft der Staat in regelmäßigen Abständen. Scheitern die Eltern an ihrer Aufgabe, müssen die Kinder zur Schule.

Doch Deutschland ist von einem pragmatischen Umgang mit seinen schätzungsweise tausend Hausschülern weit entfernt. Die Familien leben oft verdeckt, nicht gemeldet oder sind offiziell ins Ausland verzogen. Manche sind ständig auf der Flucht, bleiben nur so lange an einem Ort, bis das Schulamt sie wieder ins Visier nimmt. Andere Familien verlassen Deutschland nicht nur auf dem Papier, sondern gehen tatsächlich ins selbstge-

Die Schulpflicht war Teil der

Aufklärung, ein Werkzeug zur

Demokratisierung des Wissens.

wählte Exil. Nach Irland zum Beispiel, wie die Groenevelds.

Rina Groeneveld und ihr Mann verweigerten sich der Schulpflicht aus praktischen Erwägungen, die Familie gehört zu den globalen Nomaden des 21. Jahrhunderts. Sie ziehen oft um, nicht innerhalb Deutschlands, sondern von einem Land ins nächste. Steven Groeneveld ist ein hochspezialisierter Ingenieur, er arbeitet im Flugzeugbau, für Firmen wie Airbus, Boeing. Er unterschreibt bei den Konzernen für ein Projekt; ist das Vorhaben beendet, geht es in ein anderes Land, auf einen anderen Kontinent, zu einem neuen Projekt. Die Groenevelds sind der Meinung, dass sie ihre Kinder besser selbst unterrichten, statt sie alle paar Jahre in einem neuen Land einzuschulen. Aus Deutschland flüchteten sie nach vier Jahren.

Den Kontakt zu anderen Hausschulfamilien halten die Groenevelds, wie viele andere, über das Internet. Sie treffen sich in Foren wie „Unerzogen“, „Bildungsfreiheit“, tauschen dort Ratschläge aus im Umgang mit deutschen Behörden, informieren einander über geeignete Lehrmaterialien, diskutieren die Veröffentlichungen von Forschern – beispielsweise die des Bonner Erziehungswissenschaftlers Volker Ladenthin.

Ladenthin wird von Hausschülern geschätzt, er hält die harsche Reaktion des



Familie Dudek vor ihrem Haus: Die Kinder sind auffallend brav, aber sonst ganz normal

deutschen Staates für unangemessen. Er verweist darauf, dass es nicht viele Eltern sind, die sich diese Arbeit aufhaken, selbst wenn der Staat die Möglichkeiten schafft. In Neuseeland sind ein Prozent der schulpflichtigen Kinder Hausschüler, in Australien ebenso, in Großbritannien sind es 1,5, in den USA, dem Land der langen Wege, 4 Prozent. Ladenthin hält es für unsinnig, die Eltern zu kriminalisieren, und plädiert für ein Modell, das die Bildungspflicht mit staatlicher Kontrolle und professioneller Unterstützung verbindet.

Der Mehrzahl der deutschen Hausschüler dürfte sich mit diesem Vorschlag arrangieren können. Die Dudeks in Hessen würden es tun. Sie würden diesen Kompromiss feiern wie einen Sieg am Ende eines langen, zermürbenden Kampfes.

Der Konflikt zwischen den Dudeks und dem deutschen Staat begann vor zehn Jahren, in Gummersbach. Dort besuchte Jonathan, der älteste Sohn, die erste Klasse

der Grundschule, es war eine christliche Bekenntnisschule, vom Staat anerkannt. Jonathan war der Jüngste in seinem Jahrgang und auch im Schulbus. Die anderen Schüler setzten ihm zu, sein täglicher Schulweg addierte sich auf über zwei Stunden. Jonathan, damals sechs Jahre alt, verließ das Haus um kurz nach sechs und kehrte in der Regel erst am Nachmittag um vier zurück.

Die Eltern hielten die Situation für nicht tragbar und suchten nach Alternativen. Eine normale Grundschule kam nicht in Frage. So wurde Jonathan, nach einigen Wochen der Vorbereitung, von der Schule genommen, und der Hausunterricht begann. Er wurde variiert im Laufe der Jahre, aber nicht grundsätzlich verändert. Wenn man ein paar Tage bei den Dudeks verbringt, kann man das, was damals begann, heute noch beobachten.

Zu sehen ist eine Zwergschule, die Lehrern aus deutschen Problemstadtteilen wie

das Paradies vorkommen muss. Es gibt zwei Lehrer in dieser Schule, drei Schüler, und alle Schüler sprechen Deutsch.

Der Lehrstoff folgt dem offiziellen Lehrplan, die Bücher stehen hinter den Schülern im Regal, neben Kosmos-Experimentierkästen für den naturwissenschaftlichen Unterricht. Die Stundenpläne der Kinder umfassen die Fächer Deutsch, Erdkunde, Mathematik, Geschichte, Englisch, Französisch, Physik, Chemie, Biologie (inklusive Kreationismus), Gemeinschaftskunde und Kunst. Sport und Religion werden nicht unterrichtet. Einmal im Jahr gibt es Zeugnisse. Der Vater stellt sie aus. Ihr Ton ist aufmunternd-patriarchalisch.

Jürgen Dudek hat dem Schulamt angeboten, seine Familie zu besuchen, dem Unterricht beizuwohnen, seine Unterlagen zu prüfen, die er penibel seit neun Jahren führt, in denen der Inhalt jeder Unterrichtsstunde vermerkt ist, die er und seine Frau jemals gegeben haben. Doch das Amt mag niemanden schicken.

Dudek zweifelte nie daran, dass er und seine Frau in der Lage sind, ihre Kinder erfolgreich zu unterrichten. Und seit diesem Sommer ist das nicht mehr nur eine Behauptung, die Dudeks haben auch einen Beweis. Ihren ältesten Sohn Jonathan, er ist ihr Kronzeuge.

Als Jonathan damals die Grundschule verließ, meldete die Schulleitung dies dem Schulamt. Beamte setzten sich mit den Eltern in Verbindung, aber Sanktionen blieben aus, denn die Dudeks teilten mit, dass sie ihren Wohnort bald verlassen würden. Im Sommer des Jahres 1999 zog die Familie um nach Hessen, in das Dorf Archfeld. In ein Haus, das bezahlbar war, geräumig genug für die wachsende Familie und in dem sie heute noch wohnt.

Eineinhalb Jahre lebten die Dudeks unentdeckt vom Radar der hessischen Schulbehörde. Sie schickten Jonathan einfach nicht zur Schule, und niemandem fiel das auf. Erst als der zweitgeborene Sohn Lukas schulpflichtig wurde, begannen die Schwierigkeiten.

Zunächst erhielten die Dudeks Briefe von der Schulleiterin der Grundschule. Es folgten Anrufe, dann ein Bußgeldverfahren. Die Dudeks zahlten die 120 Euro. Und machten weiter wie zuvor. Im Mai 2007 verurteilte das Amtsgericht Eschwege die Dudeks dann zu einer Geldstrafe von 900 Euro. Die Dudeks hätten wahrscheinlich gezahlt, aber sie mussten es nicht. Der zuständige Staatsanwalt war nicht zufrieden mit dem Urteil. Es sei nicht geeignet, „das bislang von Uneinsichtigkeit geprägte Verhalten der Angeklagten angemessen zu ahnden“, so formulierte er. Der Ankläger ging in die Berufung, und das Landgericht Kassel verurteilte die Dudeks zu insgesamt sechs Monaten Haft. Gegen dieses Urteil legte das Ehepaar Revision ein und verwies, unter anderem, auf die Leistungen seines Sohns Jonathan.

Im Frühjahr 2008 besuchte Jonathan für vier Monate eine Realschule im nahe gelegenen Herleshausen. Seine Eltern hielten ihn für „ausreichend moralisch gefestigt“, um der Welt da draußen entgegenzutreten. Sie wollten, dass er seine Schulzeit mit einem staatlichen Abschluss beendet, um vom Hausunterricht möglichst problemlos in die Arbeitswelt wechseln zu können.

Jonathan beendete das Schuljahr als Klassenbesten, seine Note: 1,1. Ohne den Sportunterricht wäre sie noch besser gewesen. Zurzeit absolviert Jonathan sein Berufsgrundbildungsjahr, eine Lehrstelle hat er sicher, in einer Tischlerei. Seine Lehrer sagen, er sei ein problemloser, intelligenter, ruhiger Schüler.

Auch im Wohnzimmer seiner Eltern sagt Jonathan nicht mehr als nötig. Er sitzt auf einem Stuhl, vorn auf der Kante, ein ernster blonder Junge. Sein Vater, der während des Gesprächs nicht dabei ist, sagt

Die Schulpflicht, die den Dudeks das Leben so schwermacht, war Teil der Aufklärung, sie war ein Werkzeug zur Demokratisierung des Wissens, zur Demokratisierung des Wohlstands. Mit ihrer Hilfe wurden die Kinder von den Äckern und Feldern ihrer Eltern, aus Werkstätten und Manufakturen in die Schulen gezwungen, ans Buch und an die Tafel. Ohne die Schulpflicht wäre der Aufstieg Deutschlands vom Agrar- zum Industriestaat schwieriger gewesen.

Doch heute ist die Situation eine andere, heute sind die Eltern von Schulverweigerern, von Hausschülern, keine Analphabeten mehr, die ihre Kinder als Arbeitskräfte missbrauchen wollen oder müssen.

Heute sind sie häufig Akademiker, die sich abwenden von den öffentlichen Schulen, weil ihnen die Angebote, die Qualität des Unterrichts nicht genügen. Sie wollen mehr, bessere oder zumindest angemessene



Hausschulgegnerin Hofmann im Schulamt in Bebra: Das staatliche Monopol ist gut

später, Jonathan beantworte nur ungern persönliche Fragen.

Schon, ja, sagt Jonathan dann, er habe Freunde, aber nicht viele. Nein, er trinke keinen Alkohol, auch nicht auf Partys, aber das störe ihn nicht, er werde nicht oft auf Partys eingeladen. Er sei halt anders, und darauf sei er auch stolz, irgendwie.

Warum er nicht das Gymnasium besuche? Er wolle erst einmal etwas Praktisches lernen. Außerdem sei er sich nicht sicher, dass das Gymnasium so eine gute Sache sei. Da müsse man zum Beispiel Goethes „Faust“ lesen. Sein Vater sei ja der Meinung, mit so einem Buch, in dem der Teufel eine wichtige Rolle spiele, beschäftige man sich besser nicht eingehend.

Goethes „Faust“ eine jugendgefährdende Schrift? Pädagogen und Richter dürften das nicht gefallen. Aber ist das ein Grund, die Eltern ins Gefängnis zu stecken? Ist das Verdammnis eines deutschen Klassikers eine Straftat?

nere Bildung für ihr Kind, und sie glauben, sie ihnen geben zu können.

Anita Hofmann mag sich mit diesen ganzen Ideen nicht anfreunden. Hofmann ist eine energische Frau mit interessanter Brille, sie ist außerdem stellvertretende Leiterin des Schulamts Bebra, und für die Dudeks repräsentiert sie den Staat. Sie verteidigt die Schulpflicht, von Amts wegen und auch privat. Hofmann ist keine Bürokratin, die nur umsetzt, was von ihr erwartet wird, sie ist eine Überzeugte, und das macht die Sache für die Dudeks noch schwieriger.

Hofmann war selbst Lehrerin, gern, wie sie sagt. Sie war auch ein Einzelkind, das den Besuch der Schule genossen hat, den Umgang mit anderen Kindern, die neuen Erfahrungen und meistens auch den Unterricht. Sie bezweifelt, dass Dudeks Hausschule eine schützenswerte Einrichtung sein könnte.

Denn jenseits der reinen Vermittlung von Wissen sei die Schule doch ein wich-



Musterschüler Jonathan Dudek mit Abschlusszeugnis, in seinem Lehrbetrieb: Goethes „Faust“ besser nicht lesen

tiger Ort der Sozialisation. In der Schule lernten Kinder mit Gleichaltrigen umzugehen, sich zu streiten, sich zu einigen, sagt Hofmann. In Dudeks Zwergschule sei das nicht möglich. Auch müsse eine solche Schule prinzipiell allen Kindern offenstehen. Und das sei ja wohl nicht geplant.

Hofmann missfällt die Idee, die Schulpflicht durch eine Bildungspflicht zu ersetzen. Wann immer es im Gespräch darum geht, wird Hofmann unruhig, rutscht herum auf ihrem Stuhl, als wolle sie etwas Unangenehmes loswerden, das sich ihren Rücken heraufarbeitet. Hofmann steht zum staatlichen Monopol. Das Monopol ist gut.

Hofmanns Arbeit und ihre Gedanken kreisen um Begriffe wie Qualitätskontrolle, Standardisierung, mehr Ganztagschulen. Sie denkt nach über die Lehren, die aus den Pisa-Studien gezogen werden sollten, es geht ihr um gleiche Chancen für alle Kinder, und der Weg dorthin führt für sie nicht über eine Hausschule. Denn wer wisse schon, was passieren würde, wenn die Dudeks durchkämen mit ihrer Schule? Was würden dann die Muslime machen in Deutschland? Was irgendwelche Sektierer? Ein unkontrollierbarer Wildwuchs drohe, mit nicht abzuschätzenden Folgen.

„Nein“, sagt Hofmann, wenn es nach ihr gehe, werden die Dudeks mit ihrer Schule nicht durchkommen. Es wäre ja auch, abseits aller anderen Überlegungen, schlicht und einfach ein Gesetzesbruch. Wenn die Hausschulbefürworter ihre Schulen legalisieren wollen, müssten sie eben die Politiker überzeugen.

Genau dies versucht Dagmar Neubronner, seit Jahren. Neubronner ist so etwas wie die Chef-Lobbyistin der deutschen Hausschüler. Sie ist eine von wenigen, die sich regelmäßig in die Öffentlichkeit wagen und für die Anliegen der Schulboykotteure werben. Wie ihre Kontrahentin in Bebra ist Neubronner eine Überzeugte, ausgestattet mit viel Temperament und Ausdauer. An einem Winternachmittag sitzt sie in Bremen in einem Café und erzählt ihre

Geschichte. Sie beginnt in Süddeutschland mit einem Sohn, den der Schulbesuch depressiv machte, und endet in Bremen, „wo Polizeiwagen vor unserem Haus patrouillierten“. Die Polizisten sollten feststellen, ob die Kinder der Neubronners tatsächlich in Frankreich leben, wie es die Mutter bei der Schulbehörde angegeben hatte, oder ob das eine Lüge war, mit der die Familie die Schulpflicht umgehen wollte.

Im Kosmos der Hausschüler repräsentiert Neubronner eine Gruppe, die nicht viel gemein hat mit den Dudeks, mit ihrer Religiosität, dem konservativen Weltbild und den peniblen Stunden-, Wochen-, Jahresplänen.

Neubronner gehört zu den „Unschoolern“. Sie favorisiert ein Konzept, das dem Modell Summerhill folgt. Sie ist überzeugt, dass Kinder gern lernen, dass sie viel lernen, und am besten tun sie das ohne

Was passiert, wenn die Dudeks

durchkommen mit ihrer Schule?

Was machen dann die Muslime?

Zwänge. Neubronners Söhne dürfen tun, was sie wollen, ihre Eltern geben Anregerungen, aber keine Anweisungen. Dagmar Neubronner sagt, das funktioniere. Zweifler versucht sie zu überzeugen, in Talkshows, in Interviews.

Doch bislang hat sie keine nennenswerten Erfolge zu vermelden. Zum einen dürfte das an Familien wie den Dudeks liegen. Es sind oft die religiösen Schulboykotteure, die ihren Kampf besonders lange durchhalten, die schließlich in den Medien zu finden sind, weil Gerichte Haft anordnen und Polizisten anrücken, um die Eltern ins Gefängnis zu schaffen. So ist es beispielsweise 2004 in Bayern geschehen, im Fall der Zwölf Stämme, einer streng religiösen christlichen Gemeinschaft.

Im Fernsehen ist dann ein Rechtsstaat zu sehen, der harsch reagiert, der unsympathisch ist, aber auch die Opfer scheinen

zweifelhafte Figuren zu sein, für die sich Politiker nicht ohne weiteres einsetzen.

Zum anderen ist es ein denkbar schlechter Zeitpunkt, um die Schule zurück in die Familie zu holen. Wenn die Nation, wenn die große Politik über mehr Ganztagschulen debattiert, über mehr Tagesmütter, mehr Betreuung, wenn es als erstrebenswert gilt, die Erziehung von Kindern zu professionalisieren, sie auszulagern in Krippen, Horte, dann haben es Lobbyistinnen wie Dagmar Neubronner schwer.

Zu den vorsichtigen Unterstützern der Hausschüler gehört der bayerische Bildungspolitiker Hans-Ulrich Pfaffmann. Er könne sich einen Modellversuch vorstellen, sagt er, unter „strikt staatlicher Kontrolle“. Danach müsse man weitersehen. Pfaffmann hätte ein wichtiger Verbündeter der Hausschüler werden können, wenn die SPD bei der Landtagswahl in Bayern besser abgeschnitten hätte. Pfaffmann wurde als künftiger Kultusminister Bayerns gehandelt.

Jürgen und Rosemarie Dudek setzen nicht auf die Einsicht der Politiker, deren Welt ist ihnen fremd. Sie nehmen die Situation, wie sie ist. Sie sitzen jetzt in ihrem Wohnzimmer, es ist Heiligabend, es gibt keinen Baum, keine Geschenke. Ein paar Lieder werden gesungen.

Vor Jürgen Dudek auf dem Tisch liegt ein Schreiben des Oberlandesgerichts Frankfurt am Main. Die Richter haben der Revision stattgegeben und die Angelegenheit zurückverwiesen an das Landgericht Kassel. Es wird einen weiteren Prozess geben, noch müssen die Dudeks nicht ins Gefängnis. Es sei „eine Atempause“, sagt Jürgen Dudek. Er klingt nicht erleichtert, er rechnet nach wie vor mit dem Schlimmsten: „Wenn wir den Kopf hinhalten müssen, dann tun wir das.“ Er scheint entschlossen. Für ihn geht es um sehr viel. Nicht nur um einen Sieg im Kampf gegen den deutschen Staat, für Dudek ist der Streit um den Schulbesuch seiner Kinder auch eine Prüfung, die ihm auferlegt wurde von seinem Gott. Und er will sie bestehen, koste es, was es wolle. ♦



Die Philosophie-Maschine

Ortstermin: Wie im Bonner Haus der Geschichte ein Roboter versucht, sehr deutsch zu sein

Sie wacht über ihn wie eine Gouvernante, folgt mit den Augen seiner Bewegung, folgt dem Stift, den er übers Papier führt, den Zeichen, die er schreibt, ohne Pause, ohne Zögern, er schreibt: *Figur verhält sich zu Komposition wie Wahrheit zu Struktur. Aus dem Talent, der Quelle der Kritiken, geht Kunst hervor.*

Er schreibt hinter Glas, denn man möchte ihn beschützen. Man hat deshalb diese Frau vor die Scheibe gestellt, die sich nicht fortbewegen darf, eine pflichtbewusste Blonde mit müdem, konzentriertem Blick, manchmal sagt sie „Schauen Sie“ zu Besuchern, „jetzt hat er wieder etwas Schönes gemacht“. *Diese Sätze sind Bemerkungen zum Gerücht, kein Gerücht*, schreibt er. Er schreibt im Bonner Haus der Geschichte, er ist Teil einer Ausstellung mit dem Titel „man spricht Deutsch“, es geht um die deutsche Sprache nach 1945, es geht um Flüche, Gedichte, Politikerreden, Reklamesprüche, Kinderlieder, Lieblingswörter, Sätze.

Er, das ist ein Roboter, der gelernt hat, wie man Manifeste verfasst.

Sie, das ist Frau W., die als Angestellte einer Sicherheitsfirma im Haus der Geschichte darüber wacht, dass ihm nichts passiert.

Ein Herr im grauen Anzug bleibt vor der Scheibe stehen und weist darauf hin, dass ihn dieses Schreiben an das der Mönche erinnert. „Sie haben Glück“, sagt Frau W. und reicht ein Schriftstück, „gerade hat er wieder etwas fertig.“ *Laute sind technisch reproduzierbar. Zweifel sind aus Lauten und Reden gemacht.*

Sie nennt ihn Kuka, ein Firmenname, er steht in schwarzen Buchstaben auf seinem orangefarbenen stählernen Arm. Normalerweise ist seinesgleichen eher in der Autoindustrie zu finden, beim Türschweißen, Fenstermontieren. Er aber hat es zum Dichter gebracht.

Er verdankt das drei jungen Künstlern vom Karlsruher Zentrum für Kunst- und Medientechnologie, die ihm einen Fundus von deutschen Sätzen und Begriffen gaben und ihn lehrten, wie man die Begriffe in die Sätze fügt. Und das macht er nun, er fügt sie zusammen, so dass sie einen neu-

en Sinn bekommen, einen, wie ihn sich Menschen ausdenken könnten, die lange und tief darüber gegrübelt haben. *Es gibt zwei Arten von Botschaften, nämlich die mit Gedanken und die mit Versen.* Eine grauhaarige Dame steht nachdenklich an Kukas Scheibe, Kurt Schwitters, Brecht, Gottfried Benn, wie viele Gedanken fließen in Verse? Muss ein Gedicht eine Botschaft haben? Hat Kuka recht? Man müsste das diskutieren. Aber er schreibt weiter. *Offenkundig werden Erzählperspektiven durch Phantasien und nicht durch Weisheiten bestimmt.*

Deutsch, meinte Voltaire, sei eine Sprache für Soldaten und für Pferde. Deutsch, meinte Mark Twain, sei eine Sprache, die

Sehen, Denken geben, wer sind wir? Was ist Deutsch?

Es wird von Mai an mit dem Goethe-Institut als Ausstellung um die Welt reisen, dieses Deutsche, das manchen so empfindlich erscheint, dass sie es im Grundgesetz schützen wollen. Es tönt jetzt durch diese Ausstellung im Haus der Geschichte, und Frau W. steht im Wörterrauschen und schaut auf Kuka, wie er schreibt. Er zieht seine Wörter, unbeirrbar, er kombiniert sie nach Philosophenart, bringt sie zusammen, als hätte er Umberto Eco gelesen oder Baudrillard: *Die ganze Schöpfung strebt zum Zeichen.*

Frau W. muss darauf achten, dass er sich weiter und immer weiter in seiner Bahn bewegt, dass er Seite für Seite für Seite schreibt, pro Blatt braucht er etwa 15 Minuten, immer schreibt er darüber: „Manifest“. Frau W. muss darüber wachen, dass niemand den Notknopf zum Ausschalten drückt. Das verträgt er nicht gut.

Deshalb steht sie da, Frau W., ehemalige Textilfabrikangestellte, Sicherheitsfachkraft geworden auf der Flucht vor Hartz IV, sie steht da als Einzelbewachung für Kuka, schönes Wort eigentlich, „Einzelbewachung“. Sie verbringt den Tag dort und taucht in Sprache ein, die häufigsten Substantive in deutschen Zeitungen, lernt man in der



FOTOS: KARSTEN SCHÖNE

Schreibroboter Kuka: Die ganze Schöpfung strebt zum Zeichen

man nicht wie das Englische in 30 Stunden oder wie das Französische in 30 Tagen, sondern in 30 Jahren lerne, mit diesen Wortwucherungen wie „Stadtverordnetenversammlungen“, mit diesen merkwürdigen Geschlechtszuschreibungen wie „das Mädchen“ und „die Rübe“, mit diesen zersplitterten, komplikationsreichen Sätzen, die laut Mark Twain so gern enden auf „haben sind gewesen gehabt haben geworden sein“.

„Und nichts führt uns dichter an die Seele eines Volkes heran als die Sprache“, das ist ein Satz von Viktor Klemperer, 1947, in der Ausstellung führt er von Adolf Hitler zu Willy Brandt. Rilkes Panther, Loriot's Schluckauf-Dichter, Schülergeplapper, Herbert-Wehner-Reden, dieses ganze Deutsch, das die Fachkräfte vom Haus der Geschichte gesammelt haben, Schriftstücke, Filme, Tonaufnahmen, es soll der Welt und den Deutschen Stoff zum Hören,

Ausstellung, heißen Prozent, Jahr, Euro und Millionen. Der bekannteste deutsche Satz heißt „Ich bin ein Berliner“. „Mehr Demokratie wagen“, das war Willy Brandt. Angela Merkel will eine „Politik der Mitte“. *Aus Harmonie geht Qualität hervor*, das schreibt Kuka und klingt jetzt wie ein perfekter Bundespräsident.

Vielleicht wäre Kuka, auf Weltreise geschickt, das Deutsche schlechthin, große dunkle Worte und technische Raffinesse. Nur wird er von einem Handbuch begleitet, das gelesen und befolgt werden muss, und so etwas macht man nicht überall. Er braucht regelmäßigen Strom, und darauf kann man sich nicht überall auf der Welt verlassen, wo Goethe-Institute stehen.

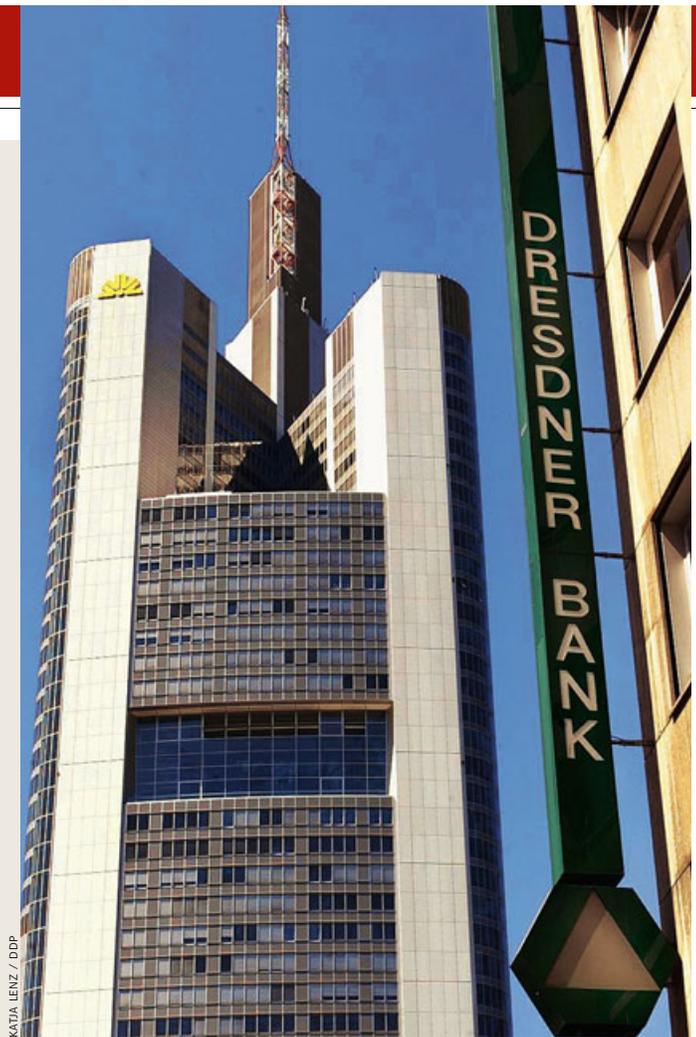
Die Zukunft gehört den Melancholikern, schreibt Kuka. Er schreibt es an einem Donnerstag im Dezember 2008, im Bonner Haus der Geschichte, in seinem 318. Manifest.

BARBARA SUPP

ÜBERNAHMEN

Blessing scheitert an Dresdner-Aufsichtsrat

Riesenschlappe für Commerzbank-Chef Martin Blessing: Bei der Wahl des neuen Vorstands der Dresdner Bank verweigerten die Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat dem 45-Jährigen und zwei weiteren Commerzbank-Managern die Zustimmung. Um den Zusammenschluss der beiden Banken zu beschleunigen, sollte das Commerzbank-Trio früher als ursprünglich geplant die Führung bei der Dresdner übernehmen. Doch deren Mitarbeiter empfinden die Fusion mehr und mehr als feindliche Übernahme. So gibt es zwar über 50 Projektteams, die Vorschläge erarbeiten sollen, wie die zusammengelegte Bank organisiert werden soll. Doch die Stimmung in den Gremien hat sich massiv verschlechtert. „Jeder Vorschlag, eine Regelung der Dresdner Bank für die Gesamtbank zu übernehmen, wird ohne Diskussion abgebugelt“, schimpft ein Insider. Auch bei der Überführung der Arbeitsverträge gibt es massiven Ärger. So sollen die Dresdner-Bank-Mitarbeiter in der Commerzbank formal wie Neueingestellte behandelt werden – was eine enorme Schlechterstellung, etwa bei der Altersversorgung, bedeuten würde. Für einen leitenden Angestellten könnte sich der betriebliche Rentenanspruch dadurch um mehrere zehntausend Euro verringern. Ein Vermittlungsausschuss soll nun neue Vorschläge für die Wahl von Vorständen erarbeiten. Sollte das scheitern, könnte Blessing dennoch Ende Januar einen neuen Anlauf im Aufsichtsrat der Dresdner Bank nehmen. Bei einer zweiten Abstimmung verfügt der Vorsitzende des Gremiums über ein doppeltes Stimmrecht.



Commerzbank-Zentrale in Frankfurt am Main

LUFTHANSA

Kampf um die Deutungshoheit



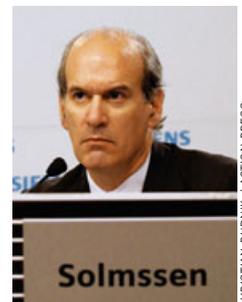
Zwischen der Lufthansa-Führung und dem fliegenden Personal bahnt sich erneut ein Konflikt an. Anlass sind diesmal nicht bevorstehende Tarifverhandlungen, sondern Streitigkeiten um die interne Kommunikationspolitik des Konzerns. In einer Mitarbeiterzeitschrift geht Lufthansa-Personalvorstand Stefan Lauer insbesondere die Piloten scharf an. Ohne sie explizit zu nennen, wirft er ihnen „altes hoheitliches Kommunikationsdenken“ vor. Auslöser ist ein internes Internet-Portal, über das die Piloten untereinander Kontakt halten und in dem sie die Konzernführung immer wieder massiv kritisieren. Lauer hält den Autoren vor, sie würden „selektiv“ informieren und auf ihren Intranet-Seiten „Vermutungen, Gerüchte und Indizien“ streuen. Damit soll nun bald Schluss sein. Auf Geheiß der Geschäftsführung sollen IT-Spezialisten des Konzerns mit Hilfe des Web 2.0 oder von Blogs neue Foren schaffen, um den Botschaften des Vorstands mehr Gehör zu verschaffen – und die meinungsfreudigen Piloten, so Lauer, „ein Stück zu entmachten“.

Lufthansa-Piloten

SIEMENS

Neue Anti-Korruptions-Regeln

Der Siemens-Konzern will seinen neuen Anti-Korruptions-Kodex schon wieder lockern. Unter dem Eindruck der Bestechungsskandale hatte das Unternehmen erst vor knapp einem Jahr strenge Regeln für den Umgang mit Geschäftspartnern aufgestellt. Die zuständige Compliance-Abteilung hatte dazu sogar ein gut 40-seitiges Handbuch mit konkreten Anweisungen herausgegeben. Doch die erweisen sich in der Praxis offenbar als zu kompliziert und schwerfällig. Vor allem die Bestimmungen für Bewirtungen oder Geschenke sorgten intern für erheblichen Unmut. Nach dem Verhaltenskodex dürfen beispielsweise kleine Aufmerksamkeiten wie Weihnachtspresen- te nur „symbolischen Wert“ besitzen. Für teurere Gaben ist die Genehmigung des Vorgesetzten oder des zuständigen Anti-Korruptions-Beauftragten erforderlich. Der Konsum „teurer Weine oder Delikatessen“ soll bei Essenseinladungen „vermieden werden“. Auch darf etwa die Ehefrau eines Geschäftspartners nur dann zu der fröhlichen Runde dazustoßen, „wenn es inakzeptabel wäre, sie auszuschließen“. Im Auftrag von Anti-Korruptions-Vorstand Peter Solmssen soll nun eine hauseigene Arbeitsgruppe die Verbotsliste noch einmal überprüfen – und allzu rigide Vorschriften streichen.



CHRISTIAN RUJNIK / ACTION PRESS

BIOSPRIT

„Der Markt kommt zum Erliegen“



Johannes Lackmann, 57, Geschäftsführer des Verbands der Deutschen Biokraftstoffindustrie, über günstige Spritpreise und den zunehmenden Wettbewerbsdruck in seiner Branche

SPIEGEL: Benzin- und Dieselpreis sind in den vergangenen Wochen dramatisch gefallen, die Differenz zum lange günstigeren Biodiesel ist quasi weg. Bemerkten Sie bereits einen Absatzeinbruch beim Biosprit?

Lackmann: Ja, wir gehen davon aus, dass 2009 der Markt für reinen Biodiesel vollständig zum Erliegen kommt, sofern sich die derzeitigen Preisverhältnisse stabilisieren. Selbst wenn der Ölpreis wieder moderat ansteigt, wird das nichts daran ändern, weil Biodiesel an den Tankstellen derzeit einfach teurer angeboten werden muss.

SPIEGEL: Warum?

Lackmann: Biodiesel ist schon längst nicht mehr steuerfrei. Mit 18 Cent pro Liter ist die Steuer sogar rund 3 Cent höher als im letzten Jahr. Zudem ist der

Rohstoff Rapsöl nicht so dramatisch im Preis gefallen wie Erdöl.

SPIEGEL: Immerhin müssen die Mineralölkonzerne ihrem konventionellen Diesel Biodiesel beimischen.

Lackmann: Ja, das ist ein gewisser Absatzgarant. Allerdings wird die Gesamtabsatzquote des Biodiesels trotzdem um 25 Prozent zurückgehen, weil die Verwendungsquote für Biokraftstoffe – also Ethanol und Biodiesel – von der Bundesregierung willkürlich von 6,25 Prozent auf 5,25 Prozent abgesenkt wurde.

SPIEGEL: Was ist die Folge?

Lackmann: Die Regierung setzt die Hersteller enorm unter Druck und entzieht ihnen die Basis für fairen Wettbewerb.

SPIEGEL: Gibt es bereits Insolvenzen?

Lackmann: In der Summe wird der Marktanteil von Biokraftstoff von derzeit 7,6 Prozent auf 5,6 Prozent zurückgehen. Es gab bereits Insolvenzen, der Mittelstand wird völlig ausgebremst und diesen Prozess nicht überleben.



Biodiesel-Raffinerie (bei Leuna)

KOEHLER/PHOTOTHEK (O. L.); DPA (U. R.)

AUTOMOBILINDUSTRIE

Daimler verschmäht schwedische Braut



Mercedes-Motorenwerk (in Berlin)

Ford hat Probleme, einen Käufer für seine Tochter Volvo zu finden. Nachdem sich der angeschlagene US-Konzern Mitte 2008 bereits eine Absage von BMW eingehandelt hatte, ist er nun auch bei Daimler abgeblitzt. Daimler-Chef Dieter Zetsche hatte einen möglichen Deal in den vergangenen Wochen sorgfältig prüfen lassen und eine Menge

drohender Nachteile erkannt. Zunächst müsste er sehr viel Geld investieren, um die Volvo-Modelle auf die Mercedes-Technik umzustellen. Deutlich billiger würde die Produktion der schwedischen Autos dadurch aber nicht. Denn Mercedes-Motoren sind kaum günstiger herzustellen als die bei Volvo bislang eingesetzten Ford-Antriebe. Den hohen Kosten stünden nach Daimler-Berechnungen aber nur geringe Einsparungen durch den gemeinsamen Einkauf von Teilen für Volvo und Mercedes gegenüber. Nach der Absage aus Stuttgart kann Ford nur noch hoffen, dass ein chinesischer Autohersteller wie Changan die Schweden-Tochter übernimmt. Allein ist Volvo mit rund 400 000 verkauften Fahrzeugen im Jahr kaum überlebensfähig. Kurzfristig will die Regierung in Stockholm den Bestand der Marke sicherstellen und hat für Volvo sowie für die zu General Motors gehörende Marke Saab insgesamt 2,6 Milliarden Euro an Staatshilfen zugesagt.

ANDREAS GEBERT / ECOMIX



Börsenhändler am 31. Dezember 2008 in New York

RAY STUBBLEBINE / REUTERS

WELTKONJUNKTUR

Kein Land bleibt verschont

Das Beben an den Finanzmärkten schlägt Wellen um den gesamten Erdball, die Rezession hat die globale Wirtschaft voll erfasst. Die Volkswirtschaften in Amerika, Europa und Asien sind eng miteinander verbunden – auf Gedeih und Verderb. Doch jetzt droht ein neuer Protektionismus.

Es war kurz vor Handelsschluss am Silvestermittag, als die Broker an der Wall Street innehielten. Sie versammelten sich zwischen ihren Monitoren und stimmten ein Lied an, ähnlich wie Seeleute auf einem leckgeschlagenen Schiff.

„Wait till the sun shines, Nelly“ sangen sie voller Inbrunst, eine romantische Weise, die von Wolken handelt, die bald vorüberziehen, und der Sonne, die unweigerlich folgt. Seit gut 70 Jahren ist es die Hymne der New Yorker Händler, um sich am letzten Tag des Jahres gegenseitig Mut zu machen. Nie seit den Tagen der Weltwirtschaftskrise von 1929 passte sie so gut wie diesmal.

Binnen zwölf Monaten ist der Dow Jones um fast 34 Prozent talwärts gestürzt,

insgesamt mehr als sechs Billionen Dollar haben Anleger in dieser Zeit verloren. „Es war ein schreckliches Jahr“, sagt der Händler Roger Volz. „Niemand war auf das Tempo der Zerstörung vorbereitet.“ Dabei ist die Börse in New York vergleichsweise glimpflich davongekommen.

Der Deutsche Aktienindex büßte gut 40 Prozent ein, in Tokio fiel der Nikkei um 42 Prozent, in Shanghai rauschten die Kurse um 65 Prozent abwärts. Und in Moskau verloren die Investoren über 70 Prozent – kurzzeitig musste die Börse sogar geschlossen werden, damit sie nicht vollends kollabierte.

Kein Handelsplatz ist von den Turbulenzen verschont geblieben, niemanden

hat die Finanzkrise unberührt gelassen. Sie pflanzt sich fort – von Bank zu Bank, von Unternehmen zu Unternehmen, von Kontinent zu Kontinent – und türmt sich auf zu einem Ereignis von epochaler Bedeutung: zur ersten Weltwirtschaftskrise seit der Großen Depression.

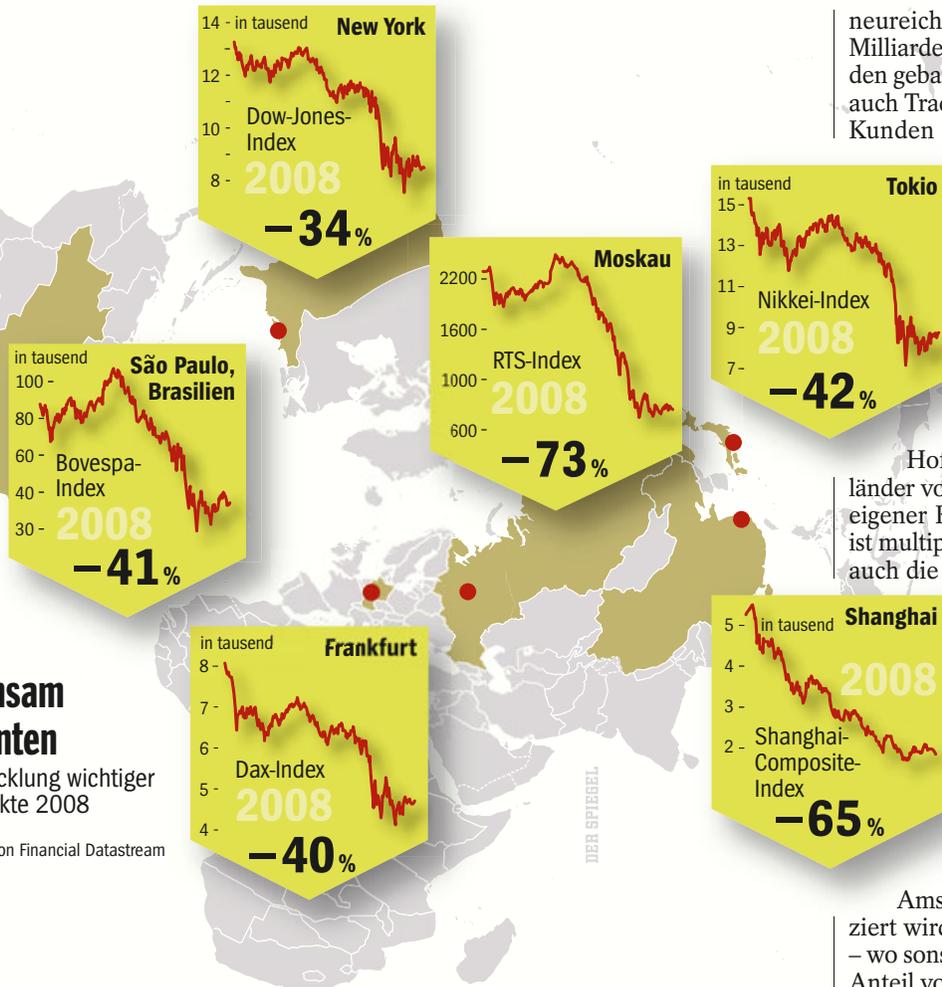
Nie zuvor in der Nachkriegsgeschichte gab es einen Konjunkturreinbruch, der so viele Volkswirtschaften synchron in die Tiefe gezogen hat: G-7-Schwergewichte ebenso wie ökonomische Zwerge, High-tech-Nationen genauso wie Entwicklungsländer. Und dies alles in unfassbarer Geschwindigkeit.

Vor nicht mal vier Monaten war es noch undenkbar, dass reihenweise Kreditinsti-

Gemeinsam nach unten

Wertentwicklung wichtiger Aktienmärkte 2008

Quelle: Thomson Financial Datastream



tute nur durch Teilverstaatlichung zu retten sind. Es war nicht vorstellbar, dass die US-Notenbank gezwungen ist, die Leitzinsen quasi auf null Prozent zu senken. Und es schien außerhalb jeder Wahrscheinlichkeit, dass ein zivilisierter Staat wie Island zahlungsunfähig wird – und ein biederes Institut wie die Bayerische Landesbank deshalb Hunderte Millionen abschreiben muss. Alles ist nun anders, alles ist möglich, seit die USA der Investmentbank Lehman Brothers am 15. September 2008 die Rettung verweigerten.

Seitdem befindet sich die bisherige Ordnung in Auflösung: das System des billigen Geldes, des schnellen Kredits – und des besinnungslosen Schuldenmachens. Das Problem liege darin, so der Yale-Professor Jeffrey Garten, „dass die Banken zu vielen Menschen und Unternehmen, die nicht kreditwürdig waren, viel zu viel Geld geliehen haben“. Seit jenem 15. September ist der Kapitalfluss versiegt, die Institute sind in eine Art Schockstarre verfallen.

Jahrelang hatte sich die Finanzwirtschaft von der Realwirtschaft abgekoppelt, sie hatte auf der Jagd nach immer höheren Renditen ein Eigenleben entwickelt. So entstand eine Pump-Wirtschaft, auf Schulden gebaut, die dennoch sicher schien, weil sich selbst mit den Risiken noch Geschäfte machen ließen. So wurden Häuser und

Unternehmen gekauft, so wurden milliardenschwere Imperien errichtet und ganze Volkswirtschaften finanziert.

Zum Beispiel Amerika: Das Land lebte seit Jahrzehnten über seine Verhältnisse. Asien gewährte den USA fast unbegrenzt Kredit, dafür kauften die Amerikaner Waren aus Übersee. Das war der Deal, der die Weltwirtschaft befeuert hat: Asien produziert, Amerika konsumiert – und die Banken sorgten für den Kapitalfluss. Ewig, das war klar, konnte dieses Ungleichgewicht nicht bestehen.

Nun muss der US-Konsument notgedrungen eine alte Tugend wiedererlernen: Sparsamkeit. Als Nachfrager fällt er fürs Erste aus. Und die ganze Welt leidet darunter.

Gleichzeitig muss die aufgeblähte Finanzindustrie schrumpfen, sie muss ihre Risiken zurückfahren, Sicherheit geht plötzlich vor Rendite. Geld ist wieder ein knappes Gut geworden, das kann Unternehmen, die auf neue Kredite angewiesen sind, die Existenz kosten.

Wie Schockwellen überrollen diese Entwicklungen die globale Wirtschaft. Sie treffen die Autokonzerne in Detroit, die Beschäftigten bangen um ihre Stellen (Seite 52). Sie breiten sich aus bis nach Guangzhou, der südchinesischen Metropole, wo die Textilfabriken Zigtausende Arbeiter entlassen (Seite 62). Sie entzaubern die

neureichen Oligarchen Russlands, deren Milliardenimperien in Wahrheit auf Schulden gebaut sind (Seite 59). Und sie erfassen auch Traditionsbetriebe wie die BASF: Die Kunden des Chemiekonzerns benötigen weit weniger Plastikteile oder Dämmstoffe (Seite 56).

Niemand kann sich dem Sog entziehen. Es war eine Illusion zu glauben, dass die Weltwirtschaft mit dem Eintritt von China, Indien und Osteuropa breiter aufgestellt ist und sich damit das Risiko besser verteilt. Und als trügerisch erwies sich auch die Hoffnung, dass sich die Schwellenländer vom Niedergang abkoppeln und aus eigener Kraft wachsen könnten. Die Welt ist multipolar geworden, und multipolar ist auch die Krise.

Heute sind die Volkswirtschaften in Amerika, Europa und Asien aufs Engste miteinander verflochten. Die Arbeit ist über die ganze Welt verteilt.

Der Sportartikel Adidas entwickelt seine Schuhe unter anderem in Portland, die Designer sitzen in New York oder Tokio, das Marketing ist in Amsterdam beheimatet. Und produziert wird die Ware überwiegend in China – wo sonst: Die Volksrepublik ist mit einem Anteil von 11,8 Prozent bereits zum zweitgrößten Güterexporteur aufgestiegen, nach der EU mit 16,8 Prozent.

Noch größere Ansteckungsgefahr besteht auf den Finanzmärkten. Zahlen Hausbesitzer in Miami ihre Kredite nicht mehr, kann dies letztlich auch den Kleinsparer in Mönchengladbach in den Ruin treiben, dessen Bank die Schuldtitel, hübsch verpackt als Wertpapier, gekauft und vertrieben hat.

Mehr denn je erweist sich die Weltwirtschaft als Schicksalsgemeinschaft. Man ist verbunden auf Gedeih – und Verderb: Die nationalen Ökonomien ziehen sich gegenseitig in den Abgrund. Können sie auch gemeinsam wieder emporsteigen?

Oder lautet die Devise etwa: „Rette sich, wer kann“, und jedes Land entwickelt seinen eigenen Rettungsplan – auch auf Kosten der anderen? Eine solche protektionistische Strategie betrachten Ökonomen als größte Gefahr für die Weltwirtschaft: Dass jeder mit Zöllen oder Subventionen den eigenen Markt schützen will, dass nationale Egoisten die Krise sogar noch verschärfen.

Den schwierigsten Weg haben vermutlich die Vereinigten Staaten vor sich, seit einem Jahr befinden sie sich in der Rezession. Bis Juni wird der Abschwung noch anhalten, so jedenfalls lautete das optimistische Szenario. Die Perspektive des New Yorker Ökonomen Nouriel Roubini sieht



DIEGO GIUDICE / ARCHIVOLATINO / REDUX / LAIF

Ölförderung in Venezuela: *Ausgerechnet Volkswirtschaften mit gewaltigen Bodenschätzen sind besonders verletzlich*

dagegen weit düsterer aus. Selbst 2011 werde sich die Lage noch „wie eine Rezession anfühlen“, glaubt der Professor.

Die US-Bürger trifft die Krise gleich mehrfach: als Hausbesitzer, deren Immobilien von Monat zu Monat an Wert verlieren, als Investoren, deren Altersvorsorge dahingeschmolzen ist, und als Arbeitnehmer, die um ihre Stelle fürchten müssen. Die Arbeitslosenrate hat sich seit April 2007 um die Hälfte erhöht. Ohne ein leistungsfähiges Sozialsystem bedeutet dies für viele den Abstieg in die Armut.

Geht es den USA schlecht, spüren dies die Nachbarn im Süden fast unmittelbar. Lateinamerika leidet schwer daran, dass die Nachfrage nach Rohstoffen schwächelt. Kupfer aus Chile, Soja aus Argentinien, Zuckerrohr aus Brasilien: Weltweit sackt der Bedarf weg, die Preise sind auf breiter Front eingebrochen. Der Internationale Weltwährungsfonds erwartet dieses Jahr für Lateinamerika ein Wachstum von ge-

rade 2,5 Prozent, was fast einer Stagnation gleichkommt. „Konsumiert!“, rief kurz vor Weihnachten Brasiliens Präsident Luis Inácio „Lula“ da Silva den Bürgern noch zu und senkte eigens die Steuer auf Neuwagen. Doch die Menschen bleiben vorsichtig. Der Autobauer Fiat, der in Brasilien ein Werk unterhält, musste sogar einen stillgelegten Flughafen anmieten: Platz für die vielen unverkäuflichen Modelle.

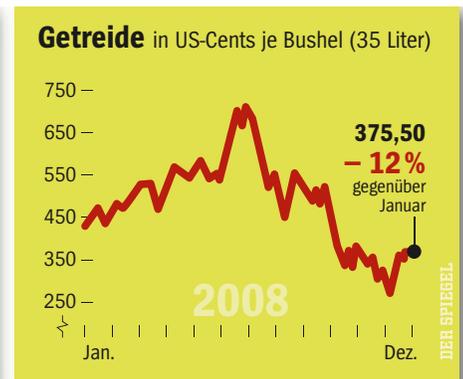
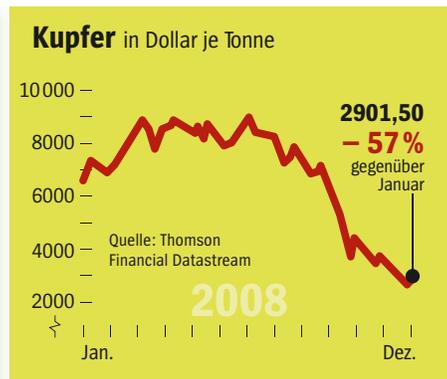
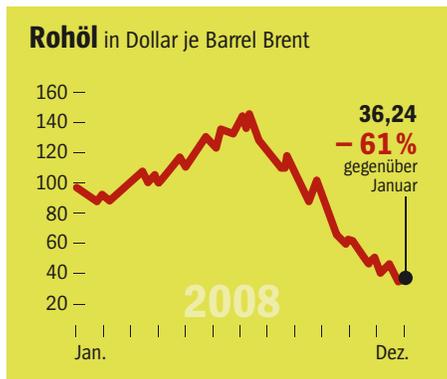
Besonders stark setzt die Krise Venezuela zu. Der Staatshaushalt wird zu mehr als der Hälfte aus Ölerlösen gespeist. Die Regierung von Hugo Chávez hat das Budget auf der Basis von 60 Dollar pro Barrel kalkuliert, jetzt liegt der Ölpreis ein Drittel niedriger. Die Devisenreserven schrumpfen, sie könnten in sechs bis acht Monaten auf ein „kritisches Niveau“ fallen, warnt José Guerra, ehemaliger Chefökonom der venezolanischen Zentralbank.

Wieder bewahrheitet sich, was Wissenschaftler den „Rohstoff-Fluch“ nennen oder das „Paradox des Überflusses“: Aus-

gerechnet solche Volkswirtschaften, die über gewaltige Bodenschätze verfügen, sind besonders verletzlich. Sie verlassen sich auf ihre Ressourcen und vernachlässigen den Aufbau anderer Sektoren.

Jegor Gaidar warnt schon lange vor dieser Gefahr. Vor zwei Jahren geißelte der ehemalige russische Premierminister vor 800 Spitzenmanagern und Politikern die Abhängigkeit der heimischen Wirtschaft von Öl und Gas. Damals nahm ihn niemand ernst, keiner wollte die Party verderben, die wohl an keinem Ort so rauschend war wie in Moskau.

Innerhalb eines Jahrzehnts war der Import französischen Cognacs um 650 Prozent gestiegen, der Finanzplatz Moskau sollte zu einem „Manhattan an der Moskwa“ avancieren. Noch im Sommer pries Präsident Dimitrij Medwedew das Land als „Insel der Stabilität“. Und für einige Monate überholte Russland sogar Deutschland als größten Automarkt in Europa: Nachrichten aus einer anderen Zeit.





DANIEL CHAN / REUTERS

Gegen Fabrikschließung protestierende Arbeiter in der chinesischen Provinz Guangdong: Die Krisenzeichen sind nicht mehr zu übersehen

In diesem Jahr dürften im Autogeschäft die Absatzzahlen um mehr als ein Drittel sinken, erwartet das Industrieministerium. Der japanische Hersteller Suzuki legte seine Pläne für eine Fabrik in St. Petersburg auf Eis. Vor allem aber leidet der Energiesektor: Der Öl- und Gaskonzern Gazprom ist wieder auf Normalmaß geschrumpft. Vor kurzem noch hatte das Management getönt, bald das teuerste Unternehmen der Welt zu sein, mit einem Wert von 1000 Milliarden Dollar. Heute ist Gazprom für 86 Milliarden Dollar zu haben.

Auf dem Spiel steht der Erfolg der „Putinomics“, der Wirtschaftspolitik des Ex-Präsidenten Wladimir Putin, der auf Großunternehmen als „nationale Champions“ gesetzt hat. Der Staatshaushalt dürfte dieses Jahr ins Defizit rutschen, erstmals seit zehn Jahren. Die Arbeitslosigkeit droht von sechs auf zehn Prozent anzusteigen, 400 000 Menschen haben allein im November ihren Job verloren. Der Wohlstand der neuen Mittelschicht, die sich gerade an Urlaubsreisen nach Thailand oder Ägypten gewöhnt hat, gerät in Gefahr.

Jeder vierte Russe ist bereits in irgendeiner Form von der Krise betroffen, hat das Meinungsforschungsinstitut Lewada ermittelt: weil er seine Arbeit verloren hat, weil er kurzarbeiten oder Lohn einbußen hinnehmen muss. Angesichts solcher Zahlen hofft der Ex-Politiker Gaidar, „dass die aktuelle Krise die Regierung, die Elite und die Bürger zur Vernunft“ bringe.

Fraglich nur, ob die Investoren so schnell wieder zurückkehren werden. Sie ziehen ihre Mittel aus Russland oder Brasilien ab,

die Währungen stehen massiv unter Abwertungsdruck. Allein der brasilianische Real hat seit August knapp die Hälfte gegenüber dem Dollar an Wert verloren, der Kurs des Rubels ist auf dem niedrigsten Stand seit fünf Jahren.

Die Abwertung bedeutet für die Schwellenländer einerseits eine gewaltige Last: Je weniger die eigene Währung wert ist, desto schwerer wiegen die Schulden, die sie in Dollar oder Euro aufgenommen haben. Andererseits aber erhöht eine schwache Währung die Wettbewerbsfähigkeit der eigenen Produkte: Sie sind billiger am Weltmarkt zu erstehen.

Auch China könnte durch eine Abwertung des Yuan seine Exporte gezielt steigern. Immerhin sind die Krisenzeichen nicht mehr zu übersehen, die Ausfuhren sanken im November gegenüber dem Vorjahr bereits um 2,2 Prozent, immer öfter

gibt es Demonstrationen von Arbeitern, deren Fabriken geschlossen werden. Noch aber will Handelsminister Chen Deming auf das Wechselkurs-Instrument verzichten, seine Wirksamkeit sei angesichts der sinkenden Auslandsnachfrage ohnehin „eher begrenzt“.

Die Chinesen vertrauen vorerst konventionellen Mitteln. Peking hat umgerechnet rund 600 Milliarden Dollar in Aussicht gestellt, um die Binnenkonjunktur anzukurbeln, das entspricht rund 14 Prozent des Bruttoinlandsprodukts.

Andere Staaten können sich ein Konjunkturprogramm eigentlich gar nicht leisten, aber sie sehen keine Alternative: „In dieser Krise ist es gefährlicher, zu wenig zu unternehmen als zu viel“, meint Larry Summers, früherer Finanzminister und heute Wirtschaftsberater des künftigen Präsidenten Barack Obama.

Obama hat das wohl größte Ausgabenprogramm einer US-Regierung seit dem „New Deal“ von Franklin D. Roosevelt versprochen. Mehr als 70 Jahre später soll wieder Geschichte geschrieben werden, diesmal mit dem „American Recovery and Reinvestment Plan“, den Obamas Übergangsteam erarbeitet. Gut drei Millionen Jobs will die nächste Regierung damit schaffen, viele davon in neuen Schlüsselbranchen wie der Umwelttechnik.

Beinahe mickrig wirkt dagegen das 200-Milliarden-Euro-Programm der EU. Damit will Kommissionspräsident José Manuel Barroso „die Rezession attackieren“, wie er sagt. Fix soll alles geschehen und „koordiniert“. Am Ende aber gehen die Mitgliedsländer lieber eigene Wege. Allen Eu-

Schlechte Aussichten

Prognostizierte Veränderung des BIP für 2009, in Prozent

Prognosen vom **Dezember:**

	China	+5,0	IWF
	Brasilien	+2,5	Brasilianische Zentralbank
	Russland	+2,4	Russische Regierung
	USA	-1,3	IIF
	Deutschland	-2,2	Ifo

DER SPIEGEL

ropa-Bekanntnissen zum Trotz will jeder der 27 Staats- und Regierungschefs seine Banken, seine Unternehmen, seine Jobs retten – und seine Wiederwahl sichern. Frankreichs Präsident Nicolas Sarkozy liefert das beste Beispiel.

Er hat der angeschlagenen Autoindustrie Milliarden versprochen, zusätzlich soll es nun weitere Kredite und Bürgschaften geben. So sollen die Hersteller Marktanteile zurückerobert. Den Regeln des Binnenmarktes entspricht diese Form nationaler Standortpolitik kaum noch.

Und teuer ist sie obendrein. Die Iren werden in diesem Jahr wohl Kredite in Höhe von sieben Prozent des Bruttoinlandsprodukts aufnehmen, in Spanien dürfte der Wert bei fünf Prozent liegen, in Großbritannien bei acht oder neun Prozent. Zur Erinnerung: Die Maastricht-Grenze zur Nettokreditaufnahme liegt bei drei Prozent. Um den Stabilitätspakt scheint sich niemand mehr zu scheren.

Manche Brüsseler Ökonomen mahnen zur Vorsicht. „Gut gemeint“, sagt Klaus Gretschmann, sei „eben nicht immer auch gut gemacht“. Der Generaldirektor für Wirtschaft im EU-Rat hält viele der nationalen Hilfspakete für wenig durchdacht, insbesondere jene für die Finanzbranche. Ohne neues Geschäftsmodell bestehe die Gefahr, dass die Banken mit dem frischen Kapital genauso fahrlässig agierten wie bisher.

So macht am Ende jeder in Europa nur, was im eigenen Interesse ist. Vielen falle es schwer, „die Spielregeln anzuerkennen“, klagt die EU-Wettbewerbskommissarin Neelie Kroes. Was fehlt, ist eine globale Strategie gegen die Weltrezession – und eine legitimierte Instanz, die ein gemeinsames Vorgehen koordinieren könnte. Stattdessen vergeuden die Volkswirtschaften ihre Energien in nationalen Wettläufen: um die billigste Währung, die niedrigsten Leitzinsen, die üppigsten Finanzhilfen. Ein Rennen, das niemand gewinnen kann.

Der Prozess der Globalisierung wird zwar nicht umgekehrt, aber er verlangsamt sich, wenn jeder versucht, den eigenen Markt zu schützen und die negativen Folgen der Krise auf den Handelspartner zu wälzen – und der wiederum entsprechend reagiert.

„Beggars my neighbour“ („den Nachbarn ausplündern“) nennen Ökonomen diese Politik. „Dies könnte eine Kettenreaktion auslösen“, befürchtet Simon Evenett von der Universität St. Gallen.

Der Handelsökonom sieht bereits Anzeichen für eine solche Entwicklung. Den aufkeimenden Protektionismus sollten die Wirtschaftsführer deshalb entschieden bekämpfen, mahnt Evenett, es geht um viel: „Ein Vierteljahrhundert des Fortschritts im Welthandel ist bedroht.“

JENS GLÜSING, FRANK HORNIG, ALEXANDER JUNG, MATTHIAS SCHEPP, HANS-JÜRGEN SCHLAMP, WIELAND WAGNER



General-Motors-Zentrale in Detroit



Ende eines Traums

Die legendäre Autostadt Detroit ist seit mehr als 30 Jahren in der Dauerkrise, aber diese Krise ist anders. Jetzt geht es ums Überleben.

Ford war sein Leben. Ford brachte ihm Sicherheit, Wohlstand und Glück. An der Wand hingen Bilder von Henry Ford, und Fords Sätze wurden zu Hause zitiert wie Verse der Bibel.

Sein Großvater war einer der ganz Großen bei Ford, Vizepräsident für Produktion, zuständig für die Rouge-Fabrik in Dearborn, die in den zwanziger Jahren den aufstrebenden Kapitalismus symbolisierte. Sein Großvater saß an der Seite von Henry Ford I und später an der Seite von Henry Ford II, er hatte eine Villa in Detroit und ein Haus in Palm Beach. Und zeitlebens besaß sein Großvater mehr Autos, als er in seiner kargen Freizeit ausfahren konnte.

Rob Eaton sitzt in seiner Garage in einem Vorort Detroits und schimpft über Ford. Es muss viel passiert sein, wenn einer wie er Ford kritisiert, denn eigentlich liebt er ja Ford, so wie er diese Garage liebt mit ihrem Teppich und der Fußbodenheizung, weil sie auch im Winter schön warm ist und weil er hier allein sein kann mit seinem Auto, einem Ford Mustang GT '94, den er „mein Baby“ nennt. Wenigstens das ist ihm geblieben von seinem Traum.

Eaton war Ingenieur bei Ford, er machte genau das, was er immer wollte. In ein paar Sekunden peitschte er die Autos von null auf hundert, legte sich in die Kurven, um die Grenzen zu testen, bei Eis, Regen und Wind. Dann machte er daraus bessere Autos.

Er mochte Detroit, und er mochte die Idee, für die Detroit steht. Mit ein bisschen Fleiß konnte hier jeder 100.000 Dollar im Jahr verdienen, die Konzerne zahlten dafür lebenslange Renten und Krankenversicherung für die ganze Familie. Ein Jahrhundert wuchs so der Sozialstaat in Detroit, den es sonst nirgendwo in Amerika gab, die Autogewerkschaft UAW wurde in Detroit zur einzigartigen Macht, und kein Krieg, keine Krise konnte dieses Detroit stoppen. Wer wie er einen Vertrag bei Ford hatte, hatte den Kopf frei, sich um Autos zu kümmern. „Ich trage Ford in meinem Herzen“, sagt er.

Aber vor ein paar Jahren merkte er, dass nichts mehr voranging. Er wollte die Lücke schließen, die Ford von anderen Herstellern trennte, ihn ärgerte, dass BMW immer besser war, aber von seinen Chefs kamen nur Vorschriften, immer mehr sinnlose



PAUL SANCHO / AP

Rache an Ford. Den Mustang holt er nur zu besonderen Anlässen aus der Garage.

Aber irgendetwas lässt ihn weiter hoffen, vielleicht einfach nur, weil er Ford immer noch liebt, vielleicht aber auch, weil seine beiden Kinder am gleichen Tag geboren wurden wie die großen Fords, seine Tochter am Geburtstag von Henry Ford I, sein Sohn am Geburtstag von Henry Ford II. Ist das nicht ein gutes Omen?

Vielleicht wird Detroit ja irgendwann einsichtig, wenn die Krise zu groß ist, denkt er sich. Vielleicht kommt Detroit dann zurück, vielleicht produziert Ford dann ein Hybridauto, an das man sich in 50 Jahren erinnern wird wie heute an den alten Ford Mustang oder die 53er Corvette.

Mehr als 30 Jahre lang, seit die Südstaaten Detroit Konkurrenz um die Autofabriken machen, befindet sich Detroit nun in der Dauerkrise. Seitdem verloren die großen drei, Ford, General Motors und Chrysler, mehr als die Hälfte ihrer Arbeitsplätze, die Arbeitslosenquote liegt bei 16,2 Prozent, fast ein Drittel der Bevölkerung lebt unterhalb der Armutsgrenze. In den fünfziger Jahren war Detroit einmal die viertgrößte Stadt Amerikas mit fast 2 Millionen Einwohnern, nun leben nur noch 917 000 in Detroit.

Aber immer blieb das Gefühl, es hätte noch schlimmer kommen können, und weil es im Zweifel Finanzhilfen aus Washington gab, machten Detroit alle Krisen nicht einsichtiger, sondern arroganter. Irgendwie ging es in Detroit immer weiter.

Dann kam der Oktober 2008, von dem inzwischen einige glauben, es sei einer der schlimmsten Monate in der Geschichte Detroits gewesen. Die drei großen amerikanischen Autokonzerne meldeten Einbrüche, die so groß waren wie seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr. Chrysler verkaufte im Oktober ein Drittel weniger als vor einem Jahr, Ford ebenfalls, der Absatz von General Motors brach sogar um 45 Prozent ein.

Ohne Hilfe könne zunächst nur noch Ford weiterwirtschaften, hieß es, General Motors und Chrysler dagegen brauchten sofort Finanzhilfen aus Washington, sonst wären sie innerhalb weniger Wochen bankrott gegangen.

Diese Krise ist anders. Diesmal gibt es nirgendwo Halt, überall ist in Detroit gleichzeitig Krise, auf dem Immobilienmarkt, bei den Banken, bei den drei Autokonzernen, in der Politik, bei den Medien. Die zwei großen Tageszeitungen der Stadt können es sich inzwischen nur noch leisten, an drei Tagen in der Woche austragen zu

Tests mussten gemacht werden, das Diktat der Erbsenzähler begann. „Wir haben nur noch Dinge gemacht, die der Boss haben wollte, weil dessen Boss sie haben wollte“, sagt Eaton.

Er denkt nicht gern zurück an die Zeit. Er fühlt sich von Ford um seine Leidenschaft betrogen. Denn irgendwann ging es Ford nicht mehr darum, eigene Produkte zu entwickeln, sondern lediglich aufzuholen, das zu liefern, was die ausländische Konkurrenz schon längst liefern konnte. Benchmarking war das neue Wort, Nachahmerprodukte wurden entwickelt, Eaton fuhr jetzt auf den Teststrecken häufig BMW. Man wollte da rankommen, wenigstens ein bisschen. Aber mit jedem neuen Modell fiel Detroit weiter zurück.

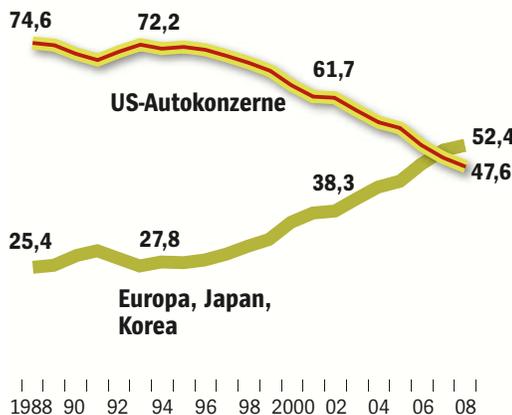
Es war die Zeit, in der er die Fotos von der Wand nahm, die von seinem Großvater neben den Fords, sitzend, stehend, im Konferenzraum, bei der Weihnachtsfeier und in der Fabrik.

Als seine zweite Frau wieder schwanger war, fasste er den Entschluss, die schwerste Entscheidung seines Lebens, sagt er, schwerer noch als die Scheidung von seiner ersten Frau. Es war Ende 2006, Ford ging es wieder einmal nicht sonderlich gut, Freunde wurden entlassen, da ging Eaton zu seinem Chef und sagte, er sei fertig mit Ford. Er musste unterschreiben, dass er nie wieder für Ford arbeiten werde, und im Februar 2007 ließ er sich schließlich sein letztes Gehalt und seine Abfindung auszahlen und ging nie wieder ins Büro.

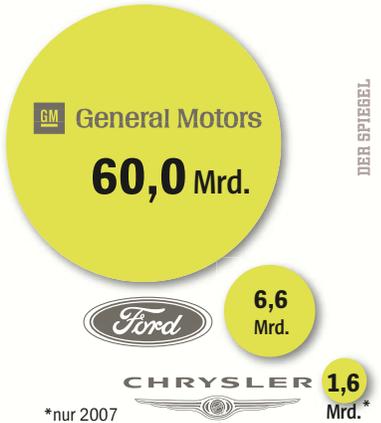
Er ist jetzt Hausmann und fährt im Alltag einen 3er BMW, das ist seine heimliche

Auf Talfahrt

Marktanteile auf dem US-Automarkt, in Prozent



Verluste der US-Autokonzerne 2007 und in den ersten neun Monaten 2008, in Dollar



DER SPIEGEL



SPENCER PLATT / GETTY IMAGES

Demonstrierende Autoarbeiter (in New York): Mit Geld ist das Problem nicht gelöst

lassen, donnerstags, freitags und sonntags. Im Gefängnis in der Innenstadt sitzt der junge Bürgermeister Kwame Kilpatrick, der zurücktreten musste, weil er unter Eid gelogen und Sexpartys mit Steuergeldern finanziert hatte. Die „Detroit News“ merkte sarkastisch an, dass Detroit nun also auch noch seinen eigenen „Nero“ habe, und das in einer Zeit, in der die Stadt auf eine Haushaltskrise und Bildungskatastrophe zusteure: Nur ein Drittel aller Kinder schafft den Highschool-Abschluss.

Die Regierung in Washington zahlt Detroit jetzt zwar Geld, 17,4 Milliarden Dollar bekommen Chrysler und General Motors als Notkredit bis März 2009 ausgezahlt, aber damit ist das Problem nicht gelöst. Denn es fehlt Detroit vor allem an den richtigen Autos, nicht nur an Geld. Die Autos, die Detroit produziert, sind nicht mehr zeitgemäß, sie sind zu groß, zu schmutzig, zu laut, und sie werden zu teuer produziert mit Sozialkosten von bis zu 2200 Dollar pro Auto.

Es gibt keinen Lichtblick, nichts, worauf die Stadt hoffen kann. Es geht jetzt um Leben und Tod, jeden Tag, Motherfucker gegen Motherfucker, würden die Leute hier sagen, denn Detroit ist jetzt voll von Menschen, die keine Wohnung mehr haben, keine Familie, keinen Job, nicht einmal einen Hund, nur noch eine Knarre.

Deswegen ruft Michael Shannon vorsichtshalber in jeden leeren Hausflur hinein, dass er nur Mike sei, Mike, der Immobilienmakler. Denn auf Immobilienmakler schießt man eigentlich nicht.

Shannon ist ein großer, gemütlicher Mann, beleibt genug, um nicht bedrohlich zu wirken. Er bleibt immer sanft, ruhig, aber bestimmt, denn nur so kann er hier überleben, wenn ihm die Homies, die Obdachlosen, „den Hintern wegschießen“ wollen oder wenn er sie in seinen Häusern erwischt, wie sie in der Badewanne mit Dachbalken heizen. Er trage stets Jeans und Turnschuhe, sagt er, niemals Schlips, fährt bewusst nur einen alten Jeep und keinen Jaguar. Understatement ist eine Marktlücke in Detroit. Und deswegen dürfen ihn alle jetzt Mike nennen, die Sekretärinnen auch. „Einen Mr. Shannon gibt's bei mir nicht.“

Er steht vor Nummer 3880, Scotten Street. Das Haus hat vier Schlafzimmer, ein Bad, eine Garage und einen Garten, der groß wie ein Tennisplatz ist. Das Haus wurde gebaut, kurz bevor Henry Ford das Automobil nach Detroit brachte, als er seine erste Fabrik für das Modell T eröffnete und einen Tageslohn von fünf Dollar für alle versprach. Hundert Jahre ist das nun her, so lange gibt es die Autoindustrie schon und so lange hat sie Detroit reich gemacht, mit guten Einkommen und sicheren Jobs. Das ist nun vorbei.

Vor kurzem hat die Bank das Haus in der Scotten Street verpfändet und die Eigentümer vertrieben, so ist das Haus schließ-

lich bei Shannon gelandet, was fast immer das Ende bedeutet. Wenn es so weit ist, sind sie oft nur noch Schrott, weil die Eigentümer dann schon seit langem kein Geld mehr für ein gesittetes Leben haben. Bis zu 16 000 Häuser werden inzwischen jeden Monat in Detroit zwangsverpfändet, 16 000-mal endet jeden Monat auf diese Weise der amerikanische Traum. So schnell verfällt keine andere Stadt.

Dieses „amerikanische Traum-Ding“, sagt Shannon, habe alles durcheinandergebracht. Er malt große Anführungsstriche in die Luft, denn er glaubt nicht mehr an diesen Traum. Er habe gesehen, wie dieser Traum die Menschen entstellt habe, wenn er in ihre Wohnungen kam. Die Farbfernseher, die sie sich eigentlich nie leisten konnten, die Stereoanlagen und die dicken Autos vor der Tür. Sie dachten, sie könnten sich alles erlauben, gingen in die neuen Casinos in Greektown und vergaßen dabei die Arbeit. „Die Menschen haben plötzlich an Orten gelebt, wo sie eigentlich nicht hingehören“, sagt Shannon. „70 Prozent der Leute in Detroit stehen auf dem Kopf. Ihre Hypothekenschulden sind höher, als ihr Haus wert ist.“

Ihn ekeln heute die Häuser, um die er sich kümmern muss, weil sie eigentlich keine Häuser mehr sind. Er benutzt antiseptische Feuchttücher, um den Verwesungsgeruch loszukriegen, den Schmutz und die Bakterien. „Was man da sieht, sind keine Häuser mehr, sondern Termiten-Festivals.“ Aber es gibt eben nicht mehr viel, mit dem man noch Geld verdienen kann in Detroit. Man muss wieder lernen, zufrieden zu sein mit dem, was man hat.

Das letzte Mal, als er hier war, hatten die Homies alles geplündert, das Waschbecken mitgenommen, das Klo, und in der Wohnzimmerwand klafft ein Loch, weil sie die Wände nach Kupferrohren abgesucht haben, denn für Kupfer gibt es beim Schrotthändler noch immer ein bisschen Geld. Detroit hat einen neuen Grad der Verzweiflung erreicht.

Shannon geht noch eine Runde ums Haus. Schaut, ob Müll im Vorgarten liegt. Ob der Rasen länger als vier Zoll ist. Ob ein Fenster eingedrückt ist. All das kann teuer werden, denn die Stadt verhängt für das alles üppige Strafen, und wenn er nicht aufpasst, zahlt er am Ende mehr Ordnungsstrafen, als das Haus wert ist. Auch

die Stadt muss überleben, und sei es vom eigenen Niedergang. Jeder kämpft jetzt gegen jeden, die Stadt frisst sich selbst.

Das Haus kostet jetzt 780 Dollar. Es ist billiger als ein guter Farbfernseher, sagt Shannon. Aber nicht einmal das kann sich in Detroit heute noch jemand leisten. Die Käufer kommen aus anderen Bundesstaaten, aus New York, Kalifornien, Florida, manchmal sogar aus Übersee, und sie kaufen jeden Tag ein Stück mehr von Detroit, weil es dafür Steuererleichterungen gibt und Subventionen. Schon jetzt gehört ihnen die halbe Stadt, sagt Shannon. „Detroit gehört längst nicht mehr uns.“

So schwach war Detroit nie, und die Politiker, die die Stadt bisher immer gewäh-



Ehemaliger Ford-Mitarbeiter Eaton, Autohändler Frost: Gefühl der

ren lassen, wollen auf einmal mitreden. Demokraten und selbst die Republikaner haben plötzlich die Umwelt entdeckt und üben Druck auf Detroit aus. Es soll sauberer werden, kleinere Autos produzieren, bessere Abgasstandards erfüllen. Druck kommt von überall. In Kalifornien sorgt Gouverneur Arnold Schwarzenegger für striktere Abgasstandards, und der gewählte Präsident Barack Obama verkündet: „Die Autoindustrie ist ein kritischer Teil, um Abhängigkeit von ausländischem Öl zu reduzieren.“ „Leb grün oder stirb“, titelt das Wirtschafts magazin „Businessweek“ über General Motors. Diesmal entkommt Detroit nicht.

Es ist dieses Gefühl der Ohnmacht, das die Stadt in diesen Tagen bestimmt. Ausgerechnet die Stadt, die so lange die Ge-

schmücke der Welt diktierte, die unvergessliche Autos mit Heckflossen entwarf und die „Muscle Cars“ auf die Straße brachte, verliert die Kontrolle über sich selbst. Detroit konnte bisher fast alles verkaufen, niemand stellte das Angebot grundsätzlich in Frage, Detroit konnte sich die besten Sozialstandards leisten, und die Autos, die von hier kamen, waren Kult. Sie wurden besungen, von Bob Seger bis Bruce Springsteen, und nun sollen andere ihre Geschicke bestimmen? Was wissen die von Detroit? War Detroit nicht viel zu groß, um scheitern zu können?

Die Arroganz droht Detroit nun zum Verhängnis zu werden. Die Automanager schauten zu, als ausländische Autoherstel-

Die grüne Revolution widersprach dem Selbstverständnis der Stadt. Jahrelang wehrte sie sich erfolgreich gegen ein nennenswertes öffentliches Verkehrswesen, und heimlich ist sie ja auch ein wenig stolz auf ihren Dreck, auf Innenstadtruinen wie die alte Packard-Fabrik, früher Motor City Industrial Park genannt. Bis 1956 wurden hier Luxusautos produziert, dann wurde die Fabrik stillgelegt und begann zu vermodern. Geblieben sind 325 000 Quadratmeter Müll, ein morbider Ort, der beliebt ist bei Touristen. Hier nimmt der Wind seine Dreckwolken auf, die er durch die gesamte Innenstadt trägt. Die Detroiter leben damit, so stellen sie sich Bagdad vor, nach der amerikanischen Invasion. Es macht ihr Lebensgefühl aus, sie nennen es die Fuck-You-Mentalität, das Leben am Abgrund, das sie weitermachen lässt, unverdrossen, stoisch, bis zum Schluss. Wie Dan Frost.

Dan Frost ist der größte Hummer-Händler in Detroit, einer von zwei, der dritte hat neulich aufgegeben. Der Hummer, produziert von General Motors, ist das größte Monsterauto Detroit, es verbraucht gut 15 Liter auf 100 Kilometer, es ist das Symbol für alles, was in den letzten Jahren schiefgelaufen ist in Detroit. Während sich der Rest der Welt um die Umwelt sorgte, während der Klimawandel die politische Agenda in Amerika veränderte, während Toyota 2001 mit dem Prius ein massentaugliches Hybridauto auf den US-Markt brachte, baute Detroit weiterhin Achtzylinder und setzte auf Dekadenz und Opulenz.

Frost ist ein kleiner, drahtiger Mann mit kurzen Armen, die niemals zur Ruhe kommen. Er trägt Anzug und Schlips, und wenn er jemanden überzeugen will, dann greift er zu seiner eigenen Anzeige und sagt: „Sehen Sie hier diesen Artikel? Da steht, dass 24 andere Autos schlechtere Abgaswerte haben als der Hummer.“

Frost hasst dieses Gerede von grün. Aus Kalifornien komme das, wo man den 11. September nicht ernst nehmen und „wo die Früchte und Nüsse wachsen“, sagt er. Der 11. September ist für ihn das Schlüsselereignis gewesen, der 11. September gab ihm recht, denn nach dem 11. September verkaufte sich der Hummer wie nie zuvor. Im ersten Jahr verzehnfachte sich der Jahresabsatz, ein weiteres Vierteljahr später lag er schon 20-mal so hoch. Die Amerikaner sehnten sich nach mehr Sicherheit, auch in ihrem Auto, und sie brauchten ein neues Statussymbol der Macht. Und General Motors verdiente damit viel Geld. Die Monsterautos machten damals Gewinne von mehr als 10 000 Dollar pro Exemplar.

Nun aber will General Motors Hummer verkaufen, einfach so, weil der Hummer angeblich das Image ruiniert. „Mir ist es jetzt egal, wer Hummer kauft“, sagt Frost, „sollen ruhig die Chinesen einsteigen oder meinetwegen auch die aus dem Nahen



Ohnmacht

ler – Toyota, Honda, BMW – Fabriken in den Südstaaten errichteten und dort auch politisch Einfluss gewannen. Sie wurden auch nicht wach, als Toyota ins Autorennen Nascar einstieg und sich anschickte, amerikanischer als die Amerikaner zu werden. Und während der Rest der Welt sparsame Autos entwickelte, baute Detroit immer größere Geländewagen. Die grüne Welle blieb in Detroit immer ein leeres Versprechen. Die großen drei entwickelten zwar Elektroautos und Hybridautos, sie versprachen „Superautos“ der Sparsamkeit, aber am Ende produzierten sie doch wieder mehr Riesenautos. Der Aufbruch in die grüne Zukunft blieb immer ein halbherziger Versuch. Aber in Selbstzweifel hat das in Detroit nur wenige Menschen gestürzt.

Osten.“ Er klingt nicht begeistert, aber er denkt nicht daran, jetzt auszusteigen. Frost lässt sich nicht zwingen.

Aber vielleicht geht es nur so, vielleicht ist Detroit nicht anders zu ändern, nur mit Zwang.

Als die Chefs der drei Autokonzerne vor einigen Wochen zum ersten Mal in Washington auftraten, um Geld zu bekommen, merkte man nicht, dass sie etwas ändern wollten. Sie kamen alle getrennt, alle mit ihrem Privatjet, als hätten sie nicht gemerkt, dass die ganze Welt übers Energiesparen redet.

Sie kamen ohne Plan, ohne Antworten auf die drängenden Fragen. Und als der Abgeordnete Peter Roskam wissen wollte, ob sie auf ihr Gehalt verzichten würden, wenn sie Hilfe bekämen, gaben sie patzige Antworten. „Ich habe dazu heute keine Meinung“, sagte GM-Chef Rick Wagoner. „Ich glaube, ich bin okay, wo ich heute bin“, fand Ford-Chef Alan Mulally. Er meinte damit sein Gehalt von 21 Millionen Dollar pro Jahr.

Der Ausflug wurde ein PR-Desaster für Detroit, die Manager flogen mit leeren Händen nach Hause. Offensichtlich kann Detroit den nötigen Wandel nicht allein herbeiführen, die Politik muss Detroit zum Wandel zwingen. Beim nächsten Besuch führen sie im Hybridauto vor und geloben, im nächsten Jahr für einen Dollar zu arbeiten.

Es ist ein Sonntag vor Weihnachten, und in dem Greater Grace Temple beginnt um elf Uhr der Gottesdienst. Es ist die größte Kirche Detroits, 35 Millionen Dollar hat sie gekostet, ein mächtiger Bau, bullig wie die Autos, die Detroit baut. Bischof Charles Ellis III steht auf der Bühne und ruft auf, mit ihm für die Autoindustrie zu fasten. „Wir müssen noch ein bisschen was tun, wir müssen noch ein bisschen mehr beten.“

In der letzten Woche hat er eine große Predigt gehalten: „A hybrid hope“, eine hybride Hoffnung. Er hat drei Hybridautos auf die Bühne fahren lassen, einen Ford Escape, einen Chevrolet Tahoe und einen Chrysler Aspen, große Wagen, aber Hybridautos, immerhin. „Es gab einen Gott, bevor es das Automobil gab“, sagte er, und neben ihm standen die Männer von der Gewerkschaft und sagten, sie hätten alles getan, jetzt könnten sie nur das tun, was jeder Arzt mache, wenn er nicht mehr weiterwisse: den Patienten dem lieben Gott übergeben.

Er glaubt daran, dass alles wieder besser wird, wenn die Krise vorbei ist, er glaubt an die zweite Auferstehung von Jesus Christus. Er sagt, er wisse nicht, wie weit wir schon sind, welche Krise die Wiederkunft Christi auslösen wird, es hätte der Wirbelsturm „Katrina“ sein können, aber auch die Autokrise von Detroit.

„Die Erlösung wird kommen“, sagt er, „wenn die Krise groß genug ist.“

MARC HUJER



Gelöschte Hochfackel

Die BASF, das größte Chemieunternehmen der Welt, hat Kriege und Rezessionen gemeistert. Doch jetzt stehen in Ludwigshafen viele Anlagen still.



BASF-Beschäftigte Mauß, Nick, Feser, -Stammwerk in Ludwigshafen: Die Hoffnung, dass sich

Wer durch Ludwigshafen fährt zur BASF-Hauptverwaltung, Carl-Bosch-Straße, Tor 2, kommt an einem kleinen Park vorbei: ein tröstliches Stück Rasen zwischen all den grauen Betonbauten, Stahlrohren und Schornsteinen. Der Park gehört zur BASF, aber er ist öffentlich zugänglich, und wenn der Werkleiter Bernhard Nick, 50, einem Besucher erklärt, was den größten Chemiekonzern der Welt im Inneren zusammenhält, dann spricht er über den Park und das Denkmal, das man dort besichtigen kann.

Es geht um eine Art Ofen, fünf Meter hoch, eineinhalb Meter Durchmesser, der auf dem Rasen steht, daneben eine Gedenktafel. Die Röhre war das zentrale Bauteil der ersten Anlage zur Herstellung von Ammoniak, chemisch NH_3 , und man kann gut verstehen, dass die BASF stolz auf sie ist. Fritz Haber und Carl Bosch, ihre Erfinder, bekamen den Nobelpreis. Aus der Badischen Anilin- und Sodafabrik zu Ludwigshafen am Rhein, gegründet 1865, wurde ein Unternehmen von Weltrang.

Vor ein paar Wochen war ein Gast aus China zu Besuch, von Beruf Chemiker wie Nick, ein sehr nüchterner Mann. Doch als der Besucher im Park vor der alten Ammoniak-Anlage stand, musste er vor lauter Ergriffenheit kräftig schlucken. „Ohne diese Nutzung wäre der Kampf gegen den Hunger aussichtslos“, steht auf der Gedenktafel. Nick sagt, man habe berechnet,

dass in einer Welt ohne Ammoniak etwa die Hälfte der Menschheit verhungern würde, weil es keinen Kunstdünger gäbe, das müsse man sich mal vorstellen.

Zum Mythos gehört auch, dass die Produktion in Ludwigshafen nie lange stillstand. Den Börsencrash von 1929 hat die Ammoniak-Fabrik ebenso gut überstanden wie die Bombardierung im Zweiten Weltkrieg, die Ölkrise der siebziger Jahre, die Rezession von 2001. „Die jährliche Ammoniak-Produktion steigt weltweit mit dem ständig wachsenden Bedarf“, lautet ein weiterer Satz auf der Gedenktafel. Für die Beschäftigten der BASF steckte in diesem Satz immer auch das Versprechen auf eine leuchtende Zukunft.

Umso verstörender sind die Dinge, die sich in diesen Wochen in Ludwigshafen ereignen. Bereits im Oktober musste die Anlage zur Herstellung von Caprolactam gedrosselt werden, einem Kunststoff, der etwa zu Formteilen für Autos verschmolzen wird. Kurze Zeit später erlahmte die Produktion von Styropor. Und dann verging keine Woche, ohne dass irgendwo auf dem Werkgelände eine Maschine abgeschaltet werden musste. Eine gespenstische Ruhe breitete sich aus. Insgesamt 40 Großanlagen im Wert von mehreren Milliarden Euro standen plötzlich still.

Schließlich traf es auch die A3, wie die Ammoniak-Anlage hier genannt wird. Mehr als tausend Tonnen erzeugt die Ma-



HANNELORE FOERSTER

die Vernichtungskraft der Rezession auf Finanzjongleure und die fehlgelenkte Autobranche begrenzen könnte, ist verfliegen

schine an normalen Tagen. Das macht jenseits aller Symbolkraft des Produkts ein rechnerisches Umsatzpotential von etwa 300 000 Euro pro Tag, ein relevanter Betrag, sogar für die große BASF.

Doch Mitte November erlosch die Hochfackel, das ewige Licht der Chemieindustrie. Die etwa 500 Millionen Euro teure Anlage, in der sonst im Schichtbetrieb gearbeitet wird, hat seither kein Gramm produziert. Die zweite Ammoniak-Anlage A4 nebenan wurde auf Mindestbetrieb heruntergefahren; keiner weiß, wie lange sie noch läuft.

Bei der BASF stehen sie vor einem Rätsel. Kann es sein, dass auf der Welt plötzlich kein Ammoniak mehr gebraucht wird? „Noch im September haben wir von einer Krise nicht viel gemerkt“, sagt Werkleiter Nick. Doch dann schlug die Rezession umso wuchtiger durch. Kunden stornierten

ihre Aufträge. Binnen Wochen brach die Nachfrage praktisch zusammen. Nick sagt, Vergleichbares habe er noch nie erlebt.

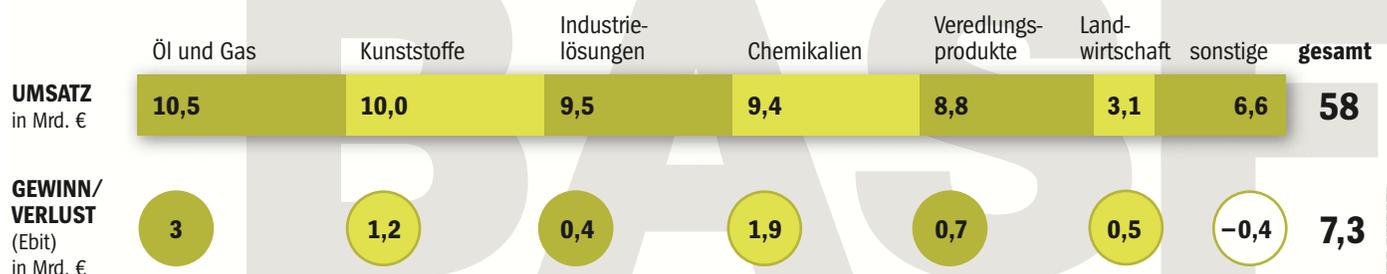
Das Beispiel BASF zeigt, wie die Krise den Kern der deutschen Wirtschaft erreicht. Die Hoffnung, dass sich die Vernichtungskraft der Rezession auf Finanzjongleure, Spekulanten und die fehlgelenkte Autobranche begrenzen könnte, ist verfliegen. Es gebe keinen Grund, in Endzeitstimmung zu verfallen, sagt BASF-Chef Jürgen Hambrecht, aber er richte sich „auf sehr harte Zeiten ein“, und das ist eine bedrohliche Nachricht nicht nur für die Beschäftigten in Ludwigshafen, sondern für die gesamte Volkswirtschaft.

Die BASF war immer die Mustertochter der Deutschland AG. Den Billigheimern auf dem Weltmarkt setzte sie Qualitätsarbeit made in Germany und deutschen Erfindergeist entgegen. Sie expandierte in

alle Welt, ohne an ihrem Stammsitz aus betrieblichen Gründen auch nur einen Beschäftigten zu feuern. Den Aktionären stellte die BASF statt spekulativer Kursgewinne lieber eine solide Dividendenrendite in Aussicht. Sie achtet die gesetzlichen Umweltschutzbestimmungen, die Chemiegewerkschaft, die Helmpflicht auf dem gesamten Firmengelände.

Vorstandsvorsitzender Hambrecht, ein promovierter Chemiker mit schwäbischem Akzent, praktischer Frisur und eher preiswerten Anzügen, galt stets als Gegenentwurf zu den schnöseligen Yuppies und arroganten Managertypen in den Chefetagen anderer Unternehmen. Wenn Bundeskanzlerin Angela Merkel mit einer Wirtschaftsdelegation ins Ausland reist, ist Hambrecht besonders herzlich eingeladen. Schon Kanzler Helmut Kohl, ein ehemaliger BASF-Werkstudent, liebte es, die

Die BASF-Gruppe Unternehmensbereiche 2007



DER SPIEGEL

Fabrik zu besichtigen, wo es sogar eine werkseigene Kellerei mit Pfälzer Weinen und in der Kantine auch mal Saumagen mit Bratkartoffeln gibt.

Nun aber sieht es so aus, als wäre die BASF nicht stark genug, um unbeschadet der Krise zu trotzen. Gleich zweimal binnen weniger Wochen musste das Unternehmen die Geschäftsprognose für 2009 nach unten korrigieren; das hat es bei dem soliden Hambrecht noch nie gegeben. Innerhalb einer einzigen Stunde verlor das Unternehmen vorübergehend knapp 20 Prozent des Börsenwerts. Das entspricht ungefähr fünf Milliarden Euro, was alle Analysten für eine irrsinnige Übertreibung halten, aber gut veranschaulicht, wie angespannt die Nerven sind.

Im Besucherzentrum des BASF-Stammwerks in Ludwigshafen hängt eine sechs Quadratmeter große Weltkarte an der Wand. Große Produktionsstätten sind mit dunklen Flecken gekennzeichnet, kleinere mit einem Punkt; es ist die Karte eines

ganz gut. Aber für die Sparten Bau und Automobil sind die Prognosen düster, und das verheißt nichts Gutes für die Produktion in Ludwigshafen.

In einer Chemiefabrik ist es eine sehr heikle Angelegenheit, eine Anlage nicht zu betreiben. Im Prinzip muss man sich die Produktion wie eine Hofschlachtung vorstellen. Wie früher auf einem Bauernhof kommt es darauf an, ein Anfangsprodukt an Ort und Stelle zu verwerten, und zwar so gründlich, dass kein Fitzelchen übrig bleibt. „Verbund“ heißt das kompakte Produktionsprinzip in der Chemieindustrie, und in Ludwigshafen sind sie mächtig stolz darauf, dass die amerikanische Konkurrenz von Dow Chemical auch von „the verbund“ redet, weil es im Englischen kein besseres Wort dafür gibt.

Im Falle der BASF sind Erdöl und Erdgas die Eingangsmaterialien für die Produktion. Gigantische Cracker zerlegen die in Pipelines und Tanklastzügen herbeigeschafften Rohstoffe in ihre chemischen Ein-

Die BASF hat deshalb strenge Vorschriften erlassen, unter welchen Bedingungen die Ammoniak-Anlage abgeschaltet werden darf. Turnusmäßig ist es alle fünf Jahre so weit, weil dann grundlegende Reparaturen und Kontrollen zu erledigen sind. Die Planungen für eine solche Routineuntersuchung beginnen etwa ein Jahr im Voraus. Es gibt eine Gebrauchsanweisung von mehr als hundert Seiten, in der penibel geregelt ist, welcher Handgriff in welcher Reihenfolge zu tun ist. Bislang war jedoch nicht geregelt, was im Fall einer plötzlich hereinbrechenden Wirtschaftskrise gemacht werden muss.

Verantwortlich für das Abschalten sind zwei Herren im blütenweißen Chemikerkittel, Rainer Feser, 56, und Michael Mauß, 49. Eigentlich hatten sie gedacht, bis zum nächsten Wartungstermin noch etwa acht Monate Zeit zu haben. Nun mussten sie die Maschinen binnen weniger Wochen herunterfahren, und man sieht ihnen an, dass sie in den letzten Wochen nicht besonders viel geschlafen haben.

Es fängt schon mit dem verfluchten Wetter an. Normalerweise werden die Anlagen im Sommer abgeschaltet. Wegen der Urlaubszeit ist dann weniger zu tun. Die Wartungsarbeiten gehen bei angenehmen Temperaturen leicht von der Hand.

Umso schwieriger ist es nun im Winter. Feser und Mauß haben die Anlage mit Stickstoff durchgespült und das überschüssige Gas mit einem fauchenden Geräusch durch die Hochfackel gepresst. Trotzdem konnten sie nicht ausschließen, dass sich irgendwo im kilometerlangen Rohrsystem Wasserdampf abgesetzt hatte. Und so mussten in Handarbeit viele Leitungen ausgeputzt werden, um zu verhindern, dass die Rohre bei Minustemperaturen kaputtfrieren.

Doch wohin mit den Leuten, wenn die Maschinen nicht laufen? Feser und Mauß haben mit jedem Einzelnen gesprochen. Sie haben sich vorgenommen, unter den Leuten möglichst keine Unruhe zu verbreiten. An den Weihnachtstagen und über Neujahr ist der Personalüberhang zum Glück nicht groß aufgefallen.

Der Betriebsrat hat bei der Firmenleitung ausgehandelt, dass es erst einmal keine Entlassungen geben darf. „Wir bauen Zeitguthaben ab, nehmen Resturlaub, machen Schulungen“, sagt Werkleiter Nick. „Die Gesamtsituation ist nicht schön, aber die Leute sehen das ein.“ Irgendwann müsse die Krise doch vorbei sein.

Die Frage lautet nur, wann es so weit ist. Es gibt bei der BASF noch einen Puffer in den Zeitarbeitskonten der Beschäftigten, eine Art Dispositionscredit zur Überbrückung der Krise, doch der wird mit jedem Tag kleiner.

„Wenn die Anlage im Frühjahr nicht läuft“, sagt Werkleiter Nick in Ludwigshafen, „dann haben wir ein Problem.“

ALEXANDER NEUBACHER



BASF-Chef Hambrecht: Eine bedrohliche Nachricht für die gesamte Volkswirtschaft

Weltkonzerns. Mit Ausnahme von Afrika und Teilen Osteuropas gibt es keine Region, die nicht dutzendfach markiert ist.

Über drei Viertel des Geschäfts macht die BASF im Ausland, doch was als Stärke galt, wird nun zum Problem. Das Unternehmen muss überall auf der Welt gleichzeitig gegen die Flaute ankämpfen. In allen Ländern geht es bergab, sogar in China, wo die BASF vor gut drei Jahren eine etwas verkleinerte Kopie ihres Ludwigshafener Stammwerks aufgestellt hat.

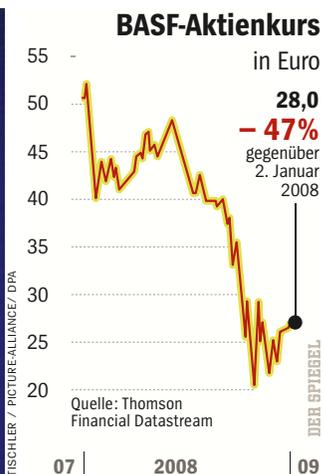
„Die eigentliche Enttäuschung ist Asien“, sagt Hambrecht. Etwa 80 Anlagen wurden weltweit außer Betrieb genommen und 100 weitere gedrosselt. Für ungefähr 20 000 BASF-Beschäftigte in aller Welt, ein Fünftel der Belegschaft, gibt es derzeit nicht genug zu tun.

Hambrecht kann nicht sagen, wann es sich wieder lohnt, die Maschinen anzufahren. Die Erwartung, die Geschäfte würden vor dem Jahreswechsel wieder anziehen, hat sich nicht erfüllt. Grundstoffe für Waschmittel und Kosmetik laufen noch

zelteile. Diese werden an die benachbarten Anlagen weiterverteilt und dort nach über tausend verschiedenen Rezepturen zu neuen Chemikalien zusammengesetzt.

Die Ammoniak-Anlage liefert die Zutaten für Dutzende Mixturen. Es wird Harnstoff für die Herstellung von Möbelplatten und Abgasreinigern produziert und Salpetersäure für Sprengstoffe und Lösungsmittel. Einige Chemikalien werden zu Autolacken veredelt, andere finden Verwendung in bügelfreien Oberhemden. Ein Gutteil der Produktion wird noch immer zu Kunstdünger verarbeitet, mit dem die Landwirte dann selbst kargen Böden reiche Ernte abringen.

Dieser Prozess erfordert viel Erfahrung und eine präzise Abstimmung, aber wirklich kompliziert wird es, wenn es für bestimmte Erzeugnisse keine Verwendung gibt. Es ist gefährlich, giftige Stoffe wie Ammoniak auf Vorrat zu produzieren und auf dem Werkgelände zu lagern. Gleichzeitig gibt es im Verbund immer irgendwo eine Anlage, die dringend auf Ammoniak angewiesen ist.





Abramowitsch-Yacht (in St. Petersburg)

DMITRY LOVETSKY / AP



Der Herbst der Oligarchen

Die Weltfinanzkrise lässt Reichtum und politischen Einfluss der russischen Magnaten schwinden. Die Präsidentenmacher von gestern betteln nun beim Kreml um Kredite.

Im Büro des Superreichen deutet wenig darauf hin, dass hier mal der Sprung der russischen Wirtschaft in die Moderne geplant wurde. Schwere Möbel aus dunklem Holz dominieren. Hinter Glasvitrinen stehen alte Folianten. Wladimir Jewtuschenkow will von hier aus die Abhängigkeit des Riesenreichs vom Rohstoffexport verringern. Am Moskauer Stadtrand hat seine Tochterfirma Sitronics deshalb eine hochmoderne Halbleiterfertigung errichtet.

„Das ist das Letzte, was ich hergeben werde“, sagt Jewtuschenkow. Sein Unternehmen soll nicht zum Menetekel werden für die Volkswirtschaft des größten Flächenstaats der Erde. Nach zehn euphorischen Jahren mit zuletzt sieben Prozent Wachstum droht nun der Absturz.

Gerade hat der Oligarch seine Sitronics-Verbindlichkeiten umgeschichtet und für das Vorzeigeunternehmen einen Kredit der staatlichen Entwicklungsbank Wneschekonombank von 182 Millionen Euro gesichert. Damit wiederum bedient

er Schulden bei der Dresdner Bank. Doch das ist im Moment noch sein geringstes Problem.

Bei einer Telekonferenz schalteten sich jüngst dreimal so viele Investoren zu wie vor der Finanzkrise üblich. Und alle waren sie besorgt, weil auf Jewtuschenkows Holding Sistema, die ein buntes Sammelsurium von Bau- und Telekommunikationsunternehmen bis hin zu Kindermodegeschäften umfasst, mehr als sieben Milliarden Euro Schulden lasten.

Mit Jewtuschenkow gerät eine Klasse von Großunternehmern unter Druck, deren Reichtum auch im Ausland bislang regelmäßig für Schlagzeilen sorgte. Nicht nur wegen ihrer oft spektakulären Übernahmepäne, wie sie auch Jewtuschenkow immer mal wieder zum Besten gab. Vor zwei Jahren schickte er sich noch an, einen Teil der Deutschen Telekom zu erwerben.

In puncto Geldanlage waren die Oligarchen immer für Nachrichten gut: Der Bankier und Kunstsammler Pjotr Awen etwa

stattete seine Villa in England mit einem Atombunker aus. Finanzjongleur Suleiman Kerimow, angeblich an Anteilen der Deutschen Bank interessiert, zerlegte Ende 2006 in Nizza seinen Ferrari Enzo, eine extra-teure, limitierte Auflage. Auf dem Beifahrersitz saß eine schöne Moskauer Fernsehmoderatorin, verheiratet – wenn auch nicht mit ihm.

Roman Abramowitsch schließlich, der sich mit arabischen Prinzen ein Wettrennen um die längste Yacht der Welt liefert, hat bis heute sagenhafte 600 Millionen Euro in den englischen Fußballclub Chelsea investiert. Das würde ausreichen, um den deutschen Handelskonzern Arcandor zu kaufen.

Solche schillernden Unternehmerpersönlichkeiten waren der Motor für die Privatisierung der russischen Wirtschaft nach dem jähren Ende des Kommunismus. Die Skrupellosesten pressten aus den maroden Betrieben das Letzte heraus, die Seriöseren sanierten sie. Sie brachten internationales

Management und Spitzentechnologie nach Russland. Neben dem Energieriesen Gazprom waren es die Oligarchen, die in den vergangenen Jahren die Speerspitze der Expansion russischer Firmen in den Westen bildeten.

Im Zuge der weltweiten Wirtschaftskrise aber haben nach Schätzungen des US-Wirtschaftsmagazins „Forbes“ allein die 25 reichsten Russen knapp 180 Milliarden Euro verloren. Abramowitsch, der sein Geld vor allem in die Evraz-Holding steckte, verlor an der Londoner Börse innerhalb von nur sechs Monaten dramatisch viel Geld: Evraz stürzte von 28 Milliarden auf nur noch 3,2 Milliarden Euro ab. Der Stahlbaron Alexej Mordaschow, in Deutschland am Reiseunternehmen TUI beteiligt, büßte rund 18 Milliarden Euro ein.

Russische Großunternehmen und Banken sind mit geschätzten 360 Milliarden Euro verschuldet. Das ist fast so viel wie der Staat, immerhin Herr über die drittgrößten Gold- und Devisenreserven der Welt, nach wochenlangen Stützungskäufen für den schwächelnden Rubel und kostspieligen Rettungspaketen für Geldinstitute und Unternehmen noch auf der hohen Kante hat.

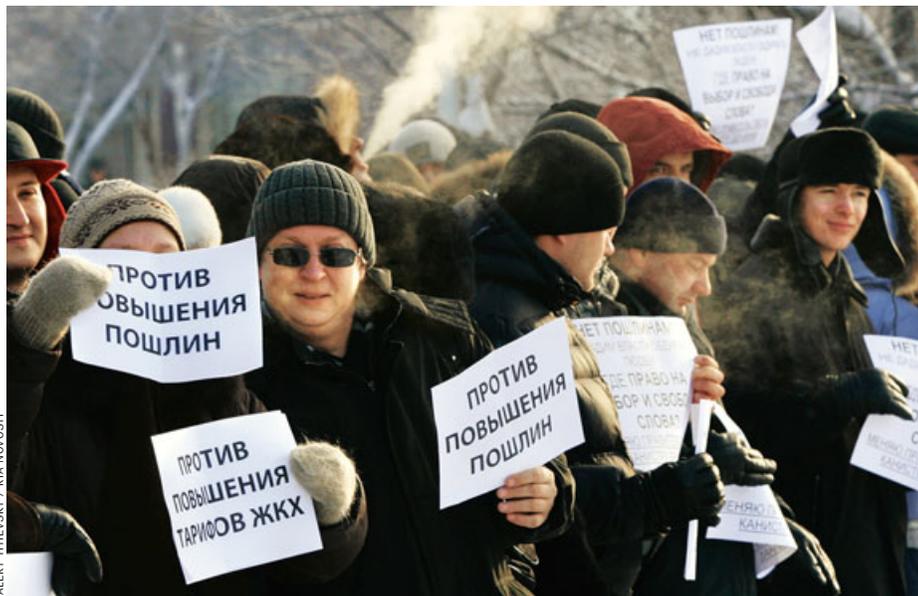
Es ist der Herbst der Oligarchen: Sie sind auf Hilfen der Regierung angewiesen. Der Yachten-Liebhaber Abramowitsch erhielt umgerechnet 1,4 Milliarden Euro. Und auch Jewtuschenkow hat aus seinem Fenster im dritten Stock eines Prachtgebäudes aus der Stalin-Zeit den Kreml fest im Blick.

„Ich wäre ein schlechter Wirtschaftsführer, wenn ich die Beziehungen zu unserer Regierung nicht pflegen würde“, sagt er. „Das ist doch in Amerika und Europa nicht anders. Von den Milliarden, mit denen die deutsche Regierung eine Bank rettete, kann ich nur träumen.“

Jewtuschenkow verhandelt zurzeit über den Verkauf seines Anteils an der Telekommunikationsfirma Swjasinvest – an den Staat. Das würde Geld für den Schuldenausgleich und für neue Investitionen bringen. Der Bankier Awen durfte jüngst mit Premierminister Wladimir Putin nach Sibirien fliegen. Wenige Tage später sagte die Regierung einen Eineinhalb-Milliarden-Euro-Kredit zu.

Welch ein Unterschied zu den neunziger Jahren, als die Oligarchen mit ihrem Geld noch die Wiederwahl des damaligen Präsidenten Boris Jelzin sicherten und der Finanzmagnat Boris Beresowski vier Jahre später half, seinen einstigen Protegé Putin als Jelzin-Nachfolger einzusetzen. Nun stützen nicht länger die Oligarchen den Kreml-Herrn, sondern der Kreml die Oligarchen.

Die Politik bestimmt, wer weiter mitspielen darf beim Milliarden-



Proteste gegen höhere Autoimportzölle (in Nowosibirsk), Investor Lebedew, Begleiterin: Die

Monopoly oder wer vom Spielfeld verschwindet. Die Präsidentenmacher von gestern, so scheint es, sind zu Bittstellern geworden.

Der ehemals Reichste von ihnen, der vor der Finanzkrise auf 23 Milliarden Euro geschätzte Aluminium-Zar Oleg Deripaska, stünde wohl vor dem Bankrott, hätte der Staat ihm nicht 3,5 Milliarden Euro Kredit gewährt.

In den Jahren des Booms hatte Deripaska so viele Fabriken und Firmen zusammengekauft, dass zu seiner Holding namens Basel heute Autokonzerne und Versicherungsfirmer ebenso gehören wie Banken und Flugzeugbetriebe. Er betreibt Fabriken von Nigeria bis Tadschikistan.

Schneller als die Zahl der Mitarbeiter, die im Spätsommer noch bei knapp 300 000 lag, wuchsen allerdings Deripaskas Schulden. Allein bei der Aluminium-Tochter Rusal ver fünfachten sich seit 2004 die Verbindlichkeiten, während der Gewinn sich nur um das Zweieinhalbfache steigern ließ.

Deripaska hatte sein Imperium auf Pump gebaut.

Als der Magnat im April 25 Prozent am weltgrößten Nickel-Produzenten Norilsk Nickel übernahm, verpfändete er seine Aktien als Garantie an ein Konsortium aus elf internationalen Großbanken. Während der Finanzkrise stürzte der Kurs ab, die Banken drängten auf neue Sicherheiten.

Um zu verhindern, dass ausländische Geldinstitute zum Miteigentümer dieses Juwels der russischen Metallindustrie werden, ließ der Kreml Deripaska die Milliardensumme und schickte dafür nun seinen Vertreter in den Aufsichtsrat. Schon fürchten manche Fachleute, dass sich der Staat zu einem Hyper-Oligarchen aufschwingt und große Teile der Privatisierungen der neunziger Jahre wieder rückgängig macht.

Damals hatten die Oligarchen die Jelzin-Regierung mit Milliarden unterstützt und im Gegenzug Filetstücke der Industrie bekommen – sowie Ministerposten. Nun setzt der Kreml zur Rolle rückwärts an.

Öl- und Gasindustrie waren bereits vor der Krise mehrheitlich wieder in Staatsbesitz. Im Sommer formte Putin aus einem staatlichen Rüstungsexportunternehmen eine Holding mit insgesamt 423 Unternehmen. An der Spitze steht Sergej Tschemessow, ein Kampfgenosse der Auslandsaufklärung aus Putins KGB-Zeit in der DDR.

Oligarch Jewtuschenkow denkt trotzdem, dass der Kreml die Unternehmen später wieder privatisiert, die er jetzt übernimmt. „Unser armer Premierminister Putin muss das endlos wiederholen“, sagt der Magnat. „Jeder weiß, dass Bürokraten schlechtere Unternehmensführer sind.“

Dennoch tobt in der russischen Regierung ein Richtungskampf

Gewonnen, zerronnen

Vermögen russischer Oligarchen, in Milliarden Dollar

	KERNGESCHÄFT	VERMÖGEN MITTE 2008	ENDE 2008	SCHULDEN
Oleg Deripaska	Aluminium, Rohstoffe	28,0	7,2	14,0
Roman Abramowitsch	Ölindustrie, Infrastruktur	23,5	3,3	2,0
Wladimir Lissin	Stahlindustrie	22,2	3,1	3,3
Alexej Mordaschow	Stahlindustrie	22,1	3,5	0,2
Wladimir Potanin	Rohstoffe	21,5	2,0	–
Michail Prochorow	Rohstoffe, Banken	21,5	1,3	–

Quelle: Iswestija



ACTION PRESS

Politik bestimmt, wer weiter mitspielen darf

zwischen liberalen Marktwirtschaftlern, angeführt von Finanzminister Alexej Kudrin, und Anhängern einer größeren staatlichen Lenkung mit Vizepremier Igor Setschin an der Spitze. Der Ausgang ist so offen wie die Frage, wann die für Russland so wichtigen Öl- und Gaspreise wieder anziehen.

Sicher jedoch ist, dass die Expansion russischer Unternehmen ins Ausland ins Stocken gerät. Deripaska musste sich bereits mit Verlust von seinen Beteiligungen am deutschen Baukonzern Hochtief sowie am kanadischen Autozulieferer Magna trennen. Der Stahlunternehmer Alexej Mordaschow hat Anfang November zwar noch für eine Milliarde Euro den US-Konzern PBS Coals übernommen, kündigte aber an, ein milliardenschweres Investitionsprogramm zusammenzuziehen.

Mordaschow war zwischenzeitlich zum viertgrößten Stahlproduzenten der USA geworden. Mittlerweile hat er seinen Arbeitern im nordrussischen Tscherepowez ebenso wie im amerikanischen Dearborn Kurzarbeit verordnet.

Mordaschows großer Konkurrent, der Stahlunternehmer Wladimir Lissin, stoppte im letzten Moment die 3,5 Milliarden Dollar teure Übernahme des US-Konzerns John Maneely. Der Kurs seines Unternehmens war innerhalb von vier Monaten um fast 90 Prozent eingebrochen, die Übernahme hätte plötzlich seinen eigenen Börsenwert verschlungen.

Das Herz des Lissin-Konglomerats schlägt in Lipezk, einer Stadt 400 Kilometer südlich von Moskau, neu gegründet von Peter dem Großen, der dort Kanonen aus Eisen für seine Kriegsflotte gießen ließ.

Lipezk ist in Russland bekannt für eine Legende: Hitlers Luftwaffe habe die Stadt verschont, weil deutsche Fliegeroffiziere dort ihre Geliebten gehabt hätten. In der Zeit der Weimarer Republik, als die

Reichswehr mit der Roten Armee kooperierte, wurden die Offiziere in der Stadt ausgebildet.

Wladimir Lissins Stahlwerk NLMK liegt unweit des Flusses, der die Stadt in zwei Hälften teilt. Auf dem riesigen Gelände arbeiten 34 000 Menschen. Im Sommer verstecken sich die Hochöfen zwischen blitzsauberen Birkenwäldchen. Die Straßen heißen wie zu Sowjetzeiten noch „Allee des Energiearbeiters“ oder „Prospekt des Walzwerkerarbeiters“. Nur die Luft ist besser, seit moderne Filter eingebaut wurden.

Im Moment ist die Schadstoffbelastung besonders gering. Die Finanzkrise wirkt umweltfreundlich: Drei von fünf Hochöfen wurden bis auf weiteres stillgelegt.

Im Walzwerk mit seiner tausend Meter langen Halle schaut Schichtführer Sergej Masur, 43, zu, wie tonnenschwere, glühende Stahlstücke verarbeitet werden. Vor der Krise spuckte die Anlage eine Rolle in 20 Sekunden aus, nun sind es zwei Minuten.

Innerhalb von zwei Monaten fiel im Stahlwerk NLMK die Nachfrage nach Roh-eisen um 40, die nach Stahl um 60 Prozent. Oleg Deripaska und sein Auto-konzern GAS beispielsweise können die Rechnungen für bestellten Stahl nicht mehr bezahlen, Lissin ließ daraufhin die Lieferungen einstellen. So geht es Tausenden Unternehmen im Land.

Die meisten unabhängigen Experten senkten deshalb ihre Wachstumsprognosen für 2009 von sieben auf drei Prozent. „Im besten Fall“, fügen viele noch besorgt hinzu. Um die heimische Industrie zu stützen, erhöhte die russische Regierung die Zölle für Importautos, dagegen kam es in einigen Städten des Landes zu Protesten.

Menschen wie Masur, die zur bisher schnell wachsenden Mittelschicht zählten, fürchten, dass es bald vorbei ist mit der jährlichen Urlaubsreise in die Türkei und nach Ägypten. Ihnen bleibt nur die Hoffnung auf den nächsten Aufschwung.

Bei Masur und seinen Kollegen kauft auch Volkswagen einen Teil seines Stahls. Die Maschinen kommen aus Japan, Italien, Amerika, vor allem aber aus Deutschland: von SMS-Demag und Sundwig. In den vergangenen Jahren hat der Magnat Lissin für mehr als 200 Millionen Euro in Deutschland eingekauft.

Wenn es ihm und seinen Lipezker Stahlarbeitern schlechtgeht und die Russen weniger Autos kaufen, hat das auch Auswirkungen in Deutschland. 70 000 Jobs hängen am Exportgeschäft mit Russland.

Die enge Handelsbeziehung der beiden Länder ist auch in einem kleinen Dorf namens Popowka zu besichtigen, auf halbem Weg zwischen Lipezk und Moskau. Für vier Millionen Euro hat der Moskauer Magnat Alexander Lebedew bei der niedersächsischen Firma Grimme Landwirtschaftsmaschinen geordert. „Wir bauen hier die größte Kartoffelverpackungsan-

lage Europas“, sagt er. 40 Millionen Euro hat er bereits investiert, weitere 40 Millionen sollen folgen.

Lebedews Betrieb ist ein Symbol für die Risiken, aber auch für die Chancen der Krise. Einerseits muss er die Devisenkredite zurückzahlen, die wegen der schlechenden Abwertung des Rubel immer teurer werden. Der bescheidene Wohlstand im Dorf, sichtbar an westlichen Autos, Satellitenschüsseln und neuen Häusern, steht

auf dem Spiel. Andererseits stößt Lebedew in einen gewaltigen Wachstumsmarkt.

„Gerade in der Krise brauchen wir Ideen, wo die Profite von morgen liegen“, findet er. Und hat der Landwirtschaftsminister nicht gesagt, dass Russland nicht nur eine Rohstoff-Supermacht, sondern auch eine künftige Agrar-Weltmacht sei? Zu Zarenzeiten war das Land der weltgrößte Weizenexporteur. Nach der Kollektivierung der Landwirtschaft musste die

Sowjetunion am Ende gar Getreide aus dem Westen einkaufen.

Lebedew hat in dem 1600-Seelen-Nest Popowka die alte „Maxim Gorki“-Kolonie übernommen – und die Kartoffelproduktion im Vergleich zu den letzten Sowjetjahren bereits verzehnfacht. Wenn so viele Trendbranchen keinen Gewinn mehr versprechen, warum soll man es dann nicht mal mit einem Klassiker probieren?

MATTHIAS SCHEPP



Wanderarbeiterin Quan

AI HONG / IMAGINECHINA



Kollektiv im Heimaturlaub

Der Traum vom Wohlstand lockte Quan Xiaoju aus der Provinz an die Fließbänder von Guangdong. Jetzt muss sie zurück, denn Chinas Boom ist – vorerst – zu Ende.

Zum Abschied bleibt nicht einmal Zeit für einen wehmütigen Blick zurück – auf das Gewimmel der schwerbepackten Wanderarbeiter vor dem Bahnhof der Neun-Millionen-Stadt Guangzhou. Oder auf die verwegene Stadtautobahn gegenüber, auf Stelzen erbaut, über die auch in der Krise noch ein Fahrzeug nach dem anderen rollt.

Die Menge drängt gnadenlos vorwärts, sie drängt Quan Xiaoju regelrecht in den Bahnhof hinein. Die zierliche Wanderarbeiterin legt ihre Habe – einen schwarz-

weiß karierten Koffer und eine kleine Plastiktüte – eilig auf das Band der Sicherheitsschleuse, dann wird sie schon weitergeschoben, über eine Rolltreppe hinauf in eine der riesigen Wartehallen.

Die chinesische Weltfabrik entledigt sich ihrer Arbeitsklaven, kostengünstig und effizient, fast wie am Fließband. In langen Sitzreihen, dicht an dicht, warten sie auf den Rücktransport in ihre Heimatprovinzen, dorthin, von wo sie mit der Verheißung auf Wohlstand einst hergelockt wurden. Die „kleine Chrysantheme“ – so

heißt Xiaoju auf Deutsch – hat jetzt endlich Zeit, durchzuatmen und sich ein wenig umzuschauen. Ihr Zug zurück gen Norden nach Hengyang in der Provinz Hunan fährt erst in einigen Minuten ab.

Im Bahnhof herrscht Hochbetrieb wie sonst vor dem chinesischen Neujahrsfest, wenn die Firmen der Provinz Guangdong – die riesige Exportfabrik, die an Hongkong grenzt und die wuchernden Millionenstädte Shenzhen und Dongguan mitumfasst – Heere von Wanderarbeitern kollektiv in den Heimaturlaub schicken.

Doch diesmal ist es ein ungeahnter, unfreiwilliger Abschied, er dürfte für länger sein, und daher ist die Stimmung gedrückt.

Die meisten Reisenden sind auffallend jung, darunter viele Frauen wie Xiaoju, die 17 ist, aber aussieht wie 14. Fast alle hier könnten ähnliche Geschichten erzählen wie die drei entlassenen Arbeiterinnen aus Hunan, die bunte Aufkleber für Jeans druckten und jetzt mit vollen Plastiktaschen auf die Abfahrt warten. Oder wie das junge Ehepaar aus dem fernen Chongqing, das in einer Textilfabrik Pullover herstellte und nun mit seiner Habe – Reiskocher, Ventilator, Matratze – den halben Gang versperrt.

Wenige Tage erst ist es her, dass Xiaoju ihren Job verlor in der Exportfabrik, wo sie mit ihren schlanken Fingern billigen Silberschmuck fertigte. „Die Ausländer bestellen nichts mehr“, teilte der Boss zwei Dritteln des Personals plötzlich mit, „für euch habe ich nichts mehr zu tun.“

Seit Wochen waren kaum noch ausländische Einkäufer in der Fabrik aufgetaucht. Die 200 Arbeiter hätten das mitkriegen müssen, denn ihre Produktionsräume sind durch Glas vom Büro getrennt: So konnte ihr Boss überwachen, wie emsig die Beschäftigten an den langen Tischen Ohringe, Armreife, Halsketten formten.

Und umgekehrt bekamen Xiaoju und ihre Kollegen mit, wie die globale Krise ihren Boss plötzlich zwang, oft tatenlos herumsitzend.

Auch in der Nachbarschaft des Betriebs im Stadtteil Panyu, wo sonst das bunte Geschäftsleben tobte, zog von einer Woche auf die nächste gespenstische Einsamkeit ein: Erst sahen Xiaoju und ihre Kollegen, wie andere Fabriken die Tore schlossen. Und weil immer mehr Arbeiter abreisten, bauten auch viele Betreiber der kleinen Garküchen eilig ihre Stände ab. Und dann standen auch die Billardtische am Straßenrand, an denen die Männer sich ihre knappe Freizeit vertrieben, plötzlich nur noch grotesk herum, wie in einem Badeort, in dem früher Winter einbricht.

Die Entlassung kam für Xiaoju deshalb nicht überraschend. Aber entsetzt war sie trotzdem, denn ihr Boss gestand den Arbeitern kleinlaut, dass er nicht mehr genug Geld in seiner Kasse habe, um die noch fälligen Monatslöhne auszuzahlen.

Xiaoju springt jetzt auf, ihr Zug wird aufgerufen. Das Gedränge geht von vorn los: Über mehrere Treppen hasten die Menschen auf den Bahnsteig, hinein in den endlos langen Zug, der voll ausgebucht ist:

Xiaoju konnte noch eine Pritsche im Liegewagen ergattern – wenigstens ein Erfolg für sie, denn sieben lange Stunden wird ihr Bummelzug brauchen bis nach Hengyang.

Der Zug fährt ruckend an, und Xiaoju beginnt zu begreifen, dass es nun vorbei ist mit Guangzhou und ihrem Leben in einer der wohlhabendsten Städte Chinas. Dass sie mit ihrem Job auch erst einmal die Aussicht verloren hat, sich dauerhaft aus ihrer ländlichen Armut zu befreien. Und dass

Guangzhou kam, sie wünscht der Abreisenden viel Glück.

Fast jeder, der vom Lande neu in die Weltfabrik zieht, schließt sich einem meist älteren und erfahrenen Wegbereiter aus der Heimat an. Damals, nach dem Neujahrsfest, folgten Xiaoju und sieben andere Mädchen ihrer Laoxiang nach Guangzhou. Das Fahrgeld, das Xiaoju von ihren Eltern mitbekam, reichte nur für einen Stehplatz im Zug. Xiaoju war das egal, sie fieberte Guangzhou entgegen, einer der Megastädte, mit denen die Chinesen Fortschritt und Wohlstand verbinden. Dort, versprach ihr die Laoxiang, könne sie viel Geld verdienen für die Familie.

Von klein auf wusste Xiaoju, dass sie spätestens nach dem Ende der Mittelschule wegziehen müsse aus ihrem Dorf, in dem es keine Zukunft für sie gab: Ihr Vater schlägt sich als Wanderarbeiter auf Baustellen durch, er lebt mit ihrer Mutter und dem vierjährigen Sohn weit weg in einer anderen Großstadt; ihre Schwestern, elf und zwölf, wohnen auf dem winzigen Hof ihres Großvaters.

Als Xiaoju spät abends in Guangzhou ankam, wurde sie fast geblendet von der überall flackernden Werbung und den grell erleuchteten Schaufenstern der 24-Stunden-Läden.

In der ersten Nacht schlief sie im Zimmer der Laoxiang; die Fahrt dorthin erschien ihr endlos, sie fuhren an einer Fabrik nach der anderen vorbei, es waren immer dieselben mehrstöckigen Kästen, innen trüb von Neon erleuchtet. Gleich daneben lagen die Wohnheime der Werk tätigen. Die Massenunterkünfte erkannte Xiaoju an der

Wäsche, die die Arbeiter draußen zum Trocknen aufhängen.

Schon am nächsten Tag besorgte die Laoxiang ihr einen Job in einer Schmuckfabrik. Das war nicht schwer: Allein in Guangzhou und Umgebung gab es schätzungsweise 7000 Schmuckfabriken, noch sprach kein Mensch von „Krise“.

Und auch jetzt wächst Chinas Wirtschaft ja noch, aber eben viel zu langsam. Kaum zu glauben, dass Xiaoju damals nach einem Training von nur zehn Tagen schon in der nächsten Schmuckfabrik anheuern konnte. Als „gelernte“ Kraft bot der neue Boss ihr den doppelten Grundlohn – 140 Euro im Monat. Mit Überstunden kam sie täglich auf zwölf Stunden. Und vor allem auf diese Überstunden kommt es für die Wanderarbeiter an, sie machen den eigentlichen Verdienst aus. Vom kargen Grundgehalt können sie kaum leben. Xiaoju All-



Arbeiter am Bahnhof von Guangzhou: Unfreiwilliger Abschied



Bankrotte Textilfabrik in Chongqing: Ausländer bestellen nichts mehr

sie das zu Hause ihrer Familie wird erklären müssen.

Sie schweigt. Um sich abzulenken, tippt sie hektisch Abschiedsgrüße in die Tasten ihres rosa Handys, sie hat es sich von ihren ersten Löhnen erspart. Zwar reichte das Geld nur für ein Gerät der Marke Jinpeng – aber es sieht cool aus, es hat einen extra großen Bildschirm. Für Xiaoju war die Anschaffung ein großer Sprung; bei ihr zu Hause haben sie nicht einmal Festnetz.

Xiaoju hält das Handy fest umklammert, die wichtigste Erinnerung an ihr Arbeitsleben, ihr einziger Luxus: Umgerechnet 80 Euro kostete es, dafür musste sie rund 160 Überstunden in der Fabrik arbeiten.

Sekunden später flackert das Handy wieder auf, die erste Antwort kommt zurück: Es ist ihre „Laoxiang“, eine ältere Wanderarbeiterin aus ihrem Heimatdorf, in deren Gefolge Xiaoju ursprünglich nach



AI HONG / ZHANGCHINA

Rückkehrerin Quan mit Großvater in der Provinz: Die Weltfabrik entlässt ihre Arbeitsklaven

tag bestand aus harter Arbeit. Aus einem Gerät, das sie mit einer Kerze vergleicht, goss die junge Arbeiterin eine flüssige Silbermischung in eine Form für die Ringe. Manchmal tropfte es auf ihre Hände, „dann brannte die Haut, ich bekam rote Flecken“, berichtet Xiaoju. „In einem zweiten Schritt mussten wir kleine Diamanten in die Ringe einfügen – aber die waren nicht echt, nur aus Glas.“

Jeden Feierabend, kurz vor Mitternacht, fiel Xiaoju müde auf ihre Matratze. „Meist hatte ich nicht einmal mehr die Kraft, um mir das Gesicht zu waschen“, sagt sie.

Schon wieder leuchtet Xiaojus Handy auf. Diesmal ist die SMS von ihrer Freundin, mit der sie nahe der Fabrik ein Zimmer und die Matratze teilte. Das war billiger als in der Fabrik, wo die Mädchen zu acht in einem Raum hausten und vor dem Duschen Schlange stehen mussten.

Auch Xiaojus Freundin muss in Kürze in die Heimat zurückkehren. Oft trösteten die Mädchen sich gegenseitig, wenn sie Heimweh hatten oder wenn ihr Boss sie ausgeschimpft hatte, weil sie nicht flink genug arbeiteten. Dann schmiegen sie sich nachts aneinander – so wie Xiaoju es von zu Hause gewohnt ist, mit ihren Geschwistern in dem gemeinsamen Bett.

Doch jeden Morgen mussten sie wieder in die Fabrik. Während der langen Stunden fieberten sie oft den zwei freien Tagen entgegen, die der Boss ihnen im Monat gewährte: Dann fuhren sie meist mit der U-Bahn ins Zentrum von Guangzhou, sie streiften durch die pompös funkelnden Shopping-Malls, sie bestaunten die teure Designer-Mode in den Schaufenstern der Boutiquen. Anschließend kleideten sie sich auf Billigmärkten mit Kopien ein, und Xiaoju war sich sicher, dass sie nie mehr auf dem Lande würde leben können.

Denn irgendwann – daran glaubte Xiaoju wenigstens bis zu ihrer Entlassung fest – würde sie selbst so viel Geld verdienen wie

ihr Boss. Der stammt auch aus Hunan und fing als Wanderarbeiter in einer Schmuckfabrik an, bevor er vor zehn Jahren seine eigene Fabrik gründete.

Noch während der Olympischen Spiele strotzte Chinas Wirtschaft vor Kraft, niemand rechnete mit einem baldigen Ende des jahrelangen Booms. In der Schmuckfabrik hatten die Arbeiter so viel zu tun, dass der Boss ihnen die Bitte abschlug, die Spiele im Fernsehen ein wenig mitverfolgen zu dürfen. Nur die Eröffnung durften sie angucken. „Es war wunderschön“, sagt Xiaoju, „aber ich war so müde, dass ich mittendrin einschlief.“

Auch jetzt im Zug, irgendwo zwischen Guangzhou und Hengyang, nickt Xiaoju ein. Die vergangenen Tage haben ihre Nerven aufgerieben: Tagelang harrete sie mit den Kollegen bei der Fabrik aus, sie hofften, dass der Boss ihnen doch noch den fälligen Monatslohn auszahlen würde. Am Ende zogen sie zumindest mit seiner Zusage ab, ihnen später ihre Löhne zu überweisen. Xiaoju glaubt ihrem Chef – schließlich kommt er auch aus Hunan.

Immerhin machte sich Xiaojus Boss nicht einfach über Nacht aus dem Staub wie andere Besitzer bankrotter Fabriken in der Nachbarschaft: Xiaoju bekam mit, wie wütende Arbeiter dort Maschinen beschlagnahmten. Und bei einigen Fabriken,



sagt sie, hätten die Arbeiter sogar Schlägertrupps organisiert, um ihre ausstehenden Löhne einzutreiben.

Doch das blieben bisher Einzelfälle, die Gefeuerten nehmen die Krise höchstens persönlich, nicht politisch. Auch für die „kleine Chrysantheme“ ist die Regierung in Peking weit weg, sie erhofft sich nichts von den Führern, und sie wirft ihnen auch nichts vor. „Für die Krise kann ja keiner etwas“, sagt sie, als spräche sie von einer Naturkatastrophe, „sie trifft alle gleich.“

Xiaoju blickt jetzt gebannt aus dem Zugfenster auf die abgeernteten Äcker, sie nähert sich der Heimat. Andere Wanderarbeiter packen schon ihre Sachen zusammen, bald sind sie bei ihren Familien, wo sie zumindest zu essen haben und ein Dach über dem Kopf. So zerstreut sich das Unruhepotential der Wanderarbeiter weitflächig auf die Dörfer.

Der Zug hält in Hengyang, einer Industriestadt von über sieben Millionen Einwohnern. Von hier braucht Xiaoju noch anderthalb Stunden mit dem Minibus in ihr Dorf. Über der bergigen Landschaft wabert beißender Smog von den Abgasen der Stahlwerke und zahllosen Feuern, mit denen die Bauern ihre Felder abbrennen.

Xiaoju stört der Gestank nicht, er erinnert sie an ihre Schulzeit. Gern wäre sie auf die Oberschule gegangen, doch dafür fehlte der Familie das Geld. „Vielleicht könnte ich jetzt noch etwas lernen“, überlegt sie, „um einen besseren Job zu bekommen.“ Sofort schüttelt sie den Kopf: „Ginge ich wieder zur Schule, müsste mein Vater noch härter arbeiten.“

Je näher sie ihrem Dorf kommt, desto unsicherer erscheint Xiaoju ihre Zukunft. Vielleicht wird ihr Vater sie drängen, in die Armee zu gehen, dort dient schon ein Verwandter, es wäre ein sicherer Job. Nur: Xiaoju graust es vor militärischem Drill.

Um zum Haus ihres Großvaters zu gelangen, muss Xiaoju einen engen Pfad hinaufklettern. Mit dem Handy leuchtet sie sich den Weg: Es ist dunkel, viele Häuser stehen leer, ihre Besitzer sind auch als Wanderarbeiter in die Städte gezogen.

Xiaoju stößt die Holztür auf, begrüßt den Großvater. Es hat sich nichts verändert, die nackte Glühbirne, die von der Decke hängt, das große Bett, der Lehmfußboden und das einzige Symbol des Fortschritts: der ununterbrochen laufende Fernseher.

Sie wechseln nur wenige Worte, Xiaoju ist noch nicht ganz angekommen, sie muss jetzt erst mit dem Handy eine Reihe von SMS schicken, nach Guangzhou, an ihre bisherigen Kolleginnen in der Weltfabrik.

Die „kleine Chrysantheme“ kann sich nicht vorstellen, dass die Krise lange dauert und dass sie ewig hier ausharren muss. „Es gibt so viele Fabriken in China“, sagt sie, „die müssen ja irgendwann wieder anfangen, ihre Waren herzustellen.“

WIELAND WAGNER

TV-MANAGER

„Profil schärfen“



PERSCH / A-WAY

Der SWR-Intendant und neue ARD-Vorsitzende Peter Boudgoust, 54, über die Ziele seiner zweijährigen Amtszeit

SPIEGEL: Sie gelten als Intendant, der das öffentlich-rechtliche Profil stärken möchte. Vor ein paar Wochen haben die Chefredakteure einhellig einen „Brennpunkt“ zu den Anschlägen in Mumbai gefordert, der dann aber der „Bambi“-Übertragung zum Opfer fiel.

Boudgoust: Ich selbst hätte einen „Brennpunkt“ auch gut gefunden, aber die „Tagesschau“ wurde an dem Tag wegen der Ereignisse in Indien um fünf Minuten verlängert, und bei den technischen Zwängen einer Live-Übertragung und der Überziehungsgefahr hätten sich die „Tagesthemen“ mit neuen Bildern aus Mumbai noch weiter nach hinten verschoben. Darin einen Konflikt zwischen Information und Unterhaltung zu sehen wäre übertrieben. Wir werden gerade im Superwahljahr 2009 unser Profil als Informationssender schärfen.

SPIEGEL: Empfinden Sie die unterschiedlichen Anfangszeiten der „Tagesthemen“ als Ärgernis?

Boudgoust: Das ist ein Stachel im Fleisch des Ersten, deshalb werde ich mich dafür einsetzen, den Schmerz zu lindern. Mit dieser Meinung bin ich im Kreis der Intendantinnen und Intendanten auch nicht allein. Eine Entscheidung muss aber nicht zwingend in den ersten Wochen fallen.

SPIEGEL: Die Intendanten treffen sich im Februar auf Ihre Initiative hin zu einer Programmtagung, auf der auch dieses Thema entschieden werden soll.

Boudgoust: Wir müssen dort keinen Beschluss fassen, werden uns aber intensiv mit dem Für und Wider der verschiedenen Alternativen beschäftigen. Jede Programmverschiebung hat ihre Risiken. Ich bin jedoch dafür, ruhig etwas experimentierfreudiger zu sein.

SPIEGEL: Das heißt?

Boudgoust: Wir müssen uns trauen, die festen Strukturen unseres Programms auch mal aufzubrechen – und sollten dann auch gelassen reagieren, wenn es nicht gleich optimal läuft.

SPIEGEL: Sind Sie froh, dass Sie die Gebührenerhöhung auf 17,98 Euro noch vor der Wirtschaftskrise durchbekommen haben?

Boudgoust: Die Anpassung liegt unter der erwarteten Inflationsrate und der medienspezifischen Teuerungsrate. Am Sparen kommen wir auch in Zukunft nicht vorbei.



STEFAN WÖRRING

Precht, Heidenreich

INTERNET

Heidenreich muss kämpfen

Elke Heidenreichs einstiges TV-Format „Lesen!“ stößt auf allenfalls verhaltenes Interesse, seit es ins Internet umzog. Die erste Online-Ausgabe des Literaturredakteurs mit Tote-Hosen-Sänger Campino als Gast klickten zwar nach Angaben des Betreibers litcolony.de immerhin noch knapp 158 000 Zuschauer an. Die zweite Ausgabe – mit dem Philosophen Richard David Precht – kam jedoch auch nach zwei Wochen nur auf eine Zuschauerzahl von 63 000. Ob die Neugierigen die 30-Minuten-Sendung komplett abrufen oder nach wenigen Minuten wegwlicken, sei an den Zahlen nicht erkennbar, so litcolony-Geschäftsführer Rainer Osnowski. Wenig genutzt wird nach seinen Angaben bisher die Buchbestellfunktion auf der

Seite der Heidenreich-Show: „Wir sind den Leuten noch nicht so vertraut, dass sie uns gleich ihre Kreditkartennummer geben würden.“ Heidenreichs TV-Sendung erreichte zuletzt durchschnittlich eine Million Zuschauer und galt auch als Vermarktungsmotor der Buchbranche. Die Moderatorin hatte das ZDF nach der Übertragung des trostlosen Deutschen Fernsehpreises scharf angegriffen und für sich selbst einen besseren Sendeplatz gefordert: „Man schämt sich, in so einem Sender überhaupt noch zu arbeiten.“ Daraufhin hatte das ZDF die Zusammenarbeit aufgekündigt. Seither arbeiten die Mainzer an einem Nachfolgeformat. Ein neuer Moderator wurde bislang nicht verkündet.

VERLAGE

„FAZ“ startet Finanzportal

Die „Frankfurter Allgemeine“ versucht sich an einem neuen Geschäftsmodell für ihren Online-Auftritt. Zu Bannerwerbung und einem Stellenportal soll in Kürze ein „FAZ“-Finanzportal als weitere Einnahmequelle hinzukommen. Online-Nutzer sollen auf der Plattform ihre Vermögensanlage verwalten und analysieren,

Banken ihre Finanzprodukte bewerben. Für „FAZ“-Geschäftsführer Tobias Trevisan ist das Portal ein strategischer Schritt: „Der Verkauf von Bannerwerbung allein reicht wohl kaum aus, um Online-Auftritte von Zeitungen zu einem attraktiven Geschäft zu entwickeln.“ Redaktioneller und werblicher Teil blieben jedoch strikt getrennt. Nebeneffekt: Mit der Software, die die „FAZ“ für ihren eigenen Auftritt entwickelt hat, soll sie bis zum Sommer ein neues Börsenportal für die Deutsche-Telekom-Tochter T-Online aufbauen.

TV-Vorschau

Gonger. Das Böse vergisst nie

Montag, 20.15 Uhr, ProSieben

Obacht vor wässrigen Fußspuren unbekannter Herkunft: Die hinterlässt der „Gonger“, ein wiedergekehrter Ertrunkener, wenn er des Nachts Sylter Schlafzimmer heimsucht. In der norddeutschen Sage möchte der Geist bloß ein bisschen Aufmerksamkeit, aber bei ProSieben murkst er nach und nach die Enkel derjenigen ab, die ihn einst im Watt zurückließen. Dabei wird jedes Horrorfilmklischee zelebriert, und die Teenager finden auch dann noch Zeit zum Sex, wenn sie ein schleimiger Untoter verfolgt. In der Rolle des Kommissars, der nicht an den Gonger glauben mag, ist Ärzte-Schlagzeuger Bela B. zu sehen.

Die Rebellin

Montag, 20.15 Uhr, ZDF

Die Nachkriegszeit – was wäre das deutsche Fernsehen ohne sie, ohne die tapferen Frauen, die armen Flüchtlinge, die Nylons, die Amis, die unverbesserlichen Nazis. Dieser Dreiteiler (Fortsetzung: Mittwoch und Sonntag) erzählt vom Aufstieg einer jungen Flüchtlingsfrau (Alexandra Neldel) zur Radio- und Fernsehfabrikantin. Komplizierte Liebe, gute, törichte Mutti (Saskia Vester), natternhafte Wirtschaftsmogule (Friedrich von Thun, Vadim Glowna)



JERI HANZL

und ein Mädchen (Anna Fischer), das in biedersinniger Zeit den Aufstieg zum Starlet schafft. Man meint als Zuschauer, das alles schon irgendwo anders gesehen zu haben (Buch: Christian Jeltsch, Monika Peetz; Regie: Ute Wieland) – und besser dazu. Es fehlt der Stachel der Bitterkeit, der Funken Originalität.

Bloch: Schattenkind

Mittwoch, 20.15 Uhr, ARD

Das Gesetz über Organtransplantation schreibt vor, dass Spender vor einer Übertragung psychologisch begutachtet werden müssen: Man will rein kommerzielle Interessen oder auf Zwang beruhende Beweggründe ausschließen. Dieser ausgezeichnete Spielfilm (Buch: Silke Zertz, Regie: Christoph Stark) aus der Reihe mit dem Psychologen Bloch (Dieter Pfaff) macht deutlich,

warum eine Beurteilung der seelischen Befindlichkeit so wichtig ist. Zunächst sieht es wie eine ethische Selbstverständlichkeit aus, dass der gesunde Lasse (sensationell: Florian Bartholomäi) seinem Zwillingenbruder Lukas (auch ihn spielt Bartholomäi) Teile seiner Leber überlässt, um ihn vor dem Tod zu bewahren. Doch während der psychologischen Untersuchung scheint ein tragischer innerfamiliärer Konflikt auf: Der Gesunde fühlt sich als von der Mutter (Anke Sevenich) benachteiligtes Schattenkind – und als Organlager für den Kranken.

Story of Math

Samstag, 9.10 + 19.10 Uhr, BBC World News

Mit Superlativen mag Marcus de Sautoy nicht sparen: Mathematik sei die Sprache, „mit der das Universum geschrieben ist“, der „Dreh- und Angelpunkt menschlicher Existenz“. Und wer die vierteilige Dokumentation der BBC sieht (weitere Sendetermine: 17., 24. und 31. Januar), beginnt zu erahnen, was der Mathematiker von der University of Oxford meint. Auf faszinierende Weise verknüpft Sautoy die reale Welt mit der hohen Rechenkunst, führt leichtfüßig durch Länder, Kulturen und Jahrhunderte. Ob er in China die Mathematik des Harems erläutert oder in Göttingen auf den Spuren von Carl Friedrich Gauß wandelt: Immer gelingt es Sautoy, die Theoreme und Formeln zu erden und die mal schrulligen, mal tragisch umflorten Mathe-Asse der Menschheitsgeschichte fast liebevoll zu porträtieren. Die Riemann-Hypothese wird nicht lösen, wer sich „Story of Math“ ansieht. Doch wird auch für den Laien die Lust an der Zahl erlebbar.

TV-Rückblick

Marschbefehl nach Bagdad

4. Januar, ARD

Der Irak-Krieg als Routine des Schreckens. Der Autor dieser Dokumentation, Ashwin Raman, ließ die Bilder sprechen, die ungeschönt die physischen und psychischen Anstrengungen der jungen Soldaten in der 1. US-Panzerdivision zeigten. Zu sehen waren das Training in Deutschland, bei dem mit scharfer Munition geschossen wird, der Drill und die gnadenlose Bestrafung derer, die nicht mithalten können. Zu sehen war auch die Furcht vor der langen Trennung, die den Soldatenfrauen ins Gesicht geschrieben stand – von Hurra-Patriotismus keine Spur. Als es dann im Irak zwei Soldaten erwischte, war die Kamera bei der Trauerfeier

dabei, den harten Männern liefen die Tränen herunter. Den Sinn ihres Einsatzes vermochten die Soldaten nicht zu begreifen. Es galt in der Wirklichkeit des Krieges nur das, was ein Offizier zuvor während der Ausbildung gelehrt hatte: „Verlasst euch auf euren Instinkt.“ Und: „Wer früher schießt, lebt länger.“



Szene aus „Marschbefehl nach Bagdad“



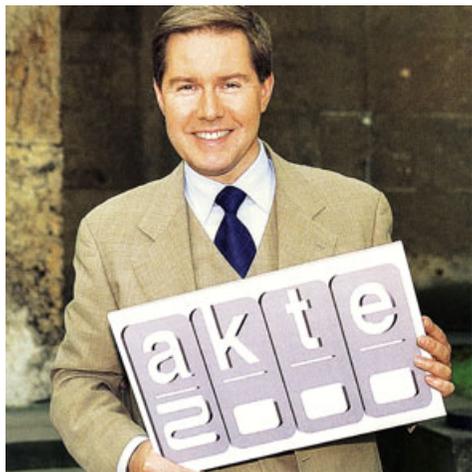
„Der heiße Stuhl“ mit Gast Angela Merkel (1993)



„Tutti Frutti“ mit Hugo Egon Balder (1990)



„Schreinemakers“ (1994)



„Akte 2000“ mit Moderator Ulrich Meyer (2000)



„Harald Schmidt Show“ (2003)



„Alarm für Cobra 11 – Die Autobahnpolizei“ (2006)

PRIVATFERNSEHEN

Es bewegt uns noch

Das deutsche Privatfernsehen feiert seinen 25. Geburtstag. Und nicht alles war seither grauenvoll. Viele Formate setzten langfristige Akzente – im Guten wie im Schlechten.

Vor 25 Jahren begann nach langem politischen Hickhack ein ganz besonderes Zeitalter in Deutschland – die Ära des Privatfernsehens. Ein paar versprengte Ludwigshafener Kabel-Haushalte waren die ersten, die schon am Neujahrstag 1984 ab 9.58 Uhr das Programm des damaligen Sat.1-Vorläufers PKS empfangen konnten. Tags darauf startete RTL. Bis zur flächendeckenden Versorgung der Republik mit bonbonfarbener Unterhaltung verging dann allerdings noch einige Zeit.

Aus den dilettantischen Hinterhof-Angreifern wurden zwei große Fernsehkonzerne mit Milliardenumsätzen. Die RTL-Familie gehört heute weitgehend dem Gütersloher Bertelsmann-Konzern. Die Mehrheit am Rivalen ProSiebenSat.1 ist im

Besitz von zwei Finanzinvestoren, die dem Senderverbund Milliarden schulden aufgebürdet haben.

Und auch wenn bereits 1979 der damalige Bundeskanzler Helmut Schmidt befand, kommerzielles Fernsehen sei „gefährlicher als Kernenergie“, muss man mittlerweile doch feststellen: Es war nicht alles schlecht in diesem Vierteljahrhundert.

Vieles hielt (oder hält) sich in dem angeblich so atemlosen Kommerz-TV erstaunlich lange, manches schon seit 10, 15 oder gar mehr als 20 Jahren. Einige Formate haben immerhin Debatten ausgelöst, die es wert waren.

Daher nun: ein Rückblick auf 25 Jahre in willkürlich ausgewählten Kapiteln – und ein Nachtrag.

Die Werbspause war die wahrscheinlich wichtigste Errungenschaft des Privatfernsehens schlechthin. Wann hat man eigentlich früher, als Programmchefs noch nicht das seichte Meer rund um die Reklameinseln füllen mussten, Bier geholt, das Klo besucht oder zur Konkurrenz gezappt?

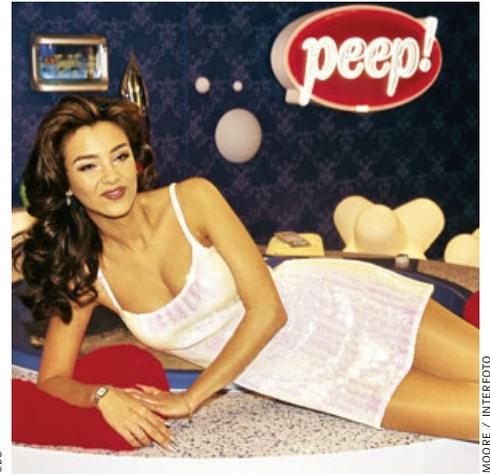
„Explosiv“ (RTL, seit 25. September 1987) brachte den Rot- und Blaulicht-Boulevard ins TV mit Geschichten über „Kinder in Ketten“ oder „Der Blutbauer vom Spesart“: Barbara Eligmann kündigte anfangs die Fünf-Minuten-Dramen von Suff bis Missbrauch mit eisigem Augenfunkeln an. Der Blutdurst der ersten Jahre ist gestillt, die Riege der Boulevardmagazine aus den großen Sendern nicht mehr wegzudenken.



„ran“ mit Moderator Reinhold Beckmann (1992)



„Hans Meiser“ mit Gast Helge Schneider (1999)



„Peep!“ mit Verona Feldbusch (1998)



„Wer wird Millionär?“ mit Günther Jauch (2003)



„Big Brother“ (2000)



„Ich bin ein Star – Holt mich hier raus!“ (2008)

„Der heiße Stuhl“ (RTL, 5. Januar 1989 bis 11. Juli 1994) war die Gladiatorenarena des Privatfernsehens – und das Gegenteil von feinnervigen Debatten, wie wir sie heute etwa bei Anne Will ertragen müssen. Es gewannen nicht die besseren Argumente, sondern die lautere Stimme, der dümmere Witz oder die härtere Provokation. Im Prinzip sind selbst Michel Friedman oder die heutige ARD-Talk-Waffe Frank Plasberg Adepten jenes Krawalls der frühen Jahre.

„Tutti Frutti“ (RTL, 21. Januar 1990 bis 21. Februar 1993) brachte dreierlei ins Fernsehen: 1. den Schmuddelsex unbedarft herumhoppelnder Schulabbrecherinnen, die sich gelegentlich die BHs vom Leib schälen mussten (was immer noch besser aussah als die Wiederholungen uralter Kinokonservern wie „Liebesgrüße aus der Lederhose“, mit der weiland Quote gemacht werden sollte), 2. Hugo Egon Balder, der bis heute ähnliches Fernsehen macht, das jetzt nur anders heißt, etwa „Peng! Die Westernshow“, und 3. die Erkenntnis, dass Spielregeln für den Unterhaltungswert einer Sendung völlig unwichtig sind.

„Mini Playback Show“ (RTL, 31. Dezember 1990 bis 4. Dezember 1998), quasi die Blaupause vieler späterer Castingshows. In die-

sem Fall wurden bevorzugt die Blagen karrieregeiler Problemfamilien als Perverser-Onkel-Traum lolitaesk bemalt und von Marijke Amado präsentiert, die uns zudem neben Linda de Mol suggerierte, dass seichte Unterhaltung oft irgendwas mit Holland zu tun hat.

„Gute Zeiten, schlechte Zeiten“ (RTL, seit 11. Mai 1992) sorgt seit über 16 Jahren als Mutter aller täglichen Seifenopern wenigstens dafür, dass viele hundert Jugendliche nicht direkt von der Hauptschulbank in die Arbeitslosigkeit geschlittert sind, sondern als Laiendarsteller eine gewisse finanzielle Unabhängigkeit von staatlichen Leistungen erreicht haben. „GZSZ“ ist Fließbandware aus der Fernsehfabrik und erfüllt die drei wichtigsten Ziele des Privatfernsehens perfekt: Sei harmlos und billig zu produzieren! Schaffe das geeignete Umfeld für die werbetreibende Wirtschaft! Bring Geld!

„Schreinemakers“ (1992 bis 1996: Sat.1, 1997: RTL) war mal ein ganz großes Ding im hiesigen Fernsehen. Mit ihrer wöchentlichen Mischung aus Boulevard, Hokuspokus, Medizin und viel Herzschmerzschicksal wurde Margarethe Schreinemakers zur „Mutter Teresa des Fernsehens“ („Bun-

te“), hielt sich zwischendurch mal für eine passable Kanzlerkandidatin und demonstrierte sich selbst, als sie ihren Streit mit dem Finanzamt zum Thema der eigenen Sendung machte. Seither geht's bergab, obwohl sie wahrscheinlich genug Geld hat, um in diesem Leben kein Fernsehen mehr machen zu müssen. Aber Schreinemakers, zuletzt gesichtet mit einer geflopten Call-in-Show auf Neun Live, gilt als TV-Rampensau, daher mittlerweile sogar Dschungelcamp-tauglich (siehe unten).

„ran“ (Sat.1, 14. August 1992 bis Mai 2003) hatte bisweilen mehr Interesse an den Spielerfrauen als am Fußball, formulierte aber Sportfernsehen neu als irgendwie jung, schnell, dynamisch. „ran“ verdanken wir so unterschiedliche TV-Gesichter wie Monica Lieberhaus, Johannes B. Kerner und Reinhold Beckmann. Selbst ZDF-„Sportstudio“ und ARD-„Sportschau“ sehen seither anders aus.

„Hans Meiser“ (RTL, 14. September 1992 bis 16. März 2001) schenkte der Nation die Perfektionierung der Nachmittags-Talkshow. Meiser markierte zunächst Glanz und später Elend jener Ära, als so ziemlich jeder Sender mit Fliegekiesbauerveraammittag zwischen 13 und 17 Uhr nur noch lap-

pern, nölen und keifen ließ, am Ende nicht mal mehr von authentischen Gästen, sondern gern auch mal von Schauspielern, die gesellschaftlich relevante Themen der Sorte „Du Mistkerl hast mich mit meinem Yorkshire-Mischling betrogen!“ debattierten.

„**Liebe Sünde**“ (Vox, ProSieben, 1993 bis 2000): Die Aufklärung erreichte 1781 in Deutschland mit Immanuel Kant und dessen „Kritik der reinen Vernunft“ einen Höhepunkt. Sie fand ihr Ende im 20. Jahrhundert mit einem gewissen Matthias Frings und Filmchen über Dildo-Trends, Fußfetischisten und Erotikmessen. Das Genre reichte von „Wa(h)re Liebe“ mit Lilo Wanders („Öffnet die Herzen, und herzt die Öffnungen“) bis zu „Peep!“, wo

„Switch“ (ProSieben, seit 27. Oktober 1997), dessen Parodien oft besser sind als die bizarren Originale.

„**Akte 95**“ bis „**Akte 08**“ (Sat.1, seit 4. Januar 1995) gilt absurderweise im Privatfernsehen schon als – Achtung, nicht lachen jetzt, ist aber wirklich so – „Informationsprogramm“. Ja, ja, da hält es keinen mehr am Stehpult, außer den ewigen Akte-Ordner Ulrich Meyer und seine blasierten Moderationssurrogate zu den üblichen Schmuddel-Boulevard-Storys.

„**Harald Schmidt Show**“ (Sat.1, 5. Dezember 1995 bis 23. Dezember 2003): Im Nachhinein mag man vieles verklären, aber das Witzigste, Aufregendste, Klügste und dabei (All)Täglichste, was Fernsehen in Deutsch-

lustige Sketche, vor allem aber das Riesentalent Michael „Bully“ Herbig, der aus den erfolgreichsten Gag-Ideen dann noch erfolgreicherer Kino machte („Der Schuh des Manitu“, „(T)Raumschiff Surprise“, „Lissi und der wilde Kaiser“).

„**Domino Day**“ (RTL, seit 28. August 1998): Kaum zu glauben: Seit zehn Jahren schauen viele Millionen Zuschauer alle zwölf Monate Abertausenden Klötzchen beim Umfallen zu. Okay: In vielen anderen Shows bewegt sich weit weniger.

„**Wer wird Millionär?**“ (RTL, seit 3. September 1999) dürfte vor allem Günther Jauch über all die Jahre zum Millionär gemacht haben, so unfassbar erfolgreich war diese eigentlich schlichte Reanimation des Quiz-



„Die Super Nanny“ mit Katharina Saalfrank (2005)



„Verliebt in Berlin“ (2005)



„Bauer sucht Frau“ (2008)

eine gewisse Verona Pooth (geb. Feldbusch und mal ein bisschen mit Dieter Bohlen verheiratet) ihre TV-Karriere startete. Heute herrscht tote Hose im Genre. Die Arbeit scheint getan.

Viva (seit 1. Dezember 1993): Im Kampf der Jugendsender ursprünglich als deutsche Stimme gegen das amerikanische MTV gedacht, heute Teil des US-Imperiums und auf dem besten Weg zur Abspulstation kaum synchronisierten Teenie-Gezänks zu werden sowie Heimstatt verhaltensauffälliger Jugendlicher, deren Dilettantismus man früher als Authentizität missverstand.

„**RTL Samstag Nacht**“ (1993 bis 1998) war zwar, wie so vieles, ein frecher Ideenklau, in diesem Fall beim US-Vorbild „Saturday Night Live“, aber für Comedy in Deutschland trotzdem so was wie ein Urknall. Leider bläht sich das Lustigkeitsuniversum seither immer weiter auf und hat an der Peripherie Monstrositäten erschaffen wie Mario Barth. Dennoch schimmern auch noch Fixsterne wie „Kalkofes Mattscheibe“ (ab 1994 bei Premiere, später ProSieben), auch wenn dort nur bewiesen wird, was die K.-Fans eh wissen: Fernsehen ist grottendoof. Weitauß filigraner arbeitet

land je zu bieten hatte, war Harald Schmidt als Late-Night-Talker, der dem Privatfernsehen im Übrigen noch eine wundervolle Debatte über dessen vermeintliches Unterschichtenpublikum schenkte. An dem spät-abendlichen Format sind sonst alle mehr oder weniger gescheitert – von Thomas Gottschalk (auf RTL) bis zu Anke Engelke (Sat.1). Schande über Sat.1, dass es Schmidt nicht hielt! Schande über die ARD, was sie aus ihm machte! Schande über Schmidt, der sich in der Rolle des müde gewordenen TV-Paten nun zu sehr gefällt.

„**Alarm für Cobra 11 – Die Autobahnpolizei**“ (seit 1996, RTL) startete als Blech-Porno für Auto-Freaks mit geschmissener Ausbildung, die auf Verkehrsunfälle im wahrsten Sinne des Wortes abfahren. Erstaunlicherweise werden mittlerweile sogar Geschichten erzählt rund um die immer noch obligaten zwei bis drei Riesencrashes pro Donnerstagsfolge. Inzwischen ist „Cobra 11“ einer der letzten Hoffnungsschimmer für Leute, die glauben, dass man mit deutschen TV-Produktionen auch Geld verdienen kann.

„**Bullyparade**“ (ProSieben, 1997 bis 2002) bescherte der Republik fünf Jahre lang viele

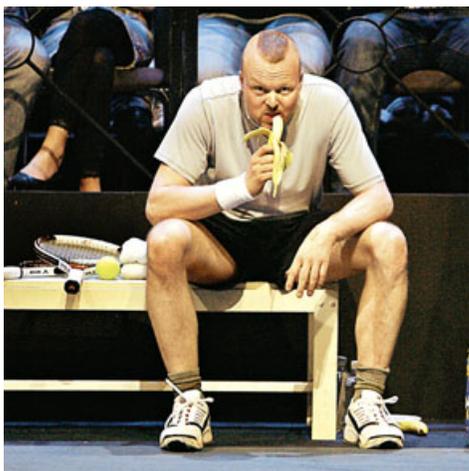
Genres, die Jauch zugleich zum Traum aller Mütter, Gymnasiallehrer und Intendanten werden ließ. Auch dieses Format wurde oft kopiert (unter anderem von der ARD mit Jörg Pilawa), aber nie erreicht, und bewies, dass selbst Kommerz-TV nettes und erfolgreiches Bildungsbürgerfernsehen hinkriegt.

„**Richterin Barbara Salesch**“ (seit 27. September 1999) – die Keimzelle der nachmittäglichen Gerichtsshow-Inflation. Zur besten Kinderstundenzzeit werden dort wie in den Justizirrtümern benachbarter Sender mittlerweile nur noch typische Fälle deutscher Kleinkriminalität verhandelt: von Inzest über religiöse Ritualmorde bis zu Gangbang-Massakern.

„**Big Brother**“ (RTL II, seit 28. Februar 2000) zeigte, dass man zum Fernsehmachen eigentlich gar nichts braucht außer einer Herde großflächig tätowierter Menschen, denen es im ganz realen Leben an Aufmerksamkeit fehlt, ein paar Container und diverse Kameras. Gerade startete – von der Öffentlichkeit allerdings eher unbemerkt – die neunte Staffel. Dennoch hat „BB“ das Genre des Reality-TV neu definiert.

Neun Live (seit 1. September 2001) hat die – bislang – unterste Schublade hiesigen Fernseherschaffens aufgerissen: ein kompletter Sender, der nur noch danach trachtet, seinen Zuschauern das Geld aus der Tasche zu ziehen. Mit marktschreierischen Hütchenspiel-Gigolos und sehr billigen Blondinen als Moderatorinnen, windigsten Gewinnspielen und nächtlichen Softpornos als Dekoration der Dauerwerbung für Telefonsex-Nummern. Der raffinierteste Trick war wahrscheinlich, diese Art von Abzocke anfangs noch als interaktives Mitmachfernsehen zu verkaufen.

„Deutschland sucht den Superstar“ (RTL, seit 2002) ist natürlich eine vielfache Lüge: Weder sucht Deutschland, sondern nur eine Schar überwiegend junger Menschen, die



JORG CARSTENSEN / PICTURE-ALLIANCE/ DPA

„Schlag den Raab“ (2007)

im Übrigen eher beim Suchen zugucken. Außerdem sind die meisten der bislang gekürten „Superstars“ nach wenigen Monaten wieder vergessen. Aber das ist alles egal, solange Dieter Bohlen hier den untalentierte Nachwuchs beleidigt und der untalentierte Nachwuchs im Gegenzug eine Restchance wittert, das eigene Leben nicht als arbeitsloser Webdesigner-Assistent fortzuführen.

„Ich bin ein Star – Holt mich hier raus!“ (RTL, seit 9. Januar 2004) war ein geniales Produkt, das aus dem Selbsthass der Fernsehmacher geboren sein muss. Prominente, die keine mehr sind, kämpfen um einen Titel, der nichts wert ist, im australischen Dschungel, der zwar versifft, aber ungefährlich ist, und verlieren den letzten Rest Würde. Wie bei „Big Brother“ ist Fernsehen auch hier erst dann ganz bei sich, wenn „Bild“ am nächsten Morgen verlogen fragt: „Darf das Fernsehen so weit gehen?“ Wie „Das perfekte Promi Dinner“ (Vox) ist das Dschungelcamp eines der letzten Abklingbecken verstrahlter Stars vor richtiger Arbeit.

„Die Super Nanny“ (RTL, seit 19. September 2004) alias Katharina Saalfrank war eine

der Ersten, die es wagte, uns mitzunehmen in den düsteren Alltag unter deutschen Dächern – in diesem Fall zwecks Kindererziehung der Sorte: „Jacqueline und Kevin, ihr geht jetzt sofort auf die stille Treppe!“ Nach Saalfrank machten sich Legionen von Schuldnerberatern, Lebenshelfern und Gartenbauern, Kochlehrern und Inneneinrichtern auf den Weg durch alle Sender und Zuschauerschichten.

„Verliebt in Berlin“ (Sat.1, 28. Februar 2005 bis 12. Oktober 2007): Telenovelas sind – intellektuell wie zeitlich – begrenzte Seifenoperen mit verlässlichem Happy End getreu dem Motto: Hässliches Moppel-Ich wird schöner Schwan. „ViB“ wurde oft kopiert, nie erreicht, nicht mal mehr vom Ur-Enten-Schwan Lisa Plenske alias Alexandra Neldel.

„Bauer sucht Frau“ (RTL, seit 2. Oktober 2005): Tja, was ist das nun? Die höhnische Zurschaustellung balzender Dorfdeppen, die mit ihren Hennen/Schweinen/Kühen besser klarkommen als mit den von RTL zwecks Paarung angekarteten Frauen? Oder ist das Format doch die melancholisch-sensible Dokumentation rauer Provinzschicksale? Sat.1 hat die Brautschau schon mit Landadligen versucht; mit weiteren Kuppelshows, vielleicht für katholische Stadtpfarrer, Fahrlehrer oder Urologen, ist zu rechnen.

„Schlag den Raab“ (ProSieben, seit 23. September 2006) zeigt, zu welchen Innovationen dieses komisch-dooof-wild-durchrationalisierte und von Investoren gemolkenkommerzversessene Privatfernsehen trotz allem noch fähig ist. Stefan Raab tritt alle paar Monate in etlichen lustigen Spielen bis spät in die Nacht gegen einen von den Zuschauern auserkorenen Kandidaten an. Es geht um viel Geld, wahnsinnig viel Sendezeit – und um deutlich mehr Originalität, als Fernsehkritiker der Branche noch zutrauen. Und siehe: Es bewegt uns noch.

PS: Die „werberelevante Zielgruppe“ war die größte Innovationslüge der Privat-TV-Macher überhaupt. Bei ihrer Suche nach Zahlen, mit denen sie sich der Reklamewirtschaft schmackhaft machen konnten, fanden damalige Programmchefs, allen voran RTL-Boss Helmut Thoma, heraus, dass ihre Sender die meisten Fans bei den 14- bis 49-Jährigen hatten. Diese Klientel musste nur noch als besonders solvent etikettiert werden, schon konnte das Spiel um die Werbemillionen beginnen. Natürlich weiß man spätestens seit der demografische Wandel Realität wird, dass hierzulande noch ganz andere Bevölkerungsgruppen übers Geld verfügen. Der Schimäre der „werberelevanten Zielgruppe“ konnte das bisher nicht viel anhaben.

MARKUS BRAUCK, ISABELL HÜLSEN,
THOMAS TUMA



Regierungssoldaten in Mogadishu



Jussuf

SOMALIA

Angst vor der Anarchie

Am Ende hielt er dem Druck der afrikanischen Nachbarn wie der internationalen Gemeinschaft nicht mehr stand – und trat zurück. Abdullahi Jussuf Ahmed, nach eigener Aussage 74, vermutlich aber älter, war vier Jahre lang Präsident. Unter schwierigen Umständen im benachbarten Kenia gewählt und vor zwei Jahren unter dem Schutz äthiopischer Truppen nach Mogadishu zurückgekehrt, hatte Jussuf einen möglichen Friedensprozess zuletzt nur noch blockiert. Die Geberstaaten erhöhten den Druck, Kenia drohte, ihn und seine Familie zu unerwünschten Personen zu erklären, und selbst das somalische Parlament entzog ihm das Vertrauen. Sein Versuch, den gemäßigten Premier Nur Hassan Hussein zum Rücktritt zu zwingen und durch einen Mann seines Vertrauens zu ersetzen, scheiterte. Gleich nach seinem Rücktritt vorige Woche zog sich Jussuf mit über hundert Kämpfern in die autonome Region Puntland zurück. In der heutigen Hochburg der Piraten war er einst als gefürchteter Warlord zu Hause.

Nun muss das Parlament in Baidoa innerhalb von 30 Tagen einen neuen Präsidenten wählen. Das könnte die Chance sein,

mit einem gemäßigt islamistischen Kandidaten das in Clans und Machtgruppen zerfallene Land wenigstens teilweise wieder zu einen. Wahrscheinlicher allerdings ist ein Szenario zunehmender Anarchie. Gemäßigte Islamisten und militante Kommandos der Schabab, denen die USA Verbindungen zu al-Qaida nachsagen, kämpfen schon jetzt in verschiedenen Regionen um Herrschaft und Einfluss. Außerdem dürfte ein Machtvakuum entstehen, wenn sich die äthiopischen Truppen in diesen Tagen zurückziehen und nicht sofort durch Soldaten der Afrikanischen Union (AU) ersetzt werden können. Eine schnelle Entsendung von zusätzlichen 2500 Uniformierten aus Nigeria, Burundi und Uganda scheitert wohl an „finanziellen und logistischen Problemen“, so meldete die AU.

Die Lage für die somalische Bevölkerung ist dramatisch. Laut Welternährungsprogramm sind inzwischen 3,1 Millionen auf Nahrungsmittelhilfe angewiesen und damit vermutlich etwa 40 Prozent der noch im Lande lebenden Menschen. Ein Viertel der Kinder stirbt mit weniger als fünf Jahren, die durchschnittliche Lebenserwartung ist auf 46,2 Jahre gesunken.

USA

Stotternde Favoritin

Die Eloquenz ihres Vaters John F. Kennedy hat Caroline, 51, offenbar nicht geerbt. Anders als bei ihren umjubelten Wahlkampfauftritten für Barack Obama tappt sie auf dem Weg zur Bewerbung um den New Yorker Senatorenposten von Fettnapf zu Fettnapf. Eine Welle von Häme und Spott ergießt sich seit Tagen über die Kennedy-Tochter, manche Kommentatoren verglichen sie bereits mit der gescheiterten Vizepräsidentenskandidatin der Republikaner, Sarah Palin. Selbst demokrati-

sche Parteifreunde sind entsetzt. Verstotterte Interviews, eine verunglückte Werbetour durch den US-Bundesstaat New York, bei der Kennedy simple Fragen nicht beantwortete, und ihre Weigerung, in vielen politischen Sachfragen Stellung zu beziehen, sorgen für Kopfschütteln. Im Interview mit der „New York Times“ verwendete Kennedy die rhetorische Floskel „wissen Sie“ rund 140-mal. Auf die wenig überraschende Frage nach den Gründen für ihre Kandidatur sagte sie etwa: „Wissen Sie, ich glaube, wirklich, ähm,



CHITOSE SUZUKI/AP

Caroline Kennedy

dies ist eine Art einzigartiger Moment, sowohl in, wissen Sie, der Geschichte unseres Landes und in, wissen Sie, meinem eigenen Leben, und, wissen Sie,

wir stehen vor, wissen Sie, unglaublichen Herausforderungen.“ Trotzdem gilt die Juristin weiter als Favoritin für den Senatssitz, den Hillary Clinton nach ihrer Ernennung zur Außenministerin freimacht. Caroline Kennedy hat die Fürsprache des einflussreichen New Yorker Bürgermeisters Michael Bloomberg sowie wichtiger New Yorker Parlamentarier.

TERRORISMUS

Tränengeld für Djerba?

Die Bilder sind entlarvend, sie zeigen den mutmaßlichen Terroristen Christian Ganczarski Seite an Seite mit Osama Bin Laden. In einer anderen Sequenz ist der zum Islam konvertierte Deutsche in der Nähe des Terrorpiloten Mohammed Atta zu sehen, ebenfalls anwesend ist Ramzi Binalshibh, einer der Drahtzieher der Anschläge auf das World Trade Center 2001. Später lesen Atta und einer der anderen Todespiloten, Ziad Jarrah, offenbar ihr Testament vor. Das Video wurde im Januar 2000 gedreht, im Qaida-Camp Tarnak Farm nahe Kandahar in Afghanistan. Jetzt zählt es zu den wichtigsten Beweismitteln im Prozess um das Attentat auf Djerba, der diese Woche in Paris beginnt. Bei dem Selbstmordanschlag auf die Ghriba-Synagoge der tunesischen Ferieninsel am 11. April 2002 wurden 21 Menschen getötet, darunter 14 deutsche Urlauber. Angeklagt sind neben Walid Nawar, dem



Ganczarski

Bruder des Attentäters, der logistische Hilfe geleistet haben soll, auch Ganczarski sowie Chalid Scheich Mohammed, der als Chefplaner der Anschläge vom 11. September gilt. Gegen den Scheich, der in Guantanamo inhaftiert ist, wird in Abwesenheit verhandelt.

Minutiös sind in der Anklageschrift unter anderem jene Telefongespräche aufgelistet, die Attentäter Nizar Nawar am Morgen des 11. April führte. So sprach er um 6.18 Uhr genau 97 Sekunden lang mit Ganczarski in Duisburg und erbat dessen Segen – die Ermittler glauben, für die bevorstehende Tat. Danach wählte der Tunesier die Nummer 00 92 300 217 33 91 – damals der Anschluss von Chalid Scheich Mohammed in Pakistan. Kurze Zeit später jagte er vor der Synagoge einen mit 5000 Liter Flüssiggas beladenen Lastwagen in die Luft. Ganczarski, 42, ein gebürtiger Pole, der 1975 ins Ruhrgebiet übergesiedelt ist, wurde im Juni 2003 in Paris festgenommen. Zuvor hatte der damalige deutsche Generalbundesanwalt

Kay Nehm einen Haftbefehl wegen mangelnder Beweise abgelehnt. Ganczarski soll enge Kontakte zu Bin Laden unterhalten haben – insgesamt sechsmal war er zwischen September 1999 und Dezember 2001 in Afghanistan. „Wir hof-



Zerstörte Synagoge auf Djerba (2002)

fen, dass er eine lebenslange Strafe bekommt“, sagt die Pariser Anwältin Judith Adam-Caumeil, sie vertritt viele Familien der deutschen Opfer. Die Juristin will umfangreiche Entschädigungsansprüche durchsetzen. Das französische Recht kennt dafür außer dem auch in Deutschland üblichen Schadensersatz das sogenannte Tränengeld („prix des larmes“) – es wird für einen „moralischen Schaden“ wie den Verlust eines Lebenspartners gezahlt. Ganczarski sieht die Lage ganz anders. In einem Schreiben vom 30. Dezember bat er

BANGLADESCH

„Die Wahl stimmt zuversichtlich“

Alexander Graf Lambsdorff, 42, FDP-Europaabgeordneter und Leiter der EU-Wahlbeobachtungsmission, über die Lage nach dem Regierungswechsel

SPIEGEL: Oppositionsführerin Scheich Hasina hat die Wahlen überraschend deutlich gewonnen und 90 Prozent der Parlamentssitze erobert. Was macht Sie so sicher, dass bei der Abstimmung alles mit rechten Dingen zugegangen ist?

Lambsdorff: Wir waren am Wahltag in etwa 650 Wahllokalen im ganzen Land und konnten keine Unregelmäßigkeiten feststellen. Wir haben auch das Auszählen begleitet und die Veröffentlichung des Ergebnisses durch die Wahlkommission. Es spiegelt den Wechselwillen der Bevölkerung wider, aber auch die Regeln des britischen Mehrheitswahlrechts: Dann gewinnt eben bei einem Ergebnis von etwa 55 zu 45 Prozent die Siegerin 262 Sitze, und die ge-

rade mal verbleibenden 38 verteilen sich auf die anderen Parteien. Unter deutschen Verhältnissen ist das nicht vorstellbar.

SPIEGEL: Vor dem Urnengang wurden die Wählerlisten überarbeitet und Mil-

lionen Namen gestrichen oder ergänzt. Muss das nicht skeptisch stimmen?

Lambsdorff: Ganz im Gegenteil. Das Wählerverzeichnis ist besser als das in Deutschland, England oder jedem anderen Land, denn von jedem Wahlberechtigten ist ein Passfoto dabei. Das ist ein Verdienst der zweijährigen Übergangsregierung, die von Haus zu Haus gegangen ist und die Wählerliste völlig neu erarbeitet hat. Beim letzten Versuch gab es noch über 13 Millionen tote Seelen in den Listen und die Gefahr von Mehrfachabstimmungen.

SPIEGEL: Hasina und ihre Vorgängerin Khaleda Zia beherrschen das Land seit fast 20 Jahren, gleichzeitig lähmt die Feindschaft zwischen beiden jede Entwicklung. Gibt es Aussicht auf Besserung?

Lambsdorff: Jüngste Meldungen, wonach sich Zia mit dem Ergebnis abgefunden habe, stimmen zuversichtlich. Und Hasinas erste Äußerungen lassen hoffen, dass sie eine Einbindung der Opposition anstrebt und ihr auch politischen Spielraum lässt.



Lambsdorff, Wählerinnen in Dhaka

DISHAKAVAN CHOWDHURY / AFP

RUSSLAND

Aus für Gastarbeiter

Es war die Neujahrsnacht, und trotzdem saßen Tausende nicht zu Hause oder bei Freunden, sondern in der Moskauer Metro. Dort war es immerhin warm – vielen aus dem Riesenheer der Gastarbeiter war kein anderer Platz für den Jahreswechsel geblieben. Seit die internationale Finanzkrise auch Russland erreicht hat, wird die Situation der bis zu 20 Millionen Gastarbeiter aus Zentralasien, Moldawien oder der Ukraine immer dramatischer. Hunderttausende wurde gekündigt, sie sollen nun zurückkehren, Hunderttausende warten aber auch auf ihre Löhne. Vielen fehlt das Geld, um nach Hause zu fahren. In der Millionenstadt Jekaterinburg im Ural blockierten Gastarbeiter mehrere Tage lang die Bauarbeiten an einem Wohnhaus und forderten die Zahlung ausstehender Löhne. „Immer mehr Unternehmern dient die Krise als Vorwand, ihre Arbeitsklaven noch schamloser auszubeuten“, sagt Gawchar Dschurajewa von der Moskauer Bürgerrechtsorganisation „Migration und Recht“.

Russland ist neben den USA das Land mit der höchsten Zahl an Arbeitsmigranten – allein in der Baubranche waren vor der Krise 6,5 Millionen be-

schäftigt. Sie kamen vor allem aus armen zentralasiatischen Staaten wie Tadschikistan und Usbekistan; dort aber fehlt nun das Geld, das sie bislang ihren Familien schickten. Die Transferleistungen von Gastarbeitern nach Tadschikistan seien höher als der Staatshaushalt des Landes, so Konstantin Romodanowski, Leiter des russischen Föderalen Migrationsdienstes – doch das ist nun wohl Vergangenheit: Dieses Jahr will Moskau bestenfalls noch zwei Millionen arbeitssuchende Nachbarn ins Land lassen. In der russischen Bevölkerung wächst die Ablehnung ihnen gegenüber. In einer Umfrage fordern 51 Prozent, die „Einreise maximal einzuschränken, weil die Gastarbeiter den Russen Arbeitsplätze wegnehmen und die Kriminalität verschärfen“.



Abreisende Gastarbeiter in Moskau

Bundeskanzlerin Angela Merkel um „Unterstützung, Beistand und einen Prozessbeobachter“. Er sei „erschrocken und geschockt zugleich“ über die Anschläge von Djerba, behauptet Ganczarski und beteuert, er sei unschuldig. Sein französischer Anwalt Sébastien Bono kritisiert, dass der damalige Innenminister Nicolas Sarkozy bereits am 11. Juni 2003 vor dem Parlament erklärt habe, mit Ganczarski sei ein hochrangiger Kader von al-Qaida festgenommen worden, die Unschuldsvermutung für seinen Mandanten habe nicht gegolten.

SPIEGEL: Die Hauptdarsteller bleiben doch dieselben, was ist jetzt anders als früher?

Lambsdorff: Der korrekte und professionelle Ablauf der Wahl. Auch darf man nicht vergessen, dass beide Parteiführerinnen zwischenzeitlich im Gefängnis saßen ...

SPIEGEL: ... unter der Übergangsregierung, wegen zwielichtiger Machenschaften.

Lambsdorff: Das lässt sie künftig hoffentlich konstruktiver Politik machen.

SPIEGEL: Hasina und ihre Partei, die Awami-Liga, gelten als eher säkulare Kraft. Was erwartet Europa vom Machtwechsel?

Lambsdorff: Bangladesch ist für die EU interessant, weil es mit seinen 154 Millionen Menschen eine gemäßigte islamische Demokratie ist, mit dem Westen zusammenarbeitet und zur Stabilität in der Region beitragen kann. Hasina hat den Wahlsieg sofort genutzt, eine südasiatische Task Force gegen den Terrorismus vorzuschlagen, mit Indien und Pakistan. Das ist ein konstruktiver Schritt. Wir haben Interesse daran, dass sie dabei erfolgreich ist.

DÄNEMARK

Betrogenes Land

Als die Wirtschaftsprüfer von Ernst & Young den dänischen Firmenchef Stein Bagger, 41, gerade wegen seiner „innovativen Geschäftsideen“ zum „Unternehmer des Jahres 2008“ ausriefen, war der Skandal schon nicht mehr aufzuhalten. Es war der 27. November, Bagger bereits auf der Flucht über Dubai in die USA, und ein bislang beispielloser Wirtschaftskrimi kam ins Rollen. Rund eine Milliarde dänischer Kronen (135 Millionen Euro) soll der IT-Unternehmer mit Scheingeschäften, Tricks und Täuschungen erschwindelt haben. Er narrte Kunden wie Banken: Allein die Danske Bank soll über 50 Millionen Euro abschreiben müssen. Aber auch Ministerpräsident Anders Fogh Rasmussen fiel auf ihn herein: Noch im Februar nahm er den Hochstapler nach Indien

mit, um dort „dänische Wirtschaftsinteressen zu fördern“. Bagger habe „ganz Dänemark betrogen“, schrieb die „Politiken“. Inzwischen gibt es fast täglich neue Enthüllungen, Bagners Spur führt längst über die Landesgrenzen in europäische Nachbarländer. Die schwedische SEB etwa soll er um 50 Millionen Kronen erleichtert haben. Dabei gab es schon vor Jahren Hinweise, dass der smarte Geschäftsmann sich nicht nur mit Pomp und Luxus umgab, sondern auch mit zweifelhaften Geschäftsmethoden arbeitete. Die Kopenhagener „Amagerbank“ zeigte ihn 2003 wegen Verdachts auf Urkundenfälschung an, das Finanzamt stellte Ende 2007 die Hinterziehung von Mehrwertsteuern in Höhe von zehn Millionen Kronen fest. Im Gefängnis wurde Bagger jetzt von einem Häftling krankenhaushausreif geschlagen. „Wenn es euch gutgeht, war es das Ganze wert“, hatte er vorher seine Familie wissen lassen.



MICHAEL ALTESCHUL / SCANPIX / DPA

Bagger

Der Boss des Präsidenten

Am 20. Januar übernimmt ein schwarzes Paar aus Chicago das Weiße Haus. Mit Barack Obama zieht seine Frau ein, auch sie beladen mit Erwartungen, auch sie bereits ein Symbol. Wer ist Michelle Obama, welche Rolle hat sie und wie viel Macht?

Von Klaus Brinkbäumer

Sie saßen in einem Hotelzimmer in Downtown Chicago, als sie es begriffen, am Abend des 4. November. Der wuchtige Fernseher lief, die Töchter lagen müde übereinander, die Schwiegermutter war aus dem Zimmer gegangen, auf dem Bildschirm war natürlich er zu sehen. „The One“, wie sie ihn nennen. Wie so oft in den vergangenen 18 Monaten sah er sich selbst zu, und seine Frau sah ihn doppelt, dort auf dem Schirm und hier neben sich.

An diesem Abend stand da etwas Neues unter seinem Gesicht, da stand: „President elect Barack Obama“.

„Wow“, sagte Michelle, „du bist der gewählte 44. Präsident der Vereinigten Staaten. Was ist das für ein Land.“

Und er sagte endlich mal nichts auf dieser hässlich karierten Hotelcouch, er saß bloß da in seinem weißen Hemd, mit rosa-rot gestreifter Krawatte, und schwiag und staunte. Sie streckte ihre Hand aus, zog ihn zu sich; sie mussten dann aber los, sie fuhren hinüber zum Volk, und dann, auf der Bühne im Grant Park, vor 140 000 lachenden und weinenden Menschen, flüsterte sie: „Gut gemacht. Great job.“

Der Ritterschlag. Das größtmögliche Kompliment.

Sie standen jetzt zu viert auf der Bühne, der Vater Hand in Hand mit der kleinen Tochter, Natasha, 7, Kosename Sasha, die Mutter mit der Großen, Malia, 10. Und sie blickten hinab auf die Menge, und was sie sahen, war kollektive Verzückung. Ein amerikanischer Rausch.

Diese vier werden geliebt in den USA. Sie sind ein Symbol geworden lange vor dem Beginn der Präsidentschaft. Der politische Obama wird verehrt, das sind die Flitterwochen von Wählern und Wahlsieger, das wird enden. Diese vier aber? Die Obamas stehen für die glückliche Familie an und für sich und besonders in schwieriger Zeit, für Elternliebe auch, sie sagen der Welt: Alles ist möglich. *Yes, they can.*

Sie sind schwarz, und das ist wichtig. Vielleicht ist dies ja ihr wichtigster Auf-

trag: den Weißen Amerikas und schon auch den Schwarzen zu zeigen, wie selbstverständlich ein schwarzes Paar das Präsidentenpaar sein kann und trotzdem klug und charmant und glamourös. Selbstverständlichkeiten allesamt, aber das Image schwarzer Männer und Frauen ist in diesem Land immer noch ein anderes.

Wer so etwas diskutiert, handelt sich nahe an Klischees entlang, aber sind die immer falsch? Viele schwarze Männer verschwinden ja wirklich nach der Zeugung ihrer Kinder, viele tragen die Unterhose höher als die Jeans – Barack Obama kritisiert seine *Brothers* immer mal wieder dafür. Und wenn schwarze Frauen in Amerikas Medien erscheinen, so sagt es die

„Ich weiß jetzt“, sagt sie, „wann sich der Kampf lohnt.“

Diese beiden wirken wie ein erwachsenes Paar. Ernsthaft. Sie sehen aus, als respektierten sie einander, als seien hier nicht wieder zwei am Werk, die ein heiles Leben fürs Publikum vorführen und ein doppeltes leben; sondern zwei, die einander vertrauen und zusammen aufgebrochen sind, die USA zu verändern.

Es soll ja ein anderes Land werden, mindestens. Es soll regiert werden von Menschen, die halten, was sie versprechen. Es soll ein Land sein, das 2009 die Wirtschaftskrise besiegt und dann den Klimawandel. Weniger Feinde wollen die USA künftig haben und mehr Partner. Obamas USA sollen flink werden wie China, Menschen sollen telefonieren können, während sie Bahn fahren, sie sollen sich nicht mehr schämen müssen, wenn sie durch die Gänge New Yorker Flughäfen laufen. Obamas USA sollen eine moderne Gesellschaft werden.

Am 20. Januar wird er vereidigt. Sein stärkster Verbündeter wird eine Verbündete sein, sein bester Mann ist seine Frau.

Denn natürlich ist auch Michelle Obama eine politische Figur. Zusammen mit seinem Strategen David Axelrod hat sie seinen Wahlkampf gesteuert; sie trat in den Arenen der Politik auf, gab Interviews, hielt Reden. Obama nennt Michelle die „letzte Instanz“ bei allen Entscheidungen.

Ein modernes Paar, zweifellos.

Es stimmt schon auch, dass diese beiden wie so viele Paare lange um die Rollenverteilung innerhalb ihrer Familie gestritten haben. Wer leistet was, wer hat noch Zeit für sich, wer gibt und wer nimmt, wer kommt voran, weil der oder die andere zurücksteckt? Fragen sind das, die vermutlich jedes Paar kennt.

Kompliziert ist das Metropolenleben. Wem gelingt das schon, schnell und flexibel im Beruf zu sein, dazu kompetent und kreativ mit den Kindern, zugleich Freundschaften zu pflegen, sich selbst zu ver-



Obama-Familie am Wahlabend: Wer gibt, wer nimmt?

Schauspielerin Whoopi Goldberg, „haben sie keine Zähne, und wenn doch, dann haben sie Goldkronen. Und sie kriegen keinen ganzen Satz hin“. Es gibt schwarze Autorinnen, die sagen, der Ruf schwarzer Amerikanerinnen sei noch immer der hilfloser Opfer: sexuell verfügbar, finanziell ausgeliefert, beruflich nichts wert.

Und dort auf der Bühne steht nun Obama, und daneben steht sie: Michelle, nicht gewählt und doch eine Königin. Mrs. America. Schlaue und eigenständig und witzig, nicht operiert und nicht magersüchtig.

„Ich kann ihn richtig magersüchtig“, sagt sie, „er gibt sich ja Mühe, aber er bleibt halt ein Mann.“

„Sie ist heute vernünftiger“, sagt er.



Die Obamas im Wahlkampf 2008

wirklichen und dann noch die Partnerin oder den Partner zu sehen, zu hören, zu fördern? Sicher zu sein und doch frei? Und wann soll man noch mal ein Buch lesen? Und Sex? Auch noch phantasievoll?

Es ist viel. Die Obamas scheinen es zu schaffen, scheinen miteinander übereinander lachen zu können, sie sehen dort oben so verdammt lässig aus. So leicht.

Darum tritt nun nicht nur ein neuer politischer Star ins Licht, sondern das Paradeaar unserer Zeit. Und ähnlich wie in der Kinowelt Brad Pitt und Angelina Jolie oder Kate Winslet und Sam Mendes, so wie in der Literatur Paul Auster und Siri Hustvedt oder Nicole Krauss und Jonathan Safran Foer, wie im Sport Steffi Graf und André Agassi lassen nun die Obamas uns alle zusehen bei ihrem Versuch, eine gleichberechtigte Partnerschaft zu leben – in der öffentlichsten Puppenstube des Planeten, im Weißen Haus.

Angst machen die Erwartungen Michelle O. angeblich nicht. „Du musst Vorbild für das ganze Land sein. Fühlt es sich belastend an? Nicht so sehr. Ich freue mich darauf wegen der riesigen Chancen, die unsere Aufgabe birgt“, sagt sie.

Es ist ja auch rührend zu sehen, und es ist schwer romantisch, dass er sie so offensichtlich schätzt, als Ehefrau, als Beraterin, als Geliebte. Als sie ihm gratuliert auf der Bühne des Grant Park, da lachen zwei für das maximale Publikum, die Welt eben, und sie lachen nur füreinander.

Barack Obama tut viel, um die Frau an seiner Seite aufzuwerten. Da ist kein Spott, nichts Geringschätziges, „the rock of the Obama family“ nennt er sie, seinen Felsen. Er klingt anders als viele Männer in mächtigen Positionen, die ihre Ehefrau eher mal abwerten. Indem sie sie belächeln. Oder verstecken im Schatten des Eigenheims. Und selten zugeben, dass diese Frau ihn, den segnenden Mann, in Wahrheit betreut wie ein guter Trainer und dadurch zugleich am Boden hält und zum Fliegen bringt.

Barack Obama sagt, dass Michelle ebendies tue. Er leistet sich Schwäche, weint, wenn seine Großmutter stirbt, er lässt Michelle stark sein, groß neben ihm, den Kopf aufrecht und nicht schüchtern zur Seite geneigt, beider Körpersprache ist gleich. Als könnte es genauso gut andersherum funktionieren: mit ihr an der Macht und ihm bei den Kindern.

Und Michelle Obama kriegt das hin, all ihre Rollen zu vereinen, forsch und frech schon der Blick, mitunter schneidend die Stimme, doch selten humorfrei. Manchmal steht sie barfuß da, manchmal in Ballettas, laut, und das alles ist reichlich, nichts davon einfach.

Bislang warfen Amerikas Männer dieser Frau ihre Stärke nicht vor. Bislang steht Michelle einfach lächelnd neben oder hinter oder vor ihrem Mann und wird bestaunt von Männern und Frauen. Ihr Witz klingt rüde wie die Ghettos von Queens, und die Offenheit, mit der sie über Armut in Amerika sprach, hätte sie auch zur bitteren schwarzen Frau machen können, politisch ein Todesurteil. Hat sie nicht einen enorm ehrgeizigen Unterkiefer?



Wer hat mehr Humor? „Sie“, sagt er. Wer hat das letzte Wort? „Sie“, sagt er. „Ich“, sagt sie.

Es ist ihr geglückt, als Individuum wahrgenommen zu werden und die Stereotypen zu schlagen. „Ich bin wohl die erste Person meiner Art, die die Nation da draußen gesehen hat“, sagt sie. Und nun ist ihr Land gezwungen, sich mit einer schwarzen Frau auseinanderzusetzen, die komplex ist und all die Schwierigkeiten all der Frauen ihrer Generation vorlebt, Beruf, Partnerschaft und Familie zu verbinden.

Barack Obama sagte neulich, dass der Zustand dieses Landes ihm Angst mache und auch die lange Phase des Übergangs zwischen Wahl und Vereidigung. Sein Ziel war in den vergangenen Wochen die Aufstellung seiner Mannschaft, des „bestmöglichen Teams“, damit „wir mit voller Kraft aus den Startblöcken kommen“.

Vermutlich weiß er, dass seine Präsidentschaft vor ihrem Beginn bereits überhöht ist, verklärt und verkitscht. Selten zog einer mit ähnlich messianischem Ruf ins Weiße Haus, wohl nie ein größerer Star. Obama sagte, dass die Menschen von ihm in Wahrheit gar nicht so viel erwarteten:

„Ehrlichkeit. Kompetenz. Sie erwarten eine Regierung, die für sie kämpft. Diese Erwartungen werde ich erfüllen können, denn darum bin ich angetreten.“

Er sagte dann, dass seine Frau ihn erinnern werde. An die Ziele, die sie und er mal hatten, als es losging mit der Politik. „Sie ist mein Wirklichkeitstest. Sie kennt meine Stärken und meine Schwächen. Sie holt mich auf die Erde zurück, wenn ich mich zu wichtig nehme“, sagte er.

Wer hat mehr Humor? „Sie“, sagt er.

Wer hat das letzte Wort? „Sie“, sagt er. „Ich“, sagt sie.

Wer ist diese Frau? Woher kommt sie, was will sie, welche Rolle wird sie spielen in 1600 Pennsylvania Avenue, im East Wing des Weißen Hauses, das von Sklaven mitgebaut wurde für Präsidenten und ihre Familien, also auch für sie, die erste First Lady, die eine Nachfahrin von Sklaven ist?

Eine Reise auf den Spuren dieser Familie und dieses Paares und dieser Frau muss nach Chicago führen, es ist kurz vor Weihnachten, es ist die letzte Woche, die die Obamas daheim verbringen.

Es ist Montag in Chicago, Barack Obama hat gerade versprochen, eine transparente Regierung zu formen, ansprechbar für Fragende, selbstkritisch nach Fehlern. Wenn Pressekonferenzen ein Maßstab sind, scheint er sich daran zu halten: George W. Bush war selten erreichbar, Obama steht ständig dort vorn hinter dem Podium mit der seriösen Aufschrift „The Office of the President elect“.

Neben ihm steht Steven Chu, kleiner Mann mit Brille, Physiker aus Berkeley, Nobelpreisträger, Obama sagt: „Diesmal dürfen wir nicht versagen.“ Chu wird Energieminister werden, es sei Priorität des neuen Amerika, das sagen nun beide, die Abhängigkeit vom Öl zu senken. Das sei der Maßstab für Erfolg oder Scheitern, sagt Obama, „mehr gebrochene Versprechen können wir nicht akzeptieren“.

Vier Fragen dann, vier Antworten. Obama denkt, während er redet, lässt sich ein auf Abwege und Nachfragen, Angst hat er nicht mehr, aber dann will er doch heim. In der Tiefgarage steht die Kolonne mit laufenden Motoren. Zehn Kilometer am Lake Michigan entlang, nach Süden, schon ist er zurück in Obamaland. Es ist nicht so sehr seine, es ist Michelles Heimat.

Ein grauer Gitterzaun, ein paar Meter Rasen, ein schmales Grundstück, ein schmales Haus, zwei Etagen. Die roten Backsteine sind gräulich geworden, die grünen Gitterfenster rostig. 7436 Euclid Avenue, Chicago. Oben wohnten die



Grundschule



Princeton 1985



Hochzeit 1992

Michelle Robinsons Weg: „Sei klug, ohne dich klug zu benehmen“



SCOUT TUFANKJIAN / POLARIS / STUDIO X

Wahlkämpferin Obama in Rockwell City 2007: Sie schenkt ihrem Gatten „street cred“, die Achtung der Straße

Robinsons, die Kinder Michelle und Craig teilten sich nachts das Wohnzimmer, eine Trennwand zwischen sich.

Sie wuchs hier auf, die South Side gilt als rau und hart, es gibt Arme, aber auch Reiche, sehr viel mehr Schwarze und ein paar Weiße hier. Fraser Robinson, Sohn von Arbeitsmigranten aus South Carolina, arbeitete für die Wasserwerke. Er verdiente am Anfang 479 Dollar pro Monat, putzte dafür und leerte Mülleimer, belud Lastwagen; er wählte demokratisch, half den Demokraten Wähler mobilisieren und wurde mit Beförderungen belohnt.

Ein Familienmythos: Fraser, der strenge und gerechte, der liebende Vater. Der es mit harter Arbeit seiner Frau Marian ermöglichte, die Kinder Craig und Michelle zu erziehen. Der Vater strafte nie, er sagte nur: „Ich bin so enttäuscht.“ Und Michelle weinte dann und besserte sich. Heute sagen beide Obamas, dass sie so auch ihre Kinder und sogar die Mitarbeiter motivierten. Ohne Geschrei, einfach mit einem Satz: „Ich hatte viel erwartet von dir, und nun enttäuschst du mich so.“

Marian brachte den Kindern Lesen bei, bevor die Schule begann. Michelles Grundschule, Bryn Mawr, lag gleich um die Ecke: Sie lernte sich nach oben bis ins Begabtenprogramm, wo sie Biologie und Französisch belegen durfte.

Eine heile Kindheit, vermutlich. Im 7400er Block der Euclid Avenue gab es einen „Block Club“, Nachbarn passten aufeinander auf, es war eine ruhige Straße. Fahrräder konnten auf dem Gehsteig liegen bleiben, niemand klaubte. Die Kinder mussten abwechselnd den Abwasch übernehmen, samstags spielte die Familie „Monopoly“, sonntags putzte Michelle das Bad. Eine Tante unterrichtete die Kleine am Klavier. Michelle tanzte. Der große Bruder und die kleine Schwester spielten „Büro“: Craig war der Chef, Michelle die Sekretärin, aber dann hatte der Chef nichts zu melden, weil die Sekretärin alles entschied. Nur Sport mochte sie nicht, weil es im Sport Verlierer gibt.

Eine heile Welt? Rassistisch, streng getrennt ging es im Chicago der frühen Siebziger zu. Es gab Glücksgrenzen, das lernten die Robinson-Kinder auch. Niemand hier sagte: Du kannst Präsident werden. „Du musst klug sein, ohne dich klug zu benehmen“, das habe sie gelernt, sagt Michelle.

Ein Familientrauma: Frasers Krankheit. Es war Multiple Sklerose, die Kinder und die Mutter pflegten ihn, holten ihm zuerst die Krücken, hieften ihn dann in den Rollstuhl, der Vater starb 1991, 55 Jahre alt.

Es ist Dienstagmittag in Chicago, Barack Obama ist heute in die Dodge Renaissance Academy gekommen, eine Grundschule, er sitzt auf einem Kinderstuhl, die Kinder

sitzen vor ihm auf dem Boden. „Wie wirst du dich fühlen, wenn du ins Weiße Haus ziehst?“, fragt ein Mädchen.

„Ich werde aufgeregt sein“, sagt Obama, und dann erzählt er, dass er ein „ziemlich schönes Büro“ haben werden, das geformt sei wie ein Ei, diese Form heiße „oval“. Dass Malia und Sasha einen Hund bekommen werden, erzählt er, „sie bitten seit Jahren um diesen Hund“. Und wenn der Hund etwas auf den Gehweg mache – „some poop“, so nennt es Obama –, müssten die Mädchen es wieder wegmachen.

Wie er denn das Erbe Martin Luther Kings ehren wolle?, fragt ein Junge. Und Obama sagt, dass nicht nur Präsidenten, sondern alle Bürger das Erbe Dr. Kings ehren könnten, indem sie andere Menschen mit Respekt behandelten und ihnen zuhörten. „Dr. King sprach oft darüber, dass du, egal, was dein Job ist, dein Bestes geben solltest“, sagt Obama, „und euer Job ist es, zu lernen, also solltet ihr, wann immer ihr im Klassenzimmer seid, sicherstellen, dass ihr so hart arbeitet, wie ihr nur könnt.“

Draußen: Schnee und Wind und sechs Limousinen. Obama winkt kurz, 20 Menschen stehen dort drüben mit Kameras in der Hand, er lässt sich heimfahren nach Hyde Park, es bleibt nicht mehr viel Zeit.

Fünf Kilometer entfernt vom Haus der Robinsons wohnen die Obamas heute,

Hyde Park Avenue Ecke Greenwood, ein rotes Backsteinhaus mit weißen Tür- und Fensterrahmen. „An jeder Ecke rennst du in einen Robinson“, sagt er.

Barack Obama wollte mal Architekt werden. Dann Basketballer. Dann Richter. Michelle Obama hatte solche Ziele nicht. Sie war einfach strebsam. Examen wollte sie machen. Die Gesellschaft verändern. Nicht etwas werden, sondern etwas tun.

An der Whitney Young High School machte sie 1981 ihren Abschluss, und Mark Grishaber, stellvertretender Rektor, hat alle Jahrbücher von damals weggeschlossen, damit sie nicht bei Ebay landen. Michelle war Schatzmeisterin ihrer Klasse, die Beste in Mathematik. „Dolphins“, das ist der Kampf- und Kosename der Schüler von Whitney Young. „Ich werde ewig ein Delphin sein“, sagt Michelle.

Sie hat Abschlüsse von Princeton (in Soziologie) und von der Harvard Law School. „Meine Erfahrungen in Princeton haben mir mein Schwarzsein sehr viel bewusster gemacht“, schrieb sie mal. Sie beschwerte sich über einen Französischdozenten, der die Aussprache nicht beherrschte. Im Dritte-Welt-Zentrum arbeitete sie, Empathie sei Michelles größte Stärke, sagt eine Kommilitonin von damals. Jungs gab es in Michelles Welt eher selten. „Sehr wenige ihrer Freunde haben es bis zum Triff-die-Familie-Stadium geschafft“, sagt Craig.

Zwischen Rassen und Klassen bewegte Michelle sich per Bus und allein, auf gar keinen Fall rief sie jemals heulend zu Hause an. 1988 schrieben ihre Eltern ins Jahrbuch von Harvard: „Vor 15 Jahren schon, als es uns nie gelang, dich mal zum Schweigen zu bringen, wussten wir, dass du das hier schaffen würdest.“

Sie arbeitete für zunächst 65 000 Dollar im Jahr für die Kanzlei Sidley Austin, später für das Büro des Bürgermeisters Richard M. Daley und den Dekan der Universität von Chicago, zuletzt war sie eine Vizepräsidentin der Uni-Klinik und verdiente 316 000 Dollar; dass ihr Lohn sich nach Baracks Wahl in den Senat fast verdreifachte, wäre eine Vorlage für die Republikaner gewesen, wenn sie es bemerkt hätten.



ERIC THAYER / POLARIS / STUDIO X

Vater Obama, Tochter Sasha: „Wir werden das Weiße Haus öffnen für Kinder“

Eine Heldin für Amerikas schwarze Frauen ist Michelle längst. „Michelle könnte farbige Frauen dazu ermutigen, sich besser um sich selbst zu kümmern. Afroamerikanerinnen haben alarmierende Raten sowohl bei Bluthochdruck als auch beim Übergewicht.“ Das schreibt Allison Samuels in „Newsweek“. Und dann: „Es ist schön zu sehen, wie ein braunes Mädchen Aufmerksamkeit bekommt und von der Welt schön genannt wird.“

Im Wahlkampf war Michelle Coach und Komplizin. Klar verteilt waren die Rollen: Er musste milde daherkommen, sanft und niemals gereizt, wählbar für die Weißen. Kämpfer wie Reverend Al Sharpton mögen populäre Ghetto-Kandidaten sein, mehrheitsfähig sind sie nicht; verlieren durfte Obama aber auch die schwarzen Communities nicht, und dafür hatte er Michelle.

In Denmark, South Carolina, baute sie einmal die afroamerikanische Wagenburg auf. „Wir“ gegen „sie“, das war ihr Muster. „Sie“ sagten, ein schwarzer Kandidat könne niemals genug Spenden sammeln für einen Wahlkampf – dann kamen „wir“. „Sie“ sagten, ein schwarzer Kandidat könne keine funktionierende politische Organisation aufbauen – „wir“ haben es ihnen gezeigt. Dann sagten „sie“, ein Schwarzer könne keinen Bundesstaat gewinnen, und nach Iowa sagten „sie“, es sei ja nur Iowa.

So steigerte Michelle sich, sie redete rhythmisch und klar wie ihr Mann, aber leidenschaftlicher über Rasse und Hautfarbe, im Saal saßen ein weißer Journalist und ungefähr 200 Schwarze. Es wurde dann eine Ekstase: Was „sie“ auch sagten, „wir“ überwandern die Zweifel; „sie“ legten die Latte, „wir“ sprangen höher und immer



In Honolulu 1963



Mit Mutter Ann Dunham 1963



Mit Vater Barack Obama Sr. 1971

Kind Obama in Hawaii: „Sie nannten ihn mal zu schwarz und mal nicht schwarz genug“

höher, denn „wir“ können alles werden, sogar Präsident, und so werden „wir“ nach Washington gehen und die Welt verändern.

„Street cred“ heißt das, was sie ihrem Gatten schenkt, die Achtung der Straße.

„Yeah“, schrien sie im Saal, und Michelle trug eine silberne Kette, einen silbernen Armreif, einen Ehering aus Weißgold, sie trug schwarze Stiefel, einen schwarzen Rock, eine weiße Bluse. Sie sagte dann noch, dass „sie“ ihren Ehemann „mal zu schwarz“ und „mal nicht schwarz genug“ genannt hätten, aber die Wahrheit sei: „Er ist einer der klügsten Männer, denen wir alle in unserem Leben begegnen werden.“

Michelle gibt ihm Tiefe. Sie deckt seine schwachen Flanken ab; die Obama-Erklärerin, das ist ihre politische Aufgabe. Da bleibt ja etwas Nebulöses bei ihm: Er ist aufgewachsen in Hawaii und Indonesien, halb schwarz und halb weiß, ein einstiger Kiffer. Ist er nicht doch zu jung? Zu weich, kann man so einem das Land anvertrauen?

Er ist ein Zuhörer, stoisch in Krisen. Weibliche Eigenschaften? Er entscheidet so schneidend wie überraschend, wenn er alle Argumente gehört hat. Ein Prediger, ein Verführer zudem, und er hat etwas Getriebenes. Immer weiter zieht es ihn, nach oben sowieso, doch immer auch fort von Chicago und der Familie, warum? Er hat mal ziemlich hektisch geraucht, nun war er an 50 Tagen hintereinander im Krafraum. Heute ein Fitnesssüchtiger? Ein Narziss?

Sie dementiert und argumentiert und polemisiert. Sie glättet, wo es holpert, schärft, wenn er stumpf bleibt. Sie scherzt mal, dass er schnarche und morgens rieche, das war zu Beginn seiner Kampagne; heute sagt sie nur noch, dass er seine Socken irgendwo fallen lasse und nicht in den Wäschekorb. Eine Frau wie sie macht einen Mann wie ihn glaubwürdig. Wenn eine wie sie einem wie ihm vertraut, oder andersherum: Wenn ein Mann starke Frauen aushält oder gar sucht und liebt, sagt das eine Menge über ihn, oder? Muss nicht außergewöhnlich sein, wer diese Frau hat?

„Sie tut ihm gut“, das sagt der Stratege Axelrod und lächelt, weil es wohl Themen gibt, über die Axelrod lieber redet.

Vor einigen Monaten, beim demokratischen Nominierungsparteitag in Denver, trafen die Robinsons einmal gemeinsam auf. Auf der Tribüne saß Marian, die Mutter, sehr schick hatte sie sich gemacht, und dann weinte sie, denn dort unten stand ihr Sohn Craig, glatzköpfig-breitschultrig im schwarzen Anzug. Craig wollte immer nur Basketball spielen, sein Leben lang; er spielte dann im College und als Profi in Manchester, und weil er für die National



Auf einmal war sie nur noch ein Groupie, weichgespült, eine Mainstream-Michelle.

Basketball Association, die NBA, nicht gut genug war, ging er an die Wall Street und wurde dort reich, aber nicht glücklich. Immer noch ein Auto und noch ein Haus erfüllten ihn nicht, sagt er, darum kündigte er und wurde wieder Basketballer, heute trainiert er die College-Mannschaft von Oregon State. Und er sagte: „Aus dem Himmel sieht unser Vater auf uns herab, stolz auf seine Tochter.“ Seine Schwester sei „eine liebende Tochter, Ehefrau und Mutter“.

Dann kam Michelle und erzählte „von unserer unwahrscheinlichen Reise“. Sie sagte, dass ihre Töchter „das Herz meines Herzens“ seien und Barack „heute derselbe Mann wie der, in den ich mich vor 19 Jahren verliebte“, und damit kippte etwas.

Denn auf die Bühne kamen jetzt ihre Töchter, und auf dem Bildschirm erschien Barack, und Michelle war an diesem Abend nur noch sein Groupie. In diesem Moment verschwammen ihre Konturen, weichgespült war sie, Mainstream-Michelle, aber es blieb der einzige schale Moment in 18 Monaten.

Es wird dann Mittwoch in Chicago, Obama stellt heute Innen- und Agrarminister vor. Scharfschützen bewachen das Hotel Drake, ein weiterer windiger Tag am Lake Michigan. Die Reporter haben reser-

vierte Sitze, sechs Stuhlreihen, wer fragen darf, wurde wie immer vorab geklärt. Und dann, wie immer: Obama geht schnell und sehr geradeaus. Alle stehen nun im Grand Ballroom, es gibt acht Kronleuchter und acht Flaggen und hinter Obama einen blauen Samtvorhang. „Bitte setzen Sie sich.“

Es ist schnell zu sehen, was alle meinen, die von seiner Ruhe schwärmen: Da wippt kein Fuß, der Kopf bleibt reglos, die Hände liegen ineinander, die Fingerringe in der Luft, kein Druck nirgends. Obama redet auch heute wieder von seiner „Regierung der Verantwortlichkeit“, „es wird Zeit für eine neue Art Führung“, sagt er.

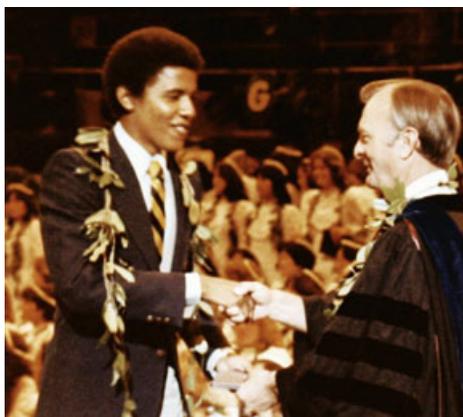
Die am Rande sind nervöser.

Da steht Robert Gibbs, Obamas Sprecher. Gibbs gilt als brillant, aber nachlässig, nicht immer riecht er kommende Krisen, oft ignoriert er elektronische Nachfragen der Reporter. Obama hat zwei Blackberrys immer im Blick, Gibbs vergisst seinen schon mal. Und er nimmt zu, natürlich machen die anderen Witze über sein Gewicht.

Da steht David Axelrod, der Obamamacher. Axelrod hat einen Stapel Zeitungen unter dem Arm und seinen Blackberry in der Hand, die andere Hand steckt in der Sakkotasche. Axelrod sieht immer ein bisschen verschwitzt aus oder nicht ganz ausgeschlafen, jetzt zum Beispiel stehen die beiden Enden seiner Krawatte auf fünf vor halb acht. „Jünger macht Politik nicht“, sagt er, David Axelrod wird „Senior Adviser“ im Weißen Haus.

Und neben Axelrod steht Rahm Emanuel, silbern schimmert sein Haar. Emanuel ist künftig Stabschef im Weißen Haus, er lächelt, wie immer, er flüstert Axelrod etwas ins Ohr, wie meist. Emanuel, längst ein Drahtzieher in Washington, stammt aus der Obama-Welt von Chicago.

Das ist der engste Kreis, politisch gesehen, und natürlich gehört Michelle noch dazu, die sich fernhält von Presseveranstaltungen. Obama sagt, er fordere Diskurs ein, er nominiere die klügsten Köpfe, die er finden könne, und „gern klügere als mich“. Gutgehen muss das nicht, weil auch Diskurs nicht bedeutet, dass die Entscheidung hinterher die richtige ist, aber reifer, neu-



Harvard-Abschluss 1991

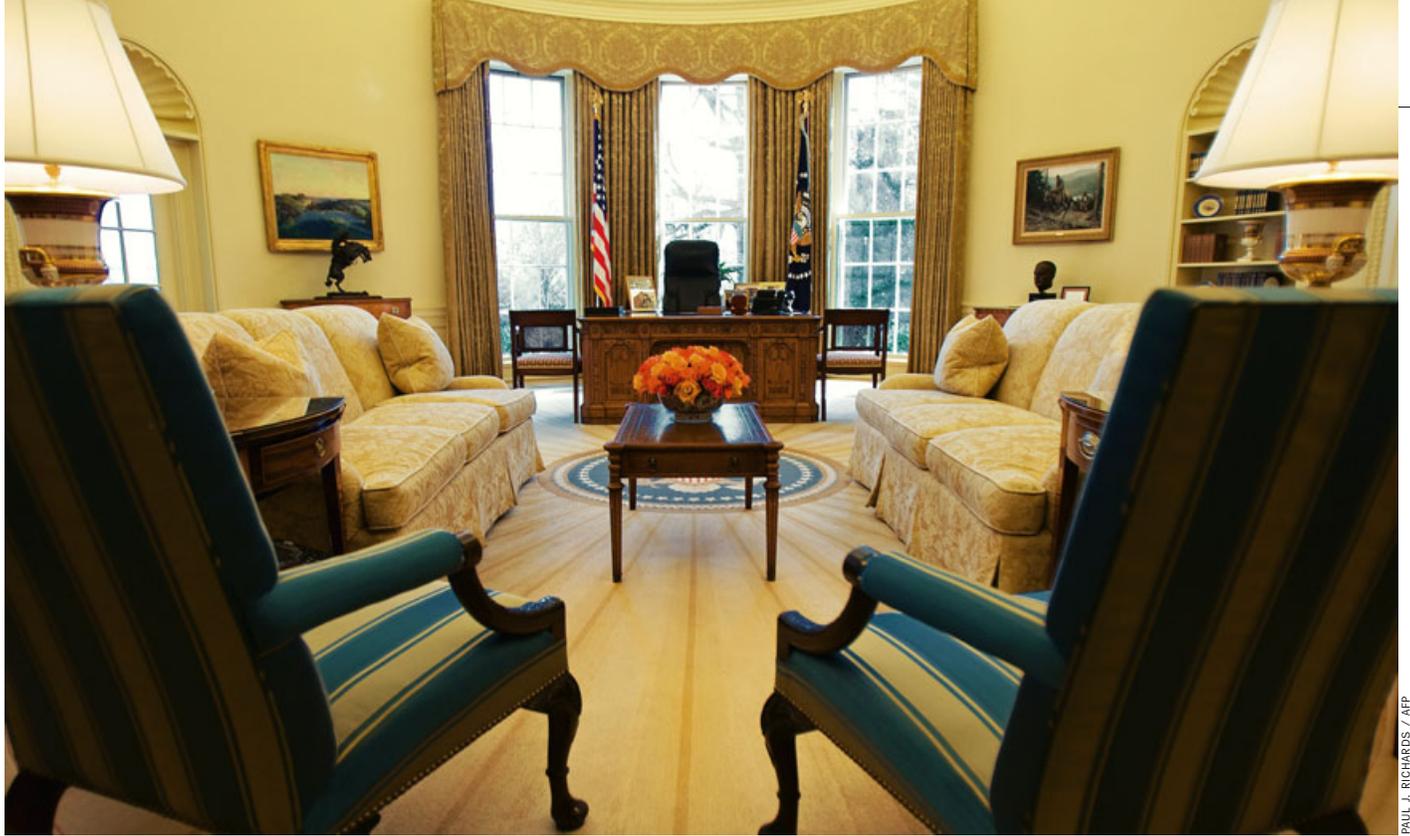


Mit Großmutter Sarah in Kenia 1995



Beim Basketball in North Carolina 2008

Obama-Stationen: Er wollte Architekt werden, dann Basketballer, dann Richter



PAUL J. RICHARDS / AFP

Oval Office im Weißen Haus: Ein modernes Paar zieht ein

gieriger als George W. Bushs Ideologentrupp wirkt dieses Team allemal.

Es gibt noch einen zweiten engsten Obama-Kreis, den privaten, der sich über die Jahre um beide geformt hat. Sie pflegte die Freundschaften, während er reiste, in Hyde Park ist eher sie als er das Zentrum.

Das Leben ist langsamer hier als in Downtown Chicago, flacher und verkehrsberuhigt, man geht zu Fuß. Es finden sich Villen und Sozialbauten, hier leben die Nachkommen russischer oder deutscher Migranten und viele Schwarze, es gibt die Universität, die Kneipen, das Klinikum, und Hyde Park hat ein paar Mittelpunkte.

Da ist das „Valois“, die Kantine von Hyde Park, ein mit allerlei Panoramen bemalter Saal, wo Müllmänner und Professoren starken Kaffee zum Rührei trinken; die Obamas waren Stammgäste, lange her.

Pizza isst man im „Capri“, die „Almost Gourmet“ mit Wurst und Salami war mal die Lieblingspizza des künftigen Präsidenten, Michelle bevorzugte Makkaroni mit Käse. Heute lieben die Kinder Mexikanisches, doch Familie Obama isst gesund; viel Salat, wenig Weißmehl, Äpfel statt Hamburger. „Michelle's Werk“, sagt er.

Ein paar Blocks weiter und ein paar Stufen hinab findet sich „57th Street Books“, fünf Kellerräume, ein Bücherirrgarten mit Schätzen überall, nacktem Stein und Neonlicht. Der Laden ist Teil einer Kooperative, 45 000 Mitglieder zahlen je 30 Dollar pro Jahr; die Obamas sind seit 25 Jahren dabei. „Ein Paar, das liest, ein Paar, das schreibt“, jubiliert Laura Prail hinterm Tresen; als Obama sein erstes Buch, „Dreams from My Father“, vorstellte, kam eine Handvoll Leute, als er „The Audacity of Hope“

präsentierte, bildete sich die Schlange morgens um halb sechs.

Und Sarah von den „Golden Touch Cleaners“ reinigt und bügelt Obamas Anzüge.

Und Zariff, 5234 South Blackstone Ave., schneidet sein Haar.

Der Mann ist gefragt, Obamas Friseur seit 14 Jahren. „Ja, ich würde schon ‚Freund‘ zu ihm sagen“, sagt Zariff, der recherchiert und herausgefunden hat, dass Obama nicht nur der erste schwarze US-Präsident ist, sondern er selbst der erste schwarze Friseur eines amerikanischen Präsidenten. Wer Zeit haben will mit dem Friseur, sollte 21 Dollar zahlen und sich frisieren lassen. Zariff ist 45 Jahre alt, trägt Jeans, er ist unrasiert, auch er ein breit-



Es galt eine „No new friends“-Strategie, damit keine Fallen aufgestellt werden konnten.

schultriger Kerl. Er schneidet schnell, hinter ihm hängt Muhammad Ali an der Wand, triumphierend nach dem Niederschlag. Obama sei ein „Lebenszeit-Kunde“, sagt Zariff, er sei „treu“. Manchmal schneidet Zariff Obamas Haar vor, damit es für ein, zwei Wochen reicht, manchmal wird Zariff zu einer Fernsehdebatte eingeflogen und korrigiert nur ein bisschen hier und dort. Obama hat viele graue Haare bekommen im letzten Jahr, „salt and pepper“ nennen sie die grau-schwarze Mischung. Wenn Zariff ihn im Fernsehen sieht, findet er nur selten, dass „Barack

einen Haarschnitt braucht“, meistens findet er: „Der sieht gut aus.“

Ein Trinkgeldgeber. So beschreibt Zariff seinen Freund. Ein Fragensteller. Einer, der kommt und wissen will, was die Leute denken. Eitel? „Nur ein bisschen.“

Und Michelle? Strafzettelsammlerin. Straßenfestorganisiererin. Sonst wissen sie im Männerladen nicht viel von ihr. Wirst du mitgehen nach Washington, Zariff?

„Darüber darf ich nicht sprechen. Sicherheitsgründe.“

Die sind selbstredend immer im Weg, sobald man Obamas Reich betritt. Die Straße zum Wohnhaus ist gesperrt, und alle Anwohner sagen, der Stolz auf „Chicago's own“ sei den Stress allemal wert. Die engen Freunde, die Verwandten geben nur noch selten Interviews und wenn, dann sehr diplomatisch.

Während des Wahlkampfes galt eine „No new friends“-Strategie, keine neuen Freundschaften, damit keine Fallen gestellt werden konnten. Die alten Freunde waren ja da, seit Jahren schon. Das sind rund 15 Leute und vor allem Valerie Jarrett, Martin Nesbitt und Eric Whitaker. Scrabble-Abende, Grillrunden, Tennismatches, Kindergeburtstage, Beerditionen und selten auch mal Affären oder Trennungen – das ganz normale Leben von Hyde Park hat die Gruppe geformt und gefestigt. „Wir wussten, dass Baracks Kandidatur für ihn und Michelle belastend sein würde, aber wir wussten nicht, dass sie das auch für uns bedeutete“, sagte Eric Whitaker der „New York Times“, „es ist nicht nur Spaß und Spielerei.“

Eric Whitaker ist Arzt und Vizepräsident des Medical Center, wo Michelle arbeitete. Valerie Jarrett, künftige Beraterin des Präsidenten, saß dort im Aufsichtsrat.

Martin Nesbitt ist vermutlich Obamas bester Freund; er führte die Bücher der Kampagne, er spielte einst Basketball mit Michelles Bruder. Eine oder einer dieser drei, Whitaker, Jarrett oder Nesbitt, sollte immer bei Obama sein in den 18 Monaten des Wahlkampfes – das war der Schwur der Freunde von Hyde Park, und sie sagen, sie hätten es durchgehalten.

Anita Blanchard ist Ärztin und holte beide Obama-Kinder auf die Welt; sie ist Martin Nesbitts Ehefrau. John W. Rogers ist Finanzberater und spielte Basketball mit Craig; diese Jungswelt, die Nachmittage in der Sporthalle, das bedeutet Obama noch immer viel. Einige der Frauen bedeuten ihm weniger als ihr: Desirée Rogers machte Wahlkampf mit Michelle, Susan Sher meldet ihr Neues vom Klatsch aus Chicago. Und so geht es weiter, es sind nicht weniger Freunde geworden in den Jahren des Aufstiegs; die Kreise werden größer, das Vertrauen nimmt ab.

Er sagt, Michelle habe das Netz geknüpft. Sie sagt, das sei wahr. Die uralte Rollenverteilung? Sie: die charmante Frau, sexy und witzig, doch letztlich die zuverlässige Mutter; und er: der Durchstarter, das Genie, frei fürs Vaterland, weil zu Hause die Gattin wacht?

Michelle verlor an Schärfe, je ernster der Wahlkampf wurde. Am Anfang hatte sie über die Erfolge Baracks noch gesagt, sie sei zum ersten Mal stolz auf ihr Land – das republikanische Donnerrollen brachte Team Obama dazu, Michelle durch Rhetorikkurs und Kameratraining zu schicken. Sie erzählte danach von ihren Kindern und ihrer Sorge um Malia und Sasha. Die Zähmung der Unberechenbaren durch den männlichen Apparat? Vor vier Jahren hatte das ganze Land dem Verstummen der Kandidatengattin Teresa Heinz Kerry zusehen können.

Michelles Aufgabe blieb, die schwarze Basis hinter ihrem Mann zu versammeln.

Wahrscheinlich hätte er ohne sie diese Wahl nicht gewinnen können, das wissen beide. Rhetoriktraining machte auch er. Diplomatischer wurde er auch. Es ist normal für alle, die einen Wahlkampf wie den um die US-Präsidentschaft gewinnen wollen.

Es wirkt daher eher so, als hätten diese beiden die ganze Reise dieses Wahlkampfes gemeinsam angefangen und voller Lust und kurz vor Schluss dann behutsam bis ins Ziel geführt; und nun sieht es so aus, als zögen da zwei mit der gleichen Haltung ins Weiße Haus.

Es war ja oft genug viel Show dabei, wenn Politikerehen politisch wurden. Frauen hatten brav, die Kinder süß zu sein, da es stets darum ging, konservative Wählerinnen, katholische Wähler zu überzeugen. Politikverdrossenheit hat mit Zynismus zu tun. Ist nicht am Ende alle Politik eine

Lüge? Einer so mies wie die andere, bereit, jedes Wahlversprechen zu brechen fürs eigene Fortkommen?

Nun aber: zwei integre Menschen?

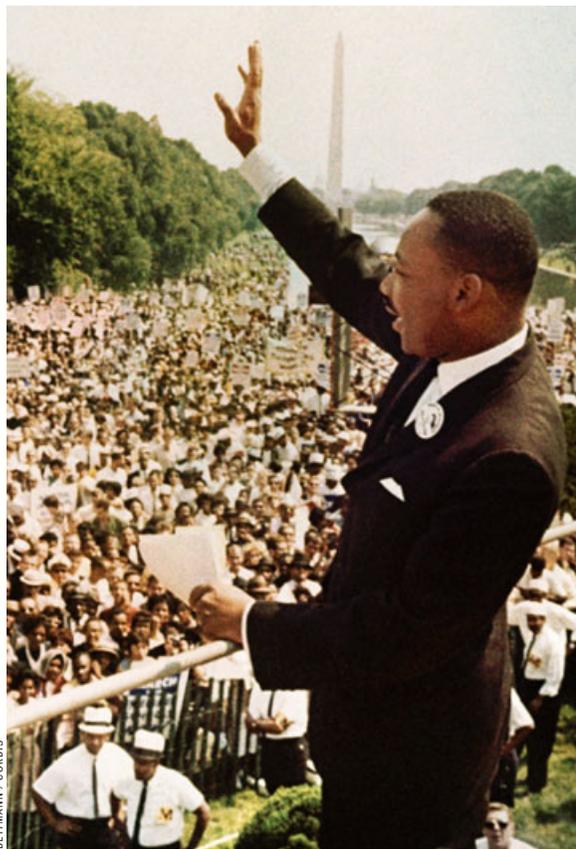
Sie fassen sich schon anders an als andere Politikerpaare. Bei Bushs, Blairs, McCains hielt die Frau sich immer nur fest, am Oberarm des Häuptlings, manchmal auch am Ellbogen. Michelle greift nach seiner Hüfte, dann nach den Händen, dann schleift sie ihn hinter sich her.

Es gibt aus Sicht des Publikums immer zwei Ebenen: Man kann Prominente für ihre Leistung bewundern und ihr Privatleben ausblenden, oder man kann sie achten für Ehrlichkeit oder Menschlichkeit. Das zweite kommt seltener vor. Beides zusammen erleben wir eigentlich nie.

Bei den Clintons waren einige Dinge ganz ähnlich. Die Klugheit. Der Glanz. Die

Reife der Frau neben der Frechheit des Mannes. Aber es war eben künstlich, heute wissen wir, dass Lügen dabei waren und viele Affären, und letztlich sagte Bill Clinton doch nur wieder etwas, das ganz schön frauenfeindlich war. Eine wie Hillary kann dich weit bringen, aber kannst du sie lieben? Seine Antwort trug den Namen Monica, mit dieser Praktikantin erklärte der Präsident der USA aller Welt: Eine starke Frau ist nicht aufregend. Die Demütigung für Amerikas Frauen war enorm.

Michelle sagt, natürlich sei die Welt voll von jungen Damen, die ihrem Gatten nun vorsängen, wie großartig er sei; sie würde gehen, wenn er sie betrüge. Er sagt, das wisse er. Sie sagt, sie habe ihr Leben nie nach Karrierekoordinaten ausgerichtet. „Die Wahrheit ist,



Martin Luther King in Washington am 28. August 1963

„I Have a Dream“

Die Geschichte der Schwarzen in den USA

1619 Die ersten Afrikaner werden nach Virginia gebracht.

1861 Die Südstaaten lösen sich von der Union und gründen die Konföderation. Der Bürgerkrieg bricht aus, die Sklavenfrage ist ein zentraler Streitpunkt.

1862 Präsident Abraham Lincoln erklärt im September alle Sklaven in den Staaten der Konföderation ab 1863 für frei.

1868–70 Die Verfassungszusätze 14 und 15 garantieren allen Afro-amerikanern volle Bürgerrechte.

1948 Präsident Harry S. Truman hebt per Dekret die Rassentrennung in den Streitkräften auf.

1954 Der Oberste Gerichtshof erklärt die Rassentrennung in Schulen für verfassungswidrig.

1963 Martin Luther King hält in Washington seine berühmte „I Have a Dream“-Rede („Ich habe einen Traum“), in der er die Vision der vollständigen Gleichberechtigung von schwarzen und weißen Amerikanern formuliert.

1964 Präsident Lyndon B. Johnson unterzeichnet den „Civil Rights Act“, der gleichen Zugang zu Transportmitteln und Dienstleistungen für alle Rassen festschreibt. King erhält den Friedensnobelpreis.

1965 Der Bürgerrechtler Malcolm X wird ermordet. Der Kongress verabschiedet den „Voting Rights Act“, ein Gesetz zur Stärkung des Wahlrechts für Schwarze.

1966 Die „Black Power“-Bewegung entsteht.

1967 Präsident Johnson ernennt Thurgood Marshall als ersten Schwarzen zum Richter am Obersten Gerichtshof.

1968 Nach der Ermordung von Martin Luther King erschüttern Rassenunruhen das Land.

1989 Colin Powell wird der erste schwarze Oberbefehlshaber der US-Armee, 2001 der erste schwarze US-Außenminister.

2005 Condoleezza Rice wird als erste schwarze Frau Außenministerin.

2008 Der Senator von Illinois, Barack Obama, wird zum 44. Präsidenten der USA gewählt.

dass ich an diesen Mann als unseren Präsidenten glaube“, sagt sie, „und dafür ein- einhalb oder vier oder acht Jahre die eigene Karriere nicht voranzutreiben ist ein kleines Opfer.“

Langweilig? „Sicher nicht. Ich werde nicht Däumchen drehen und warten, dass der Tag zu Ende geht. Sicherzustellen, dass die Mädchen gut leben, dass wir als Familie Zeit füreinander haben, das wird mich ausfüllen, und es wird mir reichen.“

Und wer weiß, die Aufgabenverteilung muss nicht auf Jahre festgelegt sein. Die Obamas sind jung, er 47, sie 44, da sollte Zeit bleiben für einen Rollentausch, sogar für Michelles Kandidaturen. Jetzt, für den Moment, haben sie genau so, in dieser Konstellation, das Erreichbare erreicht; eine schwarze Frau hätte es 2008 allein nicht ins Weiße Haus schaffen können.

In den USA war Hillary Clinton die erste First Lady, die aus eigenem Antrieb und nicht bloß an seiner Seite handelte, intellektuell aus eigenem Recht. Es war mutig wie jede Revolte, und gefährlich war es auch. Andere vor ihr waren mondän gewesen wie Jackie Kennedy oder nette Gastgeberinnen wie Barbara Bush. Hillary nahm sich die Macht, die ihr das Volk nicht gegeben hatte, und kämpfte für eine Gesundheitsreform; heute preisen die Demokraten sie, damals schlachteten die Medien sie, links wie rechts. „Two for the price of one“, das war Bill Clintons Werbung für das Paar aus Arkansas, aber die USA wollten nur den, den sie gewählt hatten, und keine Dreingabe dazu oder jedenfalls keine Frau, die mitredete.

Das wird nun wieder anders, aber nicht wie bei Clintons werden. Denkbar, dass Michelle Obama in Wahrheit mächtiger sein wird als Hillary, weil sie womöglich ja wirklich gleichberechtigte Gefährtin des mächtigsten Mannes der Welt ist; wenn die Eindrücke der vergangenen Wochen nicht täuschen, ihr Rückzug ins Private nach dem Wahlsieg, dann wird sie aber eher gestalten und beraten als öffentlich sprechen. Als David Axelrod dem Kandidaten einst den Slogan „Change we can believe in“ präsentierte, war Barack Obama sich nicht sicher. Er fragte Michelle. Michelle spürte, was mitschwang in den wenigen Worten, und sagte: Ja klar, das ist es.

Aus der Außenpolitik hält sie sich heraus; wenn es um Bildung, Gesundheit, all die sozialen Sorgen Amerikas geht, denkt sie liberal bis radikal links. Abtreibung, Chancengleichheit, Versicherungen für alle, das sind ihre Themen. Nun aber hat sie sich entschieden, in sicherer Entfernung zu allen Minenfeldern zu bleiben, solange sie kann. Da sind ständig Reporter, die sie Politisches fragen: „Ich bin nicht der gewählte Präsident“, sagt sie. Sie könnte auch sagen: So leicht kriegt ihr mich nicht. Oder: Ich bin schlauer, als ihr dachtet.

Es ist nun Donnerstag in Chicago. Barack Obama steht wieder im Drake Hotel,



Michelles Elternhaus in Chicago: „Ich hatte viel erwartet, nun enttäuschst du mich so“

er will neue Minister vorstellen, aber er muss sich verteidigen. Es war sein erster Fehler, das sagen die eigenen Leute: Obama hat Rick Warren, Amerikas Pastor, den Vorzeigeprediger der Konservativen, für die Segnung während der Inauguration ausgewählt. Und Warren hat sich gehässig bis böse über Homosexuelle geäußert.

Hat Obama die Linken und die Liberalen nicht schon genug enttäuscht mit all



Sie bügelte und stand mit dem Kind auf, er reiste – der Klassiker, auch bei Obamas.

den Personalien? „Change“ ist ein nettes Wort, in die Regierung aber hat er lieber Etablierte berufen, von denen er weiß, was sie können. Das hat viele seiner Jünger desillusioniert. Warren schockiert sie, eine überflüssige Aufwertung. Verlässt den Menschenfänger das Gespür? Obama sagt, Amerika sei vielfältig, die vielen Stimmen machten seine Magie aus, er verspricht, er werde ein Präsident auch

für Schwule und Lesben sein. Nicht sein bester Tag.

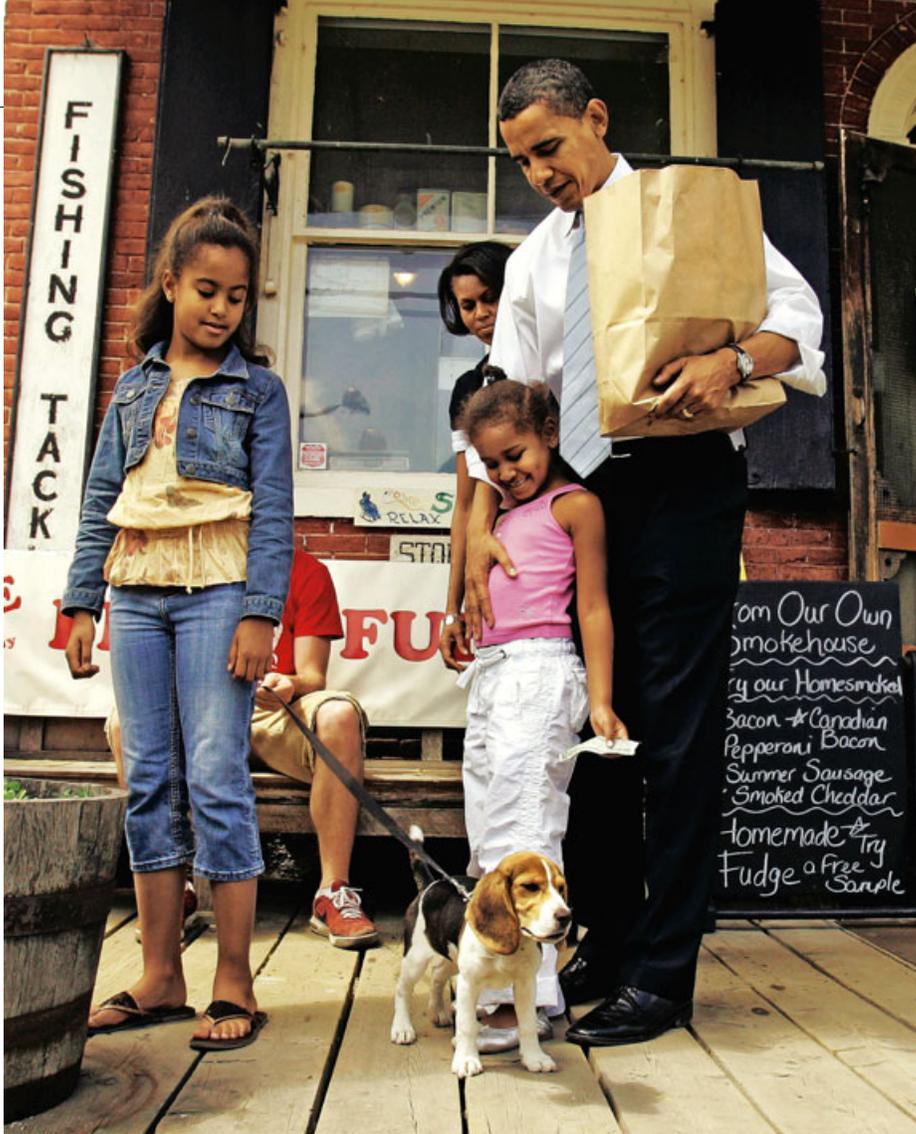
Michelle Obama hält sich auch heute heraus, sie fährt einkaufen, bringt die Kinder zur Schule, die Personenschützer folgen. Michelle telefoniert sich dann durch den Tag, der Hawaii-Urlaub steht an, übermorgen schon, dann der Umzug, dann der Schulbeginn, dann ein Präsident als Gatte.

Zur Obama-Geschichte gehört ein Kapitel, das Held und Heldin nicht so gern erzählen. Sie hatten, nach der Geburt der ersten Tochter, eine Zeit, in der sie miteinander rangen, nicht mehr viel Gemeinsames sahen, sich beinahe getrennt hätten. „Es war knapp“, sagt einer seiner Leute.

Es ging damals darum, dass er seine Jobs als Sozialarbeiter und Anwalt für eine politische Karriere aufgeben hatte und nicht recht weiterkam; als Senator des Staates Illinois verdiente er wenig und war ständig unterwegs, eine Kandidatur fürs Repräsentantenhaus war plump gescheitert. Sie saß allein zu Hause. Wusch. Bügelte. Arbeitete. Stand auf mit dem Kind. Schief nicht. Wer hatte hier noch ein Leben, und wer war der Egoist?

Der Klassiker, auch bei Obamas.

„Nur noch eine Wahl“, sagte er, und auf einmal ging es los. John Kerry ließ ihn auf



Die Obamas in New Hampshire 2007: Der Versuch einer gleichberechtigten Partnerschaft

dem Parteitag 2004 reden, es war eine Geburt. Der Senat in Washington. Es lohnte sich nun, und es ging schnell.

Sie blieben dann zusammen, weil er, so sagt er es, zutiefst dankbar dafür war, dass er endlich irgendwo angekommen und verwurzelt war; und weil sie, das erzählte sie einmal, aufhörte zu hadern und ihn zu bekämpfen, und änderte, was sie ändern konnte. Sie holte sich Hilfe ins Haus. Ging zum Sport. Legte Termine mit Freundinnen fest und hielt sie ein. Beide sagen, dass sie wieder begonnen hätten, sich als Team zu verstehen, damals und seither.

Vielleicht ist es ja heute darum ganz einfach. Wenn zwei auf Augenhöhe sind, muss es nicht mehr so wichtig sein, ob der Mann mehr Ruhm erreicht; schließlich ist Obama der Politiker. 4,2 Millionen Dollar hat die Firma Obama 2007 verdient, gemeinsam. Er nennt sie „Boss“ und sagt, sie sei „ein bisschen gemeiner als ich“. Einer aus seinem Kreis sagt, er sei fröhlicher, optimistischer, sie sei ärgerlicher, sarkastischer, aber die Mischung, seine Hoffnung und ihre Wut, sei die Kombination, die in der Politik etwas auslöse. „They get things done“, so redet Hyde Park über die Obamas.

Sie geht nicht so manisch ins Fitnessstudio wie er, nicht täglich, aber sie trainiert,

und jeden Freitag fährt sie zu Friseur und Maniküre. Michelles Freundinnen sagen, dass sie keine Karriere gewollte habe, sonst hätte sie sie gemacht; sie habe mal hier und mal dort gearbeitet, weil es ihr um die Arbeit und nicht um den Posten gegangen sei. Sozialer Wandel sei das, was sie interessiere, und nun verstehe sie die Zukunft als Chance, weil sie niemals mehr werde bewegen können als in der Rolle der First Lady. Wenn zwei ihr kleines gleichberechtigtes System formen, brauchen sie die Demonstration weiblicher Selbstbestimmtheit wahrscheinlich wirklich nicht mehr.

Vielleicht wissen beide, dass sich mit der Präsidentschaft alle Türen öffnen: Danach werden Michelle und die Kinder tun können, was sie tun wollen; sowieso, wenn es denn eine erfolgreiche Präsidentschaft gewesen sein wird. Das Glück kommt zu der, die warten kann, manchmal.

Freitag im Schneesturm Chicagos, der letzte Tag vor den Ferien, die fünfte Pressekonzferenz in fünf Tagen. Obama stellt seine Arbeitsministerin vor und verlangt schon wieder eine Kulturwende, diesmal einen Kapitalismus, in dem „ein jeder nicht nur von der eigenen Gier motiviert ist, sondern vom gemeinsamen Gut“. Und in der sechsten Reihe sitzen Newton Minow und Ehe-

frau Jo, er im feinen Anzug, sie im feinen Kleid, beide jenseits der 70, beide sehr stolz.

Ihr Präsident.

Ihre First Lady.

Ihr Paar.

Newton Minow war Partner bei Sidley Austin, der Anwaltskanzlei in der Innenstadt. Michelle Robinson arbeitete damals für ihn, 19 Jahre ist es nun her, sie war im ersten Jahr nach ihrem Harvard-Abschluss, hatte mit Prominenten zu tun und mit Urheberrecht. „Sie war gescheit, sie wollte etwas werden“, sagt Minow. Aber sie war nicht überall beliebt: Über ihren direkten Vorgesetzten hinweg beschwerte sie sich über minderwertige Arbeit; „dabei durfte sie mehr machen als andere im ersten Jahr“, sagt der einstige Vorgesetzte.

Newton Minow lacht, als er das hört und sicher ist, dass er es richtig verstanden hat mit den zwei Hörgeräten. „Ach, die alten Geschichten. Michelle war gut“, sagt er.

Und dann kam ein Anruf. Martha Minow, Professorin der Harvard Law School und Minows Tochter, sagte ihrem Vater, es sitze da der beste Student ihres Lebens in ihrem Kurs. Erstsemester zwar, aber „Dad, du musst ihn nehmen“. Und Newton Minow heuerte nie Erstsemester an, aber er nahm diesen Obama, der Rest ist Geschichte, beinahe. Oder Mythos, eher dies.

Die Obamas erzählen ja gern, wie er sie umwarb, sofort hingerissen, und sie sich zierte. Wie sie ein Eis aßen. Und dann noch eins. Wie es aber doch nicht ging, innerhalb der Firma. Mit einem Praktikanten! Und wie nach langem Kampf der Barack die Michelle eroberte, wie Craig den Barack auf dem Basketballplatz testete und seiner Schwester würdig befand, eine Märchenliebe eben, den Ehering überreichte er beim Dessert, und da sie nicht gestorben sind ...

Newton Minow lacht und sagt, das sei damals ruck, zuck gegangen. „Die hatten sich gerade kennengelernt, da haben meine Frau und ich sie im Kino beim Popcornautomaten gesehen. Und das war ihnen peinlich.“ Und jetzt kichern die Minows, und vorn verlässt gerade der künftige Präsident den Raum, Freier von einst.

„Er hatte diese seltene Mischung aus Temperament und Intellekt, er war smart und attraktiv wie sonst niemand“, sagt Minow. Und Michelle? „Wohlerzogen. Und schön. Ein wunderbares Paar, nicht wahr?“

Michelle Obama trägt breite Gürtel, Kleider und Röcke und keine Kostüme. Seltsam war dieses schwarze Kleid mit dem roten Gesprenkel am Wahlabend: Ein Vulkan sollte es sein, angeblich, es sah eher nach einer Schusswunde aus und nicht so geglückt. Aber sie integriert Diverses, wechselt gern, sie mag Farben. Eine neue Ikone? Die schwarze Diana?

Ihre Stärke: Mode ist nicht ihr Erkennungsmerkmal. Sie wirkt wie eine intelligente Frau, der ihr Körper und die Mode Spaß machen. Die Perlenketten ... nun ja. Aber sonst: Freiheit und Mut. Ihr Ge-



NICOLAS ASFOURI / AFP

US-Soldaten in Afghanistan: Weniger Feinde wollen die Vereinigten Staaten künftig haben und mehr Partner

heimnis: Sie versteckt nichts. Sie zeigt ihren Willen, die Größe, ihre Weiblichkeit, präsentiert ihren Erfolg, ihre Kinder, sogar ihr Alter. Und bei alledem hilft ihr Mann ihr schon, indem er sie bewundernd ansieht, egal, was sie tut.

Vielleicht lieben sie sich einfach. Der große Zauber. Dagegen wäre dann vieles machtlos, vielleicht sogar in Washington.

Er geht gern spazieren, das kann er nun vergessen; sie wird es nicht vermissen, sie fährt lieber Auto. Wie wird das Leben wohl werden? Über solche Dinge reden die Obamas in diesen Tagen, es wird nun erst, zwei Wochen noch.

Malia Obama sagt: „Ich werde an dem Tisch sitzen, an dem Abraham Lincoln saß. Das wird große Gedanken machen.“

Barack Obama sagt: „Wir werden den ehrwürdigen Ort ein wenig öffnen. Für Kinder unserer Freunde und Mitarbeiter, für Kinder aus Washington.“

Es gibt einen Tennisplatz neben dem Weißen Haus, die Obamas spielen gern im gemischten Doppel; Basketballkörbe sollen aufgestellt werden. Einen Krafraum haben sie in Camp David, den werden beide nutzen. 100 000 Dollar stehen zur Verfügung für Umbaumaßnahmen, der Denkmalschutz ist zu beachten.

Sie ist die Managerin des Übergangs in allem, was die Familie angeht. „Du verbringst eineinhalb Jahre mit Wahlkampf und hast dann sechs Wochen, dein ganzes Leben auf den Kopf zu stellen“, sagt sie.

Obama hatte seiner Frau versprochen, mit dem Rauchen aufzuhören, wenn sie ihn im Wahlkampf unterstütze; sie hielt ihre Zusage, er seine meistens. „Sie ist eine sehr gute Polizistin, aber ich will selbst ein Vorbild sein, was gesunde Lebensführung angeht, schon für meine eigenen Kinder“, sagt er. Sie sagt: „Amerika, ruf mich an, wenn du ihn rauchen siehst.“

In Washington wird sie die Kinder schützen müssen, „First Mom“, so nennt sie es. Das Weiße Haus ist sicher, auch die private Sidwell-Friends-Schule hat Erfahrung mit Prominenten, schon Chelsea Clinton ging dorthin. Damals aber gab es Facebook noch nicht oder YouTube; wie man Präsidentenkinder im Medienzeitalter die Privatsphäre erhält, hat unter diesen Bedingungen noch niemand getestet.

Er wird sofort mit der Wirtschaftspolitik beginnen, dort im Weißen Haus, das Obama ja schon jetzt, vor dem Einzug, verändert hat. Eine seiner wesentlichen strategischen Entscheidungen war, seine Berater und den ganzen Stab im West Wing aufzuwerten gegenüber den Ministerien. Sogar Energie- und Gesundheitsexperten hat Obama dort um sich versammelt, „er will da eine schlagkräftige Mannschaft haben“, sagt David Axelrod.



Michelle, so haben sie's besprochen, soll seine Brücke in die Welt sein, zum Leben von früher.

Wie er regieren will, kündigt Obama immer wieder an: nachvollziehbar. Überprüfbar. Ehrlicher als sein Vorgänger.

Was ihm Sorgen mache, hat er vor einigen Tagen den Kollegen von „Time“ verraten, die ihn zur „Person of the Year“ gekürt hatten. Zunächst sei da die Wirtschaft, sagte er: „Selbst wenn wir eine ganze Serie richtiger Schritte veranlassen, ist es möglich, dass wir uns in zwei Jahren noch immer nicht erholt haben.“ Dann Afghanistan, diese ganze „sehr ernste Lage“, aufgeheizt noch durch Pakistan und Indien. Drittens der Nuklearschmuggel. Und viertens, um diese „happy list“ abzurufen:

den: „Klimawandel. Alle Indikatoren weisen darauf hin, dass es schneller geschieht, als selbst die pessimistischsten Forscher vor einigen Jahren gedacht hätten.“

Die Leute von „Time“ stellten dann eine ziemlich gute Frage: Woran können die Wähler ihn in zwei Jahren messen?

Obama sagte: „Haben wir dieser Wirtschaft geholfen, sich von der schlimmsten finanziellen Krise seit der Großen Depression zu erholen? Haben wir finanzielle Regulierungen eingeführt, die sicherstellen, dass sich diese Art Krise nicht wiederholt? Haben wir gutbezahlte Jobs geschaffen, die es Familien gestatten, sich selbst zu versorgen? Haben wir nennenswerte Fortschritte bei dem Versuch gemacht, die Kosten der Gesundheitsversorgung zu senken und den Schutz auszudehnen? Haben wir mit dem Zehnjahresprojekt begonnen, Amerika zu einer Volkswirtschaft neuer Energien zu machen?“

Michelle, so haben sie's besprochen, soll seine Brücke in die Welt sein. Die Verbindung zu jenem Leben, wie es mal war. Zu den Kindern, den Freunden, auch zu den Wählern. Er sagt: „Wie durchbreche ich die Isolation dieser Blase, die einen Präsidenten umgibt? Wie bekomme ich Informationen von jenseits dieser zehn bis zwölf Leute, die mein Büro umgeben?“

Er hat seine Blackberrys, aber noch ist nicht sicher, ob er die Dinger behalten darf, aus Sicherheitsgründen.

Er hat Michelle.

Als es vorbei war, damals, am 5. November in Chicago, am Morgen nach der Wahl, schlief Barack Obama ein wenig länger, zum ersten Mal seit 18 Monaten, und Michelle brachte die Kinder zur Schule, wie immer. Lehrer und Schüler und Eltern klatschten und kreischten, die Mädchen hoben die Rucksäcke wie Schutzschilde.

„Das ist so peinlich“, sagte Malia.

„So wird das jetzt immer sein“, sagte Michelle, „aber ich bin da.“



Wartende Arme vor Spendenausgabe in Detroit

SPENCER PLATT / GETTY IMAGES

SPIEGEL-GESPRÄCH

„Ein Spiel mit hoher Ungewissheit“

Der Geschäftsmann und Mäzen James Wolfensohn über die weltweite Krise und seine Hoffnung, dass Barack Obama der richtige Präsident in diesem historischen Moment sein wird

SPIEGEL: Mr. Wolfensohn, Sie sind bekannt dafür, dass Sie für einen sozial verantwortungsbewussten Kapitalismus eintreten. Was halten Sie heute von der Wall Street?

Wolfensohn: Na ja, die Wall Street konzentriert sich aufs Überleben. Wir erleben einen beispiellosen ökonomischen Einbruch, und deshalb ist es keine Überraschung, dass die globale soziale Verantwortung des Kapitalismus in den Hintergrund rückt. Damit will ich beileibe nicht sagen, dass es richtig ist, und uns in den USA geht es auch noch viel besser als anderen Ländern.

SPIEGEL: Haben Sie selbst am wilden Spiel teilgenommen – haben Sie Geld verloren?

Wolfensohn: Ich persönlich?

SPIEGEL: Ja.

Wolfensohn: Nein, als ich aus der Weltbank ausschied und meinen Job als Sonderbotschafter bei den Verhandlungen zwischen Israelis und Palästinensern im Nahen Osten antrat, habe ich meine Investmentfirma verkauft, und seither habe ich keine Schulden mehr gemacht. Mein Portfolio ist ausgeglichen. Allerdings muss ich eines hinzufügen: Heute habe ich erfahren, dass eine meiner Investitionen, die ich bei einer vertrauenswürdigen Elitefirma getätigt habe, in Mitleidenschaft gezogen wurde, da diese Firma wiederum bei jenem Gentleman investierte, der 50 Milliarden Dollar verbrannt hat. Ich wusste nichts von ihm und nichts davon, dass der Investmentmanager mit ihm Geschäfte machte.

SPIEGEL: Der Gentleman, auf den Sie anspielen, heißt Bernard Madoff und hat

50 Milliarden Dollar mit einem Schneeballsystem verpulvert. Sie kennen ihn nicht?

Wolfensohn: Nein, erst heute erfuhr ich davon, dass ein Teil eines geringen Investments in Anleihen in dieser schrecklichen Firma steckte.



JÜRGEN FRANK

James Wolfensohn

wuchs in Australien auf und war vieles in seinem Leben: Rechtsanwalt in Sydney, Investmentbanker in London, Sanierer des Kennedy Center in Washington und der Carnegie Hall in New York. Dort gründete er 1981 eine Investmentfirma, die sich auf einen kleinen, feinen Kundstamm spezialisierte. 1995 wurde Wolfensohn Präsident der Weltbank, von April 2005 bis Mai 2006 bemühte er sich als Sonderbotschafter in Nahost um die wirtschaftliche Förderung der Palästinensergebiete. Der 75-Jährige gilt als Mäzen und spielt vorzüglich Cello.

SPIEGEL: Der deutsche Bundespräsident Horst Köhler ...

Wolfensohn: ... ich kenne ihn gut ...

SPIEGEL: ... fordert die Bankmanager dazu auf, öffentlich um Entschuldigung zu bitten. Hat er recht?

Wolfensohn: Horst Köhler ist ein bemerkenswerter Mensch und ein enger Freund, er hat hohe moralische Maßstäbe, und deshalb fordert er genau das, was ich von ihm erwarte. Ich bin mir allerdings nicht sicher, dass die Manager, die er im Sinn hat, sich dazu aufgerufen fühlen. Das wäre eine Art Katharsis, aber sie müssten in den USA ihre Worte aus juristischen Gründen sorgfältig wägen.

SPIEGEL: Helmut Schmidt nennt das Raubtier-Kapitalismus. Sie auch?

Wolfensohn: Nicht das System hat das Ganze angetrieben. Einzelne Menschen waren es, und sie haben einen exzessiven Kapitalismus kreiert. Am System lag es nicht, sondern Einzelne wollten ihren Vorteil daraus ziehen, weil es keine angemessene Regulierung gab.

SPIEGEL: Vielleicht hat es ja auch mit der Besonderheit des amerikanischen Geschäftslebens zu tun, der amerikanischen Lebensart, dem amerikanischen Traum?

Wolfensohn: Die Banken in Ihrem Land haben an diesen Praktiken teilgenommen und substantielle Verluste hingenommen.

SPIEGEL: Aber erfunden haben sie dieses Geschäft nicht.

Wolfensohn: Habgier ist nicht auf die Vereinigten Staaten beschränkt. Aus den Ge-

schäftsberichten der Investoren und Institutionen in Ihrem Land und anderer ausländischer Banken geht hervor, dass sie intensiv in dieses System investiert haben. Ich gestehe Ihnen zu, dass es hier erfunden wurde, aber es fand willige Käufer und Teilnehmer in anderen Teilen der Welt.

SPIEGEL: Es ist nun einmal so, dass sich die Europäer den Amerikanern gern moralisch überlegen fühlen. Sie wurden in Australien geboren, wurden amerikanischer Staatsbürger ...

Wolfensohn: ... ich bin amerikanischer Bürger, ich habe die Carnegie Hall 20 Jahre geführt, das Kennedy Center fünf Jahre lang, und ich habe viel für soziale Zwecke in den USA und im Ausland getan. Es gibt viele wie mich. Das europäische Vorurteil vom geldhungrigen Amerikaner ist verführerisch, aber nicht richtig. In Amerika reden die Leute nicht so überheblich über die Europäer. In Europa höre ich mehr Mäkelei an Amerika, aber, wissen Sie, darauf kommt es auch gar nicht an. Wir stecken mitten in einer globalen Krise.

SPIEGEL: Das sehen wir auch so.

Wolfensohn: Sie trifft China, Indien, den Nahen Osten.

SPIEGEL: Auch Russland, von wo Sie gerade kommen.

Wolfensohn: Die Russen haben 150 Milliarden Dollar innerhalb sechs Wochen verloren, ein Viertel ihrer Währungsreserven, weshalb der Rubel unter großen Druck geraten ist. Schwachstellen gibt es überall auf der Welt, und eine Menge jener Leute, die Geld verloren haben, sind nicht Unschuldsoffer der USA oder Alan Greenspans. Sie sind aktive Teilnehmer am Markt.

Es gibt einige Beispiele für klügeres Verhalten in den USA und auch in Ihrem Land. Zum Beispiel hielt sich die Metzler Bank, die ich zufällig gut kenne, heraus, weil Friedrich von Metzler sehr konservativ und klug ist, so wie auch einige in meinem Land.

SPIEGEL: Zu den Klugen in Deutschland gehören nicht die Landesbanken, denn sie stecken tief drin im Schlamassel.

Wolfensohn: So ist es, und sie kennen noch nicht einmal das ganze Ausmaß ihrer Verluste.

SPIEGEL: Sie konzentrieren sich auf Märkte der Schwellenländer. Wie stark sind China und Indien von der Krise betroffen?

Wolfensohn: Die Krise zieht große Kreise. Vor kurzem kam eine chinesische Delegation hierher, um sich ein Bild vom Stand der Dinge zu verschaffen und um die Aura von Kompetenz und Zuversicht zu verbreiten. Die Managementteams in China sind sehr gut, aber die Reichweite der Probleme ist enorm. Bisher galt die Regel, dass China in Turbulenzen gerät, wenn das Wachstum unter sieben Prozent sinkt. Fürs nächste Jahr sagen sie jetzt fünfeinhalb Prozent vorher. Das Politbüro hat neulich drei Tage lang getagt. Natürlich hat China die Kapazität, die Märkte zu stimulieren,



LUCAS JACKSON / REUTERS

Ehepaar Clinton in New York: „Aura von Kompetenz und Zuversicht“

da dieses Land ja über zwei Billionen Dollar an Währungsreserven verfügt.

SPIEGEL: Und wie sehen Sie die Verhältnisse für Indien, das weniger Spielraum besitzt?

Wolfensohn: Die Konfrontation mit Pakistan beherrscht momentan die Inder, sie sind wütend auf den Nachbarn, was den ökonomischen Druck nicht verringert, aber den Zorn der Bevölkerung aufs Nachbarland lenkt. Allerdings sind die 45 Länder der Subsahara meine größte Sorge. Sie sind überaus abhängig vom Export ihrer Rohstoffe, von Eisenerz über Bauxit bis zum Öl – und dort gibt es keine heimischen Märkte. Dort erwirtschaften sie ungefähr an-



„Das Vorurteil vom geldhungrigen Amerikaner ist verführerisch, aber nicht richtig.“

derhalb Prozent des weltweiten Bruttoinlandsprodukts mit 800 oder 900 Millionen Menschen. Und 2050 werden es wohl zwei Milliarden sein.

SPIEGEL: Sie rechnen dort mit großer Not als Konsequenz der ökonomischen Krise?

Wolfensohn: Die Weltbank geht in ihren Schätzungen davon aus, dass im Jahr 2050 das Pro-Kopf-Einkommen, in heutigen Dollar gerechnet, in der Subsahara von 700 auf 1700 Dollar steigen wird. In China und Indien dürfte es dann bei 40000 Dollar liegen, in Deutschland und den USA bei 98000 Dollar. Die Kluft nimmt zu zwischen Afrika und dem Rest der Welt.

SPIEGEL: Glauben Sie, dass daraus Antiamerikanismus erwachsen wird?

Wolfensohn: Mich hat überrascht, dass es keinen Dank dafür gab, als Europäer und Amerikaner ihnen vorneweg 100 Milliarden Schulden erließen. Und China und Indien kamen nach Afrika, China mit einem Zehn-Milliarden-Dollar-Programm und Indien mit einem geringeren, und afrikanische Führer flogen vor drei Jahren nach Peking und afrikanische Geschäftsleute nach Indien. Und sie behaupten nun, die Chinesen seien heute ihre besten Freunde. Die Inder sind darauf aus, politische Beziehungen zwischen Asien und Afrika aufzubauen. Wir verlieren diese Schlacht, weil Chinesen und Inder es besser machen als wir. Sie bauen den Präsidenten Häuser, sie bauen Straßen, und mittlerweile leben 750000 Chinesen in Subsahara-Ländern.

SPIEGEL: Um die Krise einzudämmen, haben die Regierungen überall auf der Welt Konjunkturprogramme aufgelegt und Rettungspakete beschlossen, eher folgenlos. Was erwarten Sie als Nächstes?

Wolfensohn: Neun Billionen Dollar sind insgesamt angekündigt worden, von denen drei Billionen schon in Anspruch genommen wurden.

SPIEGEL: Weltweit oder nur in den USA?

Wolfensohn: Nur in den USA. Dazu kommen noch sechs oder sieben Billionen in Europa und anderen Teilen der Welt. Wir sollten genau wissen, wofür es gut sein soll. Die Regierungen können den Banken nicht sämtliche faulen Kredite abkaufen, wenn die Aktionäre leiden. Die Regierungen sind nicht dafür da, alle Banken herauszuhauen. Normalerweise werden sie vorher verstaatlicht, wobei die Anteilseigner weggefegt werden.

SPIEGEL: Gehen die Regierungen denn richtig vor?

Wolfensohn: Heute machen die Regierungen, was sie in den dreißiger Jahren nicht



NEW YORK TIMES / REDUX / LAIF

Gewählter Präsident Obama, Team: „Die Amerikaner glauben an seine innere Balance“

gemacht haben. Damals versorgten sie die Banken nicht mit Kapital, und die gingen unter. Heute versorgen sie die Finanzinstitutionen mit Geld, und Notenbankchef Ben Bernanke ist ein Fachmann auf diesem Gebiet, denn seine Doktorarbeit handelt von der damaligen Weltwirtschaftskrise. Die Regierung versucht die Hypotheken zu strecken, damit die Hausbesitzer sie begleichen können und damit weder eine menschliche Katastrophe entsteht noch eine Bankenkrise. All das scheint vernünftig zu sein. Wenn aber eine Krise aufgrund der Verschuldung mit Kreditkarten dazu kommt oder wenn Industriefirmen keine Kredite bekommen oder wenn sich die Banken weiterhin gegenseitig keine Kredite geben, dann müssen die Regierungen nicht jede Finanzinstitution retten.

Als das 700-Milliarden-Dollar-Paket geschnürt wurde, dachte man, die Banken würden wieder Kredite vergeben. Das Gegenteil passierte. Die Banken haben ihre Eigenkapitalquote erhöht. Jede Bank in Amerika, die ich kenne, schaut nach innen, sie treibt die Sorge vor der nächsten Welle an Desastern und faulen Krediten.

SPIEGEL: Sie hören sich ziemlich pessimistisch an. Aber ist es nicht richtig, wenn die Banken ihre Kunden nach einem Geschäftsplan fragen und ob sie die Kredite auch zurückzahlen können?

Wolfensohn: Selbst gute Firmen, die vor kurzem noch Kreditlinien gewährt bekamen, haben geringeren Spielraum, weil sie Kredite zurückzahlen müssen, wenn die Banken sie kündigen. Unbedeutende Firmen kippen wahrscheinlich oder werden geschwächt, schlechte Firmen bekommen nichts. So führt die notwendigerweise

konservative Haltung der Banken zu einer ökonomischen Abwärtsspirale.

Nun versucht Barack Obama, mit einer Billion Dollar die Wirtschaft wieder anzukurbeln. Das hat Franklin D. Roosevelt in der Depression getan, das hat auch Ihr Land damals getan: öffentliche Programme, um den Leuten Arbeit zu verschaffen.

SPIEGEL: Klappt das auch heute wieder?

Wolfensohn: Na ja, es verschafft einigen Menschen Arbeit, es hält sie von der Straße weg.

SPIEGEL: Aber ist das ein Geschäftsmodell für alle Länder?

Wolfensohn: Ich sehe mich außerstande zu sagen, wie lange es dauern wird, bis die Konsumenten und die Konzerne wieder Vertrauen fassen.

SPIEGEL: Lässt sich Vertrauen in den Markt kaufen?

Wolfensohn: Nein.

SPIEGEL: Die Regierungen versuchen das.

Wolfensohn: Sie arbeiten auf einen Zustand hin, in dem sich ein gewisses Maß an Vertrauen einstellen kann. Das lässt sich leichter bei einer Arbeitslosenrate von 8 Prozent erreichen als von 12 oder 13 Prozent.

SPIEGEL: In Amerika wird nun viel darüber geredet, dass Obama das Geld der Steuerzahler ausgibt. Ist das aber nicht ausländisches Geld – chinesisches, indisches?



JÜRGEN FRANK

Wolfensohn beim SPIEGEL-Gespräch*
„Ein Defizit von zwölf Billionen Dollar“

Wolfensohn: Er kann nicht eine Billion Dollar durch Steuererhöhungen herbeschaffen. Gut möglich aber, dass das staatliche Defizit von elf auf zwölf Billionen Dollar steigt oder sogar auf mehr.

SPIEGEL: Angeblich soll die Notenbank gesagt haben, sie werde so viel Geld wie nötig drucken, um die Wirtschaft zu stimulieren.

Wolfensohn: Ich habe diese Schlagzeile in der „New York Times“ auch gelesen. Ich hoffe, dass niemand das gesagt hat. Der Präsident sammelt ein sehr gutes ökonomisches Team um sich. Tim Geithner als Finanzminister ist erstklassig, Larry Summers im Weißen Haus ebenfalls. Dazu kommt Paul Volcker, mein früherer Partner, als Berater mit einer Schar anderer Leute. Wer etwas intellektuell zu bieten hat, macht mit und will helfen. Es ist allerdings nicht nur ein intellektuelles Spiel. Es ist ein Spiel mit derart hoher Ungewissheit wie seit den dreißiger Jahren nicht mehr. Es handelt sich nicht um eine Anpassungskrise wie in den achtziger Jahren. Das ist eine Kontinentaldrift, ein Erdbeben, keine bloße Erschütterung.

SPIEGEL: Und es gibt keine Alternative zum Staat als Problemlösungsinstanz?

Wolfensohn: Nein. Die Regierung wäre hochofret, wenn der Privatsektor bis zu einem gewissen Grad übernehmen würde. Ich bin mir sicher, Obama wird den Bürgern und den Firmen jeden erdenklichen Anreiz für Konsum und Investitionen geben. Das ist das Wesen des amerikanischen Kapitalismus.

SPIEGEL: Ist Obama der richtige Präsident in diesem historischen Augenblick?

Wolfensohn: Kein Mann kann allein diese Krise bewältigen, und deshalb müssen Sie sich das Kabinett anschauen. Die getroffene Auswahl ist, soweit ich das sehe, ziemlich bewundernswert.

SPIEGEL: Die Entscheidungen muss am Ende der Präsident fällen.

Wolfensohn: So ist es, und diese Herausforderung erwartet ihn. Die Amerikaner haben ihn gewählt, weil sie glauben, er habe die innere Balance und Urteilskraft dafür. John F. Kennedy wurde auch in jungen Jahren gewählt, und im Nachhinein lässt sich von ihm sagen, dass er ziemlich gut war.

SPIEGEL: Kennen Sie Barack Obama?

Wolfensohn: Ich habe ihn kennengelernt, aber ich kenne ihn nicht.

SPIEGEL: Erwächst eine neue Form des Kapitalismus aus dieser Krise?

Wolfensohn: Ich hoffe, daraus entsteht ein System des freien Unternehmertums ohne viele Handelsbarrieren und mit einer aufgeklärteren Regierung, die Exzesse kontrolliert. Das wird für eine gewisse Zeit wirken. Und dann werden neue Exzesse auftreten, die die nächste Generation treffen werden, denn so geht es immer zu in der Geschichte.

SPIEGEL: Mr. Wolfensohn, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

* Mit den Redakteuren Gerhard Spörl und Gabor Steingart in New York.

NAHOST

Tage des Krieges, Tage des Zorns

Mit seinen Angriffen im Gaza-Streifen will Israel die Hamas entscheidend schwächen. Die Regierungen im Westen und auch in der arabischen Welt bringen dafür Verständnis auf. Am meisten leiden Zivilisten unter dem Bombardement. Wie viel blutige Vergeltung ist legitim?



Verteidigungsminister Barak
„Jetzt ist die Zeit für den Kampf“

Es passt eigentlich nicht zu einer Außenministerin, aber wenn Zivi Livni eine Bühne erklimmt, wird sie immer nervös. Dann weiß sie nicht, wohin mit den Händen. Sie verschränkt die Arme wie zur Abwehr, egal wie sehr der Blazer knittert. Ihre Stimme beginnt zu zittern, vor allem dann, wenn sie Englisch sprechen muss.

Der Krieg aber ändert so manches.

Als Zivi Lipni an Tag fünf der Luftangriffe auf den Gaza-Streifen zum ersten Mal vor die Weltpresse tritt, da federt sie auf die Bühne des Gemeindezentrums von Sderot, sie ist freundlich und macht ein paar Scherze, sie wirkt souverän, als sie eine Zwischenbilanz des Krieges zieht.

Die Außenministerin lässt das Licht im Auditorium abdunkeln und führt Videos vor, welche die israelische Luftwaffe aufgenommen hat, als sie Kommandozentralen und Waffenlager, Labors und Moscheen der Hamas aus Flugzeugen und mit unbemannten Drohnen bombardierte. In einem Video ist zu sehen, wie einige Tunnel von Rafah, durch die die Hamas Waffen schmuggelt, zerstört werden. „Sie können die zweite Explosion sehen“, erklärt Livni, dabei sei dort gelagerter Sprengstoff in die Luft geflogen.

Es folgt eine Aufnahme, auf der angeblich ein Lastwagen zu sehen sein soll, von dem ein paar Leute in aller Eile schmale, lange Rohre abladen. Raketen seien das, sagt Livni, gleich darauf ist ein Fadenkreuz zu sehen, das Fahrzeug löst sich in Rauch auf.



Zerstörtes Palästinenserslager in Nordgaza: Kampffjets warfen allein in den ersten Stunden der

„Bei unserer Operation“, sagt sie kurz darauf, „unterscheiden wir zwischen Hamas und Zivilisten.“ Diesen Satz wiederholt sie, genauso wie Ministerpräsident Ehud Olmert und Verteidigungsminister Ehud Barak, oft genug in diesen Tagen. Das Wort Krieg kommt der Außenministerin an Tag fünf des Krieges allerdings nicht über die Lippen.

Dabei sieht es ganz danach aus, als werde die Operation „Gegossenes Blei“, mit der Israel in der Weihnachtswoche über-

raschend losschlug, als siebter Nahost-Krieg in die Geschichtsbücher eingehen. Allein der erste Tag war der blutigste im israelisch-palästinensischen Konflikt seit mehr als 40 Jahren. So viele Tote, so viel Leid gab es zuletzt im Sechstagekrieg 1967, als Israel den Gaza-Streifen eroberte und besetzte.

Gegenwärtig tobt die erste Phase in einem asymmetrischen Krieg: Luftangriffe der maßlos überlegenen israelischen Streitkräfte, während die Hamas Raketen aus

Wohngebieten auf Israel abschießt. Dutzende F-16-Kampffjets warfen in den ersten Stunden der Offensive mehr als 100 Tonnen Sprengstoff auf Ziele im Gaza-Streifen – Polizeistationen, Waffenlager, Moscheen, Ministerien, Wohnhäuser. Allein in den ersten vier Minuten bombardierten sie über 50 Hamas-Einrichtungen.

„Wenn wir damit fertig sind“, sagt General Dan Harel, der stellvertretende israelische Generalstabschef, „dann wird kein einziges Haus der Hamas in Gaza

Panzern, die entlang dem Gaza auf den Einsatzbefehl warten. Die israelische Regierung und die Armeeführung drohten von Anfang an damit, zögerten aber bis zum Samstagmorgen vergangener Woche, ernst zu machen. Denn der Übergang von der überschaubaren Operation aus der Luft zum Einmarsch mit Panzern und Tausenden Soldaten verändert den Charakter des Krieges: Die konventionelle Armee verliert dann rasch ihre Überlegenheit, und eine Guerilla mit 20 000 Mann kann mit

Iran. Iran ist der große Bruder, der auch in diesen Tagen mit Demonstrationen und Drohgebärden öffentliche Unterstützung gewährt. Und der Konflikt zwischen Israel und Iran überwölbt mittlerweile den israelisch-palästinensischen. Oft genug drohte Präsident Mahmud Ahmadinedschad, Israel werde von der Landkarte verschwinden. Oft genug haben militärische und politische Führer in Jerusalem laut oder halbblau mit einem Schlag gegen die iranischen Atomanlagen gedroht, falls der Mul-



Offensive mehr als 100 Tonnen Sprengstoff ab



Palästinensische Trauernde in Nordgaza: Jeder vierte Tote ist eine Frau oder ein Kind

Panzerfallen, Selbstmordattentaten und im Häuserkampf viele Soldaten umbringen und blutige Gegenwehr leisten – und ihre Anhänger in Iran, Syrien, Jordanien und Ägypten in die Verzückung treiben.

So war es auch im Krieg vor zwei Jahren, als die israelische Armee im Libanon einmarschierte, rasch an Glanz verlor und ruhmlos abzog. Der Anlass damals wie heute: Raketenbeschuss. Der Verlauf: Luftangriffe, denen der Angriff zu Land folgte. Die Hamas würde jetzt gern nachahmen, was der Hisbollah damals gelang: Der israelischen Kriegsmaschine standzuhalten, was in den Augen vieler Araber einem Sieg gleichkommt.

Auf den Bodenkrieg stellen sich beide Seiten ein. Die israelische Regierung genehmigte die Einberufung von fast 10 000 Reservisten, Soldaten der Elite-Einheit „Golani“ warten mit ihren Merkava-Panzern kurz vor der Grenze zum Gaza-Streifen auf den Marschbefehl. Es wäre allerdings eine bittere Ironie der Geschichte, sollte die Armee den Küstenstreifen zurückerobern, den Israel vor dreieinhalb Jahren gegen heftigen Widerstand der israelischen Rechten aufgegeben hatte. Wenn die Infanterie einmarschiert, drohte ein Sprecher des militärischen Arms der Hamas, „dann wird der Gaza-Streifen wie ein Vulkan explodieren“.

In solchen Metaphern reden Hisbollah und Hamas gern. Allerdings gibt es auch einen Grund, dass sie sich stark fühlen:

lah-Staat sein Nuklearprogramm nicht einstellen sollte.

Was vor zwei Jahren im Libanon passierte und sich heute in Gaza ereignet, das lässt sich auch als Stellvertreter-Krieg verstehen – als Operationen gegen die kleinen Brüder im Geiste, die Israel das Existenzrecht streitig machen.

Solange die erste Phase im asymmetrischen Krieges anhält, genießt Israel unter den Verbündeten in aller Welt Rückhalt und Verständnis. „Wir machen die Hamas verantwortlich für die Rückkehr der Gewalt“, sagte US-Außenministerin Condoleezza Rice. Auch Barack Obama, der Präsident im Wartestand, gab zu verstehen, dass ihm die Geduld ausgehen würde, wenn regelmäßig Raketen auf Städte niedergingen und Menschen töteten. Ähnlich nahm Angela Merkel Israel in Schutz: „Der Terror der Hamas kann nicht akzeptiert werden.“ Zu einseitig sei diese Stellungnahme ausgefallen, rügte Martin Schulz, Europa-Abgeordneter der SPD, umgehend die Kanzlerin, so schränkte sie den Spielraum deutscher Außenpolitik ein.

Großes Einfühlungsvermögen dürften Amerika und Europa nach einer Bodeninvasion allerdings nicht mehr aufbringen. Denn die Folgen könnten dramatisch ausfallen: womöglich eine zweite Front durch die Hisbollah im Libanon, womöglich Aufruhr im Westjordanland und in den arabischen Städten, die von Autokraten vom

mehr stehen.“ Aber das kann wohl kaum das Ziel dieser Operation sein. Die Verhältnisse dort sollten geändert werden, sagt Verteidigungsminister Barak, Außenministerin Livni formuliert vorsichtiger: „Wir wollen die Hamas schwächen.“

Es ist ja auch kaum zu glauben, dass sich die Hamas aus Gaza wegbomben lässt. Und bald dürften den F-16-Kampffjets die Ziele ausgehen.

Die zweite Phase in diesem asymmetrischen Krieg wäre die Invasion mit jenen

Schlag Husni Mubaraks oder Baschir al-Assads regiert werden.

Hinter den Kulissen sind die Europäische Union, die Vereinten Nationen, die Türkei, die im Nahen Osten zur Vermittlerin aufgestiegen ist, darum bemüht, mit Diplomatie einer Eskalation vorzubeugen. In dieser Woche wollen Javier Solana und der tschechische Außenminister Karel Schwarzenberg – sein Land übernahm gerade die Ratspräsidentschaft – für die EU nach Jerusalem reisen und zur Mäßigung raten.

Die arabische Welt ist mehr denn je gespalten in der Haltung zum Krieg zwischen Israelis und der Hamas. Der ägyptische Präsident Mubarak macht die Hamas-Führer für die Angriffe verantwortlich: „Wir haben euch immer wieder gewarnt, dass eine Aufkündigung des Waffenstillstandes Israel dazu bringen wird, das zu tun, was es jetzt tut.“ Die meisten arabischen Regierungen hegen Antipathie gegen das Regime der Mullahs, das zur Hegemonialmacht in der Region aufsteigen möchte – ihre Völker aber lieben die martialischen Parolen aus Teheran. Der iranische Revolutionsführer Ajatollah Ali Chamenei trompetete gewaltig: „Kann es eine Katastrophe geben, die noch größer wäre als das Verhalten der muslimischen Staaten, die das zionistische Regime bestärken?“

Der Held der arabischen Straße ist Hassan Nasrallah, der Chef der Hisbollah, der aus Angst vor einem Attentat nicht oft öffentlich auftritt. „Eure Schmerzen sind unsere Schmerzen, eure Wunden sind unsere Wunden“ – diese routinierte Botschaft ließ er per Video verbreiten. Seine Organisation hat ihre Waffenlager wieder aufgefüllt, einen Krieg mit Israel könne sie sich leisten, meinen westliche Geheimdienste.

Die Hamas rief für den vorigen Freitag einen „Tag des Zorns“ aus. Im Westjordanland zogen denn auch Tausende Demonstranten durch die Straßen, genauso wie in Kabul, Jakarta und Teheran. Das sah nach kontrolliertem Volkszorn aus.

In Israel steht Verteidigungsminister Barak im Zentrum der Ereignisse, ein Mann mit begrenztem Spaß an Selbstdarstellung. Der Krieg gilt als sein Krieg. Der Krieg ist – noch – populär, und deshalb hat Barak, der nach der Wahl im Februar Ministerpräsident werden will, ungemein an Beliebtheit gewonnen. Er spricht von einem „Krieg ohne Gnade“, er sagt: „Es gibt eine Zeit für Ruhe und eine Zeit für den Kampf, jetzt ist die Zeit für den Kampf.“ Barak ist General a. D., er genießt Autorität, momentan.

Die Eskalation der Gewalt zeichnete sich schon kurz vor Weihnachten ab, als ein

sechsmonatiger Waffenstillstand zwischen Israel und den Islamisten endete. Die Hamas startete eine neue Offensive – 300 Raketen schlugen innerhalb weniger Tage im südlichen Israel ein. Inmitten der Feierlichkeiten zum jüdischen Chanukka-Fest befanden sich plötzlich eine Viertelmillion Israelis in Reichweite der Raketen.

Mit jedem Tag erreichten die Geschosse weiter entfernte Ziele, bis zu 80 täglich sind es seit Beginn der Luftschläge, selbstgebaute Kassam-Raketen und fabrikneue Katjuschas. Am ersten Tag auf Netivot, 12 Kilometer von der Gaza-Grenze entfernt, am zweiten Tag auf die Innenstadt von Aschkelon, 13 Kilometer, am dritten Tag bereits auf Aschdod, 27 Kilometer, am vierten Tag auf die Großstadt Beerscheba, 42 Kilometer.

selhaft und vertraut auf die Wirkung der Fernsehbilder. Die waren bisher vor allem auf „al-Dschasira“, dem TV-Sender in Katar, zu sehen. Israel sperrte die Welpresse aus Gaza aus.

Wann wird aus legitimer Selbstverteidigung ein schmutziger Krieg? Sind die rund 10 000 Raketen, die in den vergangenen sieben Jahren insgesamt 32 Israelis töteten, Grund genug für eine Militäroperation mit bislang 450 Toten – jeder vierte eine Frau oder ein Kind? Und wiegt der Verlust des israelischen Mädchens, dessen Mutter vergangene Woche an einer Bushaltestelle in Aschdod von einer Katjuscha-Rakete getötet wurde, schwerer als der Verlust, den ein palästinensisches Mädchen am selben Tag im Flüchtlingslager Dschabalija erlitt, als seine



Trauernde in Aschdod, israelischer Luftangriff in Nordgaza: Die Hamas schießt weiterhin Raketen ab trotz

Israel kämpfe mit einem „moralischen Vorteil“, meint Verteidigungsminister Barak, weil der jüdische Staat das Raketenfeuer aus Gaza lange tatenlos über sich habe ergehen lassen. Aber wie lange hält dieser Vorteil an?

Mehr als 200 Palästinenser starben am ersten Tag der Luftangriffe, bis Ende der Woche stieg die Zahl der Toten auf fast 450. Schätzungsweise 2000 Verletzte soll es bislang geben, darunter etliche Kinder und Frauen. Die Israelis begannen das Bombardement am helllichten Tag, die Hamas lebt und versteckt sich und ihre Waffen in Schulen, in Wohngebieten, in Gebetshäusern: Wer die Hamas angreift, nimmt zwangsläufig Opfer unter den Zivilisten in Kauf. Und die Hamas mit ihrer Opfer-Mystik nimmt die anderthalb Millionen Menschen im Gaza in eine Art Gei-

fünf Schwestern bei einem Luftangriff starben?

Die israelische Armee verteilt Flugblätter, um die Anwohner vor Angriffen zu informieren. Es gab allein 90 000 Warnanrufe in den ersten Tagen der Offensive. Auch die Familie Baluscha aus Dschabalija wurde gewarnt, sie wartete bis spät in die Nacht bei Verwandten, dann ging sie zurück. Kurz darauf bombardierten Kampfflieger die benachbarte Moschee, deren Dach das Haus der Familie und darunter fünf Töchter begrub.

Tragische Ereignisse. Sie erwecken den Eindruck, Israel gehe es um mehr als nur die „Zerstörung der Terrorinfrastruktur“ der Hamas. Um Vergeltung, um Krieg als Strafe.

Ahmed Jussuf bittet, das Telefonat kurz zu halten. Der Chef-Strategie von Hamas-



GALTI TIBBON / AFP (L.); DAVID SILVERMAN / GETTY IMAGES (R.)

Premierminister Ismail Hanija im Gaza-Streifen befürchtet, dass die Israelis sonst herausfinden, wo er sich aufhält. Er ist, wie die gesamte Hamas-Führung, abgetaucht. „Die Israelis versuchen, die Palästinenser von der Landkarte zu tilgen“, erregt er sich.

In seinem Versteck schaut Jussuf, erzählt er, den ganzen Tag „al-Dschasira“. „Die arabischen Massen unterstützen uns“, sagt er und nennt die ägyptische Regierung „Kollaborateure Israels“. Wie sonst sei zu erklären, fragt er, dass die Luftangriffe nur zwei Tage nach dem Treffen von Präsident Mubarak mit Israels Außenministerin Livni begannen? „Das ist ein Vernichtungskrieg, wir Palästinenser verteidigen uns nur“, behauptet der Hamas-Mann.

dig im Griff. Sie haben ein effektives Herrschaftssystem aufgebaut, dessen Kern die Kontrolle ist: Sie ließen Moscheen errichten, bis der Zement knapp wurde, sie schickten eine Moralpolizei los, die auch mal Frauen ohne Kopftuch verprügelte. Läden, die Alkohol oder Kondome verkauften, gingen in Flammen auf, genauso wie Internet-Cafés und Restaurants. Sie ernannten Richter, stellten Lehrer und Verkehrspolizisten ein, nicht alle davon ideologisch der Hamas zugetan, aber immerhin so loyal, wie sie ein regelmäßiges Monatsgehalt nur machen kann.

Das prophezeite Chaos blieb aus, im Gegenteil: Die Islamisten verhafteten Mitglieder mafiöser Familienclans, die den Gaza-Streifen als ihr Eigentum betrachteten. Sie entließen korrupte Angestellte und

Verstecke für die Führungsebene standen bereit, es gibt eine Kommunikationsstruktur, so dass bisher nur einer der hohen Hamas-Führer bei den israelischen Angriffen getötet wurde. Schlagkräftige Einheiten erhalten den Raketenbeschuss trotz des Bombardements in großem Stil aufrecht. Die F-16-Kampffjets können ihnen nicht viel anhaben, da die Hamas die Raketen aus getarnten Erdlöchern abfeuert, oft mit Zeitzündern versehen.

Zur Radikalisierung der Hamas hat aber auch Israel beigetragen. Nach dem Putsch verhängte die Regierung einen strikten Boykott und erklärte den Küstenstreifen



der Angriffe der F-16-Flugzeuge



Das ist noch nicht einmal die halbe Wahrheit. Die Hamas hat sich in den vergangenen anderthalb Jahren vorbereitet auf diesen Krieg, den sie selbst mit provoziert hat. „Sie hat Israel die Gelegenheit zu einem Schlag gegen Gaza auf einem goldenen Teller serviert“, sagt der ägyptische Außenminister Ahmed Abul al-Gheit.

Der Widerstand gegen Israel ist das Lebenselixier der Hamas, seit sie vor 21 Jahren im Gaza-Streifen gegründet wurde. Sie hat den palästinensischen Befreiungskampf mit islamischer Wohltätigkeit zu einer ganzheitlichen Märtyrerrideologie verschmolzen.

Spätestens seit dem Putsch gegen die Fatah-Bewegung von Palästinenserpräsident Mahmud Abbas im Juni 2007 haben die Islamisten den Gaza-Streifen vollstän-

stellten Polizisten an, die gegen Drogenhändler vorgehen. Sogar Fatah-Anhänger geben zu, dass sie sich unter der Hamas-Regierung erstmals wieder nachts auf die Straße trauten.

Nur an eines dachte die Hamas nicht: die Lebensverhältnisse für die Menschen zu bessern. Stattdessen rüstete sie den Gaza-Streifen zur Festung hoch. Sie kopierte die Untergrundstrategie der Hisbollah, wohl unterstützt von Ausbildern aus dem Libanon und Iran.

Die Islamisten unter Waffen trainierten in den Ruinen der Siedler-Synagogen den Häuserkampf und legten überall Waffen- und Raketenlager an. Sie hoben Stellungen aus, legten Sprengstofffallen und Tunnel in Grenznähe an, vermutlich mit dem Ziel, israelische Soldaten zu entführen.

sogar zum „feindlichen Gebiet“. Seitdem hat sich Gaza immer mehr in eine Elendszone verwandelt. Die Menschen sind von Autos auf Eselskarren umgestiegen, Läden haben nichts mehr zu verkaufen, Fabriken kein Material mehr, Baustellen sind verwaist.

Arm war Gaza immer, schön nie, aber lange Zeit gab es Menschen, die hier freiwillig lebten. Das war, bevor der 40 Kilometer lange Küstenstreifen zu einem Gefängnis wurde. Es gab mannshohe Erdbeerpyramiden auf den Märkten, gegrillten Fisch an jeder Ecke, schwere Goldschmelze auf dem Basar der Altstadt. Jetzt ist es lebensgefährlich, auf die Äcker zu gehen, der Fisch ist von ins Meer strömender Kloake verseucht, und Gold kann sich niemand mehr leisten. Erst recht vergessen ist die Zeit nach dem Abzug der is-

raelischen Siedler, als man von einem palästinensischen Dubai am Mittelmeer träumte und anfangs, ein Luxushotel am Strand zu bauen.

Der Waffenstillstand hat an der Not nichts geändert. Israel ließ nur einen Bruchteil der Waren herein und keine hinaus, es hat die Übergänge Dutzende Male geschlossen und Hamas-Mitglieder liquidiert. Monatlich rund 20 Geschosse flogen nach Israel – vor dem Abkommen waren es über 300.

Sicher ist, dass keine der beiden Seiten ihre Verpflichtungen vollständig erfüllt hat. Nicht die Islamisten, die mit dem Kassam-Beschuss weiterhin Stärke zeigen wollten. Nicht Israel, das die Hamas mit der Blockade in die Knie zwingen wollte. Irgendwann, so die Hoffnung, würde die ausgehungerte Bevölkerung im Gaza-Streifen revoltieren oder die Islamisten-Regierung einfach implodieren. Das Gegenteil ist passiert, und darunter leidet seither vor allem die palästinensische Bevölkerung.

Im November verschärfte Israel die Blockade. Das Uno-Hilfswerk, das rund die Hälfte der Bewohner des Gaza-Streifens mit Nahrungsmitteln versorgt, musste seine Hilfe tagelang einstellen. Anfang Dezember schlossen dann die Banken, weil das Bargeld ausgegangen war. Löhne konnten nicht mehr ausgezahlt werden. Die Arbeitslosigkeit liegt inzwischen bei vermutlich 80 Prozent, die Wirtschaft ist kollabiert. Strom gibt es nur wenige Stunden am Tag, Trinkwasser ebenso. Benzin und Kochgas sind rar, deshalb mussten Bäcke-

reien und Hühnerzuchten schließen, deshalb gibt es kaum noch Brot und Fleisch. Kinder gehen nicht mehr zur Schule, sondern sammeln Müll; die arbeitslosen Väter stehen stundenlang an für ein wenig Mehl oder Reis.

Wer sich nicht mehr zu helfen weiß, wer hungert oder Angstattacken hat, geht in die Apotheke und kauft sich Beruhigungspillen. Der Verkauf sei seit der israelischen Blockade in die Höhe geschneit, sagt Fais al-Dschasni, ein Apotheker in Gaza-Stadt. „Besonders Kinder können nachts nicht schlafen und nehmen die Tabletten“, berichtet er. Mit Beginn der israelischen Militäroperation sei der Absatz noch einmal gestiegen.

Jetzt gehen die Pillen langsam aus. Nachschub kam bislang durch die Schmugglertunnel von Rafah im südlichen Gaza-Streifen, unter der Grenze zu Ägypten. Die Tunnel waren bis zum israelischen Militärschlag die Lebensadern des Gaza-Streifens, alles wurde hier durchgeschleust: Ziegen für das Opferfest, Benzin. Wäre es nur dabei geblieben, hätte Israel keinen Grund für die Bombardierung gehabt, aber die Hamas füllte so vor allem ihr Waffenarsenal.

Daher geben viele Palästinenser der Hamas zumindest eine Mitschuld an den Luftschlägen. Sie sehnen sich inzwischen nach der als korrupt verschrienen Fatah – und manche trauen sich sogar, dies offen auszusprechen. „Es wäre gut, wenn die Fatah möglichst bald nach Gaza zurückkommen würde“, meint der Apotheker Dschasni.



Israelische Panzer in Wartestellung: Zweite Phase

„Auch die meisten meiner Kunden denken so.“

„Die Hamas hat sich entzaubert und wird die nächsten Wahlen verlieren.“ Das sagt Mohammed Dahlan, der ehemalige Fatah-Sicherheitschef von Gaza (siehe Interview unten), obwohl die Umfragen das Gegenteil besagen.

„Zerstörung als Strategie“

Mohammed Dahlan, 47, früherer Sicherheitschef der Fatah im Gaza-Streifen, über Israels Krieg gegen die Hamas

SPIEGEL: Herr Dahlan, Ihre Fatah-Bewegung wurde vor anderthalb Jahren von der Hamas aus dem Gaza-Streifen verjagt. Freut es Sie nicht, dass Israel jetzt den Krieg gegen Ihren Rivalen führt?

Dahlan: Nein, denn es sind nicht die Hamas-Führer, die unter den Angriffen leiden. Die sitzen sicher in ihren Bunkern und sehen zu, wie draußen die Menschen sterben. Und wieder einmal zahlt das palästinensische Volk den Preis. Seit 1967 ist es Spielball der unterschiedlichen Interessen, allen voran der Israelis. Die haben in den achtziger Jahren Fatah-Leute wie mich ins Gefängnis gesteckt und die Hamas gefördert. Was heute in Gaza passiert, ist die Folge dieser Politik.



Politiker Dahlan
Gefängnis oder Tod

SPIEGEL: Trägt die Hamas eine Mitschuld an den israelischen Luftangriffen?

Dahlan: Sie hat Israel mit ihren Raketen einen Vorwand für den Krieg geliefert. Die Hamas ist eine der schlimmsten Organisationen in der Region. Die Menschen haben Angst vor den Islamisten, niemand in Gaza traut sich mehr, laut Kritik zu üben. Ansonsten droht Gefängnis oder sogar der Tod. Genau wie Israel nimmt die Hamas keine Rücksicht auf das Volk, ihre Kämpfer schießen Raketen mitten aus Wohngebieten ab.

SPIEGEL: Glauben Sie, dass die Bevölkerung gegen die Hamas revoltieren wird?

Dahlan: So einfach ist das nicht. Dachten nicht auch die Ameri-

kaner, die Iraker würden sie mit Blumen begrüßen? Erst wenn Israel uns einen echten Frieden anbietet und die Hamas versucht, diese Chance zu durchkreuzen, werden die Palästinenser anfangen, sie zu hassen.

SPIEGEL: Aber Israel und Palästinenserpräsident Mahmud Abbas verhandeln doch miteinander.

Dahlan: Diese Gespräche sind nichts wert. Israel hält uns mit Treffen, Konferenzen und sogenannten Friedensprozessen hin. So spielt man der Hamas in die Hände.

SPIEGEL: Ihre Fatah-Bewegung selber hat genügend Fehler gemacht.

Dahlan: Ja, wir haben noch immer nicht aus unserer Wahlniederlage gelernt. Die Wahl einer neuen Führung ist längst überfällig.

SPIEGEL: Es gibt Gerüchte, dass die Autonomiebehörde in Ramallah und die israelische Regierung die Luftangriffe abgesprochen hatten.

Dahlan: Das sind Verschwörungstheorien. Diese Angriffe helfen weder Mahmud Abbas noch der Fatah.

SPIEGEL: Wie realistisch ist das israelische Ziel, die Hamas zu vernichten?



in einem asymmetrischen Konflikt



Außenministerin Livni: Suche nach Exit-Strategien

Dahlan, groß und wuchtig gebaut, sitzt in einem weitläufigen Büro mit neuen weißen Ledersesseln. Er wirkt kaltblütig, redet bedacht. Für die Hamas ist er der Inbegriff des korrupten Bonzen. Als die Islamisten die Macht im Gaza übernahmen, kam Dahlan nur mit dem Leben davon, weil er nach Deutschland geflo-

Dahlan: Das wollen sie doch in Wahrheit gar nicht. Israel braucht die Hamas, um einen palästinensischen Staat zu verhindern. Das Motiv für die Offensive ist, bessere Bedingungen für den nächsten Waffenstillstand zu erreichen.

SPIEGEL: Aber bietet sich der Fatah durch den Krieg nicht die Chance, in Gaza wieder die Macht zu übernehmen?

Dahlan: Nach Gaza kehren wir nur nach gewonnener Wahl zurück – nicht mit militärischer Gewalt. Wenn Sie mich persönlich fragen: Ich bin froh über den Putsch der Hamas.

SPIEGEL: Wie bitte?

Dahlan: Die Palästinenser haben jetzt begriffen, dass die Hamas nicht regieren kann. Ihre Führer wurden als Widerstandskämpfer gefeiert, als Streiter gegen die Korruption, doch nach ihrem Wahlsieg verloren sie jegliche Legitimation. Ihre einzige Strategie ist Zerstörung und das Chaos. Die Hamas hat sich entzaubert und wird bei den nächsten Wahlen verlieren.

INTERVIEW: JULIANE VON MITTELSTAEDT, CHRISTOPH SCHULT

gen war, um sich am Knie operieren zu lassen.

Er will nicht den Verräter spielen und freut sich allenfalls klammheimlich über das Vorgehen der Israelis. „Die Hamas ist eine der schlimmsten Organisationen in der Region“, sagt er. „Ihre Führer haben Freude daran, palästinensische Kinder sterben zu sehen“ – weil ihr Tod den Hass gegen Israel nährt.

Die Fatah, das Produkt Jassir Arafats, ist die ältere Organisation der Palästinenser, die sich lange Jahre wenig darum bemühte, einen regulären Staat aufzubauen. Erst der Nachfolger Abbas gab zu erkennen, dass ihm an Besserung der Verhältnisse gelegen ist. Die Hamas entstand als religiöse Konkurrenz zur säkularen Fatah.

Auch Hamas und Fatah liegen seit dem 27. Dezember miteinander in einem Krieg, der Opfer fordert. In Hebron schossen Polizisten der Autonomiebehörde auf Demonstranten. In Betlehem verhinderten sie, dass Palästinenser Molotowcocktails auf einen israelischen Wachturm warfen. Und im Gaza-Streifen ermordeten Hamas-Leute im Schifa-Krankenhaus mindestens fünf Fatah-Mitglieder – per Kopfschuss, vor den Augen der Ärzte und Verwundeten. Die fünf hatten sich aus dem bombardierten Saraja-Gefängnis gerettet, wo sie wegen „Kollaboration“ mit Israel eingesperrt waren.

Dahlan und Abbas mögen nun davon träumen, die Fatah könne im Triumphzug nach Gaza zurückkehren – wobei die israelische Luftwaffe ihnen dann den Weg freigebombt hätte, was sie in den Augen vieler Palästinenser wohl auf lange Zeit

entehren würde. Die Alternative ist die Stationierung einer internationalen Schutztruppe im Gaza. In Israel ist es vor allem Außenministerin Livni, die an solchen „Exit-Strategien“ arbeitet. Das ist bei jedem asymmetrischen Krieg das größte Problem.

Livni wird vom Rest des Kabinetts misstrauisch beäugt. Die Entscheidung für den Krieg fiel wohl einmütig aus. Wie er aber weitergehen soll und vor allem, wie er enden soll, darüber gibt es unterschiedliche Meinungen. Die Kontroverse hat ihren Grund nicht zuletzt in den Neuwahlen, die am 10. Februar anstehen. Das macht es nicht leichter, sinnvolle Entscheidungen kühl zu treffen.

Premier Olmert sieht seine letzte Chance gekommen, die Schmach des Libanon-Krieges wettzumachen. Ihn wollen Außenministerin Livni von der Kadima-Partei und der Sozialdemokrat Barak erben. Bald schon dürften Krieg und Wahlkampf nicht mehr zu trennen sein.

Übrigens hatte die Video-Vorführung in Sderot, bei der Zippi Livni durch Souveränität auffiel, ein kleines Nachspiel. Kurz darauf verbreitete die israelische Menschenrechtsorganisation Betselem eine andere Version über den Lastwagen mit den Raketen, der in die Luft flog. Der Fahrer hat überlebt und behauptet nun, die Männer auf dem Video hätten nicht etwa Kattjuschas davongeschleppt, sondern Sauerstoff-Flaschen, die für Schweißarbeiten gedacht gewesen seien.

Die Wahrheit über den Krieg kommt meistens allenfalls nach dem Krieg heraus.

JULIANE VON MITTELSTAEDT, CHRISTOPH SCHULT, DANIEL STEINVORTH, BERNHARD ZAND

PAKISTAN

„Verrückt, aber nicht total“

Seit drei Monaten ist General Pasha Chef des Geheimdienstes ISI, der für sein Eigenleben berüchtigt ist. Der Neue gibt sich weltoffen und spricht Deutsch. *Von Susanne Koelbl*

Es sind Tage am Rande eines neuen Krieges zwischen den Atommächten Pakistan und Indien. Indische Kampfflugzeuge fliegen angeblich in den pakistanischen Luftraum, im Fernsehen fordern eigentlich moderate Experten „Vergeltung“ für „falsche Beschuldigungen“ aus Neu-Delhi. In der Stadt Muzaffarabad in Kaschmir ziehen zornige Islamisten mit langen Bärten und bodenlangen Gewändern durch die Straßen, sie recken die Fäuste, mal gegen die Feinde in Indien, mal gegen die eigene Regierung, und schwören Rache für das Verbot ihrer unter Terrorverdacht geratenen Wohlfahrtsorganisation.

Der General, 57, sitzt in seinem Büro in Islamabad im zweiten Stock. Ein drahtiger kleiner Mann, den Scheitel streng nach links außen gekämmt. Er lächelt. Der Befehlshaber des berühmtesten Geheimdienstes Inter-Services Intelligence (ISI) trägt, ganz unmilitärisch, einen grauen Anzug, dazu eine modische roséfarbene Krawatte. Die Ellenbogen sind bequem auf dem großen Nussbaumschreibtisch abgestützt.

Wenn einer in Pakistan weiß, wie nahe das Land in diesem Augenblick tatsächlich an einem militärischen Konflikt mit Indien ist, dann ist er es: „Es kommt nicht zum Krieg, wir entfernen uns vom Konflikt mit Indien, jetzt, aber auch grundsätzlich“, sagt

Generalleutnant Ahmed Shuja Pasha und nickt zuversichtlich.

Das klingt gut, das sind ungewöhnlich entspannte Sätze aus dem Mund eines hochrangigen Militärs in diesen angespannten Zeiten nach den Anschlägen von Mumbai. Denn die meisten seiner Offiziere würden ihren Gefechtsstand am liebsten sofort an die Ostgrenze des Landes Richtung Indien verlegen, um die öffentlichen Demütigungen durch den Nachbarn zu vergelten.

Das wäre endlich auch eine Gelegenheit, die ungeliebte Front gegen die Taliban und deren Verbündete in den westlichen Stammesgebieten zu begründen. Viele pakistanische Militärs betrachten nicht die Taliban als ihren Feind, eher als eine Art schwarzen Block, der insgeheim die Interessen Pakistans befördert im Krieg gegen Kabul und Amerika. Und mit Indien trug Pakistan schon drei Kriege aus.

Auch er habe „Fragen“, sagt Pasha. Bisher seien die Inder die Beweise für ihre Behauptungen, hinter den Anschlägen stünden pakistanische Gruppen, von ISI gesponsert, schuldig geblieben: „Sie haben uns nichts gegeben, keine Nummer, keine Verbindung, keinen Namen, das ist bedauerlich.“ Er sei bereit gewesen, nach Neu-Delhi zu fahren, um bei der Aufklärung zu helfen.



Attentat in Mumbai am 26. November 2008.

Pasha wäre der erste ISI-Chef in Indien gewesen und der Besuch eine kleine Sensation. Er fuhr nicht, die alten Ressentiments waren stärker: „Viele Leute hier sind einfach noch nicht so weit“, sagt er.

Pasha macht eine Pause. „Anfangs dachten wir, es wird eine militärische Reaktion geben, die Inder sind nach den Anschlägen sehr verletzt und wütend, aber sie sind auch klug“, erklärt er. Der General verschränkt die Hände und lehnt sich nach vorn, um seinen Worten Gewicht zu verleihen: „Wir sind vielleicht verrückt in Pakistan, aber nicht total verrückt. Wir wissen sehr gut, dass nicht Indien unser Feind ist, sondern der Terror.“

Pasha kommandiert den ISI seit drei Monaten. Zuvor führte er als zuständiger General die Operationen gegen die militanten Extremisten in den Stammesgebieten an der Grenze zu Afghanistan. Von seinem Dienst heißt es, der ISI sei eine Black Box, in deren letzte Geheimnisse nicht einmal die Zivilregierung in Islamabad eingeweiht sei.

Der ISI soll Wahlen gefälscht und Regierungen gestürzt haben, er soll an der Liquidierung missliebiger Politiker beteiligt gewesen sein. Nach Jahrzehnten der Doppelspiele und Intrigen wird dem ISI heute einfach alles zugetraut, im Land wie im Ausland.

Pasha sagt, er wolle Vertrauen zurückgewinnen. Das Stilllegen des sogenannten politischen Flügels, der sich unter anderem mit dem Bespitzeln von Entscheidungsträgern befasst hatte, wird auch als Zugeständnis des Militärs an die neue Zivilregierung betrachtet. Die Grenzen des Wohlwollens erfuhr Premierminister Yusuf Raza Gilani aber, als er im Sommer ankündigte, er werde den ISI unter die Herrschaft des Innenministers stellen. Ein

* Am 27. August 2008 auf dem US-Flugzeugträger „Abraham Lincoln“.



MASS COMMUNICATION SPECIALIST IS

Generäle Pasha (r.), Kayani, US-Militärs*: „Was können wir tun?“



islamistische Milizionäre in Kaschmir: „Es kommt nicht zum Krieg, wir entfernen uns vom Konflikt mit Indien“

Anruf des mächtigen Armeechefs, General Ashfaq Pervez Kayani, genügte, und Gilani widerrief seine Absicht.

General Pasha lässt Tee in weißem englischem Porzellan servieren. Mit seinen edlen Hölzern, den eleganten Fauteuils und dem riesigen TV-Flachbildschirm sieht sein Büro eher aus wie der Besprechungsraum eines amerikanischen Fünf-Sterne-Hotels als wie die Kommandozentrale eines Geheimdienstes.

Pasha wechselt zwischen dem Englischen und einem erstaunlich akzentfreien Deutsch hin und her. In den Achtzigern lebte er für ein paar Jahre in Deutschland, wo er an Offizierslehrgängen teilnahm.

„Der Armeechef und ich sind uns vollkommen klar darüber, dass diese Regierung Erfolg haben muss. Sonst bekommen wir großen Ärger in diesem Land“, sagt er jetzt ernst und legt die Hände nebeneinander auf den Schreibtisch. „Probleme im Westen und im Osten wären die Folge, eine politische Destabilisierung und Schwierigkeiten mit Amerika“, fährt er fort, die Stirn in Falten. „Wer diese demokratische Regierung jetzt nicht unterstützt, versteht die aktuelle Lage einfach nicht.“ Wie zu einem Bekenntnis schließt er: „Ich berichte dem Präsidenten regelmäßig und nehme von ihm Befehle entgegen.“

Wie viel Kontrolle hat Pasha aber selbst über sein Haus? Vielen Offizieren, die mit dem wachsenden Islamismus und dem Feindbild Indiens aufwachsen, missfällt der neue Kurs von Präsident Asif Ali Zardari, dem Bhutto-Witwer. Der Krieg gegen den Terror ist nicht ihr Krieg, sondern der Krieg der Amerikaner. „Viele mögen in eine andere Richtung denken, jeder darf anders denken, aber niemand darf es wagen, einen Befehl nicht zu befolgen oder auch nur etwas zu tun, was nicht befohlen ist“, sagt der General leise.

Pasha ist der Mann ganz rechts auf einem Foto, das um die Welt ging. Neben

ihm zeigt es den Armeechef Kayani auf dem US-Flugzeugträger „Abraham Lincoln“ im Indischen Ozean, zusammen mit hochrangigen US-Militärkommandeuren. Das Treffen fand Ende August statt, und angeblich kamen die Amerikaner dabei mit den Pakistanern überein, dass sie die Führung des Terrornetzwerks in den Stammesgebieten mit bewaffneten Drohnen bekämpfen dürfen, während Islamabad zum Schein lautstark gegen die Verletzung der Souveränität seines Landes protestiert.

Der General widerspricht. „Das haben wir nicht diskutiert, dem hätten wir nie zugestimmt“, erklärt er und schüttelt den Kopf. „Aber mal ehrlich, was können wir gegen die Drohnenangriffe tun? Sollen wir die Amerikaner bekämpfen oder einen afghanischen Posten angreifen, weil die Drohnen von dort kommen? Können wir das gewinnen? Nützt das Pakistan?“

Ein Major steht in der Tür und drängt zur Eile. Pasha blickt auf die Uhr und macht ein Zeichen, noch fünf Minuten.

Die Beziehungen zwischen den Amerikanern und den Pakistanern waren vor Pashas Ernennung auf einem Tiefpunkt angelangt. Damals wurde der ISI von einem engen Vertrauten des früheren Präsidenten Pervez Musharraf, General Nadeem Taj, geführt. Der US-Geheimdienst CIA legte in Islamabad ein Dossier vor, wonach ISI-Agenten enge Kontakte zu den Taliban und radikalen Aufstandsführern wie dem Haqqani-Clan unterhielten und vor US-Angriffen warnten.

Rund elf Milliarden Dollar gaben die Amerikaner den Pakistanern in den vergangenen sieben Jahren für ihre Unterstützung im Anti-Terror-Krieg. Die US-Militärs sind angewiesen auf die Quellen des ISI, der neben seinen geschätzten 10 000 festen Mitarbeitern ein Spitzelnetz unterhält. Auf den weltoffenen Pasha, der zuletzt die Stammesältesten in der Grenz-

region Bajaur überzeugte, dass sie sogenannte Lashkars – bewaffnete Stammesmilizen – gegen die Extremisten organisieren sollten, konnten sich nach dem Regierungswechsel alle einig.

Kurz nach seiner Amtsübernahme reiste der Drei-Sterne-General zu seinen Counterparts nach Amerika. Zuvor besuchte er noch den afghanischen Geheimdienstchef Amrullah Saleh, der im SPIEGEL vor wenigen Monaten erklärt hatte, er habe „Berge von Beweisen“, dass der Geheimdienst von Pakistan hinter dem Aufstand in seinem Land stehe. Das Treffen dauerte über vier Stunden, und Saleh akzeptierte eine Einladung nach Islamabad.

Pasha überwindet anscheinend leicht die alten Grenzen. Es lohnt sich jedoch, genau hinzuhören, wenn der General erklärt, warum auch er nicht bereit sei, die Führung der Taliban festzusetzen, obgleich viele behaupten, dass sich zum Beispiel Mullah Omar, der Taliban-Chef, in Quetta aufhalte, einer Stadt, in der Pasha bis vor wenigen Jahren gelebt hat. „Dürfen die nicht denken und sagen, was sie möchten? Sie glauben, Dschihad sei ihre Pflicht. Ist das nicht Meinungsfreiheit?“, verteidigt er extremistische Hetzer, die immer weitere Koranschüler als Kämpfer in den Krieg nach Afghanistan schicken.

So nährt er natürlich den alten Argwohn, der ISI betreibe ein Doppelspiel.

Wieder steht der Major in der Tür und weicht nicht mehr. Pasha erhebt sich, zupft seinen grauen Anzug glatt. Wie die Lösung aussieht für diese Region, die im Chaos zu versinken droht? Er glaube fest an die Koalition des Westens mit Pakistan, sagt Pasha, und auch daran, dass alle gemeinsam den Terror besiegen können. Nur werde dies nicht pünktlich und nach Plan geschehen, wie das in Deutschland üblich sei.

Der General lächelt höflich. Dann schließt sich die Tür zum Lift. ◆



Der Schönheitsforscher

Global Village: Der Dorfjunge Tiep sucht Vietnamesinnen, die es auf die Laufstege der Welt schaffen können.

Manchmal hielt Vu Khac Tiep die große Welt schon in den Händen, da lebte er noch in der Provinz, da war er noch ein Junge, der zu den reichen Familien im Dorf hinüberlief und nach dem Magazin fragte, das sie jeden Monat bekamen. „Schönheit in Vietnam“ hieß es, und darin konnte Tiep schöne Frauen ansehen, solange er wollte.

Diese Frauen sahen anders aus als die Frauen, die er kannte, anders als seine Mutter, die Gemüse auf dem Markt verkaufte, anders als seine Tante. Die Frauen in dieser anderen Welt trugen elegante Kleider, sie hatten knallrote Lippen.

Heute unterhält Tiep, 24 Jahre alt, ein großes Büro in einer Seitenstraße mitten in Ho-Tschiminh-Stadt, an dessen Wänden viele Bilder hängen, mit Frauen, die so aussehen wie die Frauen damals in dem Magazin. Tiep ist heute Direktor von „Venus Fashion“, der zweitgrößten Model-Agentur im Land.

Er hat eine tiefe, heisere Stimme, sein Hemd ist zur Hälfte aufgeknöpft, er trägt eine teure Uhr, neben ihm steht eine Louis-Vuitton-Reisetasche. Er sieht so aus, als sei er in der großen Welt zu Hause, aber er stellt jetzt fest, dass diese Welt nicht so groß ist, wie er als Junge glaubte.

„Die Maße sind das Problem“, sagt Tiep. 89-60-89 brauche ein Model, um draußen in der Welt erfolgreich zu sein; 89 Zentimeter Brustumfang, 60 Zentimeter Taille, 89 Zentimeter Hüfte. „Unsere Frauen sind schmaler“, sagt er, „oben herum.“

Heidi Klum hat 92-63-89, Gisele Bündchen 91-60-89 und Alessandra Ambrosio 87-61-87. Gerade noch möglich in Vietnam sei 86-60-86, sagt Tiep, meist sei bei 78 Zentimetern Schluss, brustmäßig.

Es gab eine Zeit, da inspirierte die Schönheit der vietnamesischen Frauen Schriftsteller wie Graham Greene und Marguerite Duras; und französische Modeschöpfer kopierten die fließende Eleganz des Ao dai, dieses bodenlangen, hochgeschlossenen, geschlitzten Kleids der Städterinnen. Als die Amerikaner endlich flohen, ließen sie seltsamerweise im Land die Sehnsucht zurück, eine Frau habe möglichst westlich auszusehen, am besten amerikanisch, zumindest europäisch.

Nicht Sylvester Stallone oder Robert Redford waren Tieps Vorbilder, er wollte Schauspieler werden, Ly Hung Anh war sein Idol. Drei Stunden fuhr er mit dem Bus nach Hanoi, sprach bei der Schauspielschule vor, wurde aber abgelehnt.

Anh blieb sein Idol, er hatte immer schöne Frauen um sich, die immer so aussahen wie aus „Schönheit in Vietnam“. Jahre später machte sich Tiep auf den Weg nach Ho-Tschiminh-Stadt, zwei Tage mit dem Bus, wieder schaffte er es nicht auf die Schauspielschule, sondern nur vor eine Disco, als Türsteher, und in eine Theater-

schen, seine Models strecken sich in den großen Magazinen, in Hot Pants und mit roten Lippen.

Eines seiner Models, Thang Hang, lief ganz erfolgreich in einer koreanischen Show, einmal reiste Tiep mit allen nach Europa, in die Ukraine.

Und Mailand? Paris?

„Das Problem ist auch die Größe“, sagt er. Meist ist bei 1,70 Meter Schluss.

Den größten internationalen Erfolg erlangte die vietnamesische Frau, als Nguyen Dieu Hoa unter die Top Five bei Mrs. World kam.

Phuong Linh und Kim Cuong hat Tiep unter Vertrag, er fand sie so, wie er Thinh Minh gefunden hat. Ein Freund hatte sie Tiep empfohlen, der rief sie in ihrem kleinen Küstendorf an und lud sie nach Ho-Tschiminh-Stadt ein.

Thinh Minh weiß, dass sie niemals eine Million Dollar im Jahr verdienen wird, weil ihr die Augen von Alessandra Ambrosio fehlen und deren Brustumfang.

Aber sie weiß, dass das Leben, das Tiep ihr vermitteln kann, immer noch besser ist als das Leben in ihrem Küstendorf. Sie konnte es verlassen, weil sie groß ist, sehr schlank dabei, weil sie helle Haut hat, fast europäisch. Sie entspricht dem

neuen vietnamesischen Schönheitsideal, das so global ist wie die Fernsender, die über Satellit ins Land strahlen.

Nachmittags belegt Thinh Minh Kurse, sie lernt, gut zu laufen, gut zu tanzen, das müssen alle lernen, die zu Tiep kommen. Sie lernen, wie sie richtig Make-up auftragen, wie sie sich richtig kleiden, sie lernen Smalltalk in Rollenspielen, und am Abend lernen sie noch Englisch – für den Fall, dass sie der Laufsteg doch noch nach New York oder Paris führt.

Tiep fühlt sich angekommen in der Welt, von der er als Dorfjunge träumte. Er hat ein Auto gekauft und ein Haus. Er sucht jetzt noch eine Frau, seine, die Auswahl ist groß.

Er schickt seinen Eltern jeden Monat Geld in die Provinz. Er hat seinem Vater ein Handy gekauft, seiner Mutter Schmuck, einen Kühlschrank – und ein Abo, für „Schönheit in Vietnam“.

BARBARA HARDINGHAUS



Model-Scout Tiep, Models Phuong, Kim: Fast europäisch

gruppe für Laien. Dort sah er andere junge Leute, Männer und Frauen, die sich gut bewegten, die gut aussahen, die ihm schön vorkamen.

Und Tiep, der selbst nicht aussah wie ein Model, sagte, er werde etwas organisieren. Er lief durch die Lokale, redete viel und mietete, im Bezirk 1, da, wo die großen Hotels standen, eine kleine Bar mit dem Namen „112“, da lief seine erste Modenschau.

In der Nacht zuvor schlief er schlecht, denn es ging das Gerücht um, dass Fashion-Shows verboten waren, er dachte daran, was er der Polizei sagen würde, aber die kam nicht.

Seither hat er viele Modenschauen aufgezogen, an der Wand – neben den Fotos mit den schönen Frauen und Männern – hängen Urkunden, Medaillen, Auszeichnungen.

Vor wenigen Wochen richtete er die große Show eines vietnamesischen Fashion-Senders aus, alles legal und offiziell inzwi-

FUSSBALL

„Gute Arbeitertradition“

N. SCHMIDT / DPA



Der Bochumer Profi Christoph Dabrowski, 30, über gewerkschaftlich organisierte Berufsfußballer

SPIEGEL: Herr Dabrowski, Sie sind wie fast alle Ihre Kollegen beim VfL Bochum Mitglied der Spielergewerkschaft VDV, keine andere Erstliga-Mannschaft ist so gut organisiert. Gilt die Gleichung: Je häufiger ein Verein wie der VfL Bochum gegen den Abstieg kämpft, desto eher lassen sich die Spieler für den Solidargedanken erwärmen?

Dabrowski: Das sehe ich anders. Die meisten von uns wären auch bei der Gewerkschaft, wenn wir jedes Jahr um die Meisterschaft spielen würden. Ich verdiene gutes Geld, mein Arbeitgeber ist ein seriöser Club. Aber jeder Profi sollte wissen, dass sich das Blatt schnell wenden kann: Eine schwere Verletzung, und man fliegt vom Karussell.

SPIEGEL: Werben Sie selbst Kollegen an?

Dabrowski: Natürlich, vor allem Spieler, die aus dem Ausland zu uns kommen. Die muss man dafür sensibilisieren, dass dieser Beruf auch Schattenseiten hat und es im Fall der Fälle Leute gibt, die ihnen helfen können – vorausgesetzt, sie leisten zuvor einen eigenen Beitrag.

SPIEGEL: Die Ruhrpott-Solidarität lebt?



Spieler des VfL Bochum

Dabrowski: Der Gemeinschaftsgedanke ist hier stärker verankert als in anderen Regionen Deutschlands, weil die gute alte Arbeitertradition sich bis heute bewahrt hat: Man schaut auf den anderen, man hilft sich gegenseitig, man setzt gemeinsame Interessen durch.

SPIEGEL: Fürchten die Vereinsbosse bei so vielen mündigen Spielern nicht zu oft Widerspruch?

Dabrowski: Unser Aufsichtsratsvorsitzender Werner Altegoer ist der starke Mann im Verein, er ist fest verankert im Ruhrpott. Es ist ihm wichtig, dass wir nicht zu allem ja und amen sagen. Andererseits hat er den Laden voll im Griff. Dagegen rebelliert niemand – ist auch gar nicht nötig.



Malträtiertes Profi Jenkins (1999)

RUGBY

Meißel im Auge

In einer Kontaktsportart wie dem Rugby gibt es ein ganzes Arsenal an gemeingefährlichen Methoden, einen Gegner auszuschalten. Die wohl übelste nennen die Briten „the gouge“, wörtlich: den Meißel. Es ist eine Attacke, bei der ein Spieler einem Kontrahenten mit voller Absicht einen Finger in die Augenhöhle bohrt. Wer derart rücksichtslos zulässt, muss nicht nur mit drastischen Strafen rechnen, sondern auch mit Ächtung durch die Kollegen: Unfairness gilt bei den knüppelharten und oft unübersichtlichen Keilereien um das Ei als verpönt, und „eye-gouging“ ist eine Kardinalsünde. Jahrelang gab es kaum Vorfälle, einer der letzten Aufreger war der Angriff des Argentiniers Roberto Grau auf den Waliser Garin Jenkins bei der WM 1999, den ein Fotograf eher zufällig im Bild festhielt. Nun häufen sich die fieseren Taten wieder, und in Großbritannien mehren sich Klagen über brutales Einsteigen vor allem französischer Teams. Besonders erbost ist man auf der Insel über den Fall des Rumänen Marcus Tincu, der für das Team aus Perpignan zupackt. Im Oktober erhielt Tincu eine 18-Wochen-Sperre für internationale Partien, weil er in einem Europapokalspiel gegen den walisischen Club Ospreys die Augen seines Kontrahenten Paul James malträtiert haben soll. In der heimischen Liga darf der Übeltäter indes ungestraft weiter ran für Perpignan – trotz aller Proteste hält der französische Verband eine Sperre mangels eindeutiger Beweise nicht für nötig.

DOPING

Gläserne Athleten

Der Österreichische Skiverband (ÖSV) hat seinen Athleten ein Leben unter permanenter Beobachtung verordnet, um Medikamentenmissbrauch einzudämmen. Unter der Leitung von Werner Nachbauer, Sportwissenschaftler an der Universität Innsbruck, sammelt der ÖSV sämtliche Wettkampf- und Trainingsleistungen seiner Skifahrer und dokumentiert, bei welcher Schneebeschaffenheit sie erzielt wurden und – im Falle eines Alpin-Starters – bei welchem Torabstand und Gefälle des Hangs. Erhoben werden der Umfang und die Intensität jedes Kraft- und Ausdauertrainings, festgehalten

werden die Ergebnisse von Gleichgewichts- und psychologischen Tests, die Leberwerte, das Blutbild und Auswertungen von Spiroergometrie. 1,8 Millionen Datensätze sind inzwischen auf einem Server in Wien gespeichert, sie stammen von Alpinen, Langläufern und Biathleten. Bis Mitte 2009 sollen auch Skispringer, Nordische Kombinierer und Snowboarder erfasst werden. 400 000 Euro lässt sich der ÖSV die Datenbank kosten, Bedenken wegen des Datenschutzes verzögerten den Start. ÖSV-Präsident Peter Schröcksnadel, der nach den Doping-Razzien in den Quartieren der ÖSV-Langläufer und -Biathleten bei den Olympischen Spielen 2006 in der Kritik stand, sagt, mit der Datenbank könne man systematisches Doping ausschließen.

RADRENNEN

Der Krieger

Lance Armstrong gilt als einer der größten Sportler aller Zeiten, weil er nicht nur siebenmal die Tour de France gewann, sondern auch den Krebs besiegte. Nun kehrt er zurück – aber warum?



Radprofi Armstrong (beim Training im Windkanal in San Diego): „Dopingkontrolle Nummer 10 – unreal“

L langsam bewegt sich Lance Armstrong aus der Finsternis der Hotel-tiefgarage heraus, dann hält er an, um nach der Sonnenbrille zu greifen, die im Helm steckt. Um ihn herum warten bleistift dünne Männer auf ihren Rädern, seine Kollegen aus dem Astana-Team. Sie tragen die fröhlich-helle Teamkluft mit der Sonne Kasachstans auf der Brust.

Armstrongs Statur ist kräftig und gedrun-gen, er trägt die Farben seiner Krebsstiftung, Schwarz und Gelb. Er wirkt wie jemand, der einen anderen Sport betreibt. In seinem Gesicht ziehen sich zwei tiefe Furchen von der Nase herab zu seinen Mundwinkeln. Er lächelt ein wenig, setzt sorgfältig seine Sonnenbrille auf, wie ein Kämpfer eines Spezialkommandos, der das letzte Stück seiner Montur anlegt, und rollt die abschüssige Straße herunter in die Sonne Teneriffas, hinter ihm ein Schwarm hastig tretender Astana-Fahrer, Polizeiautos mit Sirenengeheul und Fotografen auf Motorrädern, die mit schlingerndem Heck der Menge nachjagen.

Armstrong ist zurück. Mitte Januar wird der Amerikaner in Australien sein erstes Profirennen seit dreieinhalb Jahren fahren. Mit 37, wenn Radprofis normalerweise aus dem Sattel steigen, steigt er wieder auf und versucht das nächste Comeback. Versuchen heißt bei ihm: Es gelingt. Armstrongs Geschichte ist die von Krankheit und Wiederauferstehung, von Hodenkrebs mit Metastasen in Gehirn und Lunge und von sieben Siegen bei der Tour de France.

Im Sommer 2005 ist Armstrong zurückgetreten, seitdem haben die Dopingskandale den Radsport in dessen größte Krise gestürzt. Ausgerechnet jetzt will es der erfolgreichste Rennfahrer der jüngeren Zeit noch einmal wissen, ausgerechnet Armstrong. Denn seine Geschichte ist auch die des Verdachts. Spuren von Epo wurden in seinen Urinproben gefunden, er ließ sich von einem dubiosen Arzt betreuen, Weggefährten sagten gegen ihn aus, Leute wurden von ihm eingeschüchert, nachdem sie das Doping angeprangert hatten. Greg LeMond, Amerikas anderer Tour-Sieger, sagte einmal: „Wenn seine Story wahr ist, dann ist sie das größte Comeback in der Geschichte des Radsports. Wenn nicht, dann haben wir hier den größten Betrug.“

Die Skeptiker, die ihm nicht glauben, und der Krebs, von dem er sich immer noch bedroht fühlt, das sind die Feinde von Armstrong, dem Krieger.

Aber warum kehrt er in den Radsport zurück? Um ein achttes Mal die Tour de France zu gewinnen? Mit fast 38 Jahren, gegen all die Jüngeren? Um Nachfolger seiner Nachfolger zu werden? Um zu beweisen, was er längst bewiesen hat: dass er den verdammten Krebs fertiggemacht hat?

Lance Armstrong sitzt auf einem Podium, das unter dem Zeltdach eines Golf-

Clubhauses auf Teneriffa steht. Etwa hundert Reporter haben sich für die Pressekonferenz des Astana-Teams akkreditiert. Als sich Astana vor einem Jahr im Trainingslager präsentierte, waren vier Journalisten da, und Armstrong lebte noch das Leben eines Prominenten. Er zeigte sich an der Seite von Stardesignerin Tory Burch auf Modegalas, vergnügte sich mit Freundin Kate Hudson auf Partys in Cannes und Monte Carlo oder joggte mit Kumpel Matthew McConaughey halbnackt in den Hollywood Hills.

Er sieht frisch aus, etwas Bräune im Gesicht, auf seinem T-Shirt und seiner Kappe steht der Schriftzug „Livestrong“, der Schlachtruf seiner amerikanischen Krebsstiftung. Er sagt, er habe sich einzig aus zwei Gründen entschieden, wieder Rennen zu fahren. „Erstens habe ich meine Leidenschaft für Training und Wettkampf wiederentdeckt. Und zweitens: Meine Stiftung hat erkannt, dass international Platz für unsere Botschaft ist. Ich komme eh-



Stifter Clinton, Armstrong: 300 Millionen Dollar Spenden

renamtlich, ich trainiere und fahre umsonst. Wenn wir global erfolgreich sind und ich werde 18. bei der Tour, dann ist das prima für mich. Ich fühle mich verpflichtet, hier zu sein, für meine Gemeinschaft von Menschen, die den Krebs überlebt haben.“

Irgendwann muss ihn das ziellose Dasein als Celebrity und Fitnessfreak angeödet haben. Also verknüpfte er wieder seine beiden Lebensstränge.

80 Minuten dauert Armstrongs Pressekonferenz. Er wird auf die Dopingwürfe angesprochen und antwortet, er habe niemals gedopt. Er spricht vom Kontrollverfahren eines amerikanischen Spezialisten, dem er sich freiwillig unterwerfe. Seine Rhetorik klingt sanft, aber dann fragt jemand, ob er nicht in einer No-win-Situation stecke: Gewinne er Rennen, werde sofort wieder ein Verdacht aufkommen – verliere er, könne man mutmaßen, er habe früher als Doper gesiegt. Armstrong überlegt. „Ja, mag sein, aber so betrachte ich

die Sache nicht. Ich muss meinen eigenen Beweggründen gegenüber ehrlich sein.“

Als er die letzte Antwort gegeben hat, springt er von seinem Stuhl auf, zieht die Kappe tiefer ins Gesicht und verlässt schnurstracks den Raum. Beim Abendessen sieht er müde aus, den Rotwein rührt er nicht an. Ein Teamkollege sagt später, die Pressekonferenz habe Lance so geschlaucht.

Er mag Situationen nicht, über die er keine Kontrolle hat. Armstrong verabscheut Grauzonen, sie sind ihm zu kompliziert. Er teilt die Welt in feste Pole ein: Wer sich nicht ausdrücklich zu ihm bekennt, muss gegen ihn sein. „Ich glaube, jeder hat Angst vor ihm“, sagt Floyd Landis, ein ehemaliger Teamkollege und überführter Doper. „Wenn du ihn nicht fürchtest, hast du nicht richtig aufgepasst.“

Armstrongs Machtinstrument ist der Blackberry. Er nennt ihn „Crackberry“, weil er abhängig von ihm ist. Sein Manager Bill Stapleton sagt: „Wir haben drei Regeln: Halte. Lance. Auf dem Laufenden.

Nichts nervt ihn mehr, als irgendetwas nicht zu wissen.“ Er zieht seine Vertrauten eng an sich heran und hält sie trotzdem auf Distanz, um unabhängig zu bleiben. So funktioniert das System Lance Armstrong.

Doch jetzt kommt er nicht umhin, das System zu reformieren. Es muss weicher erscheinen. Früher war er die Hochleistungsmaschine, später, als Zweifel laut wurden an seiner Glaubwürdigkeit, reagierte er oft mit lautem Grollen. Seine Position hat sich verändert. Als Weltkrebsbekämpfer benötigt er diplomatisches Geschick. 300 Millionen Dollar Spenden sammelte die Lance Armstrong Foundation in den zwölf Jahren seit ihrer Gründung, es soll noch viel mehr Geld werden. Ihr Übervater ist in Amerika eine gesundheitspolitische Größe geworden.

Armstrongs Ausrüster Nike unterstützt die Stiftung mit einer Anzeigenkampagne, in seinem Blackberry stehen die Nummern von Familie Bush, den Clintons, Nicolas Sarkozy und Silvio Berlusconi.

Womöglich ist das der Plan hinter dem Comeback: Armstrong hat eine Zukunft für sich entdeckt. „Lance will sein schlechtes Image säubern“, sagt David Walsh. „Die Leute sollen glauben: Er wird so oft auf Doping getestet, also wird er sauber sein. Das heißt dann: Früher war er es auch.“

Walsh, 53, ist Sport-Chefreporter bei der Londoner „Sunday Times“. Er hat mehrere Bücher über Armstrong verfasst. Dafür hatte er mit einstigen Weggefährten gesprochen, medizinische Werte analysiert, Ungereimtheiten entdeckt und einen Haufen Indizien zusammengetragen. Am Ende bleibt für ihn nur ein Schluss: Doping.

Er ist Armstrongs größter Feind.

„Walsh ist ein beschissener Drecksack, er ist ein Lügner. Die Sache ist ganz ein-

fach die, dass er mich hasst und ich ihn hasse.“ So beschreibt es Armstrong.

„Das sagt er oft“, antwortet Walsh, „aber es ist nicht wahr.“

Walsh erzählt, er habe Armstrong anfangs sogar sehr gemocht, als der wilde, unerschrockene Jungprofi zu Beginn der Neunziger aus Austin, Texas, nach Europa gekommen war, „sein Enthusiasmus war wundervoll“. 1993 sprachen sie bei einem Treffen stundenlang miteinander, und Walsh schrieb darüber in einem Buch über die Tour de France ein ganzes Kapitel, fast schwärmerisch im Ton.

Sie verloren einander aus den Augen, Armstrong erkrankte 1996 und kehrte zwei Jahre später zum Radsport zurück. 1999 fuhr er erstmals wieder die Tour, Walsh war dabei. Es war das Jahr nach dem Doping-skandal um das Festina-Team, die Rundfahrt wurde zur Tour der Erneuerung aufgeblasen. In einer Urinprobe von Armstrong wurde ein Kortikoid gefunden, ein rückdatiertes Rezept für eine Salbe führte dazu, dass der Test folgenlos blieb. Armstrong fuhr schneller als der Vorjahressieger nach Paris, aber das allein war es nicht, was Walshs Argwohn nährte. Christophe Bassons, ein französischer Fahrer, sagte öffentlich, es werde weiter im Feld gedopt. Darauf habe Armstrong ihm zu verstehen gegeben, er solle besser schweigen. „Statt Bassons zu ermutigen und sich mit ihm zu verbünden, weil er sich gegen Doping aussprach, wollte er ihn aus dem Rennen drängen“, sagt Walsh, „das ist krank.“

Von da an war die Frontlinie gezogen. In einem Punkt sind sich Armstrong und Walsh sogar ähnlich. Für Armstrong gibt es nur Pro oder Contra, Schwarz oder Weiß. Walsh teilt die Welt in Gut und Böse ein. Armstrong stand auf der anderen Seite.

Walsh arbeitete. Er deckte die Verbindung Armstrongs zu dem italienischen Mediziner Michele Ferrari auf, der vom Vorwurf des Sportbetrugs nur freigesprochen wurde, weil sein Vergehen verjährt war. Er traf sich mit Emma O'Reilly, einer ehemaligen Physiotherapeutin von Armstrong. Sie schilderte ihm, wie sie einen Beutel mit leeren Spritzen weggeschmissen, Tabletten weitergereicht und Schminke besorgt hatte, um Einstichstellen zu übertünchen. Walsh schickte O'Reilly die Abschrift des Gesprächs zum Gegenlesen, später auch das Buchkapitel vor dem Druck, um Einwände oder Missverständnisse auszuschließen.

Zeugen wie der einstige Teamkollege Frankie Andreu und dessen Frau Betsy tauchten auf und erzählten, sie seien dabei gewesen, als Armstrong im Oktober 1996 nach einer Krebsoperation an der Uni-Klinik von Indiana Doping gestanden habe. Ob er in der Vergangenheit leistungssteigernde Mittel genommen habe, soll er von Krankenhausärzten gefragt worden sein, und die Antwort habe gelautet: Epo, Steroide, Wachstumshormon, Kortison, Testosteron.

All das bestreitet Armstrong. Er widerspricht O'Reilly und sagt auch, das Gespräch, von dem die Andreus berichten, habe es nie gegeben.

Am dichtesten dran an einem Beweis war 2005 die französische Sporttageszeitung „L'Equipe“. Ein französisches Anti-Doping-Labor hatte gut 150 ältere Urinproben von der Tour de France mit einer neuen Testmethode kontrolliert, ohne zu wissen, von wem sie stammten. In zwölf der codierten Proben von 1999 fanden sich Spuren von Epo. „L'Equipe“ entschlüsselte die Codes und ordnete sechs Fälle Armstrong zu. Da es kein offizieller Dopingtest war, hatte er keine Beweiskraft.

Auf Anschuldigungen hat Armstrong meist lauthals mit Klagen gedroht, bis in den Gerichtssaal aber hat er eine Sache kaum einmal verfolgt. Lieber hat er Vorwürfe leise aus der Welt geschafft, seine Anwälte galten lange als gefürchtet.

Walsh glaubt, schon gespürt zu haben, wie weit Armstrongs Macht reicht. Als er und sein Mitautor Pierre Ballester 2004 für ihr Enthüllungsbuch „L.A. Confidential, Les secrets de Lance Armstrong“ einen Verlag suchten, der es auf Englisch herausbringen sollte, fanden sie keinen. Belege, dass Armstrong dahintersteckte, gab es nie. Und Walshs neuestes Werk „From Lance To Landis“ erscheint in New York, ohne dass Armstrong bislang dagegen vorgegangen wäre.

Eine Menge belastendes Material ist publik geworden in all der Zeit, und Walsh plant mit Ballester das nächste Buch. Dass Armstrong wieder fährt, hat Walshs Sinne geschärft. Er sagt: „Es eröffnet uns die Chance, mehr herauszufinden. Ich bin davon überzeugt, dass er unterschätzt, wie sehr die Vorfälle während seiner Abwesenheit die Sicht auf den Radsport verändert haben.“ Walsh will um ein Gespräch bitten, natürlich, obwohl er ahnt, dass er keinen Termin bekommen wird, natürlich nicht. Armstrong hat ihm vor fast acht Jahren das letzte Interview gegeben.

Lieber greift der zu seinem engsten Verbündeten, dem BlackBerry. Armstrong ist dabei, eine Gegenöffentlichkeit zu kreieren, und das Internet ist das ideale Medium dafür. Seine Blutwerte will er offenlegen, vor allem aber legt er dort sein Leben offen. Alle paar Stunden sendet er von seinem Handy aus Kurzmeldungen in das Blogger-Forum twitter.com.

Es sind meist Banalitäten, die so im Netz landen, aber twittern ist ungemein populär. Mit ein paar Tastendrücker kann jeder Mensch zu jeder Zeit die Welt teil-



Tour-de-France-Sieger Armstrong (2005): *Besser schweigen*



Dopingprotest (2007): *Die größte Krise des Radsports*

haben lassen an seinem Dasein. Twittern ist der ganz persönliche Nachrichtenfluss.

Armstrong tippt in den Blackberry: „Frühstück gehabt und fertiggemacht für eine Fahrt. 6 Stunden heute.“ – „Gerade von einem Nickerchen aufgewacht. Nett.“ – „Ratet mal?!? Dopingkontrolle. Nummer 10. Irreal.“ – „Im Chuys gegessen. Eins von Austins Besten. Hatte einen ‚Big as yo face‘-Burrito.“

Er zeichnet das Bild eines Menschen, der Grillrestaurants mag, hart trainiert, sich um seine drei Kinder kümmert, Freunden zum Geburtstag gratuliert, auch sonst viel Gutes tut, lustige YouTube-Videos anschaut, auf denen Leute ausrutschen, und der sich fortlaufend Dopingtests unterzieht. Ein Kumpel, der nicht schlecht sein kann und vor allem ehrlich ist. Der Anti-Walsh. Nachprüfen kann die Angaben keiner. Armstrong schreibt, was er will, und damit führt er seinen Gegenangriff.

Wohin ihn sein Kampf letztendlich führen soll, weiß er das? Armstrong plant, mehr Rennen denn je zu fahren, in Australien, Amerika, Europa, er will erstmals beim Giro d'Italia antreten und wieder bei der Tour de France, dem Schlüsselrennen seiner Karriere. Es könnte ein dreiwöchiger Reklamefeldzug für eine Veranstaltung werden, die an die Tour anschließt, wenn alles klappt. Armstrong will mit seiner Stiftung am 28. Juli in Paris den ersten globalen Krebs-Gipfel eröffnen, mit den Mächtigen der Weltpolitik als Teilnehmern, bestimmt Bill Clinton, wahrscheinlich Sarkozy, vielleicht sogar Barack Obama. Sie alle würden mit dem Flugzeug oder der Staatslimousine anreisen. Nur Armstrong käme auf dem Fahrrad. Als Weltkrebspräsident.

Er würde das größte Radrennen der Welt zu seiner Auffahrtrampe machen und somit kleiner als das Ereignis, das er selbst erschaffen hat. Auch so funktioniert das System Armstrong.

David Walsh glaubt, Armstrong habe einen Masterplan, der in die Politik führt. Armstrong sagt: „Es ist in meinem Kopf. Aber du musst den Moment erwischen, in dem du merkst, ich will das, es bringt mir was. Bei meiner Entscheidung für das Comeback war das so. Du kannst nicht für ein politisches Amt kandidieren, ohne solch einen Moment zu haben. Es ist dein Ego. Du musst dich hinsetzen und sagen: ‚Ich kann das besser als dieser oder jener, diese Gruppe oder jene Seite.‘“

Gouverneur von Texas zu werden, das gibt er zu, reizt ihn. Amerika mag Seiteneinsteiger in die Politik, ein Schauspieler und ein Erdnussfarmer haben es sogar bis ins Weiße Haus geschafft. Und Arnold Schwarzenegger, der ehemalige Weltmeister im Bodybuilding, ist heute Gouverneur von Kalifornien, obwohl er vor ein paar Jahren zugab, Steroide genommen zu haben, um seinen Körper aufzupumpen.

Seine Karriere könnte ein Vorbild für Lance Armstrong sein. DETLEF HACKE



Ratgeber Müller, Papst Benedikt XVI.

L'OSSERVATORE ROMANO

ETHIK

„Moderner Zirkussport“

Der Sportwissenschaftler Norbert Müller, 62, über seine Berufung zum Sportberater des Papstes und über die Haltung des Vatikans zu Doping und Manipulation

SPIEGEL: Seit April vergangenen Jahres sind Sie einer von 25 Vertretern aus allen Erdteilen im Päpstlichen Rat für die Laien. Warum hat der Vatikan sich für Sie als seinen Sportberater entschieden?

Müller: Ich bemühe mich schon lange darum, dass der Sport sich ethischen Fragen stellt. Fest steht, dass der Spitzensport in einer Glaubwürdigkeitskrise steckt. Die kann der katholischen Kirche nicht egal sein, und die Sportverbände brauchen Partner mit moralischer Autorität.

SPIEGEL: Worüber spricht man im Laienrat?

Müller: Bei so einer Versammlung geht es zum einen um neue Formen kirchlicher Gemeindegarbeit. Da spielt der Sport eine große Rolle, zum Beispiel in der Jugendarbeit. Aber wir sprechen auch über die großen Probleme des Sports, wie Dopingvergehen und Manipulation jeglicher Art. Ich wehre mich gegen die Vereinnahmung der Sportler für sportfremde Zwecke, gegen den modernen Zirkussport.

SPIEGEL: Was kann die Kirche dagegen tun?

Müller: Ich habe die Entwicklung eines Sportethik-Kodex vorgeschlagen, in dem sich alle Weltreligionen einbringen sollen. Das habe ich auch schon 1999 beim Internationalen Olympischen Komitee, dem IOC, vorgetragen, damals leider ohne Erfolg. Die internationalen Sportverbände sind damit überfordert. Unser Ziel ist es, das IOC davon zu überzeugen, ethische Werte wie ‚Du sollst nicht lügen‘ in die Olympische Charta aufzunehmen. Mittlerweile bin ich optimistisch, dass IOC-Präsident Jacques Rogge sich der Idee eines ethischen Kodex öffnen wird.

SPIEGEL: Was macht Sie so sicher, dass sich dopende Sportler plötzlich an einen ethischen Kodex halten?

Müller: Da kann ich mir nicht sicher sein, aber finden Sie nicht, dass es verantwortungslos wäre, wenn sich die Kirche nicht bemühen würde? Ich bin dafür, dass ein Sportler, der sich nicht an die Statuten hält, der betrügt, für immer von den Olympischen Spielen ausgeschlossen wird.

SPIEGEL: Warum interessiert sich der Papst für den Sport?

Müller: Er interessiert sich für ethische Fragen. Und ich glaube, dass auch dem Vatikan nicht entgangen ist, in welche Richtung sich der Sport seit den siebziger Jahren entwickelt. Vielleicht hat es damit zu tun, dass der Papst aus Deutschland kommt, er die jahrelange Arbeit und weltweit führenden Ergebnisse der deutschen sportethischen Forschung kennt. Der Vatikan hat schon 2004 mit der Einrichtung einer ständigen Arbeitsstelle demonstriert, dass man dem Sport eine neue Qualität beimisst.

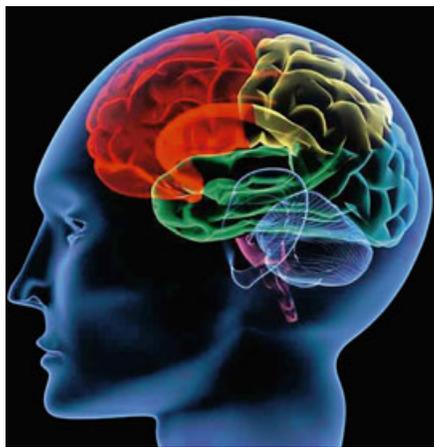
SPIEGEL: In welche Richtung hat sich der Sport denn entwickelt?

Müller: Profisportler werden von Sponsoren, Funktionären und Ärzten instrumentalisiert. Ich war selbst leidenschaftlicher Hochspringer, bis ich 1968 wegen einer Verletzung aufhören musste. Inzwischen ist der Sportler zum Objekt der Begierde geworden. Das muss sich ändern, er muss wieder zum Subjekt werden, das eigenverantwortlich und im Einklang mit unseren ethischen Werten handelt. Ich bin optimistisch, dass wir das schaffen können. Die Menschen sehnen sich wieder nach Vertrauen und Ehrlichkeit. Der Sport muss da ein Vorreiter sein. INTERVIEW: CATHRIN GILBERT

MEDIZIN

Führt Fehlfunktion im Hirn zu Bulimie?

Warum schaffen es an Ess-Brech-Sucht Erkrankte nicht, die immer wieder aufbrandenden Attacken großen Heißhunger in den Griff zu bekommen? Bulimie-Patienten verschlingen bei akuten Fressanfällen große Mengen an Nahrung, die sie hernach wieder erbrechen. Betroffen sind besonders Mädchen und Frauen. Die Erkrankung kann in schwerer Depression und körperlichem Zusammenbruch münden. Wissenschaftler der Columbia University und des New York State Psychiatric Institute haben nun 20 gesunde und an Bulimie erkrankte Probanden einem Reaktionstest unterzogen und die Ergebnisse verglichen. Dabei gingen die essgestörten Versuchsteilnehmer deutlich impulsiver zu Werke als die gesunden. Bulimiker wählten häufiger und wiederholt falsche Lösungen, weil sie allzu hektisch entschieden. Die Erklärung hierfür liefert offenbar die parallel durchgeführte Untersuchung der Hirnfunktionen: Demnach war bei den Bulimikern die Funktion der frontostriatalen Bahnen gestört – jener Verbindungen zwischen Frontalhirn und Basalganglien, die Menschen ein kontrolliertes Verhalten ermöglichen.



Hirnmodell



Insekt vom Mount Mabú

ARTENVIELFALT

Gegoogeltes Paradies

Bis vor kurzem zählten die bewaldeten Hänge des Mount Mabú im Norden Mosambiks zu den letzten unerforschten Flecken der Erde. Jetzt haben Satellitenbilder des Computerprogramms Google Earth die Existenz dieses einzigartigen Tropenparadieses enthüllt. Forscher der Londoner Kew Gardens wurden auf den Wald aufmerksam, als sie in Afrika nach möglichen Gebieten für ein neues Naturschutzprojekt fahndeten. Das dunkle Grün des dicht geschlossenen Blätterdachs verriet das Artenjuwel. Vor wenigen Wochen haben die Wissenschaftler den schwer zugänglichen Ort zu Fuß erkundet. „Die Vielfalt ist phänomenal“, berichtet Expeditionsleiter Jonathan Timberlake. Die Biologen beschreiben neue Insekten- und Schlangenarten. Stumpfschwanz-Chamäleon, Blauböckchen und Olivnektarvogel kreuzten ihren Weg. Den 1700 Meter hohen Gipfel des Mount Mabú umflatterten Hunderte bunter Schmetterlinge auf Hochzeitsflug. „Niemand wusste bislang etwas davon“, sagt Timberlake. In den einschlägigen Archiven und Sammlungen werde der Berg nicht erwähnt. Ist die Satellitenentdeckung Fluch oder Segen für die Region? Fortan sei es zumindest kein Unfall mehr, sondern „böswillig“, wenn der Wald zerstört werde, sagt Timberlake.



Stumpfschwanz-Chamäleon

ARCHÄOLOGIE

Burg der Nebelkrieger

Die Chachapoya waren ein kriegerisches Volk, das vor den Inka einst im heutigen Peru lebte. Jetzt haben Schüler und Lehrer auf einem Ausflug in den Anden, 800 Kilometer nordöstlich der Hauptstadt Lima, in der Provinz Utcubamba wahrscheinlich eine ihrer Festungen entdeckt. Hoch oben im Gebirge, auf eine Fläche von rund fünf Hektar verteilt, stieß

die Gruppe auf mehrere kreisförmig gebaute Steinhäuser. Die von Dschungel überwucherten Gemäuer liegen oberhalb einer Schlucht. Der Lehrer Benedicto Pérez Goicochea vermutet, dass die Bewohner von hier aus nach Feinden Ausschau hielten. Auch Felsmalereien haben die Hobbyarchäologen in der Nähe gefunden. Große flache Steine zwischen den Hütten dienten wahrscheinlich dem Zermahlen von Nahrung und Heilmitteln. Gegen Ende des 15. Jahrhunderts wurde dieses Andenvolk, die sogenannten Nebelkrieger, von den Inka unterworfen.

KLIMA

„Esst einen Tag in der Woche kein Fleisch!“



Der indische Ingenieur und Chef des Uno-Weltklimarats, Rajendra Pachauri, 68, über den Zusammenhang zwischen Fleischkonsum und Erderwärmung

SPIEGEL: Jeder Deutsche verzehrt statistisch gesehen jährlich rund 62 Kilogramm Fleisch. Finden Sie das zu viel?

Pachauri: Es steht mir ja eigentlich nicht zu, das zu kommentieren. Aber fast 200 Gramm pro Tag sind in der Tat eine ganz schöne Menge. Vielleicht sollten Sie sich bemühen, das zu reduzieren.

SPIEGEL: Als Vegetarier haben Sie leicht reden!

Pachauri: Sicher, ich habe mir sagen lassen, dass es sehr mühsam ist, mit dem Fleischessen aufzuhören. Ich sage ja auch nicht: Leute, werdet Vegetarier. Was ich sage, ist: Esst einen Tag in der Woche kein Fleisch! Und wenn ihr wollt, dann reduziert es von da an weiter. Fleischverzicht ist nun einmal die einfachste Methode, um Energie zu sparen.

SPIEGEL: Fleischverzicht hilft gegen den Klimawandel?

Pachauri: Ganz genau. Grob gesprochen gilt folgende Regel: Wenn ich meinen Fleischkonsum halbiere, spare ich genauso viel Kohlendioxid ein, wie das



SALVATORE DI NOLEI / AP (L.); GERHARD WESTRICH / LAIF (R.)

der Fall wäre, wenn ich nur noch halb so viel mit dem Auto fahren würde. Das ist doch ziemlich beeindruckend! Und aus diesem Grund können die Menschen wirklich mit relativ wenig Aufwand ihren Kohlendioxid-Fußabdruck auf dieser Erde erheblich verkleinern.

SPIEGEL: Wie ist der erstaunlich hohe CO₂-Ausstoß durch die Fleischproduktion zu erklären?

Pachauri: Zur Aufzucht von Schweinen oder Rindern wird eine unvergleichbar große Menge an pflanzlichem Futter benötigt, und das kostet bei unserer intensiven Landwirtschaft mit den riesigen Mengen an Dünger große Mengen an Energie. Außerdem wird dabei eine Menge Land vernichtet. Bei Rindern, die als Wiederkäuer überdies noch jede Menge klimaschädliches Methan bei ihrer Verdauung ausstoßen, ist das Verhältnis besonders ungünstig: 54 Kalorien pflanzliches Eiweiß werden verbraucht, um eine Kalorie Fleischeiweiß herzustellen. Bei Hühnern beträgt das Verhältnis lediglich 4:1.

PSYCHOLOGIE

Trugbilder in Liebesfilmen

Es blüht eine Rose für jeden Moment, in dem ich letzte Nacht an dich gedacht habe“, haucht Darsteller Patrick Dempsey seiner Angebeteten Reese Witherspoon in der Liebeskomödie „Sweet Home Alabama – Liebe auf Umwegen“ (2002) auf den Anrufbeantworter. Derlei kitschige Liebesschwüre betören das Publikum – alarmieren jedoch die Wissenschaft. Psychologen der Heriot-Watt University im schottischen Edinburgh haben 40 in Hollywood produzierte Liebesfilme aus dem Zeitraum von 1995 bis 2005 untersucht und kommen zu einem besorgniserregenden Befund: Die zeitgemäße Darstellung ineinander verknallter Paare habe – dem Unterhaltungswert zum



Dempsey, Witherspoon in „Sweet ...“

Trotz – mit einer realistischen Zweierbeziehung wenig gemein. Nicht selten überraschten sich die Liebenden auf der Leinwand etwa schon nach einer Woche mit einem Heiratsantrag. Auch das andere Extrem ist in Hollywood-Werken häufig vertreten: Schon nach dem ersten Zank werfen etliche Pärchen die Brocken wieder hin. Frauen und Männer seien in Gefahr, solch ein Verhalten für die Norm zu halten, warnen Kimberly Johnson und Bjarne Holmes. Enttäuschungen seien programmiert, wenn die im Drehbuch aufgetakelten Romanzen als Maßstab für privates Liebesglück herhielten.

SCHÄDLINGSBEKÄMPFUNG

Mückensichere Uniformen

Im Vietnam-Krieg zählten Moskitos zu den größten Plagen, denen US-Soldaten ausgesetzt waren. Immer wieder er-



GIs während einer Übung

krankten GIs durch Mückenstiche an der lebensgefährlichen Tropenkrankheit Malaria. Inzwischen ist es zwar möglich, Uniformen mit dem Insektizid Permethrin zu imprägnieren. Allerdings ist der Schutz noch ungenügend. So mussten die Verantwortlichen des United States Marine Corps verblüfft feststellen, dass ihre Uniformen beim Waschen den Insektenschutz einbüßten. Jetzt haben Forscher eine neue Beschichtungsformel konzipiert. Dadurch bleibt der Schutzfilm auch in der Waschmaschine haften. Parallel dazu entwickelte Ulrich Bernier von der US-Mosquito and Fly Research Unit ein Testverfahren, mit dem sich die Effektivität der Anti-Moskito-Imprägnierung überprüfen lässt. Von der Methode soll zunächst nur das Militär profitieren. Künftig könnten auch Camper die Erfindung nutzen.



Kardiologie bei Herzkatheter-Untersuchung (am Deutschen Herzzentrum in Berlin)

RUFFER / CARO / ULLSTEIN BILD

MEDIZIN

Klempnerei am Herzen

Im Kampf gegen den Infarkt gelten sie als Wunderwaffe: Gitterröhrchen sollen verstopfte Herzkranzgefäße von innen heraus offen halten. Doch neue Studien zeigen: Die sogenannten Stents werden viel zu leichtfertig eingesetzt. Der klassische Bypass ist häufig die bessere Alternative.

Bekannt hatten den 61-Jährigen gewarnt. Er solle wegen einer anstehenden Herzkatheter-Untersuchung keinesfalls zum Chefkardiologen einer großen süddeutschen Herzklinik gehen: „Der stentet wie verrückt.“

„Ich habe mir nichts dabei gedacht“, berichtet der Patient, „außerdem war ich mir sicher, dass der Oberarzt den Eingriff durchführen würde.“

Am Vormittag lag er im Herzkatheter-Labor der Klinik auf der Behandlungsliege. Der von der Leiste in seinen Pumpmuskel hineingeschobene flexible Draht sollte zeigen, ob ein vor zwei Jahren in eines der Herzkranzgefäße eingesetztes Gitterröhrchen („Stent“) noch offen war. Außerdem sollte geprüft werden, ob drei kleinere Verengungen in anderen Koronararterien mittlerweile zugenommen hatten.

Der beruhigende Untersuchungsbefund: Der Stent hatte sich nicht zugesetzt; auch die bekannten Engstellen waren gleich geblieben. „Ich glaube, da müssen wir nichts machen“, erklärte der Oberarzt. Dennoch bat er den Liegenden um ein wenig Geduld: Auch der Chef wolle sich die Sache noch ansehen.

Grußlos erschien der Mediziner im Raum und erklärte nach kurzer Betrachtung der Monitorbilder: „Sie würden von einem weiteren Stent profitieren.“ Auf den lebhaften Einwand des Patienten, dass er keinen weiteren Stent wolle, reagierte der Kardiologe nicht. „Ich bekam keine Antwort. Er hantierte ungefähr 45 Minuten herum, dann ging er weg, ohne mit einem Wort zu sagen, was er getan hatte.“

Erst von der Krankenschwester erfuhr der Herz Kranke, was passiert war: Der

Kardiologiechef hatte ihm nicht eine Metallprothese in die Herzkranzgefäße eingesetzt, sondern gleich drei Stents. „Ich war sprachlos und völlig geplättet – ich bin mir noch nie so schäbig behandelt vorgekommen.“

Kardiologen, die die Herzkatheter-Filme aus der Klinik begutachteten, kamen später zu dem Schluss, dass eine Indikation für die Stent-Implantationen nicht erkennbar war: „Es gab keine kritischen Engengungen, die einer Intervention bedurft hätten.“

Der überrumpelte Patient hat inzwischen Strafanzeige wegen Körperverletzung gestellt. Pikant an dem Fall: Der 61-Jährige ist als Gefäßchirurg selbst vom Fach.

Früher gab es für verstopfte Herzkranzgefäße nur eine Lösung: Die Engstelle wur-

de chirurgisch überbrückt – mit einem Bypass, einer Art Umgehungsstraße fürs Blut. Doch seit zwei Jahrzehnten haben die Stents die Herzmedizin erobert: Die winzigen Metalltunnel sollen Gefäße von innen heraus künstlich offen halten.

Die Vorteile der vermeintlichen Wunderwaffe scheinen auf der Hand zu liegen: Ihre Einpflanzung lässt sich bei einer Katheteruntersuchung miterledigen, eine große Herz-OP ist nicht erforderlich. Gewinner sind die interventionellen Kardiologen, die den Herzchirurgen mit den Stents einen wachsenden Teil des Geschäfts streitig machen. Die Kehrseite: Die Indikation wird oft allzu locker gestellt, die Zahl der medizinisch unnötigen Gefäßreparaturen nimmt immer mehr zu.

Bei ihren Patienten haben die Kardiologen in der Regel leichtes Spiel. Mit dem Katheter in den Herzkranzgefäßen haben die Kranken keine Chance, eine zweite Meinung einzuholen. Sie müssen auf die einsame Entscheidung des behandelnden Arztes vertrauen. Der Ermessensspielraum bei der Beurteilung der Engstellen ist groß.

Und die finanzielle Versuchung ebenso: Herzkatheter-Untersuchungen sind die bestbezahlte Leistung in der Kardiologie. Die Stent-Industrie macht mit den Hightech-Produkten Milliardenumsätze. Auch die wirtschaftlichen Interessen von Krankenhäusern und Klinikverwaltungen wirken sich auf die Therapieentscheidungen aus.

„Es wird zu viel gemacht, merkantile Aspekte spielen dabei eine Rolle, da muss man gar nicht herumreden“, kritisiert Erland Erdmann, Kardiologiechef an der Universitätsklinik Köln.

Die Patienten profitieren von der Stentomanie nicht – im Gegenteil: Neue Studien zeigen, dass bei vielen Herzkranken der übertriebene Einsatz der Metallgitter

sogar schadet. Wenn zwei oder sogar alle drei Koronararterien durch Wandablagerungen geschädigt sind, ist die Bypass-Operation noch immer die klar bessere Alternative; Gleiches gilt für Verengungen im vier bis fünf Millimeter dicken Hauptstammgefäß, an dem die gesamte Durchblutung der pumpenden linken Herzkammer hängt.

Bei der ersten großen internationalen Multicenter-Studie wurden jetzt 1800 Patienten mit Dreifäßerkrankungen und Verengungen im Hauptstamm nach dem Zufallsprinzip entweder mit Stent oder Bypass versorgt. Die demnächst im „New England Journal of Medicine“ erscheinen-

Bypass-Patienten um 23 Prozent höhere Überlebenschancen – obwohl ihr Schlaganfallrisiko größer war.

„Der Versuch der interventionellen Kardiologen, sich auf gleiche Augenhöhe aufzuschwingen, ist gescheitert“, urteilt Friedrich-Wilhelm Mohr, Herzchirurg an der Uni-Klinik Leipzig und einer der „Syntax“-Studienleiter. „Dass sich der Vorteil der Bypass-Operation schon nach einem Jahr so deutlich zeigt, hat uns völlig überrascht.“

Und die Zahlen, prophezeit Mohr, würden sich in den kommenden vier Jahren, in denen die Studie weiterläuft, „mit Sicherheit noch weiter auseinanderbewegen“.

„Man sollte nicht länger davon ausgehen, dass in der Gruppe von Patienten mit komplexeren, schwererwiegenden Krankheitsbildern ein Gleichgewicht besteht zwischen Stent und Bypass“, kommentiert der US-Herzspezialist Richard Shemin die Ergebnisse der Untersuchung in „Circulation“, dem international wichtigsten Kardiologen-Fachblatt.

Zu ähnlichen Ergebnissen wie die „Syntax“-Studie war bereits zuvor eine ebenfalls großangelegte Vergleichsstudie gekommen. Bei fast 60 000 US-Patienten mit den typischen sanduhrförmigen „Flaschenhälsen“ in zwei oder drei Herzkranzarterien lagen die Überlebensraten der Bypass-Operierten gegenüber den Stent-Trägern

nach drei Jahren um 25 bis 35 Prozent höher. Die Verfasser der Studie warnten, dass der Verzicht auf die chirurgische Methode Tausenden Patienten das Leben verkürzen könnte.

In einer von deutschen Kardiologen und Herzchirurgen gemeinsam formulierten „Nationalen Versorgungs-Leitlinie“ wird die Richtung klar vorgegeben. Demnach sind Stents bei Patienten mit Verengungen in ein oder zwei Koronararterien die günstigere

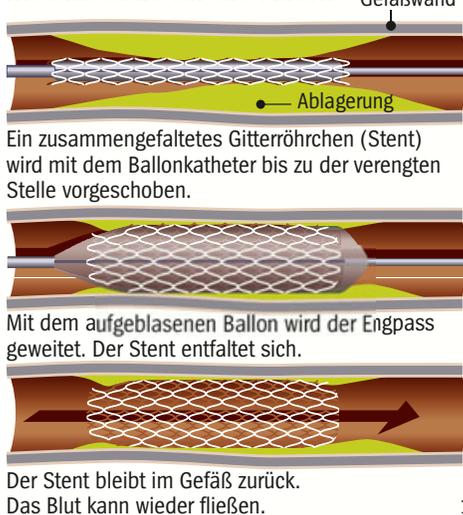


Herzchirurg Mohr
Überraschend deutliche Nachteile der Stents entdeckt

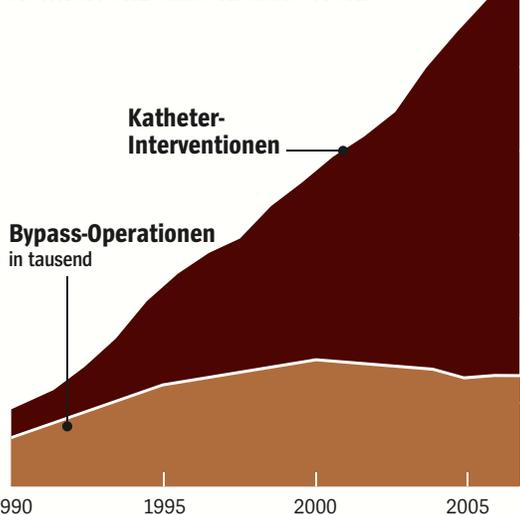
de „Syntax“-Studie war eigentlich darauf angelegt, die Überlegenheit der Gitterröhrchen nachzuweisen. Das auch für die beteiligten Mediziner erstaunliche Ergebnis: Bereits ein Jahr nach dem jeweiligen Eingriff wurde sichtbar, dass die Stents die größeren Nachteile mit sich bringen.

So kam es bei 4,8 Prozent aller Stent-Patienten zu Herzinfarkten; bei den mit Bypass versorgten Herzkranken lag die Quote bei 3,2 Prozent. Auch hatten die

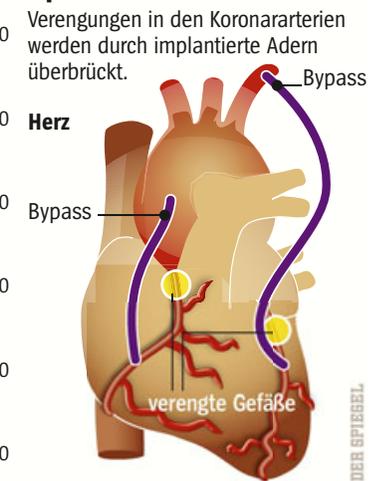
Metallstütze für die Adern



Konkurrenz ums kranke Herz



Hilfe durch Bypass-Operation



Behandlungsalternative – den Betroffenen bleibt, anders als beim Bypass, fürs Erste die Operation am offenen Herzen erspart. Verengungen in allen drei Gefäßen oder im Hauptstamm hingegen sollten nach übereinstimmender Meinung der Experten mit Bypassen behoben werden. Auch in den USA favorisieren die Herzmediziner bei Mehrgefäßerkrankungen mittlerweile eindeutig das chirurgische Verfahren.

Doch vor allem in Deutschland werden die Behandlungsempfehlungen bis heute von vielen Ärzten ignoriert: „Gegen die Leitlinie wird in großen Zügen verstoßen,

naten wieder gefährlich verengt. Bei Medikamenten-Stents liegt die Rückfallquote dagegen nur bei 12 bis 17 Prozent.

Doch die gefeierte Innovation hat einen anfangs kaum beachteten Schönheitsfehler: Das Thromboserisiko ist erhöht. An den – dank der Beschichtung – blank in den Adern liegenden Metallgeflechten können sich jederzeit lebensbedrohliche Blutpfropfen bilden. „Das geht ruck, zuck, innerhalb von Minuten ist das ganze Gefäß verschlossen“, berichtet Erdmann.

Je nachdem, wo sich der Blutklumpen festgesetzt hat, führt er schlagartig in

„manche Kollegen verhalten sich wie Klempner!“, entsetzt sich Erdmann. „Da werden aus den Herzkranzarterien Metallstraßen gemacht.“

Entsprechend hoch fiel bei den Studienteilnehmern selbst bei optimaler Blutverdünnungs-Therapie schon nach einem Jahr die Zahl der Stent-Thrombosen aus: Sie betrug 3,3 Prozent.

Zwar verstopfen mitunter auch die Bypässe der Chirurgen. Doch anders als bei der Stent-Thrombose führt das nur selten zum Infarkt, weil durch das verengte Originalgefäß, das mit dem Bypass überbrückt werden sollte, zumindest noch ein Teil der benötigten Blutzufuhr läuft.

Besonders gefährdet sind Patienten, deren Herzkranzgefäße immer wieder mit Stents geschient werden müssen. Wenn sich am Ende der Bypass dann doch nicht mehr vermeiden lässt, sinken die Überlebensaussichten rapide: Die Operateure können die Gefäßüberbrückung wegen der Metallansammlung in den Adern erst weit unten an die Koronararterien ansetzen, wo deren Durchmesser bereits minimal ist – die Folge: Das Vernähen wird schwieriger, der Blutfluss ist oft nicht optimal.

„Patienten, bei denen mehrfache Katheterinterventionen nicht auszuschließen sind, sollten sich lieber gleich einen Bypass legen lassen“, empfehlen Herzchirurgen von der Uni-Klinik Essen in einer aktuellen Untersuchung. Leider nehme die Zahl der Patienten, die



Bypass-Operation am offenen Herzen: Höhere Überlebensrate

viele der interventionellen Kardiologen halten sich nicht daran“, klagt Axel Haverich, Herzchirurg an der Medizinischen Hochschule Hannover.

Schätzungsweise 20 000 bis 30 000 Herzkranken erhalten deshalb jährlich in Deutschland die für sie schlechtere Therapie: Ihre Schäden in allen drei Gefäßen und im Hauptstamm werden von den Kardiologen mit Stents zugespaltet.

Die Katheterexperten tun sich leicht, den Patienten auch in solchen Fällen die Sinnhaftigkeit ihres Tuns vorzugaukeln: „Eine Operation ist eben doch der deutlich größere Eingriff – die Patienten sind froh, wenn sie einen Stent bekommen und schnell wieder nach Hause gehen können“, erklärt Christoph Bode, Kardiologe an der Universitätsklinik Freiburg.

Besonders angepriesen wird von vielen Herzspezialisten eine neue Generation von Stents, die in geringen Mengen Wirkstoffe freisetzen, um das gefährdete Zuwuchern des Gitters zu verhindern.

Bei reinen Metall-Stents ohne eine solche Beschichtung sind die Gefäße an der künstlich aufgespreizten Stelle in mindestens jedem vierten Fall schon nach wenigen Mo-

knapp jedem dritten Fall zum Tod oder zu einem schweren Infarkt. Um das zu verhindern, müssen die Betroffenen Medikamente (Clopidogrel und ASS) einnehmen, die das Verklumpen der Blutplättchen erschweren.

So haben viele Studien bis vor kurzem gezeigt, dass die Überlebensprognosen mit den modernen Stents sogar schlechter sind als mit den unbeschichteten Metallgittern. Zu den vermeintlich verheißungsvollen Gefäßprothesen verhilft der Kölner Kardiologe Erdmann seinen Patienten deshalb „nur noch in Ausnahmefällen – wenn sie unterschrieben haben, dass sie über die Risiken aufgeklärt worden sind“.

Solche Warnungen vor den Unwägbarkeiten des Thromboserisikos gelten erst recht, wenn die angeblichen Wunderstents in allen Koronargefäßen und im Hauptstamm verbaut werden.

Bei jedem dritten Stent-Patienten der „Syntax“-Studie betrug die Gesamtlänge der in den Adern versenkten Stützen mehr als zehn Zentimeter. Der traurige Spitzenreiter hatte in seinen Koronargefäßen ein „Full Metal Jacket“ von 30 Zentimetern –

nach vielfachen Stent-Reparaturen am Ende doch den Bypass benötigten, „rasch zu“.

Fast 82 000 deutschen Herzkranken haben Kardiologen im Jahr 2007 beschichtete Metallröhrchen in die Koronararterien verpflanzt. Um lebensgefährliche Spätthrombosen zu vermeiden, hatten ihnen die einst euphorischen Verfechter der beschichteten Gitter zunächst nahegelegt, für mindestens sechs Monate die beiden Blutverdünner Clopidogrel und ASS zu nehmen.

Mittlerweile raten viele der Mediziner, die Spanne auf zwei Jahre auszudehnen. Bode: „Wenn der medikamentefreisetzende Stent im Hauptstammgefäß sitzt, würde ich sie sogar für immer nehmen.“

Bei unvorhergesehenen Operationen kann es deshalb oft zu bösen Überraschungen kommen. Greift der Chirurg wegen der erhöhten Blutungsgefahr erst dann zum Skalpell, wenn die Patienten die Blutverdünner absetzen, schießt das Herzinfarkttrisiko sprunghaft in die Höhe. Operiert er trotz Clopidogrel und ASS, wagt er bei größeren Eingriffen im Blut.

Erdmann: „Die Fachliteratur ist derzeit voll von solchen Fällen.“

GÜNTHER STOCKINGER

LUFTFAHRT

Leiser, weiter, sparsamer

Geht es im Jahr 2030 mit Überschall oder im Segelflug in den Urlaub? Ein Wettbewerb der Nasa soll klären, wie das Flugzeug der Zukunft aussieht.

In seiner Phantasie hat der Mensch den Himmel schon immer gern mit metallenen Fabelwesen bevölkert. Mal waren sie rund, mal dreieckig oder auch flach wie eine Flunder. Manche gar sollten ihre Insassen mit 6000 Stundenkilometern befördern, zum Shoppen nach Sydney zum Beispiel.

Abgehoben hat kaum eines dieser Hirn-ge-spinste. Das Passagierflugzeug ist seit 50 Jahren erstaunlich gleich geblieben: Tragflächen mit Triebwerken dran, schlanker Rumpf, hinten ein Seitenleitwerk. Sogar das Warnschild „Rauchen verboten“ fliegt noch immer mit, obwohl schon seit Jahren keine Airline der Welt mehr das Qualmen erlaubt.

Jetzt aber will Ajay Misra das Rad in der zivilen Luftfahrt neu erfinden. „Wir brauchen eine Revolution“, sagt der Ingenieur. „Die kleinen Innovations-schritte der Vergangenheit reichen nicht mehr aus.“ Mit einem ehrgeizigen Programm versucht die US-Raumfahrtbehörde Nasa (deren erstes A im Namenszug für Aeronautics, also Luftfahrt, steht), dem Flugzeug der Zukunft Auftrieb zu verleihen.

Vor wenigen Wochen hat Misra, Chef des Nasa-Programms Fundamental Aeronautics, deshalb sechs Studienvorhaben von Forschungsinstituten und Flugzeugbauern mit einem Budget von jeweils rund zwei Millionen Dollar ausgestattet. Der Auftrag: Entwürfe für Prototypen mit prophetischem Design und visionärer Technik zu entwickeln.

Sie sollen einen Blick erlauben in jene Zeit, in der mehr als zweimal so viel ge-



LOCKHEED MARTIN

Entwurf eines Überschallfliegers*: Mit Mach 2 zum Geschäftstermin

flogen wird wie heute. In den momentanen Krisenzeiten ist es schwer zu glauben, aber den Prognosen zufolge wird es schon 2030 so weit sein.

Dann, fordert Misra, müssten Flugzeuge im Vergleich zu einer heutigen Boeing 737 rund 80 Prozent weniger Stickoxide ausstoßen, 70 Prozent weniger Treibstoff verfeuern – und ihr Krach müsste jenseits der Flughafengrenzen fast völlig verstummen. Kühne Ziele, das gibt Misra zu: „Aber wenn wir sie nicht erreichen, erstickt die Luftfahrt am eigenen Erfolg.“

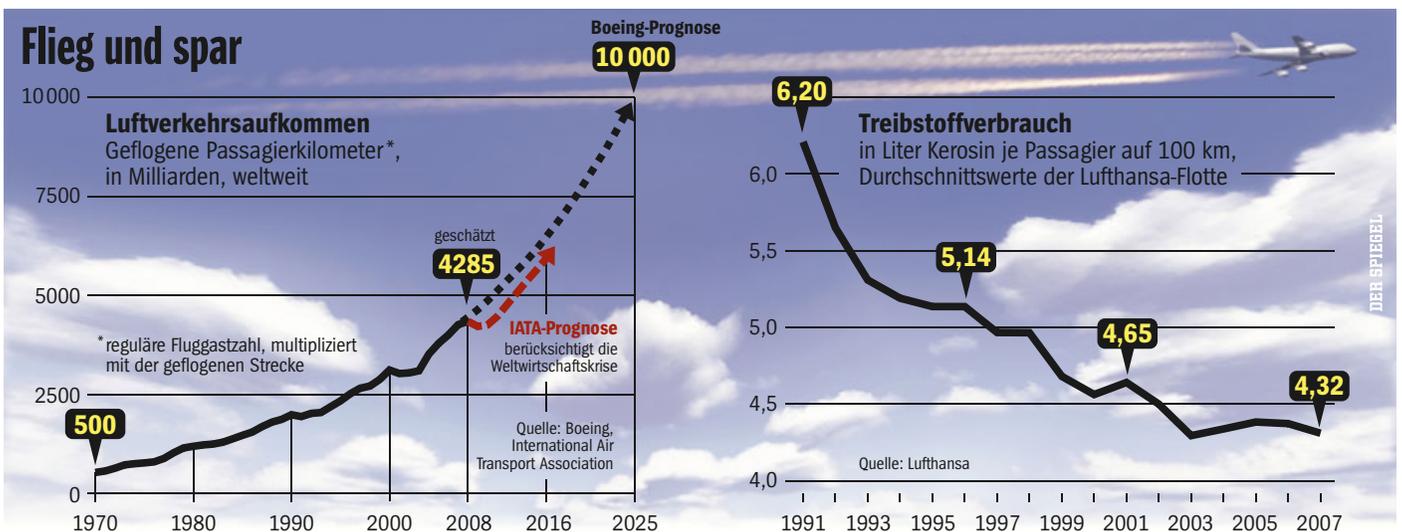
Leiser, weiter und sparsamer, das sind die Maßgaben der Nasa. Nur, ob das Flugzeug der Zukunft schneller oder lang-

samer fliegen wird, darüber sind sich die Experten nicht einig. Denn einerseits werde das Öl knapp, das könne dazu zwingen, die Geschwindigkeit zu reduzieren. Andererseits glaubt man an die Renaissance des Überschallflugs – und will sich vom Concorde-Debakel nicht beirren lassen.

Die Fortschritte der Vergangenheit sind für die Nasa zu klein. Um anderthalb Prozent sank in der Vergangenheit der

Verbrauch pro Jahr, die Nasa fordert vier Prozent per annum. Erschwerend kommt hinzu, dass die Innovationen einander zuwiderlaufen: Kerosin sparen ließe sich zum Beispiel mit neuartigen Propellerturbinen, genannt Propfans. Die sind aber deutlich lauter. „Deshalb müssen wir das Design grundsätzlich überarbeiten“, sagt Misra. Einen möglichen Weg beschreitet das Massachusetts Institute of Technology (MIT). Zusammen mit dem US-Triebwerksbauer Pratt & Whitney haben die Ingenieure dort einen breiten, flachen Rumpf ohne spitz zulaufendes Heck

* Von Lockheed Martin.



Inventur der Viren

Aids kam einst aus dem Regenwald – und der beherbergt noch weitere gefährliche Erreger. Ein US-Forscher will sie finden, bevor sie Schaden anrichten.

Es geschah nahe dem Sangha-Fluss im Südosten Kameruns. Und es geschah vor rund hundert Jahren. Der genaue Ablauf ist nicht rekonstruierbar, aber Forscher halten folgendes Szenario für plausibel: Im Urwald tötete ein Jäger einen Schimpansen, weil er es auf dessen Fleisch abgesehen hatte. Als er den blutigen Leib zerteilte, schnitt er sich aus Versehen in die eigene Haut.

Affenblut floß in die Menschenwunde. Und unversehens sprang ein Affenvirus über auf einen fremden Wirt. Ähnliches hatte sich schon häufig zugetragen, dieses Virus aber war auf teuflische Weise für den Menschen wie geschaffen.

Im Schimpansen ist der Erreger harmlos – in seinem Verwandten erweist er sich als schleichender Tod. 1959 hat das Virus, damals unbemerkt, die Stadt Kinshasa erreicht. Als Ärzte in Los Angeles 1981 erstmals von ihm Notiz nehmen, steckt es schon in Hunderttausenden Menschen. Bis heute haben sich rund 60 Millionen mit dem HI-Virus angesteckt; mindestens 25 Millionen Männer, Frauen und Kinder sind an Aids gestorben – und zwar nur, weil damals in Kamerun niemand den Funken daran hinderte, zum Flächenbrand zu werden.

Das ist die Katastrophengeschichte, die Nathan Wolfe, 38, gern erzählt. Sie hilft ihm beim Geldsammeln – und darin ist der Epidemiologe der Stanford University in Kalifornien zurzeit sehr erfolgreich. Von zwei Stiftungen hat der von Wolfe gegründete Forscherverbund „Global Viral Forecasting Initiative“ gerade elf Millionen Dollar bekommen; eine davon war Google.org, der philanthropische Ableger des Suchmaschinenkonzerns. Mit den großen Summen will der Forscher versuchen, aus der alten Seuchenkunde eine prophetische Wissenschaft zu machen: Wo sind heute schon im Regenwald Erreger aktiv, die morgen den Superausbruch verursachen?

Um diese Frage, sagt Wolfe, hätten sich die Epidemiologen bisher stets gedrückt. Ob bei Ebola, Sars, den Affenpocken, dem Marburg- oder dem in Malaysia aufgetretenen Nipah-Virus: Immer habe die Zunft untätig abgewartet, bis ein Haufen Lei-



BOEING

Designstudie eines Segelflugzeugs: Bummel-Boeing mit Klappflügeln

ersonnen, der viel Platz für die Passagiere bietet. Die Triebwerke, vier an der Zahl, rücken auf den breiten Rücken des schnittigen Rumpfs.

„So könnten die Fluggeräusche um das Flugzeug herum eingeschlossen werden“, erklärt William Litant vom Luftfahrtinstitut des MIT. Außerdem sind die Düsen Huckepack oben auf dem Heck aerodynamischer angebracht, die Nähe zum Rumpf leistet Vorteile für den Vorschub. Zusätzlich ließe sich der Treibstoffhunger durch den Umstieg von Kerosin auf Flüssiggas senken.

Die platte Gestalt des Flugzeugs sorgt dafür, dass der Rumpf deutlich mehr zum Gleitverhalten beiträgt. Das Fahrwerk könnte zudem deutlich kürzer ausfallen, da die Turbinen nicht mehr unter den Tragflächen hängen, was bei Start und Landung das Strömungsverhalten verbessert.

Insgesamt würde ein optimales Fluggerät 78 Prozent weniger verbrauchen als eine heutige Boeing 737, hat Litants Team errechnet. Undenkbar wäre so etwas mit dem klassischen Design, das leugnet selbst Boeing nicht. Das Unternehmen müsse, so verlautete aus dem Hauptquartier in Chicago, die „langfristigen Bemühungen für einen Nachfolger der 737 aufgeben“, weil mit dieser Form die Anforderungen an die Zukunft nicht mehr zu erfüllen seien.

Das Flugzeug von morgen stellt man sich bei Boeing allerdings auch anders vor, eher wie ein überdimensioniertes Segelflugzeug. „Eine solche Form ist aerodynamisch extrem effizient“, sagt Boeing-Entwickler Marty Bradley. Allerdings müssten die gewaltigen Schwingen, deren Spannweite heutige Modelle deutlich überbietet, durch Verstrebungen verstärkt werden, damit sie sicher am Flugzeugrumpf ansitzen. Gegebenenfalls müssten die Tragflächen auch

einklappbar konstruiert werden, glaubt Bradley: „Das würde die Beweglichkeit auf dem Rollfeld erhöhen.“

Auch werde man leichte Verbundwerkstoffe brauchen. „Wir haben uns aber noch für keine entschieden“, sagt der Aviatiker. Klar ist Bradley sich allerdings darüber, dass sich der Passagier-Albatros langsamer fortbewegen wird als heutige Düsenmodelle.

Parallel zu der Bummel-Boeing entwickelt der Konzern deshalb auch ein Überschallflugzeug. Die Frequent-Flyer-Generation des Jahres 2030 darf sich auf einen Jet freuen, der mit mehr als Mach 2 zum nächsten Geschäftstermin donnert. Größte Herausforderung an das Design soll sein, mit geschickter Linienführung der Außenhaut den Überschallknall praktisch zu tilgen. „Die Concorde ist unter anderem daran gescheitert, dass sie wegen des Knalls nur über offener See im Hyperschalltempo fliegen durfte“, sagt Bradley.

Die Boeing-Forschungsabteilung trägt den Namen „Phantom Works“, was insofern passend erscheint, als die Gestalt des Überschallgefährts noch unbekannt ist. Konkurrent Lockheed Martin hat seine Zeichner hingegen mit ersten Designskizzen versorgt. Herausgekommen ist ein pfeilspitzer Passagierbomber, dessen Flügel am Heck sitzen.

Verbunden sind sie mit einem mutig geschwungenen Bügel, der den Knall des supersonischen Flitzers unterdrücken soll. Nasa-Futurologe Misra frohlockt bereits: „Damit düsen Sie im Überschall von Los Angeles nach New York.“

In 18 Monaten sollen die fertigen Konzepte bei Misra auf dem Tisch liegen. Dann beginnen Phantasie und Wirklichkeit mit einem neuen Wettfliegen.

GERALD TRAUFFETTER

chen sie auf die Existenz neuer Erreger gewiesen habe. Dies sei nicht mehr akzeptabel, so Wolfe, „und wie Aids lehrt, kann es im Moment des Massensterbens schon zu spät sein, eine Pandemie zu verhindern“.

Wolfe geht ganz anders vor. Systematisch will er anhand von Stichproben jene Menschen überwachen, die als Erste von neuen Erregern heimgesucht würden. Längst sei klar, wo die größte Gefahr drohe: Die Seuchenküchen der Welt liegen überwiegend in den Tropen und außerdem dort, wo sich Mensch und Tier besonders nahe kommen.

zu bisher unbekanntem Krankheiten und warum?

Wolfe möchte nichts weniger als eine Inventur aller Mikroben erstellen und einen Katalog der Umstände, die zu menschlichen Epidemien führen. Drei Viertel aller neuen Erreger, so berichtet er, seien animalischen Ursprungs, und dennoch wüssten Forscher nur wenig über den Prozess, wie sie sich den Menschen untertan machen: „Unser Wissen hat steinzeitliches Niveau.“

Dabei gilt unter Experten als sicher, dass es in Zukunft zu vermehrten Übertragungen kommen wird: Immer mehr Menschen

Wolfe konnte auch beweisen, dass die Viren der Primaten von Kamerun weitaus häufiger auf Menschen übergehen, als bis dahin von Experten vermutet wurde. Rund ein Prozent aller Menschen, die er untersucht hatte, hatte sich mit speziellen Affenviren aus der großen Gruppe der Retroviren infiziert (zu denen auch das HIV zählt). Manche trugen sogar Varianten in sich, die noch kein Forscher je zu Gesicht bekommen hatte.

Hochgerechnet auf die Bevölkerung Zentralafrikas bedeutet dies: In Zehntausenden Menschen stecken bislang unbekannte Krankheitserreger aus dem Reich



Virenforscher Wolfe (in Kamerun), Affenjäger (im Senegal): In Zehntausenden Afrikanern stecken Erreger aus dem Reich der Primaten

Brutstätten für Viren sind etwa jene Regionen in Zentralafrika, in denen sich Leute oft von „bushmeat“ ernähren, Affen und anderem Wild, oder auch die prallen Märkte Chinas, Heimat von Sars und Vogelgrippe, wo Geflügel, Schweine und vielerlei anderes Getier in Käfigen dicht an dicht ihre Mikroorganismen tauschen, die zu neuen Formen verschmelzen.

In diesem Milieu, so erwartet Wolfe, hinterlässt der nächste Killer frühzeitig eine Spur. Sie gelte es zu finden und richtig zu deuten.

Mit den Google-Millionen wird Wolfe eine Vielzahl von Horchposten im viralen Feindesland etablieren, zunächst in Zentralafrika, Madagaskar, Malaysia, Laos und China, später an weiteren „Hot Spots“ – vorzugsweise dort, wo es viele Viren gibt und wenig Ärzte. Vor Ort sollen Wolfes Fahnder minutiös abklären, was sich an der Front zwischen Mensch und Tier bewegt. Welche Mikroorganismen springen hin und her? Wie schaffen sie das? Welche führen schon jetzt

siedeln in den Regenwäldern und konkurrieren mit Tieren um Lebensraum, sie roden Wälder und bauen Straßen, immer enger und schneller wird der Austausch zwischen ihnen und dem Rest der Welt.

„Wir können nicht jeder Mikrobe nachlaufen, die zufällig mal in einen Menschen gerät; das wären zu viele“, erläutert der Forscher. „Aber wir können in den Risikogebieten viel genauer hinsehen. Hätten wir das schon in den sechziger Jahren getan, hätten wir Aids frühzeitig entdecken können.“

Das Vertrauen darauf hat Wolfe in Kamerun gewonnen. Fast sechs Jahre hat er dort gelebt, er schlich mit Affenjägern durch den Regenwald und schaute zu, wie sie das Fleisch zerlegten. Hunderte haben ihm Blutproben gegeben, aus den eigenen Adern wie aus denen ihrer Beute. Im Labor in den USA suchte Wolfe darin nach verdächtigen Viren – und wurde so oft fündig, dass er nun in seinen Publikationen appelliert, die Affenjagd zu reduzieren: viel zu riskant.

der Primaten. „Die Menschen sind“, sagt Wolfe, „einem dauernden viralen Bombardement ausgesetzt.“ Theoretisch könnte jede dieser Bomben eine Epidemie begründen, zumal Menschen für Affenviren wegen der engen Verwandtschaft oft sehr empfänglich sind.

Glücklicherweise scheinen die Viren den von ihm untersuchten Kamerunern nichts auszumachen. Oder bricht die Krankheit, wie auch im Fall von Aids, nur erst sehr viel später aus?

Auch zur Klärung dieser Frage will Wolfe seine Google-Millionen verwenden. Mindestens fünf Jahre lang will er die Virenträger genau beobachten, ebenso ihre Sexualpartner, Kinder und Nachbarn. Sollte ein Virus in eine aggressive Form mutieren, so würde der Forscher es sehr früh erfahren.

Es sei denn, es geschähe im Nachbarort.

„Natürlich können wir nicht ganze Länder abdecken“, sagt Wolfe. „Aber was wir bald an Erreger-Überwachung haben, ist weitaus besser als nichts – und das ist die heutige Situation.“

MARCO EVERS



Schwarzschwäne auf dem Thunersee
Rassendiskriminierung bei Vögeln?

Schwäne sollten auf dem See geduldet werden. Damit sie sich nicht vermehrten, zerstörten Wildhüter ihre Eier. „In der Zwischenszeit haben die Menschen die Schwäne ins Herz geschlossen, und nun ist es schwer, ihnen die Problematik begrifflich zu machen“, jammert Schnidrig.

Aber was ist denn eigentlich so schlimm an ein paar Schwänen mit exotischem Federkleid? Der Jagdinspektor schnaubt. „Ja, was soll ich denn einem anderen Züchter sagen, der das Gefühl hat, im Stadtpark würden sich Wellensittiche gut machen? Oder Kängurus?“

Es gehe aber nicht nur ums Prinzip, betont er: Fremde Arten seien oft frecher und dominanter und verdrängten die einheimischen. Zudem brächten sie häufig Krankheitserreger mit.

Schützenhilfe erhält Schnidrig von Naturschutzverbänden wie Pro Natura und dem Schweizer Vogelschutz. Der oberste Vogelschützer heißt Werner Müller und sitzt in Zürich. Er zeigt eine Grafik mit einer Kurve, die erst waagrecht verläuft und dann exponentiell ansteigt. „Hier sieht man, wie das mit der bei uns nicht einheimischen Rostgans gelaufen ist“, erklärt Müller. Die Rostgans sei 1963 in der Schweiz ausgesetzt worden. Drei Jahrzehnte lang habe sie sich unauffällig verhalten, aber dann habe sie sich plötzlich unkontrollierbar vermehrt. „Jetzt schießen die Behörden sie ab“, sagt Müller drohend. „Wir müssen verhindern, dass dasselbe mit dem Schwarzschan passiert.“

Vogelzüchter Krebsler beteuert, dass er das Gesetz respektiere. Er habe anfangs auch ein schlechtes Gewissen gehabt, als er seine Schwäne fliegen ließ. „Aber die Begeisterung der Leute hat mich bestärkt.“ Und was Bund und Kanton jetzt von ihm verlangten, sei „schlicht unmöglich“.

Die Behörden sind bereit, weiterhin maximal zehn schwarze Schwäne zu tolerieren – aber nur in einem exakt festgelegten Umkreis auf dem Thunersee. Übertritt einer der Vögel die imaginäre Linie, droht ihm der Abschuss. Zudem soll Krebsler seinen Garten mit einem Netz abdecken, um die übrigen Schwäne sowie diverse exotische Gänse am Ausbüxen zu hindern.

Krebsler hat Beschwerde gegen die Verfügung eingelegt. Sollte er Erfolg haben, drohen die Naturschutzverbände ihrerseits mit rechtlichen Schritten. Auch der Verein „Thunersee – Schwanensee“ will den Streit bis zum Bundesgericht aufschütten.

Die beiden balzenden Schwäne haben ihren Besitzer bemerkt. Sie lassen voneinander ab und schwimmen erwartungsvoll ans Ufer. Leise ächzend geht Krebsler in die Hocke und wirft ihnen eine Handvoll Futter hin. „Ich könnte es nicht übers Herz bringen, sie einzusperren“, sagt er. „Lieber gebe ich sie fort.“

SAMIHA SHAFY

TIERE

Einwanderer auf der Abschussliste

Wie gefährlich sind schwarze Schwäne aus Australien? In der Schweiz tobt ein skurriler Streit über die richtige Federfarbe.

Die Schwäne umkreisen einander, leise Lockrufe zischelnd, biegen die langen Hälse zurück und kommen sich mit gesenktem Schnabel näher, bis sie gemeinsam ein Herz bilden. Hinter ihnen, am anderen Ufer des Sees, ragen verschneite Berggipfel in tiefhängende Wolken. Ein paar Sonnenstrahlen dringen durch das Grau und bringen die Wasseroberfläche zum Funkeln.

„Wie wunderbar, dass sie sich nicht von uns stören lassen“, wispernt Markus Krebsler, 72. Der Wasservogelzüchter steht in seinem herrschaftlichen Garten am Ufer des Thunersees im Kanton Bern und blickt andächtig auf die balzenden Vögel. Es sind australische Trauerschwäne, prächtige Tiere mit roten Augen, rotem Schnabel – und schwarzem Gefieder. Sie sind viel hübscher als die weißen Höckerschwäne.

Doch was aussieht wie ein postkartensicheres Bild voller Schönheit und Romantik, erscheint vielen Schweizern als handfeste Bedrohung: In der Schweiz haben Schwäne nun einmal weiß zu sein. Schwarze Schwäne sind keine eidgenössischen Schwäne. Sie sind illegale Einwanderer, Krebsler hätte sie nie frei fliegen lassen dürfen. Denn Tiere, die nicht zur einheimischen Artenvielfalt gehören, dürfen nicht ausgesetzt werden.

Dass sich der Vogelliebhaber nicht daran gehalten hat, bringt Reinhard Schnidrig, 48, in Rage. Notfalls mit Waffengewalt will

der eidgenössische Jagdinspektor jetzt „den illegalen Schwarzschan“ stoppen. Nach dem Gesetz müsse die Ausbreitung fremder Arten in der Schweiz unterbunden werden. Zwar lebten bislang nur etwa ein Dutzend Schwarzschwäne auf dem Thunersee – doch ein paar Vorwitzige seien bereits bis zum Genfer See vorgedrungen.

Leider begreift die Bevölkerung den Ernst der Lage nicht: Landesweit werden Schnidrig und seine Mitarbeiter in den Medien als fremdenfeindliche Paragrafenreiter angeprangert. „Gilt auch bei Tieren die Rassendiskriminierung?“, fragt ein „entsetzter“ Leser in der „Berner Zeitung“. Ein anderer schreibt: „Wie lange geht es, bis wir auch die Schwarzen (Menschen) ausweisen?“

Der neugegründete Verein „Thunersee – Schwanensee“ setzt sich dafür ein, dass der Schwan des Anstoßes dieselben Rechte erhält wie die einheimischen Höckerschwäne. Unterstützt werden die Vogelfreunde ausgerechnet von der rechtspopulistischen SVP, die unlängst mit Plakaten warb, auf denen drei weiße Schafe auf der Schweizer Flagge stehen und ein schwarzes Schaf wegstrecken. Schwarze Schwäne hingegen sind offenbar unverdächtig – und so poltern SVP-Politiker nun gegen Schnidrig, den „unterbeschäftigten eidgenössischen Oberbürokraten“.

Der bittet in sein Büro im Bundesamt für Umwelt in Bern, er will erklären, wie es zu diesem bedauerlichen Missverständnis kam. „Nach Bundesrecht ist der Fall klar: Der Schwarzschan ist eine fremde Art und als solche nicht erwünscht“, sagt Schnidrig. Er spricht im sanften Singsang der Bergbewohner aus dem Wallis, den andere Schweizer nur mit Mühe verstehen. „Deshalb haben die Kantone den Auftrag, ihn zu entfernen.“

Leider hätten die Behörden des Kantons Bern dem Treiben des Vogelzüchters viel zu lange untätig zugesehen und sich dann auf einen Kompromiss eingelassen, der dem Gesetz widerspreche: Zehn fremde

Ueli Hiltbold

KUNST

Mut zum Hässlichen

Über dem Abgrund brennt eine wacklig wirkende Brücke, und das Strichmännchen, das mit weit ausgedehnten Armen darüberläuft, sieht aus, als wäre es schon halb verkohlt. „Der Übergang“, so nannte der ostdeutsche Maler A. R. Penck dieses symbolträchtige Ölbild, das 1963 entstand – also 17 Jahre bevor Penck selbst den heißen Übergang von Ost nach West wagte: Der Künstler zog von Dresden nach Köln. Gezeigt wird das Schicksalsbild in der Ausstellung „Art of Two Germanys“, die vom 25.



A. R. PENCK/SAMMIL. LUDWIG/VGBILD-KUNST

Penck-Bild „Der Übergang“ (1963)

Januar bis zum 19. April im Los Angeles County Museum of Art gezeigt wird und anschließend nach Nürnberg und Berlin – ins Deutsche Historische Museum – wandert.

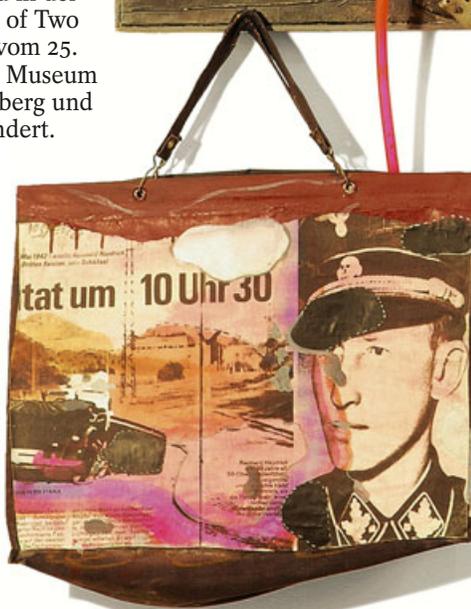
Die Schau, die rund 300 Werke von 120 Künstlern aus musealem wie privatem Besitz versammelt, will die Gemeinsamkeiten und Unterschiede der beiden deutschen „Kulturen des Kalten Kriegs“ nach 1945 erkunden. Kuratoren sind die Amerikanerin Stephanie Barron und der Deutsche Eckhart Gillen.

„Wir wollen unter anderem belegen: Das alte Schema – die Abstraktion beherrschte den Westen, der Realismus den Osten – stimmt so gar nicht“, sagt Ausstellungsmacher Gillen. Es habe etliche Überschneidungen, Wechselwirkungen und Vermittlungsversuche zwischen beiden Richtungen gegeben, nicht nur beim stilistisch schillernden Kunststar Gerhard Richter.

Die Malerei spielt die Hauptrolle, sie wird neben Penck und Richter etwa durch Sigmar Polke repräsentiert, aber auch durch DDR-



ESTATE OF WOLFF VOSTELL/ARTISTS RIGHTS SOCIETY N.Y./V.G. BILD-KUNST, 2009



Vostell-Werk „Hommage à Lidice“ (1967)

Größen wie Wolfgang Matheuer, Werner Tübke oder Bernhard Heisig. Dazu sieht man Collagen, etwa von Wolf Vostell, sowie Skulpturen, Fotografien, Videos und Installationen. Die Gemeinsamkeit jener Kulturen, die oft genug in eine „reaktionäre“ östliche und eine „progressive“ westliche aufgeteilt wurden, liegt für Kurator Gillen in einer systemübergreifenden „Ästhetik der Hässlichkeit“, der schon der deutsche Vorkriegsexpressionismus gehuldigt hatte.

LITERATUR

Feier für die Jungfrau

Die amerikanische Journalistin Adrian Nicole LeBlanc berichtete 1990 über einen Fall, der in New York wegen seiner Alltäglichkeit kaum Aufsehen erregte: Ein junger Schwarzer aus der Bronx namens Boy George stand wegen Drogenhandels vor Gericht. Doch im Laufe des Verfahrens wurde die Anklage ausgeweitet; am Ende erhielt George lebenslänglich. LeBlanc entschloss sich, den Fall weiterzuverfolgen. Sie korrespondierte mit dem Dealer und recherchierte gleichzeitig sein privates Umfeld.

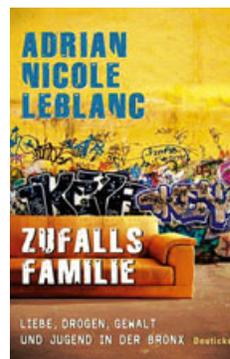
Zehn Jahre lang begleitete sie schließlich Georges Familie, seine Bekannten und Freunde durch den typischen All-

tag im New Yorker Armenviertel. In der Bronx, so ihre Erfahrung, „musstest du ständig aufpassen, wohin du gehst“. Denn: „Ein paar Schritte in die falsche Richtung konnten fatale Folgen haben.“ Wie schnell solche Schritte direkt in Verderben, Hoffnungs- und Ausweglosigkeit führen, zeigt LeBlanc fesselnd und eindringlich in ihrem ersten Buch „Zufallsfamilie“. Die Großreportage – Untertitel „Liebe, Drogen, Gewalt und Jugend in der Bronx“ – liest sich wie ein Roman und schildert den Alltag ihrer Protagonisten so hautnah, dass der Leser schockiert und fassungslos zurückbleibt. Ohne jeden Filter und Schutz wird er Zeuge eines ihm völlig fremden Lebens. Diese direk-

te, unerbittliche Konfrontation ist eine der Stärken des Buchs, das in den USA zum Bestseller wurde.

Da wird etwa auf einer Geburtstagsparty ein Mädchen dafür gefeiert, dass es an seinem 16. Geburtstag noch Jungfrau ist. Wer in LeBlancs Reportage den

Teufelskreis von sexuellem Missbrauch und Schwangerschaften im Teenageralter, schlechten Schulen und kaum vorhandenen Aussichten auf anständige Jobs kennengelernt hat, begreift, dass es diesem Mädchen tatsächlich Respekt zu zollen gilt.



Adrian Nicole LeBlanc: „Zufallsfamilie. Liebe, Drogen, Gewalt und Jugend in der Bronx“. Aus dem amerikanischen Englisch von Richard Obermayr. Verlag Deuticke, Wien; 592 Seiten; 24,90 Euro.

ALLTAGSKULTUR

„Pure Verachtung“

Die studierte Literaturwissenschaftlerin Anna Sam, 29, hat einen Erlebnisbericht über ihre Erfahrungen an der Kasse eines Supermarkts in Rennes veröffentlicht. „Die Leiden einer jungen Kassiererin“, in Frankreich ein Bestseller mit über 100 000 verkauften Exemplaren, erscheint Ende Januar auf Deutsch im Riemann-Verlag.

SPIEGEL: Frau Sam, was hat Sie veranlasst, Ihre Erlebnisse aufzuschreiben?

Sam: Begonnen hat das mit einem Blog, in dem ich meine Beobachtungen notiert habe. Das war der einzige Luxus, den ich mir in meinem Leben leisten konnte. Zugleich wollte ich, gewürzt mit einer Prise Humor, auf die Menschen hinter der Maschine aufmerksam machen. Kassiererinnen gibt es schließlich überall, sie sind wichtig, aber Ge-



MAGALI DELPORTE / PICTURETANK

Sam

schäftsleitung und Kunden behandeln uns oft nur als bloßes Anhängsel der piepsenden Elektronik.

SPIEGEL: Ist es eigentlich anstrengend, den Leuten ihr Geld an der Kasse abzunehmen?

Sam: Es klingt unglaublich, aber ich habe mir den Spaß gemacht, es nachzurechnen: Wir bewegen pro Stunde mehrere hundert Kilogramm Waren über das Rollband. Da ist man abends wirklich total fertig.

SPIEGEL: Wie tritt denn der gemeine Kunde an der Kasse auf?

Sam: Die Leute stecken voller Vorurteile, dabei stehen sie ja oft gebildeten Menschen gegenüber. Am meisten getroffen in meinen acht Jahren als Kassiererin hat mich die pure Verachtung jener Mutter, die zu ihrer kleinen Tochter sagte: „Wenn du in der Schule nicht fleißig bist, wirst du genauso enden wie die Dame da an der Kasse.“

SPIEGEL: Was erwarten Sie von einem Kunden?

Sam: Wir sind ja nicht zum fröhlichen Schwätzchen da, aber ein freundliches „Bonjour“ wäre schon schön.

SPIEGEL: Haben sich die Kassenmanieren durch Ihr Buch geändert?

Sam: Menschen, die es gelesen haben, blicken mit anderen Augen auf unser Metier, sind höflicher im Umgang, respektieren uns. Und von vielen Kassiererinnen habe ich gehört, dass sie bei der Lektüre ihr Lächeln wiedergefunden haben. Das hat mich sehr gefreut.

Kino in Kürze

„**Sieben Leben**“. Will Smith hat in den letzten Monaten als Weltenretter in „I Am Legend“ und „Hancock“ so viele Kraftakte biblischer Größe vollbracht, dass man ihm glatt einen Erlöserkomplex unterstellen könnte. Auch sein neuer Film „Sieben Leben“ (Regie: Gabriele Muccino) erzählt eine reichlich absurde Passionsgeschichte. Darin geht es um Schuld und Sühne, einen tragischen Unfall und sieben Personen, denen Gutes widerfahren soll für all das Unheil, das der von Smith gespielte Held angerichtet hat. Dank seines lässigen Charmes, eines aufwühlenden Soundtracks und der wunderbaren Rosario Dawson an seiner Seite kann Smith zwar bisweilen übertünchen, was für ein messianischer Murks im Drehbuch steht. Dennoch fühlt sich der Zuschauer eher unangenehm berührt, wenn Smith immer wieder aus Leibeskräften auf die Tränendrüsen drückt.

„**Jerichow**“ ist das Melodram zur Wirtschaftskrise. Der deutsche Regisseur Christian Petzold („Die innere Sicherheit“) hat sich für seinen Film von James M. Cains 1934 erschienenem Roman „Wenn der Postmann zweimal klingelt“ inspirieren lassen, der die Verzweiflung und Gier der Menschen während der Großen Depression reflektiert und schon mehrfach verfilmt wurde. Cain erzählt von einem arbeitslosen Rumtreiber, der mit der Frau eines griechischen Tankstellenbesitzers eine Affäre beginnt; Petzold hat aus dem Griechen den Türken Ali (Hilmi Sözer) gemacht, aus dem Rumtreiber den Afghanistan-Heimkehrer Thomas (Benno Fürmann) und aus dem depressionsgeplagten Westen der USA den dauerdepressiven deutschen Osten. Ali besitzt im Umkreis der Stadt Jerichow mehr als 40 Imbissbuden und darüber hinaus die schöne Laura (Nina Hoss), die ihn jedoch nicht liebt. In Cains Roman und fast all seinen Leinwandadaptionen erschien Sex als letztes Refugium der Lebenslust in einer trostlosen Welt. Jack Nicholson und Jessica Lange etwa liebten sich 1981 auf dem Küchentisch so heftig, dass frischgebackene Brote zu Boden flogen und dem Zuschauer klar wurde: Sex ist in der Krise das wichtigste Lebens-



CHRISTIAN SCHULZ / SCHRAMMELM

Fürmann, Hoss, Sözer in „Jerichow“

mittel. In „Jerichow“ aber hört der Spaß unter der Gürtellinie auf. Thomas und Laura lieben sich mühselig und verstoßen auf dem Boden eines Flurs. Petzold ist Deutschlands protestantischster Regisseur: Wenn seine Figuren sich verzweifelt zu vergnügen versuchen, leidet der Zuschauer mit; arbeiten sie dagegen, machen die Filme Spaß. So sind die Dialoge, in denen Ali die Kniffe des Imbissbuden-Business erklärt, erhellend und amüsant. Damit wird der umtriebige Deutschtürke zum Helden des Films, während die zwei Liebenden die Sympathie des Zuschauers verlieren. Das ist nicht im Sinne des Romans von Cain. Aber womöglich im Sinne des Kampfs gegen den Abschwung. Denn da ist türkisches Zupacken mehr gefragt als deutsches Zaudern.



Moskauer Neubauviertel „Moscow City“, stillgelegte Baustelle des Wolkenkratzers „Rossija“ (vorn): Das Kartenhaus fällt zusammen

STÄDTEBAU

Der globale Höhenkoller

Vor kurzem noch galten sie als boomende Metropolen. Jetzt werden in Dubai, Moskau und Abu Dhabi wegen der Finanzkrise spektakuläre Bauprojekte abgeblasen. Hat nach dem Ende der Protzarchitektur das nachhaltige Bauen eine Chance?

Was waren das für hochtourige Jahre! In Metropolen wie Shanghai, Moskau und Dubai wurde der Städtebau neu erfunden – als Rekordgeschwindigkeits-Urbanismus mit pausenlos rotierenden Baukränen und einem Wirtschaftswachstum, das sich in Stockwerken messen ließ. Es war eine riesige Zockerei mit Geld, Stahl und Glas.

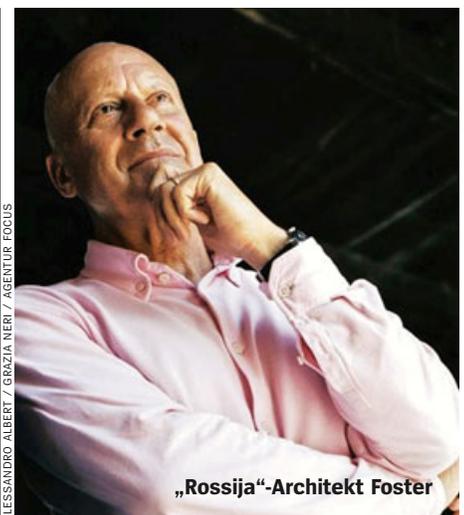
Nichts konnte schnell genug gehen, nichts konnte laut genug angepriesen werden. Und bei jedem großen Deal drängelten sich die Absahner: Banken, Investoren, Makler. Der Geschäftssinn und die Finanzströme kannten keine Grenzen.

Alles erschien machbar. Am besten sollte jeder Neubau gleich ein Superlativ sein, um weithin sichtbar eine gigantische wirtschaftliche Potenz zu bekräftigen. Jede

Sehnsucht nach Pomp und Prestige wurde in Architektur umgesetzt: Einige Entwürfe erinnerten an Parfümflakons, andere an Raketen.

Doch jetzt ist die Luft raus aus dem großen Immobilienboom der Scheichs, Oligarchen und neokapitalistischen Finanziers. Die internationale Wirtschaftskrise hat fast über Nacht auch die neureichen Überflieger im Osten und im Orient eingeholt, die vor kurzem noch schadenfroh auf den Kollaps des Westens geblickt hatten, wo schon seit Monaten ein Hochhausprojekt nach dem anderen kippt (SPIEGEL 23/2008). Nun werden auch in Dubai, Saudi-Arabien oder Russland reihenweise Baustopps verhängt.

Die globalisierte Welt erweist sich wirklich als Einheit: Der Zusammenbruch des



ALESSANDRO ALBERTI / GRAZIA NERI / AGENTUR FOCUS

„Rossija“-Architekt Foster



JUSTIN JIN / AGENTUR FOCUS (L.); TRUMP ORGANIZATION (M.); STORMS MEDIA GROUP (R.)

wa 200 Etagen bei der Eröffnung, geplant für den kommenden Herbst, überhaupt noch benötigen? Ist der Markt in Dubai, für seine wahnwitzigen Gewinnspannen berühmt, bis dahin nicht längst implodiert?

In manchen Wohnkolossen sind schon jetzt nur wenige Apartments vermietet, ein Umstand, der abends auffällt, wenn hinter kaum einem Fenster Licht zu sehen ist. „Warten Sie jetzt erst mal, bevor Sie in Dubai eine Immobilie kaufen“, rät ein Händler an seinem Immobilienstand in der „Mall of the Emirates“ mit gesenkter Stimme. Noch ein schlechtes Zeichen: Die Brasserie im Arabian Park Hotel begann Mitte Dezember, kostenlose Mittagessen



Vershobenes Bauvorhaben „Trump Tower“ in Dubai (Computersimulation), Investor Trump mit Ehefrau: Zockerei mit Geld, Glas und Stahl

Marktes trifft alle. Es mangelt an Krediten oder an der Nachfrage für die vielen neuen Quadratmeter Geschossfläche, häufig mangelt es auch an beidem. Und die vielen Baumgule sind längst nervös.

Eines der Zentren der neuen Ära war Dubai, diese Stadt am Persischen Golf, ohne Geschichte, ohne besondere Bodenschätze, dafür aber mit scheinbar unbegrenzt viel Zukunft. Dubai war eine verheißungsvolle Immobilien-Fata-Morgana, die dann tatsächlich immer realer wurde. Baut es, und sie werden kommen – dieses Mantra hat jahrelang funktioniert. Mit eigens aufgeschütteten Inseln in Palmenform haben die Herren Dubais sogar neue Luxusbauplätze erschaffen. Zwei Inselgruppen gibt es bereits. Die Fertigstellung der dritten wird nun noch auf sich warten lassen.

Auch in Dubai sieht es nach der Epochenwende völlig anders aus.

Eine Einladung für einen Freitag im Dezember gab wie üblich nur das Nötigste preis: Die Aiman Holding stelle ein Projekt namens „The Twelfth“ vor, einen Wohnturm auf einer der Palmeninseln. Ort der Vorstellung sollte das Fünf-Sterne-Hotel Raffles sein. Einlass, so hieß es, würde nur gegen Vorlage von Passkopie und Scheckbuch gewährt.

Mehr brauchte es sonst nicht, um in Dubai einen Ballsaal mit Immobilieninvestoren zu füllen. Zu Dutzenden kamen sie,

wenn ein neuer Bau-Entwickler auf den Plan trat, zu Hunderten, wenn ein etablierter Anbieter eine Luxuswohnanlage, einen Büroturm, eine Shopping-Mall aus schrieb. Es gab Zeiten, da campierten die Spekulanten mit Anzug und Krawatte in der Lobby, um als Erste ihre Orders zu platzieren.

Das galt noch im Oktober. Jetzt gilt es nicht mehr.

Um halb zwölf, anderthalb Stunden nach Beginn der Veranstaltung, sitzen zehn Immobilienverkäuferinnen allein an ihren Tischen; einsam steht das Modell des Wohnturms neben dem opulenten, unberührten Buffet. Kein Kunde weit und breit, kein Interesse am Penthouse-Pool, an der vierstöckigen Garage, am Privatstrand mit Blick auf die Skyline.

Kleinlaut nehmen die Entwickler ein Projekt nach dem anderen vom Markt: das Donald-Trump-Hotel auf der Jumeirah-Palmeninsel, 600 Millionen Dollar teuer – „verschoben“; der 1000-Meter-Turm des halbstaatlichen Entwicklers Nakheel – „unter Revision“; das neue Viertel Jumeirah Gardens, geplante Investitionssumme 100 Milliarden Dollar – „verschoben“.

Noch wird in diesem ehrgeizigen Emirat am höchsten Turm der Welt gebaut: Burj Dubai – der Turm von Dubai – soll über 800 Meter hoch und eine Art Mehrzweckgebäude werden. Aber wird man seine et-

an die neuen Arbeitslosen von Dubai zu verteilen. Überwiegend kommen Immobilienmakler. Die findigen Goldgräber von gestern speisen heute in der Suppenküche.

Ähnlich trübe Nachrichten von den Immobilienmärkten in Katar, Bahrain, Kuwait, ja selbst aus Saudi-Arabien, dem Schwergewicht am Golf: Die „King Abdullah Economic City“, eine auf 170 Quadratkilometer angelegte Arbeits-, Wohn- und Industriestadt 100 Kilometer nördlich von Dschidda, habe Schwierigkeiten, internationale Geldgeber zu finden, räumte die Entwicklungsfirma Emaar ein.

Kaum zu glauben, dass die Region quasi noch bis gestern einen babylonischen Rausch erlebte. Der Wert der Projekte, die allein in den Vereinigten Arabischen Emiraten und in Saudi-Arabien im Bau oder in Planung sind, beläuft sich auf weit mehr als tausend Milliarden Dollar.

Bis vor kurzem träumte man in Saudi-Arabien von einem unfassbar hohen Gebilde für die Hafenstadt Dschidda: einem mehr als einen Kilometer in den Himmel ragenden Gebäuderiesen. Inzwischen belasten auch hier die fallenden Ölpreise die Immobilienwirtschaft – und ob der Bauherr, die Kingdom Holding, diesen Giganten je verwirklicht, ist fraglich.

Das alles sind sogar nur erste Anzeichen dafür, was womöglich noch bevorsteht: ein langfristiges Konjunkturtief für hoch-

fliegende Bauvisionen. Man hatte sich leichtfertig auf die Einkünfte aus dem Verkauf der Bodenschätze verlassen, hatte auf Öl, auf Erdgas, auf Kredite gebaut. Mit fallenden Preisen platzen alle Pläne.

Wer kann, macht einfach gute Miene zum neuen Spiel: In Abu Dhabi soll das junge Stuttgarter Architektenbüro Lava einen „Michael Schumacher World Champion Tower“ errichten, dynamisch in der Form und mit 250 Metern von fast bescheidener Höhe.

Der erste Spatenstich sollte im kommenden Monat zelebriert werden, nun wird er sich laut Alexander Rieck, einem der Lava-Chefs, auf März, April oder einen noch späteren Monat verschieben. Das sei kein Grund zur Sorge, sagt er: „Vor wenigen Wochen galt noch, dass man mit dem Baubeginn nicht lange warten durfte, weil von Monat zu Monat die Preise stiegen. Jetzt aber fallen sie, und jede Verzögerung macht das Vorhaben günstiger.“

Aufgeschoben ist nicht aufgehoben? Nachrichten von abgesagten Wolkenkratzerprojekten, von verwaisten Baustellen verkündet kein Architekt, kein Investor und auch kein Emirats gern. Immerhin: Abu Dhabi ist wegen der Ölvorkommen Dubai immer noch überlegen.

Anderes Beispiel: das Wirtschaftswunder von Russland. In Moskaus neuem Stadtviertel „Moscow City“ – Europas größtem Bauprojekt – sollte ein Wolkenkratzer namens „Rossija“, also „Russland“, in absehbarer Zeit ein stolzes Zeichen bilden, ein Sinnbild für Wiederaufstieg

Baustopps überall. Nur China baut gegen die Krise an, koste es, was es wolle.

und Größe des Landes. Das architektonische Konzept lautet: „Drei Hochhäuser in einem“.

Entworfen hat das Wahrzeichen in spe der weltweit hofierte und vielfach mit Preisen ausgezeichnete Brit Lord Norman Foster: Mit 118 Stockwerken und einer Höhe von 612 Metern sollte sein schlanker Turm das höchste Gebäude Europas werden.

Vor kurzem aber hat der Bauherr Russian Land lakonisch mitgeteilt, er werde den Bau des Superhochhauses wegen der Krise „einfrieren“. Und Fosters Ruhm ist eine Währung, die in diesem Spiel plötzlich nichts mehr gilt. Statt auf schwindelnde Höhe blickt Moskau auf eine hässliche Baustellenbrache.



Chinesische Bauarbeiter in Shanghai: „Mehr Gas geben“

Der Chef von Russian Land, Schalwa Tschigirinski, hatte vor ein paar Monaten getönt, Moskau brauche solche Megaprojekte, es sei schließlich eine „gigantische Stadt mit einem kolossalen Umsatz an Geld und Menschen“. Seit ihn die Krise am Kragen packt, ist er wortkarg geworden. Zwar beteuert er, der Wolkenkratzerbau sei nur „zeitweilig“ gestoppt. Wann er wieder aufgenommen wird, weiß er nicht.

Nun muss Tschigirinski auch noch auf ein weiteres Prestigeobjekt vom Zeichentisch Fosters verzichten.

Die „Kristallinsel“, eine 450 Meter hohe glitzernde Pyramide, sollte Moskau mit zweieinhalb Millionen Quadratmeter Luxusfläche verschönern. Doch für das auf vier Milliarden US-Dollar geschätzte Megaprojekt, gemeinsam mit der Stadterweiterung geplant, ist dem Bauherrn der finanzielle Sockel weggebrochen. Moskaus Stadtoberhaupt Jurij Luschkow sucht verzweifelt einen neuen Investor für die „Kristallinsel“, bislang ohne Erfolg.

Bei der Konkurrenz gibt man sich noch tatkräftig. Der Baukonzern Mirax, der 2007 stolze 1,3 Milliarden US-Dollar umsetzte, errichtet in der „Moscow City“ die Zwillingstürme „Föderation“, angelegt sind sie auf 240 und 350 Meter Höhe.

Mirax-Chef Sergej Polonski hat das loseste Mundwerk aller Moskauer Baulöwen – wenn er sich trotzdem nicht zur gegenwärtigen Situation äußern will, dann hat das angeblich nur einen Grund: Ein Baustopp sei für ihn einfach kein Thema, sagt er. 2012 sollen die Föderations-Türme eingeweiht werden, die der Deutsch-Russe Sergei Tchoban und der Hamburger Peter Schweger entworfen haben.

Schweger findet dann jedoch im fernen Hamburg klare Worte für die wirtschaftliche Situation in Moskau: „Das ist ein Kartenhaus, das auf westlichen Krediten aufgebaut war und nun in sich zusammenfällt.“ Der Traum vom neuen, goldenen Russland – ist er schon wieder vorbei?

Mehr denn je gibt zurzeit ganz sicher China das Tempo an. Jedes Jahr entstehen in der Volksrepublik 20 neue Großstädte. Der niederländische Architekt und Urbanist Neville Mars spricht von der „chinesischen Geschwindigkeit“ – und von den Ängsten der restlichen Welt angesichts dieses architektonischen Größenwahns.

Aber auch China wird mehr und mehr von den Auswirkungen der Finanzkrise erfasst. Schon sind die Exporte eingebrochen, das Wirtschaftswachstum lässt nach, und alle Prognosen des Riesenreichs deuten auf einen heftigen Abschwung.

Schlechte Neuigkeiten auch vom Bausektor: Tatsächlich strich in der Casino-Stadt Macao ein Unternehmer aus Las Vegas einen aufwendigen Hotelbau. In Peking stornierte die Hongkonger Swire-Gruppe einen Teil ihres neuen Einkaufs- und Restaurantzentrums „The Village“. Doch wo so viele Projekte geplant werden wie in China, zerplatzt das ein oder andere Luftschloss schon vor Baubeginn – das galt bereits in den vergangenen Jahren.

Bei anderen architektonischen Prestigeobjekten geht es dagegen voran. So begannen die Bauarbeiter im Finanzzentrum der Yangtse-Metropole Shanghai Ende November damit, eines der höchsten Gebäude der Welt zu errichten: Der Shanghai Tower, der auf 632 Meter kommen wird, soll 2,2 Milliarden Dollar kosten. Die US-Architektenfirma Gensler hat den spiralförmigen Turm entworfen, der Regenwasser für die Toiletten auffängt und Windräder hat, die eigenen Strom liefern sollen – zumindest so viel, dass die Außenbeleuchtung funktioniert.

Das Risiko ist gering, dass den Bauherren das Geld für den Tower ausgehen könnte.

Denn die drei Auftraggeberfirmen gehören alle der Regierung. Sie wird später übrigens auch die Mieter in das Gebäude holen, notfalls mit Zwang. „Die drei Anteilseigner sind die stärksten Staatsbetriebe der Stadt mit einem Vermögen von Hunderten Milliarden Yuan“, versichert Gu Jianping, Präsident des zuständigen Bauunternehmens. „Damit ist garantiert, dass das Projekt gut vorankommt.“

Die Strategie in China ist also eine andere: Man baut einfach gegen die Krise an. Koste es, was es wolle. Anders gesagt: Hier ist nicht der Stillstand, sondern der Aktionismus ein Indiz für die Krise.

Der Frankfurter Stadtplaner und Architekt Albert Speer war einer der ersten Deutschen, der in China Großaufträge erhielt. Auch er hat den Eindruck, „dass die Chinesen sogar eher mehr Gas geben und aufs Tempo drücken, um die Binnenkonjunktur in Gang zu halten“.

Wie lange aber kann man sich ein solches Konjunkturprogramm leisten?

Die Regeln in diesem Spekulationspoker sind weltweit außer Kraft gesetzt. Und niemand weiß, wie lange das so bleibt. Auf die Frage, was gebaut wird, wird wohl noch die Frage folgen, wie gebaut wird. Das heißt: Die Immobilienkrise wird Architektenkarrieren erschüttern – das gilt gerade für die Berühmtheiten der Branche, die in den vergangenen Jahren rund um die Welt teuer eingekauft wurden. Ihre Visitenkarte war häufig die Dramatik ihrer Gebäude, weniger so praktische Aspekte wie Umweltverträglichkeit und Nachhaltigkeit.

Bis jetzt sind Hochhäuser für die, die noch Geld haben, nach wie vor eine Möglichkeit zum Protzen. „Bauherren entscheiden sich oft immer noch für eine symbolhafte, auch heroische Architektur“, sagt der Frankfurter Architekt Jürgen Engel vom Büro KSP Engel und Zimmermann, und das sei eine Ästhetik, die sich nicht nach funktionalen, wirtschaftlichen Prinzipien richte. Doch werde der Paradigmenwechsel sicher noch erfolgen: „Diese Krise ist für viele ein Schlag, alle werden künftig genau überlegen, wie sie ihr Geld anlegen.“

Die Krise als Chance der Architektur? Abwarten.

Dass sich die reichen westlichen Industrieländer die Frage nach einem umweltverträglichen Bauen immerhin zu stellen begannen, ließ auf einen Zusammenhang



Zurückgestelltes Dubai-Projekt „Jumeirah Gardens“*: *Aura der Verschwendung*

ADRIAN SMITH + GORDON GILL ARCHITECTURE

von Wohlstand und ökologischem Gewissen schließen. Aber im plötzlich so reichen Osten gilt dieser Zusammenhang nicht. Dort war und ist Bauen allein eine Sache des – oft exzentrischen – Geschmacks, nicht der Nachhaltigkeit. Alles strahlt eine Aura der Verschwendung aus, den teuren Schick der Weitläufigkeit.

Nichts soll, ob in Shanghai oder Moskau, an die Massenware Plattenbau erinnern. Der Trump Tower für Dubai, der nun erst einmal nicht entsteht, wurde als skulpturale Verlockung angepriesen. Slogan: „Größere Höhe, mehr Drama, eine unverkennbare Präsenz.“ Platz sollte keine Rolle spielen: Das Hochhaus-Kunstwerk wäre um ein gigantisches Luftloch herumgeformt worden.

Viele Architekten, auch die Stars unter ihnen, haben diesen umweltfeindlichen Symbolismus im Städtebau überhaupt erst miterfunden, indem sie Hochhäuser in der Form von Wüstenrosen und Walkie-Talkies entwarfen.

Dazu kam: Der Nachholbedarf an einigermaßen repräsentativen Wohn- und Gewerbeflächen war groß, man hatte es eilig, wollte dabei die Investitionen niedrig und die Gewinnspannen hoch halten – über den im Westen zumindest diskutierten Begriff der Nachhaltigkeit wollte man sich da nicht den Kopf zerbrechen. Nachhaltigkeit kostet und dauert.

* Computersimulation.

Westliche Architekten bemängeln die geringe Qualität vieler Gebäude etwa in den luxusverliebten Emiraten, vor allem die mangelhafte Zusammensetzung des verarbeiteten Betons – die dazu führt, dass man etliche Gebäude, auch Hoch- und Prestigebauten, im Grunde nach wenigen Jahren abreißen müsste. Und wer nicht auf den richtigen Beton achtet, stört sich auch nicht an energiefressenden Klimaanlage und anderen Umweltschindeln.

Zumindest das grüne Gewissen also soll durch die Krise geweckt werden, weil ökologisch langfristig auch kostensparend meint?

Ähnlich wie Jürgen Engel glaubt auch sein Stuttgarter Kollege Alexander Rieck an eine entsprechende Zäsur und meint, dass nach der „großen Marktberreinigung“ die Qualitätsdebatte einsetzen werde, „die Zeichen der Zeit sind ein-

deutig, und Ökologie wird dabei weltweit immer wichtiger“.

Vielleicht bringt die durch die Finanzkrise erzwungene Entschleunigung einen Bewusstseinswandel. Vielleicht ist der Energiesparfaktor künftig das beste Verkaufsargument, vielleicht entwickelt sich deshalb eine neue Ästhetik der umweltschonenden Schlichtheit. Vielleicht auch nicht.

Schnell könnten die entsprechenden Vorsätze russischer Bauunternehmer und arabischer Scheichs wieder vergessen sein, wenn nur erst die Wirtschaft wieder anläuft, wenn Geld wieder einmal keine Rol-

Viele Neubauten müssten wegen ihrer schlechten Qualität abgerissen werden.

le zu spielen scheint. Dann wird die Verdichtung und Urbanisierung der Welt wieder im Rekordtempo betrieben.

Das Architekturmuseum in der Münchner Pinakothek der Moderne ergründet das Phänomen der Stadt gerade in einer Ausstellung – und hat gar das „Jahrhundert der Städte“ ausgerufen.

Seit der Neuzeit, so steht es im Katalog, gebe es die Idee, dass die Welt machbar sei, dass der rationale Geist eine rationale Umwelt gestalten könne. Doch es sind die Menschen selbst, die viel zu irrational sind. Das hat das Chaos an den Finanzmärkten mit großer Anschaulichkeit demonstriert.

UWE KLUSSMANN, ULRIKE KNÖFEL,
ANDREAS LORENZ, BERNHARD ZAND

LITERATUR

„Ich habe sehr gelitten“

Daniel Kehlmanns neues Buch „Ruhm“ ist sein erster Roman seit dem Megabestseller „Die Vermessung der Welt“ – ein Besuch bei dem Starautor in Wien. *Von Volker Hage*

Ein Schriftsteller träumt von einem Roman „ohne Hauptfigur“, einem Werk, in dem ansonsten alles vorhanden sein soll, was einen Roman ausmacht: „die Komposition, die Verbindungen, der Bogen“, nur eben „kein Protagonist, kein durchgehender Held“. Leo Richter heißt dieser Schriftsteller, und er ist eine Erfindung von Daniel Kehlmann.

Kehlmann, 33, einer der erfolgreichsten deutschsprachigen Autoren der Gegenwart, hat sich diesen Roman nicht nur erträumt, er hat ihn geschrieben. „Ruhm“ heißt er, im Untertitel: „Ein Roman in neun Geschichten“, und er wird Mitte dieses Monats erscheinen*. Das Buch ist Kehlmanns erstes literarisches Werk seit dem Bestseller „Die Vermessung der Welt“ (2005), der inzwischen mehr als 1,4 Millionen Mal verkauft worden ist, Übersetzungen nicht mitgerechnet.

In Wien, seinem Hauptwohnsitz, gibt sich Kehlmann an diesem nasskalten Nachmittag Ende Dezember gelassen und zufrieden mit dem Geleisteten. Aber ihm ist bewusst, welche Erwartungen Kritik und Publikum hegen. Das Schreiben sei ihm nicht leichtgefallen, sagt er. Ein anderes Buchprojekt habe er vorerst zur Seite gelegt: „Ich bin da einfach nicht weitergekommen.“

Er ist ein Starautor, doch auf der Straße wird er nicht erkannt, von niemandem behelligt. Ein Mann, dem Allüren fremd sind. Sein Gesicht wirkt zart und offen, Grüblerisches oder gar Zerquältes sucht man darin vergebens. Doch sobald er über sich und seine Arbeit spricht, wird Kehlmann lebhaft und zeigt eine wache Intelligenz. Er formuliert unprätentiös, ohne Imponiergehabe – ganz wie beim Schreiben.

Dabei kann er es selbst immer noch nicht fassen, ausgerechnet mit einem Roman über zwei deutsche Wissenschaftler, den Mathematiker Carl Friedrich Gauß und den Naturforscher Alexander von Humboldt, viel Geld verdient und ein großes Publikum gewonnen zu haben.

Während des Schreibens am neuen Buch sei ihm klargeworden, dass er auf die Enttäuschung so vieler Leser hinarbeitet, „die das Gleiche gern wieder hätten“. Eine Wiederholung des Erfolgswerks wollte er auf keinen Fall liefern. Deswegen war



Schriftsteller Kehlmann

„Halten die mich für großenwahnsinnig?“

es wie eine Erlösung, als ihm die Idee zu einem Roman kam, der sich aus verschiedenen Geschichten zusammensetzt, Geschichten, die je für sich bestehen können, gleichzeitig aber wechselseitig aufeinander bezogen sind, „jede mit jeder verbunden“, so Kehlmann.

Das ist ihm wichtig. Denn natürlich liegt der Verdacht nah, hier werde eine Sammlung von Erzählungen aus Marketinggründen als Roman verkauft. Nein, er wollte einfach etwas ganz anderes probieren, für ihn ist das neue Werk geradezu „eine Art Gegenbuch“ zur „Vermessung der Welt“, formal wie thematisch – ein „gebrochenes und fragmentiertes Buch“.

„Ruhm“ hat keine lineare Erzählweise, spielt nicht – wie der Vorgängerroman – in einer historischen Epoche, der Roman greift mitten hinein in das Chaos der Gegenwart. Die moderne Technik, Handys, Computer und Internet spielen eine fast so wichtige Rolle wie die Figuren, die auftauchen, ihre Geschichte erzählen, wieder verschwinden, sich später unvermutet noch einmal zeigen oder auch nicht.

Kehlmann webt ein feines Netz untergründiger Bezüge. Was in der einen Geschichte offenbleibt, findet in einer anderen vielleicht eine Erklärung oder Fortsetzung; was in der einen zum Rätsel wird, enthüllt sich beiläufig in einer anderen.

Der fiktive Schriftsteller Leo Richter mag tatsächlich keine Hauptfigur im klassischen Sinn sein, eine wichtige Rolle spielt er dennoch: Er tritt in verschiedenen Geschichten auf, auch schon mal als Verfasser einer solchen – ein Alter Ego Kehlmanns.

Gleichgesetzt werden möchte der Autor keineswegs mit diesem hypochondrischen und eitlen Doppelgänger, der stark autobiografisch arbeitet, aus sich selbst und Freunden Figuren seiner Prosa macht. Ihn selbst habe am Schreiben immer das Erfinden interessiert, setzt Kehlmann dagegen.

„Gleichzeitig faszinieren mich Autoren“, sagt er, „bei denen das anders ist. Mich faszinieren auch die sozialen Effekte, die entstehen, wenn die Umgebung eines Künstlers damit rechnet, ausgespät zu werden und in seinem Werk vorzukommen. Die Leute um mich herum haben keine Angst, dass sie bei mir vorkommen. Dafür ist jetzt Leo zuständig.“ Es habe ihm großen Spaß gemacht, diesen Leo zu erfinden.

Kehlmanns Stellvertreter im Roman ist viel unterwegs, findet aber an keinem Ort zu sich. „Ruhm“ ist nicht auf einen Nenner zu bringen; wenn es einen roten Faden gibt, dann ist es das Unruhige unserer Gegenwart, die potentielle Erreichbarkeit per Handy, SMS oder E-Mail, die Ubiquität, Umtriebigkeit und Verlorenheit. Es geht, wie Kehlmann formuliert, „ums Vergessenwerden, ums Verschwinden, um das Sichverlieren oder die Auflösung“.

Man blende gern aus, sagt der Autor in Wien, „dass man tatsächlich geliefert ist, wenn man in eher schwer zugänglichen Gegenden ein paar mal falsch abbiegt und ein paar Fehler macht“. Er fügt hinzu: „Deswegen handeln ja auch so viele Geschichten vom Reisen, nicht nur bei mir. Der Reisende ist in einer archetypischen Situation des Erzählens.“ Schon nach Erscheinen der „Vermessung der Welt“ sei er oft nach seiner eigenen Reiselust gefragt worden. Seine Antwort: Er reise viel wie Humboldt und ungern wie Gauß. „Muss das denn sein?“, frage er sich vor jeder Reise. Aber daheim habe er oft das Gefühl, „es muss jetzt mal wieder losgehen“.

In einer Romanepisode mit dem Titel „Wie ich log und starb“ wird gezeigt, was sich verändert hat, seit „wir kleine Funkgeräte hatten und Briefe schrieben, die in der Sekunde des Abschickens schon am Ziel sind“ – wie also die neuen Verständigungsmöglichkeiten das Leben, besonders das Liebesleben verändern. Und wie die Erleichterungen zum Alptraum werden können.

Ausgerechnet der Abteilungsleiter einer Telekommunikationsfirma, zuständig für „Nummernverwaltung und Nummernzuweisung“, verliebt sich in eine Chemikerin und beginnt ein Doppelleben: unaufrichtig gegenüber der Ehefrau wie der Geliebten. Es

* Daniel Kehlmann: „Ruhm. Ein Roman in neun Geschichten“. Rowohlt Verlag, Reinbek; ca. 208 Seiten; ca. 18,90 Euro.



GETTY IMAGES

Kehlmann-Thema Reiselust und Umtriebigkeit*: „Man ist geliefert, wenn man ein paarmal falsch abbiegt“

wundert ihn selbst, dass mit wenigen ins Handy geflüsterten Lügen scheinbar alles in den Griff zu bekommen ist. Nur nachts, sowohl im einen wie im anderen Bett, wählen ihn düstere Vorahnungen. Am Ende werden sie sich bewahrheiten.

In einer anderen Geschichte („Der Ausweg“) erfährt der Schauspieler Ralf Tanner am eigenen Leib, dass man sich in der Öffentlichkeit keine Szene mit der Freundin leisten kann, wenn man so bekannt ist wie er. Immer steht einer bereit, der sogleich ein Handy mit Videofunktion zückt und die unschöne Angelegenheit genüsslich übers Internet verbreitet. Die hämischen Reaktionen der Fangemeinde lassen nicht lange auf sich warten: Er habe nur „Müll im Hirn“ und sei hässlich „wie ein Vieh“.

Kehlmann, privat ein so freundlicher Zeitgenosse, hat mit seinen Figuren wenig Erbarmen. Der Satz des von ihm sehr geschätzten amerikanischen Autors Philip Roth, Nettigkeit sei bei Schriftstellern „noch tödlicher als bei anderen Menschen“, gefällt ihm.

Manche Passagen in „Ruhm“ erinnern an den schwarzen Humor des britischen Autors Roald Dahl („Küsschen, Küsschen“). Kehlmann kennt dessen skurrile Erzählungen aus seiner Jugend. Es sei möglich, sagt er, dass es da eine Anregung gab. „Der Unterschied ist vielleicht, dass ich ohne Schadenfreude erzähle, zwar mit

einer gewissen Grausamkeit den Figuren gegenüber, aber ich habe keinen Spaß daran.“ Er setzt hinzu: „Ich habe mit ihnen gelitten. Ich habe sehr gelitten.“

Im Gegensatz zur eher traditionellen Erzählweise seiner früheren Romane findet Kehlmann nun auch Vergnügen an formalen Experimenten: Figuren sprechen mit ihrem Erfinder, der Schriftsteller Leo Richter redet den Leser an, und das Porträt einer Frau wird mit den Worten eingeleitet: „Vielleicht ist jetzt der Moment, zu unterbrechen und sie zu beschreiben.“

Diese Art von Metafiktion ist nicht neu, und niemand weiß das besser als Kehlmann. Er ist ein besessener Leser, theoretisch beschlagen (wovon eine Vielzahl von Essays und Rezensionen zeugt), und er ist ein äußerst bewusster Erzähler. Viele literarische Experimente der Literaturgeschichte seien brillant, sagt er, aber oft auch steril. Manches wirke heute verstaubt. „Die Aufgabe ist wohl, die Errungenschaften der Avantgarde aufzugreifen und darauf aufzubauen, aber in dialektischer Weise, indem man diese Techniken verwendet, ohne die Substanz, das menschliche Gewicht, zu opfern. Man darf sich nicht im reinen Spiel verlieren.“

Das aber ist ihm ausgerechnet in der Schlussepisode unterlaufen. Da soll sich der Bogen runden, aber gerade diese Geschichte („In Gefahr“) verliert die Bodenhaftung. „Ich wusste, ich komme in eine deiner Geschichten! Genau das wollte ich nicht!“, beklagt sich die Freundin des

Schriftstellers Leo Richter. Die Figuren müssen erkennen, dass sie nur Teil einer Fiktion sind. Offensichtlich wollte Kehlmann das Spiel mit Illusion und Wirklichkeit auf die Spitze treiben und endet in der Belanglosigkeit.

Alles in allem jedoch ist die neue Leichtigkeit des Erzählens vortrefflich gelungen, bis hin zum Titel. „Ruhm“ ist zunächst ganz wörtlich zu verstehen, es geht um berühmte Menschen, Schriftsteller und Schauspieler, auch um solche, die sich nach Ruhm vergeblich sehnen. Der Titel sei „gleichzeitig zutreffend und ganz und gar ironisch“, so Kehlmann, der völlig erstaunt ist, dass es hier und da Befürchtungen gab, es handle sich bei dem neuen Buch um die Selbstbespiegelung eines Erfolgsautors. „Da müsste ich ja völlig vertrottelt sein“, sagt er. „Halten die Leute mich für größt-wahnsinnig?“

Die Erfolgsgeschichte seiner „Vermesung“ ist ihm nicht zu Kopf gestiegen. Er begreife diesen Roman immer noch „als den einmaligen Glücksfall“, sagt er. Das Wesentliche an einem Bestseller sei doch, dass man ihn gerade nicht wiederholen müsse, dass er einem eine Freiheit gebe, „wie man sie nie vorher hatte und nie zu erträumen wagte“. Es ist die Freiheit, nun etwas ganz anderes zu versuchen.

Mit dem Roman „Ruhm“ hat Daniel Kehlmann das ganz andere gewagt – und ein Geburtstagsgeschenk an sich selbst ist das Buch auch: Am 13. Januar wird er 34 Jahre alt. Ein gelungenes Geschenk. ◆

* Auf dem Flughafen Schiphol, Amsterdam.

ESSAY

LUST AN DER APOKALYPSE

WAS HINTER DER KATASTROPHENRHETORIK STECKT / VON THEA DORN

Traditionell überlassen wir den Part des Propheten, der durch unsere unwirtlichen Städte wandert und die Menschen lautstark zur Umkehr mahnt, dem kleinen Kreis bibelfester Obdachloser. Doch seit die Finanzkrise Banken gesprengt und die Automobilindustrie ins Stottern gebracht hat, sind auch die gebildeten Stände von einer aggressiven Prophetie befallen. Nun treibt auch sie das Bedürfnis um, das Ende der „großen Hure Babylon“ zu verkünden. So war von Thomas Friedman, einem der prominentesten Kolumnisten der „New York Times“, zum Jahresende 2008 zu lesen: „In letzter Zeit gehe ich in Restaurants, schaue mich an den Tischen um, an denen es immer noch von jungen Leuten wimmelt, und ich habe dieses Bedürfnis, von Tisch zu Tisch zu gehen und zu sagen: ‚Sie kennen mich nicht, aber ich muss Ihnen sagen, Sie sollten hier nicht sein. Sie sollten Ihr Geld sparen. Sie sollten Ihren Thunfisch zu Hause essen. Diese Finanzkrise ist bei weitem noch nicht vorbei. Wir sind nur am Ende des Anfangs. Bitte lassen Sie sich Ihr Steak einpacken, und gehen Sie nach Hause.‘“

Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ berichtete darüber, und anstatt zu fragen, ob es nicht atemberaubend unverantwortlich ist, wenn ein einflussreicher Wirtschaftsfeuilletonist den apokalyptischen Harlekin gibt, sinnierte der Herausgeber Frank Schirrmacher über „die Evolution einer Krise, deren Dramatik buchstäblich mit jeder Woche neue rhetorische Maßnahmen verlangt“. Ein herzloser Tropf, wer im Angesicht der Krise als Erstes an politische und ökonomische Maßnahmen denkt.

Nun ist der Schwanengesang, das Hohelied vom baldigen Ende der Menschheit, beileibe keine Erfindung unserer Tage. Die Bibel ist gerade mal sieben Kapitel alt, schon schickt der Herr die Sintflut, auch im Gilgamesch-Epos bestellen die Götter den großen Regen, während die Edda eher auf den Weltenbrand setzt. Die Menschen des Mittelalters waren alle naslang sicher, von einem Kometen oder der Pest kollektiv ausgelöscht zu werden. Auch das 20. Jahrhundert begann – noch vor der realen Katastrophe des Ersten Weltkriegs – mit der fiebrigen Erwartung des Halleyschen Kometen. Kaum hatte man den nationalsozialistischen Terror hinter sich gelassen, erhitzte die Angst vor dem Atomtod die Gemüter bis an den Rand der Kernschmelze. In den Siebzigern entdeckte der Club of Rome die Ökologie als weites Feld für Untergänge. Und die Achtziger besicherten uns die spezifisch deutsche Spielart dieser Angst: das Waldsterben.

Es ist also nichts Neues, wenn in unseren Tagen wahlweise die Vogelgrippe, der Millennium-Bug, die demografische Entwicklung, die Erderwärmung oder aktuell die Wirtschaftskrise als Reiter der Apokalypse besungen werden. Das Geschäft mit der Angst dürfte das in Wahrheit älteste Gewerbe der Welt sein. Neu ist allerdings, dass sich die Apokalypsen in immer rasanterem Wechsel ablösen. So wie Starbucks uns jeden Monat mit einem anderen „Coffee Highlight“ bei Laune hält, kredenzen uns die Massenmedien mittlerweile den Untergang des Monats. Nicht die „Evolution der Krise“ verlangt jede Woche nach „neuen rhetorischen Maßnahmen“. Presseorgane tun es, bei denen der Lautstärkereglere offensichtlich nur in eine Richtung zu drehen ist.

„Es gibt Leute, die sich über den Weltuntergang trösten würden, wenn sie ihn nur vorhergesagt hätten“, notiert Friedrich Hebbel 1845 in seinem Tagebuch. Und Friedrich Sieburg schreibt gut hundert Jahre später: „Ein wesentlicher Reiz unserer Zivilisation besteht in der Reichhaltigkeit der Palette, mit der wir die Menschheit malen, wie sie dem Grabe zuwankt. Man muss auch eine Sache, von der man nichts weiß, zu Ende denken können.“

Doch Sieburg spottet nicht nur, er bietet auch eine Erklärung an für „die Lust am Untergang“, die er als Lebensgefühl selbst in der aufstrebenden Wirtschaftswunder-Bundesrepublik allenthalben diagnostiziert: „Der Alltag der Demokratie mit seinen

tristen Problemen ist langweilig, aber die bevorstehenden Katastrophen sind hochinteressant ... Wenn wir schon mit unserem Dasein nichts Rechtes mehr anzufangen wissen, dann wollen wir wenigstens am Ende einer weltgeschichtlichen Periode stehen. Richtig zu leben ist schwer, aber zum Untergang reicht es allemal.“

Spricht also tatsächlich der Freudsche Todestrieb aus uns, „das wunderbare Sehnen dem Abgrund zu“, wie Hölderlin es nannte? Auf den ersten Blick erscheint die Annahme absurd. Denn unsere Endzeitverkünder sind weit davon entfernt, wie Wotan in Richard Wagners „Der Ring des Nibelungen“ zu donnern: „Nur Eines will ich noch: / das Ende – / das Ende!“

In einem Punkt sind sich Wotan und die heutigen Apokalyptiker jedoch frappierend einig: Die Welt hat sich in eine grundverkehrte Richtung entwickelt und hätte es dafür verdient unterzugehen. Wie der Wagner-Gott sein gesamtes zivilisatorisches Werk als „herrliche Pracht, göttlichen Prunkes prahlende Schmach“ verflucht, geißeln auch unsere zürnenden Zeitgenossen den Way of Life, entlarven das fundamental Verheerende an unseren individualistisch-kapitalistischen Gesellschaften. Zweifel und moderate Töne sind ausgeschlossen.



Historische Darstellung des Jüngsten Gerichts*

„Das Geschäft mit der Angst dürfte das in Wahrheit älteste Gewerbe der Welt sein.“

* Ausschnitt aus dem Hieronymus-Bosch-Triptychon „Weltgericht“ (1504 bis 1508).

In der Bundesrepublik wird schon länger solide und begeistert Katastrophenarbeit geleistet. Von sich rächenden Urgewalten weiß der Schriftsteller und Öko-Aktivist Carl Amery bereits in den achtziger Jahren zu berichten: „Das Waldsterben“, schreibt er, „ist der untrüglich einsetzende Versuch der Gaia, d. h. des Lebewesens Erde, sich durch eine gewaltige Operation einer misslungenen Spezies zu entledigen... Es erfordert die totale Revision unserer sogenannten Werte. Darunter läuft nichts mehr.“

Philosophisch anspruchsvoller, aber nicht weniger „total“ formuliert taucht der Gedanke des „darunter läuft nichts mehr“ schon gut zwanzig Jahre früher in Karl Jaspers' Schrift „Die Atombombe und die Zukunft des Menschen“ auf: „Vor der Drohung totaler Vernichtung sind wir zur Besinnung auf den Sinn unseres Daseins zurückgeworfen. Die Möglichkeit der totalen Zerstörung fordert unsere ganze innere Wirklichkeit heraus.“

Hinter der Katastrophenrhetorik steckt die Sehnsucht: Der Mensch möge zur radikalen Umkehr finden. Deshalb reicht es auch nicht, die krisenhaften Exzesse unserer Lebensform zu benennen und nach konkreten, pragmatischen Auswegen zu suchen. Krisen sind von dieser Welt, gehören zur normalen Entwicklung der menschlichen Geschichte. Katastrophen jedoch sind Ereignisse, die den Lauf der Dinge jäh unterbrechen, Eruptionen, die das Kontinuum sprengen, die Geschichte in eine andere Richtung zu reißen vermögen. Krisen machen das Leben auf unspektakuläre Weise anstrengend, weil sie die mühsame, sorgfältige Kleinarbeit der Nachbesserung und Feinjustierung erfordern. Katastrophen hingegen sind Zeiten der großen Geste. Die Katastrophe rüttelt das saturierte Individuum auf. Und gleichzeitig erlaubt sie ihm, sich zum Retter aufzuschwingen.

Niemand spielt die Rolle des erschütterten Erschütterers derzeit so gut wie Al Gore. Es ist mehr als eine menschenwürdige Zutat, wenn der Mann, der sich zu Beginn des Films „Eine unbequeme Wahrheit“ mit dem Satz „Ich war früher mal der nächste Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika“ vorstellt, später erzählt, wie seine Wendung zum Klimaretter geschah: Sein sechsjähriger Sohn rang nach einem Autounfall wochenlang mit dem Tod. Die private Katastrophe als Bekehrungserlebnis. Und gleichzeitig gibt der Friedensnobelpreisträger von 2007 halb selbstironisch zu, dass sein globaler Ökokreuzzug eine schöne Ablenkung von der Enttäuschung ist, das Präsidentenamt im Jahr 2000 so knapp verpasst zu haben. Selten lagen Ego-Show und Weltrettungsgestus dichter beieinander.

Seit ihren Anfängen zielt die Warnung vorm Weltuntergang darauf ab, die Menschheit in ihrem Größenwahn zu zügeln, sie daran zu erinnern, dass es Mächte gibt, die größer sind als sie selbst. Doch schlägt die vom Endzeitraben grell vorgetragene Mahnung zur großen Ein- und Umkehr nicht selbst in Hybris um, wenn sie sich dazu aufschwingt, unsere Gesellschaft insgesamt abzukanzeln und ihr deshalb die „totale Revision“ zu verordnen? Steckt in dem Ekel, den unsere Apokalyptiker angesichts des alltäglichen Lebens offenbar empfinden, nicht doch etwas Lebensfeindliches, dem Freudschen Todestrieb Verwandtes?

Um Himmels willen, nein!, würden die guten Menschen von ihren Klima-, Demografie- und Live-8-Gipfeln herab rufen. Wir mahnen und rütteln doch gerade, weil wir das Leben lieben, die

Menschheit retten, der nächsten Generation eine nicht verwüstete Erde hinterlassen wollen. Unser Ekel ist nicht der Ekel vor dem Leben als solchem, sondern der Ekel vor dem falschen, kapitalistischen, ausbeuterischen, entfremdeten, oberflächlichen, egoistischen Leben, wie wir es in den westlichen Gesellschaften führen. Aber warum machen sich unsere Apokalyptiker auf dem wohlwollenden Auge blind, warum sehen sie nur die gierigen Manager, die (noch) nicht beseitigte Armut, den Konsumismus, die billige Plastikkultur? Und nicht die verantwortungsvollen Unternehmer, die verbesserten Lebensbedingungen auch für die ärmeren Schichten, die Museen und Opernhäuser, die Naturschutzparks, die unsere angeblich so durch und durch verrotzte Zivilisation ebenso hervorgebracht hat?

„Die ganze Richtung passt mir nicht.“ Der Spruch, den Kaiser Wilhelm II. getätigt haben soll, zielt auch die Wappen unserer unbarmherzigen Levitenleser. Aber was wäre die Richtung, die besser passte?

Den deutlichsten Aufschluss über die Hoffnungen der Endzeitverkünder gibt das Katastrophenkino à la „The Day after Tomorrow“: Geschiedene Väter, die es am Vortag der Katastrophe noch nicht einmal fertiggebracht haben, ihren Sohn pünktlich zum Flughafen zu fahren, marschieren zu Fuß durch die plötzlich hereingebrochene Eiszeit, um ebenjenen Sohn aus einem in

Eis und Schnee versunkenen New York herauszuholen. Penner und Millionärsöhnchen, die sich eben noch feindlich fremd aus dem Weg gingen, teilen sich den letzten Pullover.

Wem dies zu trivial erscheint, der möge bei Heinrich von Kleist nachlesen, in „Das Erdbeben in Chili“ (1807). Der düstre Dichter ergeht sich ebenfalls in Schilderungen des klassenlosen, von Nächstenliebe durchströmten Idylls im Windschatten der Naturkatastrophe, auch seinem Protagonisten will es – wenigstens vorübergehend – so scheinen, „als ob das allgemeine Unglück alles, was ihm entronnen war, zu einer Familie gemacht hätte“. Muss man so extreme Erfahrungen wie die Auschwitz-Überlebende Ruth Klüger gemacht haben, um zu erkennen,

dass die Vorstellung, besonders großes Leid würde besonders humanisierend wirken, ebenso rührseliger wie fataler Kitsch ist?

Die Menschheit wird sich von dem schlechten Gewissen, das sie plagt, seit Prometheus den Göttern das Feuer geklaut und Eva und Adam vom Baum der Erkenntnis gekostet haben, nicht befreien, indem sie alle fünf Minuten den nächsten Weltuntergang herbeiphantasiert und dabei doch nur heimlich hofft, den Schleichweg zurück ins Paradies zu finden. Alle Wege dorthin sind verbaut. Und deshalb wird die Menschheit auch keine gerechteren Gesellschaften kreieren, indem sie an der Utopie festhält, Frieden herrsche erst dann, wenn alle Konflikte, Gegensätze und Widersprüchlichkeiten ausgemerzt, alle Zersplitterungen in einer großen Weltumarmung gekittet sind. Der Mensch ist aus krummem Holz gemacht. Jeder Versuch, aus ihm etwas gänzlich Gerades zu zimmern, hat bislang nur einen Ort erschaffen: die Hölle auf Erden.

Dorn, 38, lebt als Schriftstellerin und Fernsehmoderatorin in Berlin. Zuletzt erschien von ihr „Mädchenmörder. Ein Liebesroman“.



Endzeitphantasie im Film „The Day after Tomorrow“ (2004)

„Die Warnung vorm Weltuntergang zielt darauf, die Menschen in ihrem Größenwahn zu zügeln.“

AUTOREN

„Man braucht eine Vision“

Der US-Schriftsteller Dave Eggers über seinen dokumentarischen Roman „Weit Gegangen“, afrikanisches Flüchtlingselend und die amerikanische Verheißung



Eggers, 38, wurde mit seinem Debüt „Ein herzzerreißendes Werk von umwerfender Genialität“ (2000) schlagartig berühmt und gilt als einer der wichtigsten Vertreter der jüngeren amerikanischen Schriftstellergeneration.

Er hat den einflussreichen Avantgarde-Verlag McSweeney's gegründet, gibt zwei Literaturzeitschriften heraus und hat in mehreren US-Großstädten gemeinnützige Lese- und Schreibprogramme für Kinder und Jugendliche eingerichtet.

SPIEGEL: In Ihrem neuen Roman „Weit Gegangen“ erzählen Sie die wahre Lebensgeschichte des sudanesischen Flüchtlings Valentino Achak Deng*. Der hörte in seinem Heimatdorf einst von seinem Vater den Schöpfungsmythos des Volks der Dinka, in dem Gott den ersten Menschen etwas schenken will: „Ihr könnt entweder dieses Rind haben, als mein Geschenk an euch, oder ihr könnt das Was haben.“ Dieses „Was“ hat Ihnen den englischen Romantitel geliefert: „What Is the What?“ Und? Was ist nun das Was?

Eggers: Oh, das fragen Sie mich? Darauf antworte ich nicht. Ich weiß es auch gar nicht. Ich mag Bücher, die Fragen stellen, ohne Antworten zu geben, und die Frage nach dem Was ist eine, die sich durch den gesamten Roman zieht. Am Ende wissen wir noch immer nicht so genau, was damit eigentlich gemeint ist.

SPIEGEL: Worin liegt dann die Bedeutung der Frage?

Eggers: Sie wird für Valentino nach der Trennung von seiner Familie und der Zerstörung seines Dorfes 1987 zu einer ganz persönlichen Frage, die er sich immer wieder stellt, wenn er sich zwischen dem Bekannten und dem Unbekannten entscheiden muss. Ich glaube, Valentino hat sich auf seiner Flucht vor dem Bürgerkrieg nach Äthiopien und Kenia immer für das Unbekannte entschieden, für das Ungeheure und Riskante, und so macht er das noch heute.

* Dave Eggers: „Weit Gegangen. Das Leben des Valentino Achak Deng“. Aus dem amerikanischen Englisch von Ulrike Wasel und Klaus Timmermann. Verlag Kiepenheuer & Witsch, Köln; 768 Seiten; 24,95 Euro.



Sudanesische Flüchtlinge in Äthiopien (1988): „Entscheidung für das Unbekannte“

SPIEGEL: Weshalb haben Sie ausgerechnet über das Schicksal eines sudanesischen Flüchtlings geschrieben?

Eggers: Irgendwann nach Erscheinen meines zweiten Buchs, das von zwei ignoranten jungen Amerikanern handelt, die ziemlich unbeholfen versuchen, sich die Welt anzueignen, erhielt ich einen Brief von einer Frau, die mir vorschlug, Valentino in Atlanta zu treffen und seine Lebensgeschichte aufzuschreiben.

SPIEGEL: Das klingt nicht gerade nach mühsamer Recherche.

Eggers: In gewisser Weise ist mir die Geschichte von „Weit Gegangen“ in den Schoß gefallen, das stimmt, und zwar in einem Moment, in dem ich offen dafür war. Ich wusste anfangs allerdings nicht, ob ich der Richtige bin, die Geschichte eines dieser knapp 4000 „Lost Boys“ zu erzählen, die 2001 aus den kenianischen Flüchtlingslagern unter großer Anteilnahme der amerikanischen Öffentlichkeit in die USA umgesiedelt worden waren. Aber Valentino sagte, er habe Vertrauen in mich, und erteilte mir den Auftrag für das Buch. Das

Schwierige war dann, Valentino und seiner Geschichte Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, und dafür brauchte es immerhin vier Jahre, in denen ich alles mobilisieren musste, was ich über das Schreiben weiß.

SPIEGEL: Was erzählt uns Ihr Buch über Amerika? Valentino bezeichnet das Land seiner Zuflucht einmal als „elenden und herrlichen Ort“.

Eggers: Die erste Fassung des Buchs endete am Tag von Valentinos Ankunft in den

Vereinigten Staaten. Es endete in einem Augenblick des Triumphs, nachdem Valentino es durch all diese Schrecken und das ganze Leid hindurch in die USA geschafft hatte. Aber je mehr Zeit ich mit den Recherchen verbrachte, desto klarer wurde mir, dass er kaum vom Fleck kam. Er besuchte kein College, er verdiente nicht mehr als den Mindestlohn.

SPIEGEL: Er verlor die Illusionen, die er sich über das Leben in Amerika gemacht hatte.

Eggers: Ganz recht, er verlor seine Illusionen und kämpfte wie die meisten anderen Lost Boys mit dem Versprechen, das Amerika ihnen gegenüber geleistet hatte. Wenn man in einem Flüchtlingslager in Kenia sitzt und auf das Flugzeug nach Amerika wartet, einem der reichsten Länder der Erde, glaubt man, alles wäre überstanden. Bis man dann feststellt, dass sich mit der Einwanderung eine ganze Reihe neuer Probleme ergibt. Insbesondere zu einer Zeit, da viele Amerikaner Einwanderern mit Misstrauen begegnen und es ihnen die Politik nicht einfacher macht. Als einer der von den Amerikanern freundlich aufge-

nommenen Lost Boys hat Valentino es sogar noch besser als die meisten anderen Einwanderer.

SPIEGEL: Wie stehen Sie denn zur Einwanderungspolitik?

Eggers: Ich finde, dass jeder, der es auf sich nimmt, in die USA einzuwandern, zu den mutigsten und tapfersten Menschen gehört, die man sich überhaupt vorstellen kann. Dass man versucht, ihnen das Leben zu erschweren, und sie mitunter sogar kriminalisiert, nur weil sie in diesem Land ein besseres Leben suchen, macht mich wütend. Wer hat schon ein Anrecht auf dieses Land? Ich jedenfalls habe kein Anrecht auf Amerika und seinen Reichtum.

SPIEGEL: Handelt „Weit Gegangen“ also auch von einem Verrat Amerikas an seinen Versprechen?

Eggers: Deutschland zieht doch auf ganz ähnliche Weise Einwanderer an, weil der Reichtum und die sozialen Dienstleistungen wie ein Magnet auf die Menschen wirken. Ich habe keine Lösung für dieses Problem, aber ich möchte, dass man den Menschen, die zu uns kommen, mit Empathie begegnet und ihnen ihre Würde lässt. Aber ich würde nicht davon sprechen, dass Amerika Verrat an einem Versprechen begeht: Gerade vor ein paar Wochen war ich wieder im Sudan und in ein paar anderen afrikanischen Ländern, und dort herrscht in Bezug auf Amerika einfach nur die Vorstellung von enormem Reichtum und die falsche Annahme, dass einem ein sorgenfreies Leben winkt, sobald man es erst einmal in die USA geschafft hat.

SPIEGEL: Hat diese Vorstellung nicht auch mit der Utopie des amerikanischen Traums zu tun? Mit den Geschichten, die sich Amerika über sich selbst erzählt?

Eggers: Ja, natürlich. Barack Obama bringt dies in gewisser Weise zur Sprache, wenn er zum Beispiel über seinen Vater redet. Die Geschichte, die sich ein Großteil des Landes noch immer über die Vereinigten Staaten erzählt, ist die Abraham-Lincoln-Story: In Kentucky in einer armseiligen Blockhütte geboren, an den eigenen Schnürsenkeln aus dem Schmutz gezogen, sich als Autodidakt selbst in Jura unterrichtet, dann eine Karriere als Rechtsanwalt, Abgeordneter, als Präsident. Das ist die alte Story des amerikanischen Traums, aber es gibt noch eine andere Geschichte, und die wird heute sogar von vielen Amerikanern vergessen, deren Vorfahren aus Italien oder Deutschland kamen. Diese Geschichte besagt, dass wir eine Nation von Einwanderern sind, dass es gerade dieser beträchtliche demografische Wandel ist, der Amerika groß und stark macht. Amerika erfindet sich ständig neu.

SPIEGEL: Amerika im Zustand einer ewigen, nicht immer glücklichen Kindheit? Die erste Ausgabe der vor zehn Jahren von Ihnen begründeten Literaturzeitschrift „McSweeney’s“ war den Kindern gewidmet: „Denn sie sind die Zukunft.“

Eggers: Stimmt das denn nicht? Ich finde, es ist aus genau diesem Grund sehr wichtig, über die Kindheit nachzudenken. Ich kann mich an meine sehr gut erinnern, an alles, was toll daran war, aber auch an die



Sehnsuchtsort New York: „Glitzernde Träume“

Dinge, vor denen ich Angst hatte. Ich versuche, Leute immer daran zu erinnern, wie seltsam man als Kind ist, wie stark man sich zum Bizarren und Unsinnigen hingezogen fühlt.

SPIEGEL: Die erste Ausgabe von „McSweeney’s“ wurde, so hieß es auf dem Titel, „in Dunkelheit von beunruhigten Amerikanern“ herausgegeben. Was beunruhigt Sie in der heutigen Dunkelheit Amerikas?

Eggers: Die USA sind zwiespalten: Wir haben einerseits die optimistischsten Leute, die man sich nur vorstellen kann, aber andererseits kennen wir unglaubliche Gewalt, Ungleichheit und Ungerechtigkeit. Wenn es in Amerika erst einmal dunkel wird, dann gleich richtig. Amerika ist ein seltsamer Ort, deshalb ist er für den Rest der Welt so faszinierend. Die glitzerndsten Träume können bei uns den dunkelsten Phantasien entspringen.

SPIEGEL: Verdankt Obama also seinen Erfolg der enormen Unbeliebtheit George W. Bushs?

Eggers: Ja, und der großen Erschöpfung, die wir angesichts des außer Kontrolle ge-

raten republikanischen Dogmas empfinden, und dem Krieg, der Wirtschaftskrise und vielem anderen. Ich glaube auch, dass die Amerikaner bereit sind, den Job wieder einem wirklich intelligenten und neugierigen Menschen zu geben.

SPIEGEL: Ist Amerika jetzt in die „strahlendere Zukunft“ eingetreten, die Sie und die anderen Herausgeber sich im „Future Dictionary of America“ vorstellten, das zur Präsidentschaftswahl 2004 erschien?

Eggers: Ich denke schon. An den meisten Tagen und in den meisten Jahren kriecht die Geschichte nur vor sich hin, aber manchmal macht sie einen Sprung. Ich glaube, wir sind gerade dreißig Jahre oder so in unsere eigene Zukunft gesprungen. Die meisten Leute haben geglaubt, dass die Wahl eines afro-amerikanischen Präsidenten möglich sei, aber noch nicht so bald. Es erforderte einen außergewöhnlichen Menschen in einem außergewöhnlichen Jahr, um das geschehen zu lassen.

SPIEGEL: Was ist für Sie die „Kühnheit der Hoffnung“, von der Obama so gern spricht? Erinnert diese Phrase nicht an die Illusionen, mit denen Valentino in „Weit Gegangen“ in den USA eintrifft?

Eggers: Hoffnung ist notwendig, nur so kann es einen Fortschritt geben – in den USA, aber auch in der Welt generell. Man braucht eine Vision, die man dann mit der Aussicht auf Erfolg und mit harter Arbeit untermauern muss. Auch wenn Valentino Grund zur Desillusionierung hatte, dürfen Sie nicht vergessen, dass er und die anderen Lost Boys in den USA dennoch ein unendlich besseres

Leben führen können als im afrikanischen Flüchtlingslager.

SPIEGEL: Wie geht es Ihrem Helden heute?

Eggers: Valentino hat inzwischen die amerikanische Staatsbürgerschaft erhalten und setzt sich leidenschaftlich für andere Einwanderer ein. Es wäre ein großes Missverständnis anzunehmen, dass er den USA gegenüber in irgendeiner Weise undankbar wäre. Ich glaube, dass uns Barack Obama daran erinnert, dass die Story von einem Amerika, in dem jeder das erreichen kann, was er sich vornimmt, immer noch etwas taugt – egal, woher man stammt. Wir müssen hart daran arbeiten, diese Möglichkeit zu erhalten.

SPIEGEL: Was können Bücher in diesem Zusammenhang leisten?

Eggers: Im Augenblick bin ich der Überzeugung, dass Bücher die einzigartige Kraft besitzen, Verständnis in der Welt zu fördern und den Geist der Leser zu öffnen, um einen wirklichen Wandel in der Welt herbeizuführen. All das, was Valentino und ich uns mit „Weit Gegangen“ vorgenommen haben.

INTERVIEW: THOMAS DAVID

Bestseller

Im Auftrag des SPIEGEL wöchentlich ermittelt vom Fachmagazin „buchreport“; nähere Informationen und Auswahlkriterien finden Sie online unter: www.spiegel.de/bestseller

Belletristik

- 1 (1) **Joanne K. Rowling** Die Märchen von Beedle dem Barden
Carlsen; 12,90 Euro

 - 2 (2) **Carlos Ruiz Zafón** Das Spiel des Engels S. Fischer; 24,95 Euro

 - 3 (5) **Uwe Tellkamp** Der Turm
Suhrkamp; 24,80 Euro

 - 4 (3) **Charlotte Roche** Feuchtgebiete
DuMont Buch; 14,90 Euro

 - 5 (7) **Ken Follett** Die Tore der Welt
Lübbe; 24,95 Euro

 - 6 (6) **Christopher Paolini** Eragon – Die Weisheit des Feuers
cbj; 24,95 Euro

 - 7 (4) **Cornelia Funke** Tintenherz
C. Dressler; 19,90 Euro
- Der erste Teil der Tintenwelt-Trilogie, soeben verfilmt, begeistert Kinder und Erwachsene**


- 8 (9) **Alan Bennett** Die souveräne Leserin Wagenbach; 14,90 Euro

 - 9 (8) **Elizabeth George** Doch die Sünde ist scharlachrot Blanvalet; 24,95 Euro

 - 10 (13) **David Safier** Jesus liebt mich
Kindler; 16,90 Euro

 - 11 (12) **Anna Gavalda** Alles Glück kommt nie Hanser; 24,90 Euro

 - 12 (10) **John le Carré** Marionetten
Ullstein; 22,90 Euro

 - 13 (14) **Cornelia Funke** Tintenblut
C. Dressler; 22,90 Euro

 - 14 (11) **Iny Lorentz** Die Tochter der Wanderhure Knauer; 19,95 Euro

 - 15 (15) **Barbara Wood** Das Perlenmädchen W. Krüger; 19,90 Euro

 - 16 (17) **Cornelia Funke** Tintentod
C. Dressler; 22,90 Euro

 - 17 (16) **Siegfried Lenz** Schweigeminute
Hoffmann und Campe; 15,95 Euro

 - 18 (18) **Paulo Coelho** Brida
Diogenes; 19,90 Euro

 - 19 (19) **Stephenie Meyer** Bis(s) zur Mittagsstunde Carlsen; 19,90 Euro

 - 20 (-) **Noah Gordon** Der Katalane
Blessing; 19,95 Euro

Sachbücher

- 1 (1) **Helmut Schmidt** Außer Dienst
Siedler; 22,95 Euro

 - 2 (2) **Richard D. Precht** Wer bin ich – und wenn ja, wie viele?
Goldmann; 14,95 Euro

 - 3 (4) **Eduard Augustin / Philipp von Keisenberg / Christian Zschke** Ein Mann – Ein Buch
Süddeutsche Zeitung; 19,90 Euro
- Nicht ganz ernst gemeinte Ratschläge für das vermeintlich starke Geschlecht**


- 4 (3) **Hape Kerkeling** Ich bin dann mal weg Malik; 19,90 Euro

 - 5 (5) **Loki Schmidt / Reinhold Beckmann** „Erzähl doch mal von früher“ Hoffmann und Campe; 19,95 Euro

 - 6 (6) **Barack Obama** Ein amerikanischer Traum
Hanser; 24,90 Euro

 - 7 (8) **Roberto Saviano** Gomorrhä
Hanser; 21,50 Euro

 - 8 (9) **Heike Blümner / Jacqueline Thomae** Eine Frau – Ein Buch
Süddeutsche Zeitung; 19,90 Euro

 - 9 (7) **Peter Scholl-Latour** Der Weg in den neuen Kalten Krieg
Propyläen; 24,90 Euro

 - 10 (10) **Michael Winterhoff** Warum unsere Kinder Tyrannen werden
Gütersloher Verlagshaus; 17,95 Euro

 - 11 (11) **Roger Willemsen** Der Knacks
S. Fischer; 18,90 Euro

 - 12 (17) **Hans-Joachim Noack** Helmut Schmidt Rowohlt Berlin; 19,90 Euro

 - 13 (12) **Bushido / Lars Amend** Bushido
Riva; 19,90 Euro

 - 14 (13) **Stefan Klein** Da Vincis Vermächtnis oder Wie Leonardo die Welt neu erfand S. Fischer; 18,90 Euro

 - 15 (16) **Rhonda Byrne** The Secret – Das Geheimnis Goldmann; 16,95 Euro

 - 16 (15) **Dieter Bohlen** Der Bohlenweg
Heyne; 19,95 Euro

 - 17 (14) **Marco Weiss** Marco W. – Meine 247 Tage im türkischen Knast
Hamburger Kinderbuch; 14,95 Euro

 - 18 (-) **Mark Spörrle / Lutz Schumacher** „senk ju vor trävelling“
Herder; 12 Euro

 - 19 (-) **Oliver Kahn** Ich
Riva; 24,90 Euro

 - 20 (18) **Reinhard Marx** Das Kapital – Ein Plädoyer für den Menschen
Pattloch; 19,95 Euro



Klang des Heimwehs

Nahaufnahme: Wie Oscar Fischer in Buenos Aires dafür sorgt, dass das wichtigste Instrument des Tangos nicht verstummt

Fast 14 Stunden ist er mit dem Bus nach Buenos Aires unterwegs gewesen, jetzt sitzt er mit bleichem Gesicht hier in der Casa del Bandoneón. Die schwarzen Haare hängen Ezequiel Acosta in Strähnen ins Gesicht, seine Augen liegen tief in den Höhlen. Argwöhnisch sieht der junge Tangomusiker in der Instrumentenwerkstatt zu, wie Oscar Fischer sein Bandoneon auf die Werkbank hebt und den Schraubenzieher ansetzt.

Acosta, 20, hat dem Instrumentenbauer einen kostbaren Schatz mitgebracht, nach dem er lange suchen musste. Zuerst streute er die Nachricht unter Freunden, Verwandten und Kollegen in seiner Heimatstadt Mendoza: Er suche ein guterhaltenes, preiswertes Bandoneon. Niemand meldete sich. Also durchforstete er das Internet, klapperte die Dörfer ab, schaltete Anzeigen in Buenos Aires und sogar im nahen Chile. Die Suche blieb erfolglos, Acosta musste sich mit einem geliehenen Instrument behelfen.

Er hatte die Hoffnung bereits aufgegeben, da gab ihm nach einem Jahr ein Bekannter einen Tipp: Ein Geschäft in Mendoza habe ein Bandoneon hereinbekommen. Acosta sah sich das Instrument an: Es war Baujahr 1955, der Lack war zerkratzt, einige Tasten hakten, es klang verstimmt. 2200 Pesos, rund 500 Euro, sollte das gute Stück kosten, viel Geld für einen Nachwuchsmusiker. Dennoch schlug er zu: „Sonst wäre ich nie zu einem eigenen Bandoneon gekommen.“

Und nun sitzt er in der Werkstatt im Bohemenviertel San Telmo und wartet. Bei Fischer, das weiß Acosta eigentlich, ist sein Bandoneon in besten Händen. Der Deutschstämmige mit dem Pferdeschwanz ist einer von drei Instrumentenbauern in Argentinien, die Bandoneons stimmen und reparieren können.

Oft kommen ausländische Touristen vorbei, die bei ihm ein Bandoneon als Souvenir erstehen wollen. Aber Fischer, 40, verkauft Instrumente nur an Musiker. Besuchern drückt er ein Flugblatt in die Hand: „Liebe Touristen, unsere Bandoneons sind vom Aussterben bedroht. Kommen Sie wieder und tanzen Sie Tango, aber lassen Sie unsere Instrumente im Land.“ Seine Sorge ist berechtigt: Touristen und Samm-

ler aus Europa, den USA und Japan haben in den vergangenen Jahren Hunderte der traditionellen Tango-Instrumente abgeschleppt. Am begehrtesten ist das Modell „AA“, benannt nach der deutschen Bandoneonfabrik Alfred Arnold in Carlsfeld im Erzgebirge. Das seltene Jugendstil-Exemplar mit Perlmuttereinlagen erzielt Höchstpreise bei Sammlern. Die Abwertung des argentinischen Peso hat dazu geführt, dass guterhaltene AA-Exemplare schon für 3000 Dollar zu bekommen sind – halb so viel, wie ein neues Instrument in Europa kostet. Jetzt werden im Land des Tangos die Bandoneons knapp.



Ladenschild (o.), Bandoneon-Experte Fischer: „Mafia am Werk“

Gewiefte Instrumentenscouts ziehen durchs Land und kaufen den Markt leer. „Da ist eine Mafia am Werk“, klagt Fischer. Auch geschäftstüchtige Musiker tragen zum Instrumentenschwund bei. Sie gehen oft mit mehreren Bandoneons auf Tournee nach Europa, die überzähligen Exemplare verscherbeln sie an Sammler. Nachschub bleibt aus, denn Argentinien ist zwar die Heimat des Tangos, aber sein wichtigstes Instrument wurde hier nie hergestellt. Die meisten Bandoneons stammen aus Deutschland.

Benannt ist das Instrument nach seinem Erfinder, dem Musiklehrer Heinrich Band aus Krefeld. Im 19. Jahrhundert diente es als tragbare Orgel bei kirchlichen Prozessionen, später entdeckten Volksmusiker das Bandoneon als Stimmungsmacher für Polkas und Ländler.

Deutsche Auswanderer brachten die ersten Instrumente Anfang des 20. Jahrhunderts an den Rio de la Plata. In den Ka-

schemmen und Bordellen des Hafenviertels von Buenos Aires, wo vereinsamte Einwanderer aus Italien und Spanien ihr Heimweh im Schnaps ertränkten, entstanden die ersten Tangos. Bei der Oberschicht war die Musik dagegen verpönt.

Experten schätzen, dass es heute höchstens noch 20 000 Bandoneons gibt. Die reichen nicht aus, denn der weltweite Tango-Boom hat die Nachfrage angeheizt, vor allem nach den begehrten AA.

„Die Instrumente aus der Hand von Alfred Arnold und seinen Söhnen haben einen unverwechselbaren Klang“, schwärmt Fischer. Jedes Instrument wurde in Handarbeit gefertigt. Mit seinen 71 Tasten lassen sich 142 Töne erzeugen. Im Jahr 1948 wurde die Fabrik Alfred Arnold enteignet, die DDR stellte den Instrumentenbau ein. Arno Arnold, ein Neffe des Gründers, baute im Rhein-Main-Gebiet einige Jahre lang Bandoneons, aber an die Qualität der legendären Doppel-A reichen sie nicht heran.

Das Instrument von Ezequiel Acosta, dem jungen Musiker aus Mendoza, ist so ein Nachkriegsexemplar. Oscar Fischer öffnet das Gehäuse und streicht über den Kamm, eine Leiste aus Metallzungen, die den typischen Bandoneonsound erzeugen. Er ist aus Aluminium, nicht aus Zink, wie bei den AA, dieses Bandoneon klingt daher nicht so voll wie die Original-Arnolds.

Fischer schraubt das Instrument wieder zu und winkt Acosta heran. „Einige Zungen sind beschädigt, mehrere Tasten müssen ersetzt werden“, erklärt er dem stolzen Besitzer. „Drei Monate brauche ich, dann kannst du es abholen.“

Acosta kann seine Enttäuschung kaum verbergen. Er hat in den kommenden Wochen mehrere Auftritte geplant, sein Ensemble Altertango steht am Beginn einer vielversprechenden Karriere. Ob Fischer nicht das Bandoneon per Kurier nach Mendoza schicken könne, wenn es fertig sei? Ihm graut vor der langen Busfahrt.

Aber Fischer schaut ihn nur streng an: „Du willst doch dein Bandoneon wohlbehalten zurückbekommen? Ich verschicke keine Instrumente, die werden unterwegs gestohlen.“

JENS GLÜSING

Impressum

Brandstwierte 19, 20457 Hamburg, Telefon (040) 3007-0 · Fax -2246 (Verlag), -2247 (Redaktion)

E-Mail spiegel@spiegel.de · **SPIEGEL ONLINE** www.spiegel.de

HERAUSGEBER Rudolf Augstein (1923 – 2002)

CHEFREDAKTEURE Georg Mascolo, Mathias Müller von Blumencron (v. i. S. d. P.)

STELLV. CHEFREDAKTEUR Dr. Martin Doerry

DEUTSCHE POLITIK Leitung: Hans-Ulrich Stoldt, Rafaela von Bredow (stellv.). Redaktion: Georg Bönisch, Katrin Elger, Jan Friedmann, Carsten Holm (Hausmitteilung), Ulrich Jaeger, Bernd Kühnl, Merlind Theile. Autoren, Reporter: Henryk M. Broder, Dr. Thomas Darnstädt, Dr. Klaus Wiegrefe

HAUPTSTADTBÜRO Leitung: Dirk Kurbjuweit, Markus Feldenkirchen (stellv.), Michael Sauga (stellv.). Redaktion Politik: Ralf Beste, Petra Bornhöft, Kerstin Kullmann, Roland Nelles, Ralf Neukirch, René Pfister, Christian Schwägerl, Alexander Szandar. Autoren, Reporter: Jan Fleischhauer, Christoph Schwenicke. Redaktion Wirtschaft: Markus Dettmer, Alexander Neubacher, Christian Reiermann, Wolfgang Johannes Reuter, Thomas Schulz

DEUTSCHLAND Leitung: Konstantin von Hammerstein, Alfred Weinzierl. Redaktion: Ulrike Demmer, Michael Fröhlingendorf, Per Hinrichs, Guido Kleinhubbert, Sebastian Knauer, Gunther Latsch, Udo Ludwig, Andreas Ulrich, Dr. Markus Verbeet. Autoren, Reporter: Jochen Bölsche, Jürgen Dahlkamp, Gisela Friedrichsen, Bruno Schrep

BERLINER BÜRO Leitung: Stefan Berg (stellv.), Holger Stark (stellv.). Redaktion: Markus Degegerich, John Goetz, Wiebke Hollersen, Irina Repke, Sven Röbel, Marcel Rosenbach, Caroline Schmidt, Michael Sontheimer, Andreas Wassermann, Peter Wensierski

WIRTSCHAFT Leitung: Armin Mahler, Thomas Tuma. Redaktion: Beat Balzi, Julia Bonstein, Markus Braubeck, Isabell Hülsen, Alexander Jung, Klaus-Peter Kerbusch, Nils Klawitter, Jörg Schmitt, Janko Tietz. Autoren, Reporter: Dietmar Hawranek, Michaela Schiefl

AUSLAND Leitung: Hans Hoyng, Dr. Gerhard Spörl, Dr. Christian Neef (stellv.). Redaktion: Dieter Bednarz, Manfred Ertel, Rüdiger Falksohn, Annette Großbögardt, Joachim Holzgen, Juliane von Mittelstaedt, Jan Puhl, Mathieu von Rohr, Britta Sandberg, Sandra Schulz, Helene Zuber. Reporter: Clemens Höges, Marc Hujer, Susanne Koelbl, Walter Mayr

Diplomatischer Korrespondent: Dr. Erich Follath

WISSENSCHAFT UND TECHNIK Leitung: Johann Golze, Olaf Stampf. Redaktion: Dr. Philip Bethge, Manfred Dworschak, Marco Evers, Dr. Veronika Hackenbroch, Julia Koch, Beate Lakotta, Hilmar Schmundt, Matthias Schulz, Samiha Shafy, Frank Thadeusz, Katja Thimm, Gerald Trautetter, Christian Wüst

KULTUR Leitung: Dr. Roman Leick, Dr. Susanne Weingarten. Redaktion: Verena Araghi, Lars-Olav Beier, Susanne Beyer, Ariane von Dewitz, Nikolaus von Festenberg, Doja Hacker, Dr. Volker Hage, Ulrike Knöfel, Dr. Joachim Kronsbien, Philipp Oehmke, Elke Schmitter, Martin Wolf. Autoren: Wolfgang Höbel, Urs Jeny, Matthias Matussek, Dr. Mathias Schreiber

KulturSPIEGEL: Marianne Wellershoff (verantwortlich). Tobias Becker, Anke Dürr, Daniel Sander, Claudia Voigt

GESELLSCHAFT Leitung: Matthias Geyer, Cordt Schnibben. Redaktion: Fiona Ehlers, Hauke Goos, Barbara Hardinghaus, Ralf Hoppe, Ansbert Kneip. Reporter: Uwe Buse, Ulrich Fichtner, Jochen-Martin Gutsch, Alexander Osang, Barbara Supp

SPORT Leitung: Lothar Gorriss. Redaktion: Cathrin Gilbert, Maik Großekathöfer, Detlef Hacke, Jörg Kramer, Gerhard Pfeil, Michael Wulzinger

SONDERTHEMEN Leitung: Dietmar Pieper, Norbert F. Pötzl (stellv.). Redaktion: Karen Andresen, Annette Bruhns, Angela Gatterburg, Joachim Mohr, Bettina Mussal, Dr. Johannes Saltzweid, Dr. Rainer Traub. Autor: Stephan Burgdorff

PERSONALIEN Katharina Stegelmann; Petra Kleinau

CHEF VOM DIENST Thomas Schäfer, Katharina Lüken (stellv.), Holger Wolters (stellv.)

SCHLUSSREDAKTION Gesine Block, Regine Brandt, Reinhold Bussmann, Lutz Diederichs, Bianca Hunekuhl, Anke Jensen, Maika Kunze, Stefan Moos, Reimer Nagel, Dr. Karen Ortiz, Manfred Petersen, Antje Poeschmann, Fred Schlotterbeck, Tapio Sirkka, Ulrike Wallenfels
Sonderhefte: Karl-Heinz Körner

BILDREDAKTION Michael Rabanus (verantwortlich für Innere Heftgestaltung), Claudia Jeczawitz, Matthias Krug, Claus-Dietrich Schmidt, Anke Wellnitz, Sabine Dötting, Torsten Feldstein, Thorsten Gerke, Andrea Huss, Antje Klein, Elisabeth Kolb, Peer Peters, Sabine Sauer, Karin Weinberg. E-Mail: bildred@spiegel.de

SPIEGEL Foto USA: Susan Wirth, Tel. (00121) 2075948

GRAFIK Martin Brinker, Johannes Unselst (stellv.); Cornelia Baumermann, Ludger Bollen, Thomas Hammer, Gernot Matzke, Cornelia Pfauter, Julia Saur, Michael Walter

LAYOUT Wolfgang Busching, Ralf Geilhufer, Reinhilde Wurst; Michael Abke, Christel Basillon, Katrin Bollmann, Claudia Franke, Bettina Fuhrmann, Petra Gronau, Kristian Heuer, Jens Kuppi, Sebastian Rauff, Barbara Rüdiger, Martina Treumann, Doris Wilhelm
Sonderhefte: Rainer Sennewald

PRODUKTION Christiane Stauder, Petra Thormann

TITELBILD Stefan Kiefer; Constanze von Kitzing, Iris Kuhlmann, Gershon Schwalbenberg, Arne Vogt

REDAKTIONSVERTRETUNGEN DEUTSCHLAND

BERLIN Pariser Platz 4a, 10117 Berlin; Deutsche Politik, Wirtschaft Tel. (030) 886688-100, Fax 886688-111; Deutschland, Wissenschaft, Kultur, Gesellschaft Tel. (030) 886688-200, Fax 886688-222

DRESDEN Steffen Winter, Wallgäßen 4, 01097 Dresden, Tel. (0351) 26620-0, Fax 26620-20

DÜSSELDORF Andrea Brandt, Frank Dohmen, Barbara Schmid-Schalenbach, Carlsplatz 14/15, 40213 Düsseldorf, Tel. (0211) 86679-01, Fax 86679-11

FRANKFURT AM MAIN Matthias Bartsch, Simone Kaiser, Christoph Pauly, Oberlindau 80, 60323 Frankfurt am Main, Tel. (069) 9712680, Fax 97126820

KARLSRUHE Dietmar Hipp, Waldstraße 36, 76133 Karlsruhe, Tel. (0721) 22737, Fax 9204449

MÜNCHEN Dinah Deckstein, Conny Neumann, Rosental 10, 80331 München, Tel. (089) 4545950, Fax 45459525

STUTTGART Eberhard Straße 73, 70173 Stuttgart, Tel. (0711) 664749-20, Fax 664749-22

REDAKTIONSVERTRETUNGEN AUSLAND

BANGKOK Thilo Thielke, House No. 170B, Sukhumvit 23, Wattana, Bangkok 10110

BELGRAD Renate Flottau, Crnotravska 11 z, 11040 Belgrad, Tel. (0038111) 3984632, Fax 3984560

BOSTON Jörg Blech, 1955 Massachusetts Avenue 16, Cambridge, MA 02140, Tel. (001617) 3541086, Fax 4921913

BRÜSSEL Hans-Jürgen Schlamp, Bd. Charlemagne 45, 1000 Brüssel, Tel. (00322) 2306108, Fax 2311436

DUBAI Bernhard Zand, P.O. Box 213380, Dubai, Vereinigte Arabische Emirate, Tel. (009714) 3443605, Fax 3448089

ISTANBUL Daniel Steinwörter, PK 90 Beyoglu, 34431 Istanbul, Tel. (0090212) 2432080, Fax 2432079

JERUSALEM Christoph Schult, P.O. Box 9369, Jerusalem 91093, Tel. (00972) 2644794, Fax 26447501

KAIRO Volkhard Windfuhr, 18, Shari' Al Fawakih, Muhandisin, Kairo, Tel. (00202) 37604944, Fax 37607655

LONDON Thomas Huetlin, 5 Hillgate Street, London W8 7SP, Tel. (0044207) 2430889, Fax 2430899

MADRID Aparato Postal Número 100 64, 28080 Madrid, Tel. (003491) 3910575, Fax 3192968

MOSKAU Uwe Klufmann, Matthias Schopp, Ul. Bol. Dmitrowka 7/5, Haus 2, 125009 Moskau, Tel. (007495) 96020-95, Fax 96020-97

NAIROBI Horand Knaup, P.O. Box 1402-00621, Nairobi, Tel. + Fax (00254) 207123387

NEW DELHI Padma Rao, 101, Golf Links, New Delhi 110003, Tel. (009111) 24652118, Fax 24652739

NEW YORK Klaus Brinkbäumer, Frank Hornig, 10 E 40th Street, Suite 3400, New York, NY 10016, Tel. (001212) 2217583, Fax 3026258

PARIS Dr. Stefan Simons, 12, Rue de Castiglione, 75001 Paris, Tel. (00331) 58625120, Fax 42960822

PEKING Andreas Lorenz, Sanlitun Dongsanjie Gongyu 2-1-31, Peking 100 600, Tel. (008610) 65323541, Fax 65325453

PRAG Jilská 8, 11000 Prag, Tel. + Fax (00420) 2-24220138, 2-24221524

RIO DE JANEIRO Jens Glüsing, Caixa Postal 56071, AC Urca, 22290-970 Rio de Janeiro-RJ, Tel. (00521) 2275-1204, Fax 2543-9011

ROM Alexander Smolczyky, Largo Chigi 9, 00187 Rom, Tel. (003906) 6797522, Fax 6797768

SHANGHAI Dr. Wieland Wagner, Grosvenor House 8 E/F, Jinjiang Hotel, 59 Maoming Rd. (S), Shanghai 200020, Tel. (008621) 54652020, Fax 54653311

SINGAPUR Jürgen Kremb, Bureau Southeast Asia / Pacific, 5 Hume Avenue # 0404, Hume Park 1, 598720 Singapur, Tel. (0065) 81271040

WARSAU P.O. Box 31, ul. Waszyngtona 26, PL- 03-912 Warschau, Tel. (004822) 6179295, Fax 6179365

WASHINGTON Cordula Meyer, Gabor Steingart, 1202 National Press Building, Washington, D.C. 20045, Tel. (001202) 3475222, Fax 3473194

WIEN Marion Kraske, Herrengasse 6-8/81, 1010 Wien, Tel. (00431) 5331732, Fax 5331732-10

DOKUMENTATION Dr. Hauke Janssen, Axel Pult (stellv.), Peter Wahle (stellv.); Jörg-Hinrich Ahrens, Dr. Anja Bednarz, Ulrich Booms, Dr. Helmut Bott, Viola Broecker, Dr. Heiko Buschke, Heinz Egleder, Johannes Eltzschig, Johannes Erasmus, Klaus Falkenberg, Cordelia Freiwald, Anne-Sophie Fröhlich, Dr. André Geicke, Silke Geister, Catrin Hammy, Thorsten Hapke, Susanne Heitker, Carsten Hellberg, Stephanie Hoffmann, Bertolt Hunger, Joachim Immisch, Marie-Odile Jonot-Langheim, Michael Jürgens, Renate Kemper-Guseck, Jan Kerbusch, Ulrich Klötzer, Anna Kovach, Sonny Krauspe, Peter Kühn, Peter Lakemeier, Dr. Walter Lehmann, Michael Lindner, Dr. Petra Ludwig-Sidow, Rainer Lübbert, Nadine Markwald, Dr. Andreas Meyhoff, Gerhard Minich, Cornelia Moormann, Tobias Mulot, Bernd MUSA, Nicola Naber, Werner Nielsen, Margret Nitsche, Sandra Öfner, Thorsten Oltmer, Andreas M. Peets, Thomas Riedel, Andrea Sauerbier, Maximilian Schäfer, Marko Scharlow, Rolf G. Schierhorn, Mirjam Schlossarek, Dr. Regina Schlüter-Ahrens, Mario Schmidt, Andrea Schumann-Eckert, Ulla Siegenthaler, Rainer Staudhammer, Dr. Claudia Stodte, Stefan Storz, Rainer Szym, Dr. Eckart Teichert, Nina Ulrich, Hans-Jürgen Vogt, Carsten Volgt, Ursula Wamser, Peter Wetter, Kirsten Wiedner, Andrea Wilkens, Holger Wilkop, Karl-Henning Windelbandt, Anika Zeller

LESER-SERVICE Catherine Stockinger

NACHRICHTENDIENSTE AFP, AP, dpa, Los Angeles Times / Washington Post, New York Times, Reuters, sid

SPIEGEL-VERLAG RUDOLF AUGSTEIN GMBH & CO. KG

Verantwortlich für Anzeigen: Norbert Facklam

Gültige Anzeigenpreisliste Nr. 63 vom 1. Januar 2009

Mediaunterlagen und Tarife: Tel. (040) 3007-2540

Commerzbank AG Hamburg, Konto-Nr. 6181986, BLZ 200 400 00

Verantwortlich für Vertrieb: Thomas Hass

Druck: Prinovis, Dresden

Prinovis, Itzehoe

Prinovis, Nürnberg

VERLAGSLEITUNG Fried von Bismarck, Christian Schlottau, Matthias Schmolz

GESCHÄFTSFÜHRUNG Ove Saffe

Service

Leserbriefe

SPIEGEL-Verlag, Brandstwierte 19, 20457 Hamburg

Fax: (040) 3007-2966 E-Mail: leserbriefe@spiegel.de

Fragen zu SPIEGEL-Artikeln / Recherche

Telefon: (040) 3007-2687 Fax: (040) 3007-2966

E-Mail: artikel@spiegel.de

Nachdruckgenehmigungen für Texte und Grafiken:

Nachdruck und Angebot in Lesezirkeln nur mit schriftlicher Genehmigung des Verlags. Das gilt auch für die Aufnahme in elektronische Datenbanken und Mailboxen sowie für Vervielfältigungen auf CD-Rom.

Deutschland, Österreich, Schweiz:

Telefon: (040) 3007-2869 Fax: (040) 3007-2966

E-Mail: nachdrucke@spiegel.de

übriges Ausland:

New York Times Syndication Sales, Paris

Telefon: (00331) 53057650 Fax: (00331) 47421711

für Fotos:

Telefon: (040) 3007-2869 Fax: (040) 3007-2966

E-Mail: nachdrucke@spiegel.de

SPIEGEL-Shop

SPIEGEL-Bücher, SPIEGEL-TV-DVDs, Titelillustrationen als Kunstdruck und eine große Auswahl an weiteren Büchern, CDs, DVDs und Hörbüchern unter www.spiegel.de/shop

Abonnenten zahlen keine Versandkosten.

SPIEGEL-Einzelhefte (bis drei Jahre zurückliegend)

Telefon: (040) 3007-2948 Fax: (040) 3007-857050

E-Mail: nachbestellung@spiegel.de

Ältere SPIEGEL-Ausgaben

Telefon: (08106) 6604 Fax: (08106) 34196

E-Mail: spodats@t-online.de

Abonnenten-Service

Persönlich erreichbar Mo. – Fr. 8.00 – 20.00 Uhr, Sa. 10.00 – 18.00 Uhr

SPIEGEL-Verlag, Abonnenten-Service, 20637 Hamburg

Umzug/Urlaub: 01801 / 22 11 33 (3,9 Cent/Min.)

Fax: (040) 3007-857003

Zustellung: 01801 / 66 11 66 (3,9 Cent/Min.)

Fax: (040) 3007-857006

Service allgemein: (040) 3007-2700

Fax: (040) 3007-3070

E-Mail: aboservice@spiegel.de

Kunden-Service Schweiz

Telefon: (0049) 40-3007-2700 Fax: (0049) 40-3007-3070

E-Mail: kundenservice-schweiz@spiegel.de

Abonnement für Blinde

Audio Version, Deutsche Blindenstudienanstalt e. V.

Telefon: (06421) 606265 Fax: (06421) 606259

E-Mail: info@blista.de

Elektronische Version, Stiftung Blindenanstalt Frankfurt am Main

Telefon: (069) 955124-15 Fax: (069) 5976296

E-Mail: m-kirchner@t-online.de

Abonnementspreise

Inland: zwölf Monate € 182,00

Sonntagszustellung per Eilboten Inland: € 702,00

Studenten Inland: 52 Ausgaben € 137,80 inkl. 6-mal UniSPIEGEL

Schweiz: zwölf Monate sfr 338,00

Europa: zwölf Monate € 236,60

Außerhalb Europas: zwölf Monate € 314,60

SPIEGEL DIGITAL inkl. E-Paper: zwölf Monate € 192,40

Halbjahresaufträge und befristete Abonnements werden anteilig berechnet.

Abonnementsbestellung

bitte ausschneiden und im Briefumschlag senden an SPIEGEL-Verlag, Abonnenten-Service, 20637 Hamburg – oder per Fax: (040) 3007-3070.

Ich bestelle den SPIEGEL

für € 3,50 pro Ausgabe (Normallieferung)

für € 13,50 pro Ausgabe (Eilbotenzustellung am Sonntag) mit dem Recht, jederzeit zum Monatsende zu kündigen.

Das Geld für bezahlte, aber noch nicht gelieferte Hefte bekomme ich zurück.

Bitte liefern Sie den SPIEGEL an:

Name, Vorname des neuen Abonnenten _____

Straße, Hausnummer oder Postfach _____

PLZ, Ort _____

Ich zahle bequem und bargeldlos per Bankeinzug (1/4-jährlich)

Bankleitzahl _____ Konto-Nr. _____

Geldinstitut _____

nach Erhalt der Jahresrechnung. Ein Widerrufsrecht besteht nicht.

Datum, Unterschrift des neuen Abonnenten _____ SP09-001-WT127

DER SPIEGEL (USPS No. 0154520) is published weekly by SPIEGEL VERLAG. Subscription price for USA is \$340 per annum.

K.O.P.: German Language Pub., 153 S Dean St, Englewood, NJ 07631.

Periodicals postage is paid at Englewood, NJ 07631, and additional mailing offices. Postmaster:

Send address changes to: DER SPIEGEL, GLP, PO Box 9868, Englewood, NJ 07631.



DAVID PAUL MORRIS / GETTY IMAGES

TV-Wand auf der Consumer Electronics Show in Las Vegas: Neue Trends gegen die Krise

NETZWELT | Showtime

Krisenzeit ist Innovationszeit. Die Hightech-Branche präsentiert auf der Macworld und der CES ihre neusten Produkte. SPIEGEL-ONLINE-Reporter berichten aus San Francisco und Las Vegas über die spannendsten Techniktrends.

POLITIK | Milliardenpoker

Das zweite Konjunkturpaket stellt die Große Koalition vor die erste Zerreißprobe des Jahres. SPIEGEL ONLINE analysiert, welche Partei sich durchsetzt.

WIRTSCHAFT | Frauen-Power

Männer in Führungspositionen der Bank-Giganten haben die Finanzkrise zu verantworten. Im SPIEGEL-ONLINE-Interview erklärt eine Unternehmensberaterin, warum Topmanagerinnen ein derartiges Debakel verhindert hätten.

WISSENSCHAFT | Rechnung mit vielen Unbekannten

Wann kommt das stärkste Erdbeben des Jahres? Nehmen Wetterextreme zu? Seit 50 Jahren analysieren Mathematiker Rekorde. SPIEGEL ONLINE erklärt, welche verblüffenden Zusammenhänge sie entdeckt haben.

EINESTAGES | Dralle Blondinen – barocke Limousinen

In den fünfziger Jahren strahlten Stars noch mit ihren Autos freimütig um die Wette. Ein Bildband huldigt dieser Zeit – einestages zeigt die besten Fotos.

AUTO | Von wegen Männersache

Die Amerikanerin Barbara Atwood war die wichtigste Autosammlerin der Welt. Nun kommt ihre beeindruckende Sammlung unter den Hammer.



SPIEGEL-TITEL | Zeitenwende

Das Obama-Jahr hat begonnen. In Washington laufen die Planungen für die Feiern zur Amtseinführung des US-Präsidenten auf vollen Touren. SPIEGEL ONLINE beschreibt, wie sich Amerika auf den Machtwechsel vorbereitet.

www.spiegel.de – Schneller wissen, was wichtig ist.

DIENSTAG, 6. 1., 23.10 – 0.05 UHR | VOX

SPIEGEL TV EXTRA

Auf der Reeperbahn nachts um 11 – Ein Supermarkt in Hamburg-St. Pauli, Teil 1

Mehr als 7000 Kunden kaufen jedes Wochenende in dem Markt der Rewe-Gruppe ein. Neben Lebensmitteln wird hier vor allem Alkohol verkauft. SPIEGEL TV begegnete Hafenarbeitern und Kiez-Schlägern, Überlebenskünstlern und Schnäppchenjägern.

FREITAG, 9. 1., 22.15 – 0.20 UHR | VOX

SPIEGEL TV THEMA

Gegen die innere Uhr – Nachtschicht in Deutschland

Wenn der Tag zu Ende geht, beginnt ihre Arbeit: Deutschlands Nachtarbeiter.



SPIEGEL TV

Nachtarbeiter in einem Stahlwerk

SAMSTAG, 10. 1., 22.40 – 0.40 UHR | VOX

SPIEGEL TV SPECIAL

Hitler und die Traumfabrik – Wie Hollywood über den Diktator lachte

Lange hatte sich die „Traumfabrik“ gestraubt, Hitler und seine Verbrechen in Spielfilmen zu thematisieren. Doch kein Geringerer als Charlie Chaplin gab den Führer in seinem Werk „Der große Diktator“ der Lächerlichkeit preis. SPIEGEL TV über Hollywood und Hitler – wie sich Amerika über den Diktator lustig machte.

SONNTAG, 11. 1., 23.05 – 23.55 UHR | RTL

SPIEGEL TV MAGAZIN

Virtueller Flirt mit Todesfolge – Prozessauftakt gegen Internet-Mörder; **Morgens Kindergärtnerin, nachmittags Kassiererin** – wenn ein Job nicht mehr ausreicht; **60 Jahre BRD** – ein Land feiert Geburtstag.



IMAGO STOCK & PEOPLE

Bundeswehr-Musikkorps vor dem Reichstag

GESTORBEN

Johannes Mario Simmel, 84. Gut zwei Dutzend Romane hat er geschrieben, weit über 70 Millionen Exemplare davon wurden weltweit verkauft. Identifiziert aber hat man ihn über Jahrzehnte hinweg immer wieder mit einem Werk, das den fast schon sprichwörtlichen Titel trägt: „Es muß nicht immer Kaviar sein“ (1960).

Simmel hatte schon mehrere Bücher geschrieben, die gute Kritiken erhalten, aber sich mäßig verkauft hatten, als ihm auf einer Reise in die USA der Stoff für seinen ersten großen Erfolg zugetragen wurde – für jenen Roman, der zunächst von einer Illustrierten in Fortsetzungen gedruckt wurde und ihn dann weltberühmt machte.

Der Held, der Geheimagent (wider Willen) Thomas Lieven, ist ein begabter Koch, und Simmel bestand darauf, dass die Rezepte mit abgedruckt wurden. Ein Redaktionskollege wollte ihm das mit den Worten ausreden: „Denk doch mal an unsere Leser, die können sich nicht jede Woche Kaviar kaufen!“ Ein anderer Kollege rief: „Du Trottel, halt’s Maul, es muss nicht immer Kaviar sein.“ Der erhielt von Simmel, so hat er es immer wieder gern erzählt, 20 Mark, weil er ihn damit auf die Titelidee gebracht hatte.

Die Eltern – der Vater war Chemiker, die Mutter Lektorin – stammen beide aus Hamburg, geboren wurde der Sohn in

Wien. Dort machte Simmel auch Abitur und ließ sich zum Chemie-Ingenieur ausbilden. Den Krieg überlebte er als Chemiker in einer als „kriegswichtig“ eingestuftem Firma. Erst danach wurde er Journalist und Schriftsteller.

Viele aus der zum Teil jüdischen Familie überlebten den Nazi-Terror nicht – auch das für Simmel zeitlebens ein Antrieb, sich



GAETAN BALLY / KEystone ZÜRICH / DPA

vehement gegen alle Bestrebungen besonders in Österreich zu stemmen, die nationalsozialistische Vergangenheit zu verklären. Bisweilen verzweifelte er. Die Lernfähigkeit der Menschen schätzte er nicht besonders hoch ein.

Auch seine Bestseller-Romane, die von der Literaturkritik, wenn überhaupt, mit spitzen Fingern angefasst wurden, waren von gesellschaftspolitischen Themen bestimmt, warnten vor Genmanipulation oder –

schon 1990 – der Klimakatastrophe, was ihm den Tadel „Panikmacher“ eintrug. In einem seiner letzten Interviews in der „Park Avenue“ sagte er dazu: „Und jetzt stecken wir mittendrin im Schlamassel.“

Erst spät, mit seinem Roman „Doch mit den Clowns kamen die Tränen“ (1987), fand er wohlwillendere Kritiker, was ihn freute, aber nach so viel Hohn auch irritierte. Die treue Leserschaft war ihm stets eine bessere Stütze.

Das Leben, hat er einmal gesagt, sei „ein miserabler Geschichtenerzähler und versaut jede Pointe“. Dann aber ist er sich ins Wort gefallen: Es gebe nichts Erregenderes als die Geschichten aus dem Leben. „Ich weiß, wovon ich spreche, meine Bücher beruhen zum größten Teil auf wahren Begebenheiten.“

Seine privaten Tagebücher bleiben für 50 Jahre unter Verschluss. Einige allerdings hat er in einer kalten Winternacht von einer Brücke in den Inn geworfen – um keine Spuren zu hinterlassen, bevor er sich („verzweifelt zwischen zwei Frauen“) umbringen wollte. Was ihm dann nicht gelang.

Hoffnungen auf das Jenseits hegte er ohnehin nie. „Ich will nicht in den Himmel, in die Hölle, ins Fegefeuer, ich will einfach nur weg sein“, hat er im Sommer 2007 gesagt. „Ein Leben reicht mir.“

Von 1983 an wohnte Johannes Mario Simmel in der Schweiz. In Luzern ist er am 1. Januar gestorben.

Samuel Huntington, 81. Seine These vom „Kampf der Kulturen“ machte ihn über die Grenzen der Wissenschaft hinaus so berühmt wie umstritten. Nach dem Ende des Kalten Kriegs entwickelte der Politikprofessor aus Harvard 1993 in „Foreign



OUCOM / ACTION PRESS

Affairs“ die Idee, dass neue Konflikte in Zukunft nicht mehr zwischen Nationalstaaten verschiedener Ideologien entstünden, sondern durch Religion und unterschiedliche kulturelle Identitäten: Ein „Clash of Civilizations“ sei unvermeidlich.

Huntington fühlte sich herausgefordert, als sein ehemaliger akademischer Zögling Francis Fukuyama nach dem Sieg marktwirtschaftlicher Demokratien das „Ende der Geschichte“ ausgerufen hatte. Huntingtons Kritiker warfen ihm allerdings vor, er schüre die Konflikte erst und übersehe die Unterschiede innerhalb der Kulturen. Der streitbare Huntington galt als außenpolitischer Falke, aber er sprach sich gegen den Irak-Krieg aus, konnte den Neokonservativen unter George W. Bush

nichts abgewinnen und hielt der Demokratischen Partei zeitlebens die Treue. Samuel Huntington starb am 24. Dezember auf der Insel Martha’s Vineyard, Massachusetts.

Rudi Michel, 87. Der schwierigste Moment seiner Karriere als Sportreporter sei der Augenblick nach dem „Wembley-Tor“ der Engländer gegen Deutschland gewesen, im Finale der Fußball-WM 1966 in London: „Mache ich die Nation verrückt und hetze sie auf? Oder verweise ich auf die Haltung unserer Mannschaft?“ Obwohl die Niederlage für den Pfälzer nur „schwer zu ertragen“ war, tat er Letzteres. Stets gehörten Zurückhaltung und Sachlichkeit zu den Tugenden des Radio- und TV-Journalisten, der fünf WM-Endspiele



PUBLIC ADDRESS

kommentierte und fast 40 Jahre für den Südwestfunk arbeitete. 1962 stieg Michel zum Sportchef des SWF auf, was er bis 1988 blieb. Er nannte sich selbst den „Niederlagensprecher“, weil die deutsche Nationalelf

häufig unterlag, wenn er ihre Spiele kommentierte. Rudi Michel starb am 29. Dezember in Baden-Baden.

Freddie Hubbard, 70. Man konnte ihm seine Berufung förmlich an den Lippen ablesen. Wer immer Hubbard sah, erkannte stets den Abdruck des Trompeten-Mundstücks. Er war ein dermaßen unermüdlicher Spieler, dass er sich sogar mehrfach

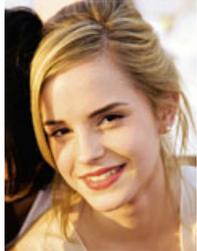


JUAN FERRERAS / DPA

die Lippen verletzte. Mögen Miles Davis und Dizzy Gillespie die berühmteren Jazztrompeter gewesen sein, Hubbard war der unpräziosere und stilistisch oft der größere Köhner. Der Sound war kraftvoll, die Soli ideenreich, die Über-

blastechnik einzigartig. Bis in die siebziger Jahre bereicherte sein Klang Dutzende Alben berühmter Kollegen. Seine eigenen, beim Label Blue Note aufgenommenen Platten gelten als Meilensteine und sind Inspiration für folgende Generationen. Freddie Hubbard starb am 29. Dezember an einem Herzinfarkt in Los Angeles.

Emma Watson, 18, als Hermine in den „Harry Potter“-Filmen weltberühmt gewordene Nachwuchsschauspielerin, sieht ihrem Ende als Leinwandstar mit Zauberkraften gelassen entgegen. In diesem Jahr beginnt die Verfilmung des siebten und letzten „Harry Potter“-Romans. Watson, die seit zehn Jahren die schlaue Hexe Hermine verkörpert, gibt sich realistisch: „Es ist unwahrscheinlich, dass ich jemals wieder Teil eines so gigantischen Projekts sein werde. Damit muss ich mich abfinden.“ Angst vor der Zukunft habe sie



NICK HARVEY / WIREIMAGE

Watson

nicht. Oberste Priorität hat für sie zunächst ein Studium an einer Eliteuniversität. Zwar wolle sie die Schauspielerei nicht aufgeben, aber es komme für sie auf gar keinen Fall in Frage, irgendeine Rolle anzunehmen, nur um im Gespräch zu bleiben. Für den italienischen Starregisseur Bernardo Bertolucci allerdings würde sie sich sogar vor der Kamera ausziehen, hat sie kürzlich veratert. „In nächster Zukunft werde ich mich zwar nicht nackt zeigen, aber es gehört zu meinem Job.“

James Oladipo Buremoh, 51, in Afrika geborener ehemaliger Profi-Wrestler mit amerikanischer Staatsbürgerschaft, ist eine



HANNAH WHITAKER/NEW YORK MAGAZINE

Buremoh

besondere Ehre zuteil geworden. Buremoh sei einer der 59 Gründe, New York zu lieben – befand das „New York Magazine“ in seinem Jahresabschlussheft. Denn der schwergewichtige Vater von zehn Kindern ist gleichzeitig Fahrer für Touristenbusse in Manhattan und König des Minireichs Idera in Nigeria. Die ungewöhnliche Kombination brachte ihm Platz 17 in der Liebeserklärung an Big Apple ein, weil ein königlicher Touristenchauffeur nirgends sonst auf der Welt denkbar wäre. Buremoh hatte sich zunächst gegen die Annahme des Königstitels gewehrt: aus Angst, seine zahlreichen Brüder gegen sich aufzubringen, wenn er als der Jüngste der Familie die Krone trüge. Doch 2004 gab er schließlich nach, nun besucht er regelmäßig seine Untertanen. Außerdem inves-

tiert er einen Teil seines Gehalts in Idera. Eine Frischwasseraufbereitungsanlage hat König Buremoh inzwischen finanziert, und er will mehr tun: „Das ist meine Mission: Meinen Leuten zu helfen.“

Umberto Scapagnini, 67, Leibarzt des italienischen Ministerpräsidenten Silvio Berlusconi, hat eine hohe Meinung von seinem Patienten: Der sei „das außergewöhnlichste psycho-physische Wesen“, das er jemals untersucht habe, ließ Scapagnini wissen. Berlusconis Konstitution sei so hervorragend, dass sein wahres biologisches Alter 15 Jahre weniger betrage als die 72 Jahre, die laut Geburtsurkunde gelten. Der Arzt, der sehr spezielle Theorien über Langlebigkeit vertritt, hat für Italiens Regierungschef eine ausgeklügelte Kombination aus Diät, Fitnessstraining, Vitamin- und Aminosäureeinnahme ersonnen. Scapagnini hofft, seinen Schützling bis zum gesegneten Alter von 120 Jahren am Leben halten zu können. Der Mediziner selbst wäre dann allerdings auch schon 115 Jahre alt.

Alain Passard, 52, französischer Spitzenkoch, setzt auch im neuen Jahr auf sein puristisches Konzept, um seine drei Sterne zu halten: Er verwendet nur biologisch angebautes Gemüse und verzichtet auf alle Sorten von rotem Fleisch.



FRANCK PRIGNET / LAIF

Passard

„Als ich im Jahr 2000 diese Umstellung dem Chef des ‚Guide Michelin‘ mitteilte, konnte der seine Überraschung kaum verbergen“, erzählt Passard, dessen Pariser Restaurant „L'Apèrge“ seine Zutaten inzwischen überwiegend aus eigener Produktion bezieht. An drei verschiedenen Standorten in Frankreich lässt der Gourmet jährlich 40 Tonnen Öko-Gemüse anbauen – und zwar nicht nur ohne Pestizide, sondern auch ohne den Einsatz von Maschinen. Passard, der mit 14 Jahren in die Lehre ging, liebt sein Handwerk nach wie vor: „Ich bin glücklich, sobald ich den Fuß in die Küche setze.“

Günther Oettinger, 55, christdemokratischer Ministerpräsident von Baden-Württemberg, hat jüngst die Geduld von Lothar Späth, seinem früheren Vorgänger, am Spieltisch strapaziert. Oettinger hatte zum Skat geladen – genau wie weiland Späth. Der klopfte vor über 30 Jahren, als Oettinger noch ein unbekannter Junge-Unionmann war, nach Kreisvorstandssitzungen gern Kampfskat und erleichterte dabei Jüngere wie Oettinger um so manche Mark. Dieses Mal ließ Oettinger Späth zapeln. Während nämlich der Gast schon

Paul McCartney, 66, britischer Musiker, hat sich als politischer Kopf der frühen Beatles geoutet. Er sei es gewesen, der John Lennon auf die Verabscheuungswürdigkeit des Vietnam-Kriegs hingewiesen habe – alarmiert durch ein persönliches Gespräch mit dem Philosophen Bertrand Russell. Mitnichten habe die Arbeitsteilung bei den Beatles so ausgesehen, dass Lennon der Berufsrevoluzzer gewesen sei mit Liedern wie „Revolution“ und McCartney nur der romantische „Ob-La-Di“-Sänger. Zeitgenossen halten McCartneys Darstellung allerdings für Geschichtsklitterung. Einer der Köpfe der britischen Anti-Kriegs-Bewegung, Tariq Ali, erinnert sich nicht an Kontakte mit McCartney. „Wenn ich Lennon fragte, warum er nicht zu den großen Anti-Vietnam-Märschen komme wie Mick Jagger, dann sagte er, es tue ihm leid, aber sein Manager Brian Epstein habe ihm gesagt, dass er dann keine Visa für die USA bekäme“, so Ali. „Wenn McCartney interessiert gewesen wäre, hätten wir das gewusst.“ Tatsächlich schrieb McCartney seinen ersten Protestsong erst nach Auflösung der Beatles: „Give Ireland Back to the Irish“ – „Gebt Irland den Iren zurück“.



INTERFOTO

Die Beatles (1969)



Helena Christensen, 40, ehemaliges Supermodel und heute anerkannte Fotografin, kämpft im wahrsten Sinne des Wortes, um in Form zu bleiben: Sie nimmt Boxunterricht. Fitnesstraining sei eigentlich nie ihr Ding gewesen, gestand sie kürzlich, aber ihr sei klar, dass man etwas tun müsse, um fit zu bleiben. Zweimal in der Woche trifft die gebürtige Dänin und Mutter eines neunjährigen Sohnes ihren Privattrainer in New York. Sie treibt viel Konditionstraining, Seilspringen sei besonders effektiv. Aber auch Sparring steht auf dem Programm. Angst, ein blaues Auge zu bekommen, hat sie nicht: „Du musst eben dafür sorgen, dass du nicht getroffen wirst.“ Und wenn doch mal was schiefgehen sollte, so Christensen lässig, habe sie keine Sorge, auf Bildern schlecht auszusehen: „Mit Retusche wird das einfach eliminiert.“

in der fertigen Produktion trat er selbst als Kommentator Olympischer Spiele auf. Diesmal will sich Biolek jedwede Blödelei verkneifen. Er werde „nicht singen und nicht tanzen“, sondern als „Erzähler“ eine „ganz seriöse Rolle“ übernehmen.

Topaz Page-Green, 27, südafrikanisches Model mit Wohnsitz in New York, nutzt ihre Kontakte in die Welt der Stars für die Armen in ihrer Heimat. Bei einem Besuch in Johannesburg zeigte sich die seit 2001 in den USA lebende studierte Schöne erschüttert vom Anblick hungernder Schulkinder im einstigen Schwarzenghetto Soweto. Die Kinder lagen mittags müde unter einem schattenspendenden Baum – zu essen hatten sie den ganzen Tag nichts. Page-Green gründete daraufhin die Brotdosen-Stiftung („Lunchbox Fund“), die von Prominenten wie Bono oder Mike Myers unterstützt wird. Im Vorstand sitzen die Schauspieler Balthazar Getty und Joa-



Page-Green, Rushdie

Karten austeilte und voller Vorfreude vier Bock- und vier Ramsch-Runden ankündigte, griff sich der jüngere CDU-Mann seelenruhig die Spielkonsole seines zehnjährigen Sohns und widmete sich der Fußballsimulation „Hoffenheim gegen Stuttgart“. Der alte Herr begann zu grummeln: „Wann geht’s endlich los?“ Oettinger junior hatte Verständnis und schlug seinem Vater vor, das Computerspiel langsamer zu stellen: „Dann hast du eine Chance, es zu Ende zu bringen, Papa.“

Alfred Biolek, 74, altgedienter Talkmaster und TV-Koch, probt derzeit eifrig für seinen Einstand auf der Musical-Bühne: Als

langjähriger Sympathisant der britischen Komikergruppe Monty Python wird er ab 25. Januar bei deren Blödelshow „Spamalot“ im Kölner Musical Dome als Conférencier auftreten. Biolek, der sich einer „engen Beziehung zu den Pythons und ihrem britischen Humor“ rühmt, ebnete den legendären Humoristen Anfang der siebziger Jahre als Produzent und Unterhaltungschef der Bavaria den Weg zum deutschen Fernsehpublikum. Zur Vorbereitung für die beiden Comedy-Folgen „Monty Python’s Fliegender Zirkus“ besuchte er mit den Pythons seinerzeit die Schlösser des Bayern-Königs Ludwig, das Städtchen Dachau und das Hofbräuhaus;

quin Phoenix, dem eine Liaison mit Page-Green nachgesagt wurde. Die Stiftung versteigert regelmäßig Brotdosen, die Stars für den guten Zweck gestaltet haben – dieses Jahr etwa Yoko Ono, **Salman Rushdie**, 61, und Cameron Diaz. Von den Erlösen wurde bisher mehr als 900 südafrikanischen Kindern die tägliche Schulspeisung ermöglicht.

Aus dem „Reutlinger Wochenblatt“: „Eine weitere Besonderheit sind die ‚all inklusive‘ Tage, an dem jeder bezahlte Besucher eine Tüte Popcorn und ein Getränk geschenkt bekommt, und zusätzlich noch freien Eintritt zur Tierschau.“

Die seelische Gesundheit pflegen

Ein 54-jähriger blinder Freiburger sehnt sich nach einem Tapetenwechsel

Aus der „Badischen Zeitung“

Aus der „Bild“-Zeitung: „Die Erde, die sich einen Tick zu langsam dreht, wird mit den Atomuhren in Einklang gebracht.“

**100% abnehmen und
gesund dabei werden, ☎ 0176/
53 50 07 55**

Anzeige aus der „Woche im Blick“

Nicolas Cage spielt toten Sadat

Aus der „Oberbadischen“-Zeitung

Aus dem „Zeit-Magazin“: „Noch dazu kann man in einem Kleid, bei dem die Taille direkt unter der Hüfte der Trägerin beginnt, gar nicht anders aussehen als elegant.“

Mit Glühwein und Stollen gegen die Piraten

Bundesmarine startet Einsatz am Horn vor Afrika – „Es kann und wird so kommen, dass man schießt“

Aus der „Eßlinger Zeitung“

Bildunterschrift aus den „Ruhr Nachrichten“: „Ohne Taschentuch läuft bei der aktuellen Erkältungswelle so gut wie nichts mehr.“

Mit „Blind Date Cooking“ zum Erfolg

Die Wolbeckerin Sonja Schropp freut sich auf ihr drittes Kind

Aus der „Münsterschen Zeitung“

Aus der „Gelnhäuser Neuen Zeitung“: „Allenfalls technische Probleme aufgrund von Sabotage könnten eine Ausnahme sein, erklärten die Luxemburger Richter auf die Klage eines Österreicherers, dessen Alitalia-Flug von Wien nach Österreich ausgefallen war.“

Zitate

Die „Berliner Zeitung“ zum SPIEGEL-Artikel „Reformen – Nicht besser, aber teurer“ über den Gesundheitsfonds (Nr. 1/2009):

Etliche Millionen privat und gesetzlich Versicherte müssen im nächsten Jahr mit einem deutlichen Anstieg ihres Krankenversicherungsbeitrags rechnen ... Der Präsident des Bundesversicherungsamts, Josef Hecken, schätzt, dass etwa 20 Krankenkassen Zusatzbeiträge ab Mitte nächsten Jahres erheben werden. Das entspräche etwa sechs Prozent der Versicherten, also mehr als vier Millionen Kassenpatienten. Hecken kritisierte im SPIEGEL die gesetzliche Begrenzung des Zusatzbeitrags auf ein Prozent des Einkommens. „Wir alle wissen, dass die Begrenzung des Zusatzbeitrags das Ergebnis eines politischen Kompromisses ist, der schon auf mittlere Sicht nicht tragen wird. Mittelfristig kann das System mit dieser Deckelung nicht funktionieren.“

Die „Welt“ zum SPIEGEL-Gespräch „Die Welt hat viel zu sehr auf Pump gelebt“ über die Finanzkrise mit dem Milliardär Hasso Plattner (Nr. 1/2009):

SAP-Mitgründer Hasso Plattner blickt für seinen Konzern, aber auch die Weltwirtschaft pessimistisch ins neue Jahr. „Schlimmer als schlechte Aussichten sind gar keine. Es herrscht totaler Nebel. Wir haben keine Ahnung mehr, wie es weitergeht“, sagte der Multimilliardär dem SPIEGEL ... Plattner selbst hat dem Bericht zufolge in den vergangenen Monaten allein durch den Wertverlust seiner eigenen SAP-Aktien mehr als eine Mrd. Euro verloren.

Die „Frankfurter Allgemeine“ zum SPIEGEL-Artikel „Banken – Verheerende Lücke“ über die Fast-Pleite der Immobilienbank Hypo Real Estate (Nr. 1/2009):

Bei dem krisengeschüttelten Münchner Immobilienfinanzierer Hypo Real Estate (HRE) hat es möglicherweise auch verbotene Insider-Geschäfte gegeben. Die Münchner Staatsanwaltschaft prüfe schon seit Februar diesen Verdacht, bestätigte Oberstaatsanwalt Anton Winkler am Samstag einen Bericht des Nachrichtenmagazins DER SPIEGEL ... Nach mehreren Strafanzeigen sollen laut SPIEGEL HRE-Manager oder deren Familienangehörige und Freunde noch vor der ersten Alarmmeldung des Konzerns am 15. Januar im großen Stil Aktien des Immobilienfinanzierers abgestoßen haben. Damals hatte die Aktie binnen weniger Stunden ein Drittel an Wert verloren, nachdem HRE völlig überraschend Millionenabschreibungen angekündigt hatte.